Hennig, Hermann

Die entwicklung der preise für die wichtigsten ...

München

1914

97-84183-20
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

3
Box 23 Hennig, Hermann, 1890-
Die entwicklung der preise für die wichtigsten lebensbedürfnisse und ihr einfluss aus die kosten der lebenshaltung in der stadt Chemnitz im laufe der letzten 20 jahre. Inaugural-dissertation ... vorgelegt von Hermann Hennig ... München, Duncker, 1914.
174 p. 22 cm.

Thesis, Leipzig, 1914.
Pub. also in an abridged form in Schriften des Vereins für sozial-politik, bd. 145, t. 4, under title: Die entwicklung der preise in der stadt Chemnitz.

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 10:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 9-9-97 INITIALS: AP

TRACKING # : 27668

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Die Entwicklung der Preise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse und ihr Einfluß auf die Kosten der Lebenshaltung in der Stadt Chemnitz im Laufe der letzten 20 Jahre.

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der
Philosophischen Fakultät
der
Universität Leipzig
vorgelegt von

Hermann Hennig,
cand. math. et cam. aus Freiberg in Sachsen.

München und Leipzig.
Verlag von Duncker & Humblot.
1914.

Angenommen von der II. Sektion auf Grund der Gutachten der Herren Schmid und Bücher.

Leipzig, den 11. Juli 1914.

Der Procancellar.
Kirchner.

Vorliegende Arbeit erscheint in gekürzter Form in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik 145. IV.

Meinen lieben Eltern

in Dankbarkeit

gewidmet.

Vorwort.

Die Anregung zu dieser Arbeit verdanke ich dem Verein für Sozialpolitik, der zur Zeit eine größere Enquête über „die Gestaltung der Preise in den letzten 20 Jahren" unternimmt. Er beabsichtigt dabei auch Untersuchungen über die Änderungen in den Kosten der Lebenshaltung für diesen Zeitraum zu veranstalten, und zwar in der Weise, daß für eine Reihe von Städten diese Änderungen auf Grund von Wirtschaftsrechnungen festgestellt werden sollen. Im Rahmen dieser Untersuchungen liegt nun auch meine Arbeit über die Verhältnisse in der Stadt Chemnitz. Sie entstand aus einem Referate, das ich im Sommer 1913 im Seminar für Statistik und Verwaltungslehre gehalten habe, aus dem schon eine Reihe statistischer und volkswirtschaftlicher Arbeiten besonders über das Königreich Sachsen hervorgegangen sind. Ich möchte an dieser Stelle nicht verfehlen, dem Leiter dieses Seminars, meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Ferdinand Schmid, für die wertvolle Unterstützung, die er mir hat zuteil werden lassen, nochmals meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Leipzig, im Juli 1914.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Verzeichnis der häufig gebrauchten Abkürzungen für Quellen- und Textwerke:

St.J.Kg.S. = Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen.

St.J.f.d.D.R. = Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.

St.J.d.St. = Statistisches Jahrbuch deutscher Städte.

V.z.St.d.D.R. = Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches.

Z.Sächs.St.B. = Zeitschrift des Statistischen Bureaus des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern, 1.—50. Jahrgang. 1855—1904.

Sächs.St.L.A.Z. = Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Landesamtes. Ab 1905.

D.St.C.B. = Deutsches Statistisches Centralblatt.

H.d.St.W. = Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 3. Aufl.

J.f.N.u.St. = Conrads Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik.

J.D.V.S. = Jahresberichte der Direktion des Schlacht- und Viehhofes zu Chemnitz.

Wm[illegible]. = Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik. Berlin, Karl Heymanns Verlag. 1909. 2. Sonderheft des Reichsarbeitsblattes. (Hierbei umfassende Darstellung der bisherigen wichtigsten Arbeiten und Erhebungen über Wirtschaftsrechnungen des In- und Auslandes.)

HM. = 320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern. Bearbeitet und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Stuttgart 1909. Druck und Verlag von Alexander Schlicke u. Cie.

Einleitung.

Ein Kennzeichen unserer Zeit sind die Klagen über die hohen Preise. Auf zahlreichen Kongressen und sonstigen Versammlungen steht dieser Punkt als einer der wichtigsten auf der Tagesordnung; Tageszeitungen und Fachschriften beschäftigen sich angelegentlich mit dem Teuerungsproblem, wobei die Meinungen der Produzenten und Konsumenten oft stark voneinander abweichen. Mit Schlagworten wird dabei um sich geworfen, die sich vielfach nicht halten lassen. Mit Übertreibungen der Lage wird nicht gespart.

Daß unsere Zeit sich in einer Periode hoher Preise befindet, läßt sich nicht abstreiten. Staat und Kommunen nehmen regen Anteil an der Lösung dieses Problems. Reichstag, Landtage und Magistrate haben in vielen Sitzungen darüber beratschlagt und auf Mittel zur Abhilfe gesonnen. Es kann nun nicht unsere Aufgabe sein, auf die umfangreiche Literatur im einzelnen einzugehen. Wir verweisen hierbei besonders auf die stenographischen Berichte der Reichstags- und Landtagssitzungen über die Teuerungsdebatten. Im einzelnen werden wir die Spezialliteratur heranziehen; es ist aber unmöglich, auch nur alle einigermaßen wichtigen Schriften aufzuführen, da deren Besprechung allein ganze Bände füllen würde. Das eine steht jedenfalls fest, daß es sich bei allen diesen Klagen hauptsächlich um die Steigerung der Lebensmittelpreise handelt. Es dürfte aber nicht richtig sein, dies ohne weiteres zu verallgemeinern und von einer allgemeinen Steigerung der Preise zu sprechen. Das geht aus den Ausführungen von Conrad über „Die Entwicklung des Preisniveaus und des Getreidebedarfs in Deutschland und England in den letzten Dezennien" deutlich hervor, die er von Jahr zu Jahr in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik veröffentlicht.

An und für sich haben hohe oder niedrige Preise mit dem Wohlbefinden der Bevölkerung gar nichts zu tun. Sie haben nur eine rechnerische Bedeutung. Ein Volk kann sich sowohl bei hohen als bei niedrigen Preisen sehr wohl befinden. Die starken Verschiebungen in

den Preisen sind es, welche Nachteile in sich schließen [1]. Die Aufgabe dieser Arbeit kann es indessen nicht sein, die Verschiebungen der Preise in ihrer Gesamtheit zu untersuchen. Für die Lebenshaltung unserer Bevölkerung spielen manche Preisveränderungen gar keine oder nur eine geringe Rolle, während andere wiederum die Lebenshaltung besonders der arbeitenden Klassen stark beeinflussen. Die wichtigste Rolle im Haushalt des einzelnen spielen die Ausgaben für Nahrung, Wohnung und Kleidung, und die Preisgestaltung dieser Lebensbedürfnisse, die Ursachen ihrer Veränderungen und deren Einfluß auf die Kosten der Lebenshaltung sollen im folgenden für ein beschränktes Gebiet einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden. Ließe sich der Beweis führen, daß in einem größeren Zeitabschnitt die Preise der Lebensmittel und damit die Kosten der Lebenshaltung stärker gestiegen sind als die Einkommen und Löhne, dann wären die Klagen über die Teuerungsnot gerechtfertigt, und es müßte mit allen Kräften auf Mittel und Wege zu ihrer Beseitigung gesonnen werden, und zwar, wenn nötig, durch gesetzliche Maßnahmen. In welchem Maße dies aber zutrifft, das festzustellen, ist unsere Aufgabe.

Die ziffernmäßige Erfassung der Kosten der Lebenshaltung setzt zweierlei voraus: daß eine reinliche Scheidung zwischen der Produktions- und der Konsumtionswirtschaft eingetreten ist und daß sich die letztere wenigstens überwiegend in den Formen des Geldverkehrs abspielt. In der bäuerlichen Landwirtschaft ist daher kein rechter Boden für eine Konsumtionsstatistik, desgleichen bei landwirtschaftlichen oder häuslichen Dienstboten. Erst der Kapitalismus hat für große Teile der Bevölkerung eine rechnungsmäßige Trennung der Produktions- von der Konsumtionswirtschaft bewirkt, und diese letztere überwiegend auf Geldrechnung gestellt; erst durch ihn sind daher die Vorbedingungen für die exakte, ziffernmäßige Erfassung der Haushaltung in größerem Stile gegeben. Andererseits sind es gerade wieder der Kapitalismus und dessen Begleiterscheinungen, die den Wunsch nach Erforschung der Lebens- und Konsumtionsverhältnisse, besonders der unteren Volksklassen, wachgerufen haben [2]. Den Arbeiten von Ducpétiaux, Le Play, Ernst Engel und Laspeyres, die in dieser

[1] Conrad, Art. Getreidezölle, H.d.St.W. III. Aufl. Bd. 4, S. 828.

[2] Walther Schiff, Zur Methode und Technik der Haushaltungsstatistik. Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung. 3. Bd. Berlin 1913, S. 37.

Richtung bahnbrechend vorgegangen sind, sind zahlreiche weitere bis heute gefolgt [1]. Die wichtigsten der neueren Zeit sind für Deutschland die Erhebungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes vom Jahre 1907 (WmF.) und die des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom Jahre 1908 (HM.). Diese Wirtschaftsrechnungen sollen der vorliegenden Arbeit zugrunde gelegt und an ihnen der Einfluß der Preisbewegung untersucht werden, und zwar beschränken wir uns hierbei auf die Verhältnisse in der Stadt Chemnitz. Chemnitzer Wirtschaftsrechnungen sind in den WmF. 26 und in den HM. 23 enthalten. Leider umfassen sie nur Einkommen bis höchstens 3000 Mk. Es ist bedauerlich, daß Haushaltungsrechnungen für besserbemittelte Familien nicht nur für Chemnitz, sondern fast völlig fehlen. Je mehr man indessen in der sozialen Schichtung der Bevölkerung aufwärts steigt, desto mehr verdichten sich die Schwierigkeiten. Der Spielraum, den die Einkommensgestaltung gegenüber den unbedingt notwendigen Ausgaben für die Lebenshaltung übrig läßt, wächst. Auch tritt die Befriedigung selbst dringend notwendiger Bedürfnisse nicht mehr in unmittelbar natürlicher, man möchte sagen biologischer Weise in ihre Rechte [2]. Mit dieser Tatsache werden wir uns also abfinden können und müssen. Bevor wir in die eigentliche Untersuchung eintreten, dürfte es angebracht sein, einen Blick auf die Chemnitzer geographischen und sozialen Verhältnisse zu werfen.

Die Stadt Chemnitz liegt am Nordabhang des Erzgebirges und ist ein Hauptknotenpunkt des sächsischen Eisenbahnnetzes, dank dem sie die industriereiche Umgebung beherrscht. Besonders der Westen und Süden sind Industriegegenden, während im Osten und im Norden der Stadt noch verhältnismäßig stark Landwirtschaft getrieben wird. Nach dem Westen zu erstreckt sich der wichtige Textilindustriebezirk, dem vor allen die Städte Glauchau, Meerane und Crimmitschau angehören. Im Südwesten liegt das Zwickau-Ölsnitzer Kohlenrevier und weiter entfernt der vogtländische Textilindustriebezirk mit Plauen i. V. als Hauptort. Der Süden umfaßt das Gebiet der Blechwarenfabrikation,

[1] Einen weiteren Überblick über die Literatur auf dem Gebiete der Haushaltungsrechnungen gibt Dr. Albrecht, Haushaltungsstatistik. Berlin 1912, S. 51 ff.

[2] Adolf Günther, Zur Frage der Lebenshaltung des Mittelstandes. Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. 37. Jahrgang, 4. Heft, S. 156.

dessen Hauptstadt Aue ist, weiter den Bezirk der Posamentenfabrikation mit den wichtigsten Orten Annaberg und Buchholz und das große Gebiet der erzgebirgischen Holzwarenindustrie, das sich bis zur sächsisch-böhmischen Grenze erstreckt und als dessen Zentrum Olbernhau anzusehen ist. Im Osten und Norden geben etwa die Städte Oderan, Hainichen, Roßwein, Döbeln, Rochlitz die Grenzen der Chemnitzer industriellen Umgebung an, also Städte in geringer Entfernung von Chemnitz. Darüber hinaus spielt die landwirtschaftliche Betätigung noch die führende Rolle.

Bei der allgemeinen Volkszählung vom 1. Dezember 1885 trat Chemnitz mit 110 817 Bewohnern in die Reihe der Großstädte ein. Am Tage der letzten Berufszählung vom 12. Juni 1907 umfaßte sie bereits über ¼ Mill. Einwohner und im Jahre 1912 wurde die Ziffer von 300 000 überschritten. Diesen enormen Aufschwung verdankt Chemnitz neben einer starken Einverleibungstätigkeit im letzten Jahrzehnt besonders seiner industriellen Entwicklung. Chemnitz ist eine Industriestadt ersten Ranges, besonders auf dem Gebiete der Metall- und Textilindustrie. Wenngleich es an Zahl der Betriebe und der darin Beschäftigten hinter Leipzig und Dresden zurücksteht, kann es auch heute noch die größte sächsische Industriestadt insofern genannt werden, als es die größte Stadt Sachsens ist, in der die Arbeit der Bevölkerung hauptsächlich in industrieller Betätigung besteht. Von je 100 Köpfen der Gesamtbevölkerung fanden im Jahre 1907 ihren Unterhalt in der Industrie 65,65. Der Prozentsatz der Arbeiter in der Chemnitzer Bevölkerung belief sich auf 29,65, der der Industriearbeiter allein auf 25,11. Nicht ganz mit Unrecht bezeichnet man Chemnitz vielfach als das „sächsische Manchester“, vielleicht ist aber dem Amerikaner Arthur Shadwell beizupflichten, wenn er den Chemnitzern in seinem Werke: „Industrial Efficiency“ den Rat gibt, sich den Vergleich mit Manchester zu verbitten, das ein schmutziger, häßlicher Ort sei, der den Vergleich mit dem reinlichen, mit schönen Anlagen geschmückten, freundlichen Chemnitz nicht aushalten könne[1].

Und nun noch wenige Worte über das Material, das der Arbeit zugrunde liegt. Da es an Vorarbeiten dafür fast völlig fehlte, erforderte die Sammlung und Sichtung desselben große Mühe, auch mußte vielfach auf Urmaterial zurückgegriffen werden. Zum großen Teile verdanke ich dasselbe dem liebenswürdigen Entgegenkommen des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz, dessem Leiter, Herrn Professor Schöbel, ich auch an dieser Stelle nochmals meinen verbindlichsten Dank aussprechen möchte, zum andern ist es aus zahlreichen Besprechungen mit Chemnitzer Behörden, Fabrikanten, Kaufleuten und Handwerkern hervorgegangen. Besonders reichhaltig ist das Zahlenmaterial nicht, da Aufzeichnungen aus früheren Jahren vielfach fehlen (das Statistische Amt besteht in seiner heutigen Gestalt erst seit Beginn dieses Jahrhunderts) oder eine Vergleichung mit älteren Angaben infolge verschiedener Umstände nicht gut oder oft gar nicht möglich ist. Den erwähnten Besprechungen aber verdanken wir manche Anregung und Erklärung von Einzelheiten, die sich aus Büchern nur schwer beschaffen lassen.

[1] Statistisches von Chemnitz. Sonderabdruck aus Ch. in seiner sozialen Arbeit. Ein Gruß an den evangel.-sozialen Kongreß 1910, S. 16 ff.

Erster Teil.

Die Bewegung der Preise.

Erster Abschnitt.

Lebensmittel.

A. Die Lebensmittelpreise und die Statistik.

Das befruchtende Element der Statistik ist die Öffentlichkeit. Dieses bezieht sich nicht etwa bloß auf die Zusammenstellung der statistischen Resultate, es bezieht sich ebensosehr auf die Erhebungen. Nur ist hier das Wort Öffentlichkeit nicht in dem Sinne zu nehmen, daß die zu erforschenden Verhältnisse des einzelnen an die große Glocke gehängt werden müßten, um eine gute Statistik zuwege zu bringen; es ist vielmehr dahin zu verstehen, daß jeder, von dem Auskünfte verlangt werden, sie im Interesse der Öffentlichkeit in voller Wahrheit und ohne Zögern gebe. Tut der einzelne das nicht, so darf er sich über die häufigen Irrtümer der Statistik dann ebensowenig wundern, als es ihm befremdlich vorkommen kann, am Jahresschlusse seine Rechnung über Einnahme und Ausgabe nicht stimmen zu sehen, wenn er sich alle Tage etwas in den Beutel gelogen hat [1].

Diese Worte Ernst Engels treffen auch heute noch zu, besonders was die Feststellung und Verwertung der Preisangaben anbetrifft, eine Aufgabe der Statistik, deren Lösung auf die größten Schwierigkeiten stößt. Vor allem gilt dies wohl für die Lebensmittelpreise im Kleinhandel. Das Scherzwort Ernst Engels [2], daß die Dezimalen zwar richtig sind, die Ganzen aber falsch, läßt sich zu einem großen Teile auch auf die Angaben über Durchschnittspreise anwenden. Von einer eigentlichen Preisstatistik kann man gar nicht sprechen, denn es werden ja längst nicht alle Preise erfaßt, die bei jedem Kauf innerhalb eines bestimmten Zeitraumes an einem Orte gezahlt worden

[1] Ernst Engel, Der Nutzen der Statistik. Z.Sächs.St.B. 1855, Nr. 2, S. 8.

[2] Ballod, Grundriß der Statistik, Berlin 1913, S. 68.

sind [1]. Man wird auch kaum eine amtliche Preisveröffentlichung unter diesem Titel finden können, es zeigt sich vielmehr ein gewisses Bemühen, diesen Ausdruck zu vermeiden. Eher kann man von einer Preisnotierung oder dem Teile einer Preisstatistik sprechen [2]. Über die Methode ihrer Durchführung aber herrscht eine Meinungsverschiedenheit wie kaum auf einem anderen Gebiete der Statistik. Es kann nun nicht unsere Aufgabe sein, auf alle die verschiedenen Ansichten näher einzugehen. Wir verweisen dazu besonders auf die Arbeit von Heller in der Statistischen Monatsschrift [3].

Eine kurze Betrachtung erscheint uns aber doch angebracht, und zwar nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Was für Preise sollen festgestellt werden?
2. Wie sollen daraus die Durchschnittswerte ermittelt werden?
3. Welche Bedeutung kommt den Preisen zu?

Zu 1. a) Es ist wünschenswert, daß Produzenten, Händler und Konsumenten Angaben über die Preise liefern, da jeder Teil ein anderes Interesse an der Veröffentlichung der Preise hat [4].

b) Festgestellt sollen werden Großhandels-, Zwischenhandels- und Kleinhandelspreise, da sie in ihren Bewegungstendenzen vielfach voneinander abweichen. Über diese beiden Punkte herrschen wohl keine Meinungsverschiedenheiten.

c) In den verschiedenen Preisveröffentlichungen kommen vor: Angaben über den niedrigsten und den höchsten Preis beziehentlich das Mittel aus beiden, weiter über den häufigsten Preis, über den Zentralpreis oder Medianwert nebst Quartilen und über Durchschnittspreise verschiedener Art, beziehentlich wirklich gezahlte Preise, die den betreffenden Durchschnittspreisen am nächsten kommen; die Ansichten

[1] Wolff, Zur Methode der Feststellung der Lebensmittelpreise. Statistische Monatsberichte der Stadt Halle a. S., 3. Jahrg. 1909, Nr. 7, Juli, S. 25.

[2] Thieme, Die Entwicklung der Preise und ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in der Stadt Halle a. S. Bd. 139, III der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, S. 3.

[3] Heller, Probleme der Preisstatistik im Hinblick auf die Preisbildung. Statistische Monatsschrift 1913, S. 243 ff. Nach einer einleitenden Betrachtung über das Objekt und den Zweck der Preisstatistik behandelt der Verfasser darin speziell die Mittelwerte in der Preisstatistik und die Organisation der Preisstatistik.

[4] Thieme, a. a. O. S. 9.

darüber weichen so voneinander ab, daß wir keiner den „Preis“ zuerkennen wollen. Es dürfte jedenfalls angebracht sein, stets mehrere Angaben verschiedener Art nebeneinandergestellt zu veröffentlichen, wie es auch häufig geschieht.

d) Auch darüber, ob für jede Ware nur der Preis für eine einzige Sorte (willkürlich bestimmte oder gangbarste) oder Preise für mehrere Sorten nebeneinander angegeben werden sollen, herrscht keine Einigkeit. Ziemlich extrem gegenüber stehen sich hierbei Seutemann und Busch[1].

Zu 2. Wir müssen hier einen Unterschied machen zwischen räumlichen und zeitlichen Durchschnitten. Für die Berechnung der räumlichen Durchschnitte ist die wichtigste Frage die, ob das einfache arithmetische Mittel oder das gewogene arithmetische Mittel (Berücksichtigung der zu den jeweiligen Preisen verkauften Mengen) verwendet werden soll. Zu bevorzugen ist das gewogene Mittel[2], wenngleich auch meist die Möglichkeit zur praktischen Durchführung fehlt, wie auch für die individualisierende Methode von Seutemann[3]. Bezüglich der zeitlichen Durchschnitte lassen wir die Frage außer Betracht, wie groß der zeitliche Zwischenraum zwischen zwei aufeinanderfolgenden Preisfeststellungen am besten zu wählen ist, da dies vielfach von Gründen technischer Art abhängt. Für die Berechnung von zeitlichen Durchschnitten, speziell Jahresdurchschnitten, erscheint es natürlich wünschenswert, dazu alle im Laufe des betreffenden Zeitraumes in gleichmäßigem Zeitabstande festgestellten räumlichen Durchschnitte zu verwenden. Für die Berechnung von Durchschnitten mehrjähriger Perioden besteht stets eine durch die Wahl der Grenzjahre und die Größe der Periode bedingte Willkürlichkeit, die noch verstärkt wird, wenn man die Periodengröße nicht konstant läßt. Für eine Untersuchung von Bewegungsvorgängen läßt sich dieselbe jedoch stark einschränken nach dem Verfahren von Glier[4]). Dieser vergleicht z. B. die Durchschnitte der Perioden

[1] Seutemann, Die Preise in der Städtestatistik. Festgabe für F. J. Neumann. Tübingen 1905, S. 147 ff.; Busch, Leitsätze zur Lebensmittelpreisstatistik. D.St.C.B. 1913 S. 161 ff.

[2] Heller a. a. O. S. 243 ff. und Ballod, Das Problem der Preisbewegung und Verbrauchssteigerung in den letzten 40 Jahren. Zeitschrift d. Kgl. Preuß. Stat. Landesamtes 1912, S. 175.

[3] Seutemann a. a. O., S. 147 ff.

[4] Glier, Die Preiskurve und das Teuerungsproblem. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Neue Folge, 4. Jahrg. 1913, S. 680.

1880/90, 1881/91, 1882/92 usw. miteinander. Die Willkürlichkeit liegt hier nur noch in der Wahl der jeweilig konstanten Größe der Periode.

Bei Naturprodukten, die von der Jahreszeit stark abhängig sind (Saisongemüse), muß die Berechnung eines Jahresdurchschnitts als ausgeschlossen gelten und durch zweckmäßigere Durchschnitte ersetzt werden, wie es z. B. in Dresden geschieht[1].

Zu 3. Die Statistik ist weniger berufen, Zahlenwerte als Bewegungstendenzen festzustellen. Das gilt besonders von der Preisstatistik, wenn wir dieses Wort unter dem obigen Vorbehalt gebrauchen wollen. Es würde viel an Diskussion gespart werden, wenn rechnerische Mittelwerte nicht immer als eigentliche Preisziffern, sondern zur Verfolgung von Bewegungsvorgängen benutzt würden. Daraus folgt, daß ein Vergleich der Preise verschiedener Orte ohne Bedeutung ist, ebenso eine Bestimmung von Spannungen (Differenzen zwischen Groß- und Kleinhandelspreis, zwischen den Preisen für Rohprodukte, Halbfertig- und Fertigware), wenngleich man sich hierbei auch nicht auf den extremen Standpunkt von Busch[1] zu stellen braucht, sondern einer Vergleichung des zeitlichen Verlaufs der Spannungskurven (allerdings die Benutzung von Quotienten statt Differenzen vorausgesetzt) mit dem der Einzelpreiskurven immerhin einige Beachtung schenken kann, wie wir später zeigen werden.

Was wir hier behandelt haben, kann natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Es kam uns nur darauf an, einige wesentliche Punkte scharf hervorzuheben. In Wirklichkeit finden natürlich zwischen den in 1. und 2. behandelten Momenten zahlreiche Kombinationen statt, die durch ihren zeitlichen und räumlichen Wechsel vielfach vergleichende Betrachtungen erschweren. Ein weiteres Eingehen auf diese methodische Seite der Preisstatistik würde aber zu weit führen, betrachten wir lieber noch kurz die praktischen Schwierigkeiten, die sich der Preisfeststellung entgegensetzen und auf welche auch Busch, Seutemann, Decker[2] und zahlreiche andere hinweisen. Die Bestimmung der Einheit des Objekts ist besonders beim Fleisch keineswegs sichergestellt. Unter denselben Bezeichnungen werden in den

[1] D.St.C.B. 1913, S. 161 ff.

[2] Decker, Statistik der Kleinhandelspreise. Sammelwerk: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. München und Berlin 1911, 2. Bd., S. 585 ff.

verschiedenen Geschäften ganz verschiedene Fleischarten verkauft (Seutemann). Die Qualität der in den einzelnen Städten vorzugsweise konsumierten Lebensmittel ist außerordentlich verschieden und hat auch im Laufe der Zeit manchen Veränderungen unterlegen. Sie ist abhängig vom Geschmack, von der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Beruf und Alter, von der Wohlhabenheit, von der Lage der Stadt in Hinsicht der Möglichkeit der Produktion und der Zufuhr bestimmter Nahrungsmittel und anderes mehr[1]. Von Einfluß sind weiter die Verkaufsbedingungen: Zahlungsfrist, Lieferungstermin, Rabattgewährung, Zugabewesen und sonstige Vergünstigungen; vor allem kommt es auch auf die Verkaufseinheit an. Die Quantität wirkt ebenso stark preisbeeinflussend wie die Qualität, besonders im Kleinhandel. Hier wird eine Ware nach der Stückzahl verkauft, da nach dem Raummaß, dort nach dem Gewichte, und dies ist nicht nur von Ort zu Ort verschieden, auch in ein und demselben Orte treten oft Veränderungen ein und stören den Vergleich. Eine genaue Umrechnung ist dabei vielfach ausgeschlossen, denn wenn der Preis für das Einheitsquantum einer Ware angegeben ist, so ist nicht gesagt, daß das a fache Quantum auch a mal so viel kostet wie das Einheitsquantum. Infolge Abrundung usw. wird sich der Preis meist niedriger stellen. Es ist auch nicht gleichgültig, ob die Waren gekauft sind bei einem Straßenhändler oder in der Markthalle, in einer Klein- oder Großhandlung, in einem Spezialgeschäft oder Konsumverein. Auch die Geschäftslage spielt eine Rolle[2], schließlich auch die Persönlichkeit des Preisberichterstatters. Angesichts dieser Tatsachen erscheint es beinahe wie eine Gewissenlosigkeit, wenn von denen, welche diese Momente kennen, immer wieder versucht wird, aus solchen Preisangaben Schlüsse auf größere oder geringere Verteuerung der zur Fristung des Lebens unumgänglich notwendigen Lebensmittel in dieser oder jener Stadt zu ziehen. Die Verschiedenheit namentlich der Kleinhandels-

[1] St.J.d.St. II S. 121.

[2] Es würde eine dankenswerte Arbeit sein, für verschiedene Großstädte die Beziehungen zu ermitteln, die zwischen den Preisen in der City, den Vorstädten und in der übrigen Agglomeration bestehen, um festzustellen, wie weit der Einfluß der Großstadt auf die Preise der Umgebung wirkt. Vielleicht könnte dadurch ein weiterer Maßstab zur Festsetzung der Grenzen der wirtschaftlichen Agglomeration einer Großstadt geschaffen werden. (Vgl. dazu Schott, Die großstädtischen Agglomerationen des Deutschen Reiches 1871—1910. Heft 1 der Schriften des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Breslau 1910.)

preise in den einzelnen Städten läßt wohl erkennen, daß die Lebenshaltung der großen Masse in der einen Stadt höher ist als in der anderen, daß der Luxuskonsum sich in der einen Stadt breiter geltend macht als in der anderen, aber sie zeigt nicht, daß es demjenigen, der mit einem geringen Einkommen nur die zur Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse erforderlichen Kosten bestreiten kann, in der Stadt mit höheren Preisen schwerer fällt, ohne Verminderung der gewohnten Lebenshaltung sein Leben zu fristen[1]. Es dürfte deshalb auch sehr verfehlt sein, auf Grund von Berechnungen, wie sie Calwer und Jastrow[2] angestellt haben, zu schließen, daß diese Stadt teurer ist als jene, wie es in einer Oktobernummer der Freiberger Neuesten Nachrichten vom Jahre 1913 geschah, in welcher dargestellt wurde, daß der Lebensunterhalt in Chemnitz unter den angeführten wichtigsten Industriestädten Sachsens am teuersten sei.

B. Staatliche, kommunale und sonstige Preisveröffentlichungen.

Die Veröffentlichungen der sächsischen Statistik ergeben die eigentümliche Tatsache, daß bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein eine ziemlich umfassende Preisberichterstattung stattfand, dann aber jahrzehntelang dieses Gebiet fast völlig vernachlässigt wurde und erst in den letzten Jahrzehnten wieder ein Umschwung zu einer regelmäßigen Preisberichterstattung eintrat. In den Mitteilungen des Statistischen Vereins für das Königreich Sachsen und in den älteren Jahrgängen der Zeitschrift des Statistischen Bureaus des Kgl. Sächs. Ministeriums des Innern finden wir Preisangaben für Getreide, Heu, Stroh, Butter, Kartoffeln, Rübsen, Rapssaat, Erbsen, Hirse, Haide-

[1] St.J.d.St. XIX S. 829.

[2] Calwer, Wirtschaftsstatistische Monatsberichte; Jastrow, Arbeitsmarkt, Jahrg. I Nr. 5, S. 49. Jastrow und Calwer legen für das Ernährungsquantum einer Arbeiterfamilie mit zwei Kindern die dreifache Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten zugrunde nach den Speiserollen für die wöchentlichen Portionen pro Mann in heimischen Häfen. Die Lebensmittelpreise berechnen sie dabei zumeist auf Grund der Markthallenpreise, und zwar verwendet Jastrow die niedrigsten Preise mit einem Aufschlag von 15 %. Dabei nimmt er an, daß man so annähernd die häufigst gezahlten Preise erhalte. Wie es ihm dabei möglich ist, für Chemnitz die „Standardziffer" zu berechnen, trotzdem ihm Preisangaben für Brot und Hülsenfrüchte teilweise fehlen (vgl. Arbeitsmarkt I Nr. 12, S. 154, II Nr. 4, S. 78), erscheint ziemlich rätselhaft. Genug Angriffe auf diese Darstellungsweise sind ja von verschiedenen Seiten erfolgt.

korn, Grütze, weiter für Brot, Mehl, Fleisch und schließlich auch für Wolle [1], Lichter und Seife. Diese Preisangaben erstreckten sich über eine größere Reihe von Marktorten, vielfach wurden auch Landesdurchschnitte angegeben. Wir finden hier Angaben über niedrigste und höchste Preise, über den Mittelpreis einer Ware und über den wahren Preis, der dem Mittelpreis am betreffenden Orte am nächsten kommt. Für Brot und Mehl finden sich dabei auch Angaben über Fabrikationskosten und für Roggen- und Weizenbrot, das zu festen Preisen verkauft wurde, ist das jeweilige Durchschnittsgewicht angegeben. Auch sind vielfach für die wichtigsten Orte im jetzigen Deutschen Reiche und zum Teil auch im Ausland vergleichsweise Preise angeführt. Diese Zeit einer verhältnismäßig regen Berichterstattung dauert bis in die sechziger Jahre hinein; von da ab fehlen Angaben und Aufsätze über Preise auf längere Zeit hinaus fast vollständig. Wie läßt sich das nun erklären?

Früher, als Produzenten und Konsumenten mehr direkt miteinander verkehrten, als noch fast jede Stadt die Preise der Produkte nach anderen Maßen notierte, mußte die Statistik trachten, aus möglichst vielen Orten des Landes Preisnotierungen zu erlangen. Je mehr aber der Handel den Ausgleich zwischen Überfluß und Mangel übernahm, je unregelmäßiger und seltener manche der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte auf den Wochenmärkten zum Kauf angeboten wurden, desto lückenhafter und unsicherer und unzuverlässiger wurden auch die Preisnotierungen der Stadträte für diese landwirtschaftlichen Produkte. Mit der Ausbreitung des Bahnnetzes verschwand eine Stadt nach der anderen aus dem Verzeichnisse der Marktpreise, das im Statistischen Amte aufgestellt wurde, weil auf ihren Wochenmärkten Getreide zum Verkauf nicht mehr angeboten wurde und weil sie ihre Bedeutung für den Getreidehandel vollständig verloren hatten. Der Landwirt hatte nun nicht mehr nötig, sein Getreide auf den Markt der nächsten Stadt zu fahren und eventuell von dort auch wieder nach Hause, da der die Getreidebörse der Großstädte besuchende Händler ihm das Getreide nach Muster abnahm und ihm dasselbe je nach Ausfall der vorgelegten Getreideprobe und je nach der Lage und Entfernung des Gutes mehr oder weniger über oder unter dem letzten Börsenpreise

---

[1] Wollmärkte fanden früher besonders statt in Dresden, Leipzig, Bautzen und Döbeln (vgl. Mitteilungen des Statistischen Vereins für das Kgr. Sachsen, 14. Lieferung 1839).

bezahlte. Ähnlich gestaltete sich später der Handel mit dem Schlachtvieh. Der Fleischer kaufte die Schlachttiere vielfach nur noch vom Händler auf in den Schlachtviehhöfen eingerichteten Viehmärkten oder richtete sich doch wenigstens beim Einkauf der Tiere nach den auf diesen Märkten notierten Schlachtviehpreisen. Dieser Umschwung in den Marktverhältnissen vollzog sich aber erst nach und nach, zuerst in der Umgebung der Großstädte und erst nach weiterer Ausbreitung des Bahnnetzes auch in den entlegeneren Landesteilen. So sind die an das Statistische Amt eingereichten Preislisten immer lückenhafter geworden, immer unsicherer, zum Teil sogar ganz wertlos. Die Statistik sah sich veranlaßt, die Getreidepreise nach den Börsenberichten, die Preise für das Schlachtvieh nach den Marktberichten der Schlachthöfe zu buchen und zusammenzustellen. Für den Kleinhandel mit landwirtschaftlichen Produkten behielten die Wochenmärkte zwar ihre Bedeutung nach wie vor bei, aber auch hier war das Geschäft mit der Zeit ein anderes geworden. Es saß nun, vielfach wenigstens, nicht mehr die Bauernfrau auf dem Markte, um die Butter selbst zu verkaufen, sondern die Handelsfrau hielt mit der Butter von vielen Gütern feil [1]. Mit der Einführung der Gewerbefreiheit wurden die Taxen für Fleisch und andere Waren aufgehoben und daher verschwanden auch die offiziellen Notierungen der Preise für Brot, Fleisch und andere Waren [2].

Lange Zeit hindurch findet sich dann in den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes kein Nachweis über Preise. Erst nach und nach kommt dann wieder gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die Preisberichterstattung zur Geltung. Veröffentlicht werden zunächst die Getreidepreise der Leipziger Produktenbörse [3] und einiger anderer größerer Städte [4]. Dann folgen im Jahre 1907 Angaben über die Viehpreise auf Grund der Berichte der Vieh- und Schlachthöfe [5] und über die Kleinverkaufspreise in der Stadt Dresden [6]. Im nächsten Jahre erscheint zum ersten Male eine umfassende Darstellung der Preise

---

[1] Z.Sächs.St.B. 1890, S. 101/02.

[2] Z.Sächs.St.B. 1876, Heft 3/4, S. 292.

[3] St.J.Kg.S. 1893, Monatliche Notierungen der Getreidepreise der Leipziger Produktenbörse von 1880/81 an.

[4] Dasselbe 1906, Preise für Getreide, Kartoffeln und Heu in den größeren Städten Sachsens von 1900 an.

[5] Dasselbe 1907.

[6] Dasselbe 1907, von 1900 an.

für wichtige Lebensbedürfnisse in verschiedenen Städten Sachsens[1]. Die neueste Entwicklung beginnt endlich mit der Verordnung des Kgl. Sächs. Ministeriums des Innern an die Kreishauptmannschaften unter dem 21. April 1910, nach welcher in den sächsischen Städten mit über 20 000 Einwohnern vom 1. Juli desselben Jahres ab eine regelmäßige, fortlaufende Ermittelung der Kleinhandelspreise der wichtigsten Nahrungsmittel zu erfolgen hat[2]. Diese Erhebung erstreckt sich vorläufig auf Rind-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch, inländisches Schweineschmalz, Vollmilch, Butter, Hühnereier, Brot, Speisekartoffeln, Reis, Erbsen, Linsen, Speisebohnen und Zucker.

Die Ermittelung erfolgt nach Maßgabe einer „allgemeinen Anleitung", deren wichtigste Bestimmungen die folgenden sind: Es erfolgt mindestens einmal wöchentlich eine Erhebung, und zwar an möglichst vielen Stellen, für die gangbarste Qualität, welche ortsüblich zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse der großen Masse des Volkes bzw. des Mittelstandes dient. Notiert werden der niedrigste und der höchste Preis, wenn möglich auch der häufigste Preis. Die Zahl der Preisangaben von Markthallenständen soll gegenüber denen der übrigen Beobachtungsstellen nicht zu groß sein. Es empfiehlt sich, die Einkaufspreise von Anstalten oder die Verkaufspreise in Konsumvereinen getrennt anzuschreiben. Auf Grund dieser Bestimmungen sind dann in den Jahrgängen 1912 und 1913 des Statistischen Jahrbuchs für das Königreich Sachsen für eine größere Reihe von Städten die Preise für die obengenannten Waren veröffentlicht worden, und zwar stets nur der häufigste Preis für die gangbarste Qualität am letzten Ermittelungstage am Ende der einzelnen Vierteljahre. Die letzten Jahre haben demnach auf dem Gebiete der sächsischen Preisberichterstattung wieder Fortschritte gezeitigt, wenn auch auf die Angaben bis jetzt nicht immer allzuviel Wert zu legen sein dürfte. Für Chemnitz stimmen z. B. die in den Jahrbüchern enthaltenen doppelten Angaben für März 1912[3] im allgemeinen nicht überein; bei der zweiten Bekanntgabe im Jahrbuch 1913 ist aber eine Berichtigung nicht erfolgt, die doch sicher am Platze gewesen wäre. Für die Zwecke dieser Arbeit können diese An-

[1] St.J.Kg.S. 1908, auch für Chemnitz, und zwar für die Jahre 1901/07. Mitgeteilt werden die Preise für Kohlen, Fleisch, Schweinefett, Kartoffeln, Butter, Eier, Mehl, Brot, Reis, Kaffee und Zucker.

[2] Sächs.St.L.A.Z. 1910, S. 201.

[3] St.J.Kg.S. 1912, S. 156 und 1913, S. 167.

gaben jedenfalls nicht in Betracht kommen, da sie sich über einen zu kurzen Zeitraum erstrecken und an Genauigkeit der Berichterstattung noch manches zu wünschen übrig lassen.

Decker weist in seiner Statistik der Kleinhandelspreise[1] auch auf den Zusammenhang der bundesstaatlichen Preisstatistik mit den Bedürfnissen der Militärverwaltung hin, dem es zu verdanken sei, daß fast von allen Bundesstaaten Kleinverkaufspreise erhoben werden. Die entsprechenden Angaben standen mir für Chemnitz leider nur ganz unvollständig zur Verfügung und gaben zum Teil nicht die wirklichen Kleinverkaufspreise wieder, sondern Preise, die zwischen denen des Groß- und Kleinhandels liegen.

Von den Preisveröffentlichungen seitens der Chemnitzer städtischen Behörden kommen in Frage die wöchentlichen Notierungen der Markthallenpreise und die durch das Statistische Amt ermittelten Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren.

Seit dem Jahre 1892 werden die Markthallenpreise allwöchentlich im Chemnitzer Tageblatt bekannt gegeben, und zwar niedrigste und höchste Preise für jede einzelne Ware. Allzuviel Wert darf man diesen Zahlen nicht beilegen, wie mir auch von verschiedenen Seiten, besonders von einigen Mitgliedern der Chemnitzer Bäcker- und Fleischerinnung versichert wurde. Die Zahl der Verkaufsstände in der Markthalle ist zu gering, als daß diese Zahlen allgemeine Bedeutung haben könnten, außerdem liegt gerade dadurch die Gefahr sehr nahe, daß die Angaben über die höchsten und niedrigsten Preise stark schwanken, wenn eine besonders teure oder billige Ware an dem einen Markttage fehlt oder bestimmte Fleischer an einzelnen Tagen keine Angaben machen können, ohne daß vielleicht in Wirklichkeit irgendwelche Preisveränderung bei den einzelnen Fleischern festzustellen gewesen wäre. Im allgemeinen sind die Durchschnitte aus den Markthallenpreisen etwas zu niedrig (vgl. dazu die Statistischen Jahrbücher deutscher Städte, Abschnitte Lebensmittelpreise). Dazu kommt, daß die Preisfeststellung wohl kaum mit der nötigen Sorgfalt und Einheitlichkeit geschieht, denn es werden mitunter nur die niedrigsten oder höchsten Preise angegeben; es erscheint dabei jedoch zweifelhaft, ob wirklich nur ein Preis an diesem Tage für die Verkaufseinheit einer bestimmten Ware gezahlt wurde. In solchen Fällen ist es unbedingt notwendig, daß ein solcher Preis

[1] Decker a. a. O. S. 585 ff.

sowohl als niedrigster wie auch als höchster Preis in die Tabellen eingetragen wird, wie es auch die allgemeine Anleitung für die sächsische Statistik unter dem 21. April 1910 (vgl. oben) vorschreibt. Erschwerend für den Vergleich größerer Zeiträume wirkt auch der Wechsel der Anschreibung in bezug auf die Verkaufseinheiten und die verschiedenen Qualitäten. Immerhin ist zu bemerken, daß in der Art der Anschreibung gegenüber früheren Jahren bereits manches gebessert worden ist. Es wäre nur nötig gewesen, bei jedem Wechsel der Anschreibung die alte Anschreibungsart noch eine Zeitlang neben der neuen beizubehalten, um möglichst genaue Umrechnungszahlen von der einen in die andere Anschreibungsart zu gewinnen.

Seit Ende des Jahres 1903 werden seitens des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz die Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren festgestellt, und zwar auf Grund der Angaben einer größeren Anzahl von Fleischern, deren Geschäfte über die ganze Stadt verstreut sind. Ermittelt werden dabei die niedrigsten und die höchsten, die häufigsten und die Durchschnittspreise. Zum Teil sind diese Preisangaben in den „Monatlichen Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz" veröffentlicht worden. Für die letzten Jahre sind sie nur handschriftlich vorhanden, doch wurden mir dieselben seitens der Direktion in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt. Weiteres preisstatistisches Material findet sich bisher nicht in den Veröffentlichungen des Amtes, jedoch sind handschriftlich noch verschiedene Preisverzeichnisse vorhanden. Auch hier ist für die Zukunft ein Ausbau der Preisberichterstattung geplant, entsprechend dem Vorgehen anderer Städte.

An sonstigen Veröffentlichungen sind weiter zu nennen die Verwaltungsberichte der Direktion des Chemnitzer Vieh- und Schlachthofes, die bis 1884 zurückreichen und reichhaltiges Material über Schlachtviehpreise enthalten, wenngleich man auch hier mehrere Entwicklungsstufen in der Preisermittlung feststellen kann. Für Getreide, Butter und Kartoffeln im Großhandel lieferten das Material die Notierungen der Chemnitzer Produktenbörse und die amtlichen Notierungen über Produktenpreise, die im Chemnitzer Tageblatt veröffentlicht werden. Auch hierbei wird für jeden Markttag der höchste und niedrigste Preis jeder Ware verzeichnet. Endlich enthalten die Statistischen Jahrbücher deutscher Städte in den Abschnitten über Preise auch Angaben für Chemnitz, leider sind sie für die Arbeit kaum zu verwerten, da die Angaben über die Preise im Kleinhandel sich teils auf einen zu kurzen

Zeitraum erstrecken, zum anderen Teil von den anderweitigen, mir zur Verfügung stehenden Angaben oft starke Abweichungen zeigen, deren Ursachen nicht zu erkennen waren, weil über die Gewinnung der Preise zu wenig Aufschlüsse vorlagen. Über Kolonialwarenpreise fanden sich Angaben in den Preisverzeichnissen verschiedener größerer Chemnitzer Kolonialwarengeschäfte, deren Filialen über die ganze Stadt verstreut sind und deren Preise nach den eingezogenen Erkundigungen für Chemnitz als maßgebend dienen können. Auf die übrigen Angaben über Chemnitzer Preise, die in einzelnen Aufsätzen und Abhandlungen verstreut sind, einzugehen, würde zu weit führen. Sie beruhen meist auf den bisher genannten Veröffentlichungen und zeigen dabei oft mehr oder weniger große Abweichungen davon, ohne daß es möglich wäre, deren Ursachen klar zu erkennen, von tendenziösen Darstellungen sehen wir natürlich hierbei völlig ab. Es sei nur noch bemerkt, daß wir die Markthallenpreise, um eine einheitliche Ausgangsperiode für unsere Berechnungen zu gewinnen, auf Grund entsprechender privater Mitteilungen zum Teil bis zum Jahre 1889 zurück ergänzen konnten.

Überschauen wir noch einmal den Wert des gesamten preisstatistischen Materials, das uns zur Verfügung stand, so müssen wir eingestehen, daß manches darunter ist, was einer strengen Kritik nicht standhalten kann. Aber wie viele von den Preisangaben, die bis heute gemacht wurden und teils mit, teils ohne amtlichen Stempel den Weg in die Öffentlichkeit fanden, können darauf wirklich restlos Anspruch erheben? Die Frage muß ungelöst bleiben. Kennen wir die Schwächen des Materials, so werden wir um so eher Vorsicht gebrauchen und uns im gegebenen Falle vor einer allzuweit gehenden Ausbeutung desselben hüten können.

C. Preisbewegung der Vegetabilien.

a) Getreide, Mehl, Brot.

Im Rahmen der Ausgaben für Nahrungsmittel nehmen die Ausgaben für Brot und Backwaren die wichtigste Stelle ein. Im Durchschnitt aller 49 Chemnitzer Haushaltungsrechnungen entfielen nämlich auf sie rund 22 % der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, die ihrerseits etwa 55 % der Gesamtausgaben betrugen. Dazu kommen dann noch die Ausgaben für Mehl, die nur in den 23 HM.-Rechnungen getrennt angegeben sind und hier im Durchschnitt 2 % der Nahrungsmittelausgaben betragen. Rund der vierte Teil aller Ausgaben für

Nahrungsmittel wird also auf Erzeugnisse verwandt, die vom Brotgetreide herstammen. In besser bemittelten Familien dürfte dieser Prozentsatz ebenso wie auch der Anteil der Nahrungs- und Genußmittel an den Gesamtausgaben sicherlich niedriger sein[1], doch fehlen leider entsprechende Wirtschaftsrechnungen für Chemnitz vollständig.

Bei dieser Bedeutung des Brotgetreides für den menschlichen Haushalt erscheint es angebracht, zunächst dessen Preisbewegung zu untersuchen, ehe wir die Preise für Mehl und Brot betrachten. Eine Einschränkung im Genusse von Fleisch wird eher möglich sein, als im Genusse von Brot und Kartoffeln, die in Jahren hoher Preise stärker konsumiert werden, und hohe Preise dafür müssen die ärmere Bevölkerung besonders hart treffen.

Für Getreidepreise lagen mir verschiedene Zahlenreihen vor. Zunächst die Angaben im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte, die bis 1886 zurückreichen, weiter im Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen, für die Jahre 1900/1912, außerdem konnte ich für 1893 bis 1912 noch Preise erhalten aus dem Statistischen Amt der Stadt Chemnitz (Akten betreffend Bezug von Verpflegungs- und Fourageartikeln für den [Militär]Lieferungsverband Chemnitz). Ein Vergleich dieser Preisangaben miteinander ergibt eine ziemlich gute Übereinstimmung, wenngleich auch hier kleine Abweichungen für einzelne Jahre zu verzeichnen sind. Sämtlich scheinen diese Jahresdurchschnittspreise berechnet zu sein auf Grund der Angaben in den „Amtlichen Notierungen der Produktenbörse zu Chemnitz e. V." Nach den eingezogenen Erkundigungen können diese Notierungen für die Stadt Chemnitz und Umgebung als maßgebend betrachtet werden. Chemnitz mit seiner dichten Fabrikbevölkerung und seiner infolge klimatischer und Bodenverhältnisse wenig produktiven Landwirtschaft muß den größten Teil seines Bedarfs an Getreide und Mehl von auswärts beziehen. Durch seine Lage am Fuße des Erzgebirges und infolge der guten Verkehrsmittel ist die Stadt für den größten Teil des

[1] Vgl. Ernst Engel, Z. Sächs. St. B. 1857 S. 169 ff. Je kleiner das Einkommen, desto größer der Anteil, den die Nahrungsmittel von der Gesamtausgabe beanspruchen. Das Maß der Ausgaben für die Ernährung unter übrigens gleichen Umständen ist ein Maß des materiellen Befindens einer Bevölkerung überhaupt. Engel hat sogar eine Reihe aufgestellt, welche die Zunahme des Prozentsatzes bei Verringerung des Einkommens zeigt, doch sind diese Zahlen heute nicht mehr als maßgeblich anzusehen.

Handelskammerbezirkes Chemnitz der Stapelplatz des gesamten Getreidehandels, wie aus den Berichten der Handelskammer zu Chemnitz hervorgeht.

Ich hielt eine nochmalige Prüfung der Preisangaben für angebracht und berechnete selbst auf Grund dieser Notierungen Durchschnittspreise für die Jahre 1882 bis 1913, um eine möglichst große Kontinuität der Zahlenreihen zu erhalten. Zur Erleichterung der Rechnung habe ich nur die Notierungen am jeweilig letzten Börsentage im Monat berücksichtigt, und zwar nur die höchsten Preisangaben. Kleinere Korrekturen bei Wechsel in der Anschreibung waren dabei nötig. Ein Vergleich der so gewonnenen Zahlenreihen mit den oben erwähnten Angaben zeigte nun eine gute Übereinstimmung, die von uns berechneten Preise stehen natürlich im allgemeinen etwas höher. Da ich aber für die Großhandelspreise von Mehl (ebenfalls auf Grund der Notierungen der Chemnitzer Produktenbörse) genau dieselbe Rechnung durchgeführt habe und es mir für die vorliegende Arbeit weniger auf die absoluten Zahlen ankommt als auf die Steigerungszahlen, weil ja hierbei nur die Schwankungen der Preise hauptsächlich untersucht werden sollen, so dürfte dieses Abkürzungsverfahren seinem Zwecke entsprechen. Das Ergebnis unserer Berechnungen zeigt obenstehende Tabelle.

	Preis pro 100 kg in Mk.					
	Weizen fremder und sächsischer		Roggen sächsischer u. preußischer		Braugerste fremde und sächsische	
1884–1888	18,77	**92**	14,61	**81**	17,72	**99**
1889–1893	20,44	**100**	18,08	**100**	17,97	**100**
1894–1898	17,12	**84**	14,12	**78**	17,46	**97**
1899–1903	17,28	**85**	15,31	**85**	17,34	**96**
1904–1908	20,36	**100**	17,44	**96**	19,60	**109**
1909–1913	22,97	**112**	17,58	**97**	21,11	**117**
1904	18,67	**91**	14,32	**79**	18,09	**101**
1905	18,83	**92**	16,00	**88**	18,94	**105**
1906	19,19	**94**	17,10	**95**	19,06	**106**
1907	22,22	**109**	20,50	**113**	20,75	**115**
1908	22,89	**112**	19,30	**107**	21,18	**118**
1909	25,01	**122**	18,32	**101**	20,85	**116**
1910	22,70	**111**	16,08	**89**	19,38	**108**
1911	22,18	**109**	17,57	**97**	22,26	**124**
1912	23,12	**113**	18,92	**105**	23,51	**131**
1913	21,86	**107**	17,03	**94**	19,55	**109**

Die zweite Spalte in jeder Preistabelle gibt die **Meßziffern.**

Von der Periode 1884/88 an steigen die Preise bis zur Periode 1889/93, die wir für unsere sämtlichen Untersuchungen als Ausgangsperiode wählen. Die beiden folgenden Perioden weisen eine starke Depression auf und erst die letzten Perioden 1904/08 und 1909/13 bringen wieder höhere Preise. Gegenüber der gewählten Ausgangsperiode zeigt die letzte Periode für Weizen eine Steigerung von 12 %, für Braugerste eine solche von 17 %, die Roggenpreise stehen um 3 % niedriger als die

der Jahre 1889/93. Vergleichen wir die einzelnen Jahre, so finden wir bis Ende der 80er Jahre sinkende Tendenz vorherrschend. In den folgenden Jahren steigen dann die Preise bis zum Jahre 1891, das infolge des russischen Ausfuhrverbotes und der damit verknüpften Börsenspekulationen[1] Preise aufweist, die denen der letztvergangenen Jahre gleichkommen, zum Teil sie sogar noch übertreffen. Am stärksten tritt dies bei Roggen hervor. In keinem Jahre hat seitdem Roggen so hoch im Preise gestanden wie 1891, ebenso auch Roggenmehl und Roggenbrot, das in diesem Jahre mit 92 bis 98 Pf. pro 3 kg wahre Notstandspreise zeitigte. Die Bedeutung Rußlands ist damals überschätzt worden. In den Jahren 1892/94 während des Zollkampfes ging die russische Getreideeinfuhr stark zurück. Die guten Ernten dieser Jahre im Reiche veranlaßten ein stärkeres Sinken der Preise, so daß bereits 1894 der tiefste Preisstand erreicht wurde. Dieser dürfte zum Teil dadurch zu erklären sein, daß Rußland im Caprivi'schen Handelsvertrag die Meistbegünstigung durchsetzte und infolge guter Ernten den deutschen Markt mit Getreide überschwemmte[2]. Lange Jahre hielt dieser Zustand dann an und wurde nur auf kurze Zeit unterbrochen durch das Jahr 1898, in welchem infolge der geringeren Ernte des Jahres 1897 und einer von Amerika ausgehenden Spekulation die Preise rasch in die Höhe gingen, um ebenso schnell wieder zu sinken[3]. Erst Ende des letztvergangenen Jahrzehnts steigen die Preise stärker an. Roggen erreicht 1907, Braugerste 1908 und Weizen 1909 den höchsten Preisstand. Nach kurzem Sinken weisen 1912 die Preise wieder Maxima auf, die indessen mit Ausnahme der Gerstenpreise unter dem Hochstand

[1] Vgl. dazu Handelskammerberichte Chemnitz und Dresden 1891, Abschnitt Mühlengewerbe. In Sachsen selbst und auch im Deutschen Reiche war die Ernte in diesem Jahre durchaus nicht so schlecht, die hohen Preise dürften zum großen Teile dem Einfluß einer starken Spekulation zugeschrieben werden können. So sicher es ist, daß Getreidehandel und Getreidespekulation nicht die Macht haben, die großen Tendenzen der Preisbildung beim Getreide zu beeinflussen, die in letzter Linie immer von den tatsächlichen Marktverhältnissen abhängen, so kann die Spekulation doch die Auf- und Abwärtsbewegung der Preise hemmen bzw. fördern, jedoch nur dann mit einigem Erfolg, wenn sich die Spekulation auf die tatsächliche Situation des Marktes stützen kann.

[2] Vgl. Beckmann, Die Entwicklung des deutsch-russischen Getreideverkehrs unter den Handelsverträgen von 1894 und 1904. J.f.N.u.St. III. F., Bd. 46, S. 147 ff.

[3] Jahresbericht der Handelskammer Chemnitz 1898 Bd. 2, S. 94.

von 1907 bzw. 1909 verbleiben. 1913 stehen die Preise bereits wieder tiefer als im Vorjahre.

Dieselben Entwicklungstendenzen finden wir auch auf dem gesamten deutschen Getreidemarkt und in anderen Ländern wieder. Bis in die 70er Jahre bewirkte in Deutschland die Zunahme der Bevölkerung eine Steigerung der Getreidepreise. Dann warf die Konkurrenz des Auslandes dieselben mehr und mehr zurück, trotz Auflegung erheblicher Schutzzölle. Im letzten Viertel des vergangenen Jahrzehnts standen die Preise erheblich niedriger (mit Ausnahme der Jahre um 1891 und 1898) infolge der Aufschließung bisher unkultivierter Gegenden, die dem jungfräulichen Acker mit wenig Kosten große Massen Getreide abzugewinnen vermochten, dann durch die erhebliche Verbilligung der Frachten innerhalb der Länder auf Bahnen, Kanälen und Seen, auf der See durch Dampfschiffe und in der neuesten Zeit durch eiserne Schiffe. Die Getreidepreise in Mittel- und Westeuropa sanken. Die niedrigen Erzeugungspreise der neu erschlossenen Länder mit ihren geringeren Bodenpreisen bestimmten den Preis des Getreides auf dem Weltmarkt. Unter dem Einfluß des neu aufgekommenen Wettbewerbs Argentiniens erreichte er um die Mitte des vorletzten Jahrzehnts seinen tiefsten Stand. Seitdem ist er wieder stärker gestiegen. Die Getreidepreise haben in den letzten Jahren eine Höhe erreicht, die nur wenig hinter jener der ersten Hälfte der 70er Jahre zurückbleibt.

Es läßt sich im allgemeinen sagen, daß hinsichtlich der Getreidepreise das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, wie es sich in einem einzelnen Land, geschweige denn in einem einzelnen Orte stellt, nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Höchstens für die von Jahr zu Jahr eintretenden kleineren Preisschwankungen lokaler Natur hat es eine Bedeutung. Die großen Preisveränderungen aber, die sich über längere Zeiträume hin erstrecken, spiegeln sich in den Getreidepreisen der meisten Länder wieder. Das Getreide ist ein Welthandelsartikel geworden und hat einen Weltmarktspreis erhalten, nach dem sich die Preise in den einzelnen Ländern mehr oder weniger richten. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage allein reicht zur Erklärung der Preisentwicklung nicht aus. Die Grundlage bilden vielmehr die Beschaffungskosten aus den entlegensten Gegenden, die noch zur Deckung des Bedarfs auf dem Zentralmarkt herangezogen werden müssen. Die Schwankungen in der Produktion eines einzelnen Landes verschwinden gegenüber der Gesamtproduktion vollkommen. Für Deutschland, das zum

Weltmarkt die Stellung eines näheren Thünenschen Kreises einnimmt, als dessen Zentrum wir vielleicht England ansehen können, sind daher die Weltmarktspreise maßgebend geworden[1]. Daraus folgt aber, daß die Preissteigerung des letzten Jahrzehnts im wesentlichen nicht auf nationale Ursachen zurückzuführen ist. Die Getreidezölle in Deutschland können wohl dazu beigetragen haben, daß die Getreidepreise mehr oder weniger über dem Niveau des Weltmarktes stehen, auf die anhaltende Aufwärtsbewegung der Preise aber dürften sie keinen bestimmenden Einfluß ausgeübt haben. Wir können wohl Glier zustimmen, wenn er sagt: Genau so gut wie das schutzzollgepanzerte Deutschland hat auch das freihändlerische England jetzt seine Teuerung, Beweis genug, daß die Zollgesetzgebung nicht der letzte Grund sein kann[2]. Ebensowenig erscheint es auch angebracht, den Einfluß des Getreideterminhandels auf die Preise eingehend zu untersuchen[3]. Wir schließen uns der Ansicht von Philippovich an, die er in einer Sitzung der österreichischen Enquête über den Terminhandel mit landwirtschaftlichen Produkten (Enquêtebericht 3. Bd., S. 82 und 83) aussprach: „Es ist schon oft betont worden, der Terminhandel sei wenigstens mitverursachend bei der Preisschwankung, welche wir in den letzten 20 Jahren haben beobachten können. Mir kommt es vor, daß wir einerseits in den Produktionsverhältnissen, andererseits in den Konsumtionsverhältnissen so klare Tatsachen haben, daß wir es gar nicht nötig haben, eine geheimnisvolle Kraft zu suchen, die auf den Preis gedrückt hat oder noch fortwährend drückt."

Diese Betrachtungen sollen uns jedoch nicht abhalten, einen Blick zu werfen auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Königreich Sachsen und im Reiche und auf die Ziffern des deutschen Außenhandels in Getreide und Mehl, die uns über verschiedene wichtige Fragen Aufklärung geben können. (Auf Grund der Angaben in den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich und das Königreich Sachsen.)

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Sachsen und im Reiche

[1] Vgl. dazu Conrad, Art. Getreidepreise, H.d.St.W., 3. Aufl., Bd. 4. Derselbe, Die Wirkung der Getreidezölle in Deutschland während des letzten Dezenniums. J.f.N.u.St. 3. F., Bd. 1, S. 492 ff.

[2] Glier a. a. O. S. 382.

[3] Fröchtling, Über den Einfluß des Getreideterminhandels auf die Preise. J.f.N.u.St. 3. F., Bd. 37, S. 577. In diesem Artikel ist auch weitere Literatur über den Getreideterminhandel angegeben.

ist in den letzten 20 Jahren nahezu konstant geblieben, von kleineren Schwankungen abgesehen, die wohl zum Teil auf Fehler in der Abschätzung zurückzuführen sind. Im Laufe dieser Zeit betrug sie in Sachsen rund 10 000 qkm, also etwa zwei Drittel der Gesamtfläche Sachsens, im gesamten deutschen Reiche nahm sie mit rund 320 000 qkm etwa 60 % der Gesamtfläche ein. Die Erntefläche von Roggen ist in Sachsen in dieser Zeit nahezu gleich groß geblieben, die von Weizen und Gerste unterlag größeren Schwankungen. In den letzten Jahren hat der Weizenanbau auf Kosten der Gerste zugenommen und 1913 seine größte Fläche erreicht, Gerste in dieser Zeit die kleinste. Die Anbauflächen von Roggen, Weizen und Gerste verhalten sich zu einander etwa wie 9 : 3 : 1 und betragen zusammen rund 30 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche Sachsens. Die Ernteerträge weisen für Roggen und Weizen steigende Tendenz auf und haben in den beiden letzten Jahren ihre größte Höhe erreicht. Der Ertrag an Gerste unterliegt dagegen stärkeren Schwankungen. Die Erträge pro Hektar lassen erkennen, daß die Landwirtschaft immer intensiver geworden ist. Für das gesamte Deutsche Reich ist die Erntefläche in den letzten 20 Jahren für Weizen nahezu gleich groß geblieben, die für Roggen weist eine geringe steigende Tendenz auf. Die Erntefläche von Gerste unterliegt auch hier größeren Schwankungen, entsprechend auch ihre Erträge. Die Anbauflächen von Roggen, Weizen und Gerste verhalten sich 1912 zu einander etwa wie 12:4:3 und betragen zusammen rund ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Reiches. Das Verhältnis des Roggenanbaues zum Weizenanbau ist also im Reich und in Sachsen gleich, nur wird Gerste im Verhältnis zu den beiden anderen Getreidearten im Reiche stärker angebaut als in Sachsen. Die Ernteerträge von Roggen und Weizen sind im Laufe der Jahre gestiegen und haben 1912 ihren höchsten Stand erreicht. Auch für das Reich zeigen die Erträge pro Hektar erfreulicherweise die Tatsache, daß die Landwirtschaft intensiver geworden ist. Die Zunahme der Getreideproduktion verdanken wir also neben einer Ausdehnung der Anbaufläche hauptsächlich der Intensivierung der Landwirtschaft[1].

Aus den Außenhandelsziffern des Reiches geht hervor, daß die Einfuhr von Weizen bis ins letzte Jahrzehnt hinein steigende Tendenz aufweist, erst in den letzten Jahren scheint ein Beharrungszustand

[1] Ballod, Grundriß der Statistik, Berlin 1913 S. 96.

eingetreten zu sein. Die Weizenausfuhr hat um das Jahr 1890 völlig gestockt, weist aber von da an bis heute eine Steigerung auf und beträgt etwa den siebenten bis achten Teil der Einfuhr. Die wichtigsten Weizenzufuhrländer waren bis 1890 Rußland und Österreich, 1891 kamen die Vereinigten Staaten von Amerika dazu, 1893 Argentinien und Rumänien, während die Einfuhr aus Österreich fortgesetzt zurückging und jene aus Rußland 1892/94 infolge des Zollkampfes stark gedrückt wurde, wie aus der folgenden Tabelle deutlich hervorgeht:

Einfuhr aus Rußland in 1000 Meterzentnern.

Jahr	Weizen	Roggen
1890	3708	7505
1891	5152	6190
1892	2573	1234
1893	216	959
1894	2806	5334
1895	6782	8420

1895/98 lieferte Rußland wieder mehr als die Hälfte des ganzen Imports, seitdem sind aber die Vereinigten Staaten, Rumänien und ganz besonders Argentinien in den Vordergrund getreten und in den letzten Jahren lieferten diese mehr als Rußland.

Die Roggeneinfuhr weist andere Tendenzen auf und verläuft lange nicht so gleichmäßig wie die von Weizen. Früher war sie größer als jetzt. Seit Beginn des Jahrhunderts weist sie sinkende Tendenz auf, nur das Jahr 1911 zeigt infolge seiner schlechten Roggenernte eine verstärkte Einfuhr. Die Einfuhrländer sind ungefähr dieselben wie beim Weizen. Zuerst waren Österreich-Ungarn und Rußland die Hauptlieferanten, dann tritt Österreich-Ungarn zurück und die Vereinigten Staaten und Rumänien treten an dessen Stelle. Rußland behauptet hier aber seinen Platz als wichtigstes Einfuhrland. Nur in den Jahren 1892/94 ist auch hier wie beim Weizen ein Tiefstand vorhanden (vgl. oben) und zwar aus denselben Gründen wie dort[1]. Die Roggenausfuhr, die in den ersten 90er Jahren gleichfalls ganz stockte, hat seitdem ständig zugenommen und übertrifft seit dem Jahre 1908 die Einfuhr. Aus physiologischen Gründen sinkt der Konsum des einseitig beschäftigten Menschen an Roggen beständig, und an seine Stelle tritt eine stärkere Einführung von Weizenbrot und Zucker in die Nahrung. Umgekehrt

[1] Vgl. v. Juraschek, Art. Getreidehandel, H.d.St.W., 3. Aufl., Bd. 4, S. 792 ff.

hat sich jedoch die Produktion entwickelt. Der Roggenertrag nimmt ständig zu. Diese entgegengesetzten Tendenzen haben es verursacht, daß Deutschland wieder mehr Roggen produziert, als es verbraucht; da es den Überschuß auf den Weltmarkt werfen muß, ist es nach 50jährigem Zeitraum wieder zu einem bedeutenden Roggenexportstaat geworden. Während es früher Rußlands bester Abnehmer war, ist es jetzt auf dessen eigenem Markt sein schärfster Konkurrent geworden, begünstigt durch die deutsche Schutzzollpolitik und das Einfuhrscheinsystem (nach gegenwärtigen Berichten scheint Rußland jetzt dazu überzugehen, diese Konkurrenz durch gesetzliche Maßnahmen einzudämmen). Der deutsche Boden eignet sich auch besser für Roggenbau als für Weizenbau. Die natürlichen Vorteile sind für ihn weit größer als für Weidenanlage und Weizenbau. Bei dem zunehmenden Konsum des Weizens dagegen kann Deutschland nicht so viel produzieren, wie verbraucht wird, und ist infolgedessen auf den Import angewiesen[1].

Die Einfuhr von Gerste hat, von wenigen Unterbrechungen abgesehen, ständig zugenommen, nur 1912 ist ein Rückschlag eingetreten. Die Ausfuhr hat ständig abgenommen und spielt gegenüber der Einfuhr keine Rolle mehr. Deutschland ist für Gerste ein Einfuhrland geworden, und zwar hauptsächlich für Futtergerste (während im Inlande meist nur Braugerste gebaut wird), ebenso auch für Hafer.

Betrachten wir im Anschlusse hieran die Außenhandelsziffern für Mehl, so finden wir ganz andere Tendenzen. Seit den 90er Jahren ist hier die Einfuhr ständig zurückgegangen und beträgt nur noch etwa ein Zwanzigstel der Ausfuhr, die seit Beginn des Jahrhunderts gestiegen ist. Die Einfuhr von Roggenmehl ist sehr gering, meist nur zollfreier Grenzverkehr. Bis 1908 war für Weizenmehl Österreich-Ungarn Hauptlieferant, dann sank die Einfuhr von dort auf die Hälfte. 1909 traten Amerika und 1911 Belgien als Hauptkonkurrenten hinzu, die in den beiden letzten Jahren zusammen mehr als Österreich-Ungarn lieferten.

Für Chemnitz ist in dieser Hinsicht noch folgendes zu bemerken: Ausländischer Weizen hat hier an der Börse größere Bedeutung als ausländischer Roggen. In Sachsen wird meist der kleberarme englische

[1] Beckmann a. a. O. S. 147 ff. Auch die Angaben in den V.z.St.d.D.R. 1906 I, S. 73 ff., zeigen dieselbe Erscheinung. Der Anteil des Auslandes an der jährlich pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung stehenden Menge an Getreide hat für Roggen völlig abgenommen. Für Weizen und besonders Gerste zeigt er dagegen zunehmende Tendenz.

Weizen angebaut. Die Bäcker sind daher auf ein Mehl aus ausländischem, besonders russischem Weizen angewiesen, da das hiesige Mehl wohl stärkereich, aber nicht genug kleberreich ist. Auch kann hier der sächsische Roggen nicht rein verbacken werden, sondern das Mehl wird meist mit ostpreußischem Roggenmehl vermischt. Neben sächsischem Roggen haben daher die Notierungen für preußischen Roggen an der Chemnitzer Produktenbörse Bedeutung (vgl. dazu die Jahresberichte der Chemnitzer Handelskammer, Abschnitte Mühlenindustrie und Bäckereigewerbe). In neueren Berichten wird allerdings die Ansicht bestritten, daß die deutschen Mehle weniger backfähig seien als die ausländischen (vgl. z. B. Corduan, Die Backfähigkeit des deutschen Getreides. Sächsische landwirtschaftliche Zeitschrift 1914, S. 100).

Nach den Jahresberichten der Chemnitzer Handelskammer war die Einfuhr von Getreide nach Chemnitz im Jahre 1912 kaum höher als Ende der 90er Jahre und viel geringer als Ende der 70er Jahre, ist also stark zurückgegangen, entsprechend auch die Ausfuhr von Getreide. Die Differenz zwischen Einfuhr und Ausfuhr ist nahezu gleich groß geblieben. Anders steht es mit dem Mehl. Seit den 70er Jahren hat sich die Einfuhr mehr als verdreifacht, die Ausfuhr reichlich verdoppelt, die Differenz zwischen Einfuhr und Ausfuhr vervierfacht. Der Grund ist darin zu suchen, daß für Getreide und Mehl auf der Eisenbahn derselbe Tarif gilt. An der deutschen Grenze haben sich große Mühlen das zunutze gemacht. Sie können das auf dem Seewege eingeführte Getreide billig kaufen und ihr Mehl so weit wie möglich auf dem Wasserweg versenden, können also das Mehl viel billiger liefern, als das erst hierorts aus dem gelieferten Getreide erzeugte Mehl.

Nach diesen Betrachtungen gehen wir zu den Preisen für Mehl über. Die Gewinnung der Großhandelspreise nach den Notierungen der Chemnitzer Produktenbörse hatte ich schon erwähnt. Die Angaben über Mehlpreise im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte stimmen mit unseren Werten ziemlich gut überein, scheinen also auf ähnliche Weise berechnet zu sein. Es genügt, für eine Mehlsorte nur eine Qualität anzugeben (Weizenmehl 00 und Roggenmehl 0), da die Preise für die verschiedenen Qualitäten nicht unabhängig voneinander sind, sondern um nahezu konstante Beträge voneinander abweichen. Für die Kleinhandelspreise standen mir Angaben zur Verfügung in den Preisverzeichnissen verschiedener Chemnitzer Kolonialwarengeschäfte. Von den verschiedenen angegebenen Sorten habe ich je eine herausgenommen

und deren Preisbewegung verfolgt. Daß die Wahl der betreffenden Qualitäten zutreffend war, dürfte sich damit beweisen lassen, daß die Preisangabe für das Jahr 1908: Weizenmehl 1 kg = 42 Pf. sehr gut übereinstimmt mit dem aus den HM.-Rechnungen[1] ermittelten Durchschnittspreis von 41,8 Pf. Für Roggenmehl fehlen hier leider Vergleichsangaben, doch dürfte die gewählte Qualität gleichfalls den Verhältnissen entsprechen.

Vergleichen wir die Mehlpreise mit den Getreidepreisen, so ergibt sich eine gute Übereinstimmung.

	Preis pro 100 kg in Mk.				Preis pro 1 kg in Pfennigen			
	Weizenmehl 00 Großhandel		Roggenmehl 0 Großhandel		Weizenmehl Kleinhandel		Roggenmehl Kleinhandel	
1884—1888	27,05	**90**	22,26	**79**	—	—	—	—
1889—1893	30,22	**100**	28,14	**100**	43,2	**100**	38,8	**100**
1894—1898	26,84	**89**	22,12	**79**	37,6	**87**	32,0	**82**
1899—1903	26,10	**86**	23,75	**84**	35,2	**81**	32,8	**85**
1904—1908	30,18	**100**	26,41	**94**	37,2	**86**	36,0	**93**
1909—1913	33,58	**111**	26,57	**94**	42,8	**99**	36,8	**95**
1904	27,92	**92**	21,67	**77**	36	**83**	32	**82**
1905	28,31	**94**	23,90	**85**	36	**83**	32	**82**
1906	28,96	**96**	26,10	**93**	36	**83**	36	**93**
1907	32,69	**108**	30,81	**109**	36	**83**	40	**103**
1908	33,04	**109**	29,58	**105**	42	**97**	40	**103**
1909	36,23	**120**	27,52	**98**	44	**102**	38	**98**
1910	33,25	**110**	24,69	**88**	42	**97**	36	**93**
1911	33,17	**110**	26,79	**95**	42	**97**	36	**93**
1912	33,13	**110**	27,83	**99**	44	**102**	38	**98**
1913	32,10	**106**	26,04	**93**	42	**97**	36	**93**

Maßgebend für die Beziehung zwischen den Getreide- und den Mehlpreisen sind die Ausbeuteverhältnisse und die Mahllöhne. In den Akten betreffend Bezug von Verpflegungs- und Fourageartikeln für den Lieferungsverband Chemnitz (siehe oben) finden sich Angaben für Mehlpreise, die aus den Getreidepreisen berechnet worden sind. Die Ermittelung dieser Mehlpreise fand so statt, daß entsprechend der Verordnung der Kgl. Kreishauptmannschaft Zwickau vom 20. August 1879 Nr. 147 V, sowie des Kgl. Sächs. Kriegsministeriums vom 18. März 1881 Nr. 1738 III die folgenden Ausbeuteverhältnisse gerechnet und den Preisen die nachstehenden Mahllöhne zugeschlagen worden sind:

[1] HM. S. 15.

Ausbeuteverhältnisse: 100 kg Roggenmehl = 120 kg Roggen
100 kg Weizenmehl = 112 kg Weizen

Mahllohn:	bis 1906	ab 1907
für 100 kg Roggenmehl . . .	1,20 Mk.	1,50 Mk.
für 100 kg Weizenmehl . . .	1,50 „	1,80 „

Nehmen wir die Getreidepreise für 100 kg Roggen im Jahre 1907 und 100 kg Weizen im Jahre 1909 als Ausgangswerte (Preise nach den Angaben der betreffenden Akten), dann ergeben sich die Preise für Roggen- bzw. Weizenmehl aus folgender Rechnung:

100 kg Roggenmehl = 19,94 . 1,20 + 1,50 = 25,43 Mk.
100 kg Weizenmehl = 24,68 . 1,12 + 1,80 = 29,44 Mk.

Die Getreidepreise sind nur wenig niedriger als die unseren, die berechneten Mehlpreise stehen aber bedeutend niedriger als unsere Mehlpreise. Die Spannung Mehlpreis : Getreidepreis ist infolgedessen auch bedeutend niedriger als für die Börsenpreise (1,28 und 1,19 gegenüber 1,50 und 1,45). Dies erklärt sich daraus, daß unseren Preisen hellere Mehlsorten zugrunde liegen, wie sie der Geschmack des Publikums vorzieht, also Mehl von geringerer Ausbeute, das natürlich im Preise teurer steht. An das für Heereszwecke bestimmte Mehl werden dagegen keine so hohen Anforderungen gestellt: es sind dunklere Mehlsorten mit größerer Ausbeute, sie stehen deshalb niedriger im Preise als die billigsten an der Chemnitzer Produktenbörse notierten Mehlsorten. Wir verzichten darauf, ein Beispiel zu berechnen auf Grund der gesetzlichen Ausbeuteverhältnisse (siehe Anhang I). Die Beziehung zwischen den Mehl- und Getreidepreisen läßt sich nun einmal nicht auf eine so einfache Formel bringen, da noch andere preisbildende Faktoren im Spiele sind (Einfluß von Lieferungsverträgen, Konkurrenzeinflüsse usw.), die bald mehr, bald weniger die Preise beeinflussen, deren Einwirkung sich aber rechnerisch nur sehr schwer oder gar nicht erfassen läßt. Daß die Mehlpreise den Getreidepreisen folgen, geht aus den Tabellen deutlich hervor; dies aber im einzelnen zu untersuchen und die Kurven der Differenzen zwischen den Preisen aufzustellen, halten wir nicht für angebracht.

Dieselben Erwägungen treffen auch auf die Kleinverkaufspreise für Mehl zu. Sie passen sich den Großhandelspreisen ziemlich gut an, kleinere Schwankungen verlaufen aber oft anders. Die Kleinhandelspreise können den Großhandelspreisen nicht so schnell folgen, sie sind meist längere Zeit konstant und springen dann plötzlich auf oder ab,

je nach den Einkaufsverhältnissen. Wieder treten neue preisbeeinflussende Faktoren hinzu mit anderen Schwankungstendenzen und sind die Ursache, daß die Kleinverkaufspreiskurven den Kurven der Großhandelspreise nicht immer parallel verlaufen, die Hauptextreme fallen jedoch, wie wir sehen, zeitlich zusammen.

Auch die Brotpreise passen sich den Getreide- und Mehlpreisen an. Für Weizenbrot konnten wir leider nicht genügende Angaben erhalten. In Chemnitz wird zu den Brötchen Weizenmehl 0 und zu den Semmeln Weizenmehl 00 verbacken. Nach den Mitteilungen der Chemnitzer Bäckerinnung kosteten 100 g Weizenbrot in den Jahren 1908/11 5 Pf. Einer Gewichtsveränderung kann hierbei, wie berichtet wird, den Schwankungen der Preise entsprechend, nicht immer stattgegeben werden. Reichhaltigeres Material lag uns dagegen für die Roggenbrotpreise vor. In Chemnitz bleibt nicht, wie z. B. in Berlin, der Preis des Brotes eine feste Größe, so daß die Preisschwankungen des Getreides und Mehles in den Gewichtsveränderungen des Brotes zum Ausdruck kommen, sondern für den ganzen Zeitraum, den wir untersuchen, war das Gewicht eine feststehende Größe und der Preis veränderlich, so daß uns ein Nachwiegen und Umrechnen wie in anderen Orten erspart blieb. Die erhaltenen Preisangaben, für die wir dem Vorstande der Bäckerinnung zu großem Danke verpflichtet sind, reichen bis in den Beginn der 70er Jahre zurück. Außerdem standen uns noch die Preisangaben der Konsumvereinsbäckerei zur Verfügung, die kaum von den Preisen der Bäckerinnung abweichen, sowie die Angaben über Brotpreise nach den wöchentlichen Notierungen der Chemnitzer Markthalle und die Preisangaben in den Statistischen Jahrbüchern deutscher Städte, Abschnitte Lebensmittelpreise.

Die Angaben für Weizenmehl und Brot in den Statistischen Jahrbüchern für das Königreich Sachsen 1908 (Preise von Lebensbedürfnissen in den Jahren 1901/07) und 1912 S. 156 bzw. 1913 S. 167 (Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel) sind für die Arbeit nicht zu verwenden, da sie sich über einen zu kurzen Zeitraum erstrecken und vor allem über die Qualität und die Ermittelung der Preise zu wenig Aufschlüsse geben. Weder die Angaben der Bäckerinnung, noch die der Konsumvereinsbäckerei und der Markthalle, die für Chemnitz doch sicherlich maßgebend sind, weisen vom Dezember 1911 bis März 1913 für die Brotpreise derartige Schwankungen auf, wie sie das Statistische Jahrbuch angibt. Diese Abweichungen lassen sich wohl

kaum anders erklären, als damit, daß für die Preisermittelung nicht immer dieselbe Sorte Brot zugrunde gelegt wurde. Die abweichenden Angaben für März 1912 (das eine Mal ist als Preis für ein kg Brot 26 Pf., das andere Mal 24 Pf. angegeben) bleiben rätselhaft, ein deutlicher Beweis für den Wert der Angabe für die gangbarste Sorte jeder Ware. In der Hauptsache stimmen die verschiedenen Preisangaben überein, wenn auch für einzelne Jahre Abweichungen vorkommen. Zum Teil mögen diese Abweichungen darin ihren Grund haben, daß die Preisangaben von verschiedenen Gruppen von Brotlieferanten erhoben worden sind. Die Brotpreise können den kleineren, rascheren Schwankungen der Mehl- und Getreidepreise des Großhandels nicht unmittelbar folgen, denn die Bäcker müssen sich auf längere Zeit hinaus mit Mehl versorgen. Erst wenn der alte Mehlbestand aufgebraucht ist und neue Lieferungen eingehen, was bei den verschiedenen Gruppen natürlich nicht gleichmäßig geschieht, werden die Preise für Brot sich der Marktlage der Rohprodukte mehr oder weniger anpassen. In den Jahren, in denen die verschiedenen Preisangaben voneinander abweichen, haben wir daraus Mittelwerte gebildet unter Berücksichtigung des Wertes der einzelnen Angaben, und zwar haben wir die Preisangaben für Roggenbrot zweite Sorte gewählt, das für den Konsum in den unseren Betrachtungen zugrunde liegenden Haushaltungsrechnungen wohl maßgebend sein dürfte. Der Durchschnittspreis für 1 kg Brot betrug nach den HM.-Rechnungen (S. 15) in Chemnitz im Jahre 1908 27,8 Pf. Der aus unserem Zahlenmaterial sich ergebende Preis betrug rund 28 Pf. Die Übereinstimmung dürfte die Bedeutung beider Angaben bestätigen. Um bezüglich des Brotpreises noch einige Einzelheiten zu geben, sei erwähnt, daß die Preise für Brot erste Sorte pro kg 2 Pf. höher stehen. Für Brot erste Sorte wird Roggenmehl 0, für Brot zweite Sorte Roggenmehl 1 verbacken. Nach den Mitteilungen einiger Bäckermeister rechnet man durchschnittlich 1 Zentner Roggenmehl = 145 Pfund Teig = 135 Pfund Brot. Betrachten wir nun die so bestimmten Brotpreise etwas näher und zwar für ein Kilogramm berechnet.

(Siehe Tabelle auf Seite 31.)

Roggenbrot, Roggenmehl und Roggen weisen also die gleichen Preistendenzen auf. Von den 70 er Jahren an finden wir eine Preissenkung, die nur von der Periode 1889 bis 1893 unterbrochen wird, auf deren Bedeutung wir schon eingegangen sind. Erst

	Preis pro 1 kg in Pfennigen Roggenbrot II. Sorte			Preis pro 1 kg in Pfennigen Roggenbrot II. Sorte			Preis pro 1 kg in Pfennigen Roggenbrot II. Sorte	
1874—1878	21	**84**	1904—1908	23,2	**93**	1908	28	**112**
1879—1883	21	**84**	1909—1913	24,6	**98**	1909	26	**104**
1884—1888	18	**72**	1904	20	**80**	1910	25	**100**
1889—1893	25	**100**	1905	20	**80**	1911	23	**92**
1894—1898	19	**76**	1906	22	**88**	1912	25	**100**
1899—1903	21	**84**	1907	26	**104**	1913	24	**96**

von der Jahrhundertwende ab finden wir dann wieder eine Steigerung bis zur letzten Periode. Das teuerste Jahr in der letztvergangenen Zeit war das Jahr 1908 infolge der hohen Roggenpreise des Jahres 1907. Die letzten Jahre stehen kaum höher als der Beginn der 70er Jahre (Juli 1874 = 25 Pf.) und eher tiefer als zu Beginn der 90er Jahre (1891 stiegen die Preise auf 28—32 Pf. pro kg). Die Übereinstimmung der Bewegung der Brotpreise mit der der Getreidepreise nicht nur für Chemnitz, sondern auf dem gesamten deutschen Markt findet damit ihre Bestätigung. Zu einer Berechnung der Spannung zwischen Mehl- und Brotpreisen konnten wir uns auch hier nicht verstehen. Bei der Untersuchung der jährlichen Preise finden sich geringere Abweichungen zwischen den einzelnen Kurven, deren Ursachen in den neuen Faktoren zu suchen sind, die bei der Brotpreisbildung auftreten und mehr oder weniger die Preise beeinflussen, ohne die Hauptextreme verwischen zu können, z. B. Lohnverhältnisse, Einkaufsmöglichkeiten, Konkurrenzkampf mit Brotfabriken bzw. der Bäcker untereinander, worüber in den Handelskammerberichten viel geklagt wird. Nach den HM.-Rechnungen kamen auf eine Chemnitzer Haushaltung im Durchschnitt 828 kg Brot, daneben noch 48,8 kg Mehl. Pro Haushalt wurden im Jahre 1908 für Brot 230,17 Mk. und für Mehl 20,36 Mk. ausgegeben (HM. S. 80). Unter den sämtlichen Groß- und Mittelstädten, die an der Erhebung mit Haushaltungsrechnungen beteiligt waren, nimmt Chemnitz in bezug auf den Brotkonsum pro Haushaltung damit die erste Stelle ein. Bei dieser großen Bedeutung des Brotkonsums für die Lebenshaltung der Chemnitzer Arbeiterfamilien wird jede stärkere Veränderung im Preise auch für die Art der Lebensführung von großem Einfluß sein. Möglichst niedrige Brotpreise sind daher zu wünschen, besonders im Interesse der minderbemittelten Klassen. Aus den bisherigen Untersuchungen geht nun hervor, daß der Preis

im Vergleich zu den 70er und 90er Jahren heute nicht höher steht als damals. Das ist allerdings ein schwacher Trost, der über die jetzige Höhe der Preise nicht hinweghilft, denn wir haben schon eingangs erwähnt, daß nicht so sehr die absolute Höhe der Preise für die Lebenshaltung maßgebend ist, als vielmehr ihre Veränderungen. Vergleichen wir die Preise der letzten 5 Jahre mit denen der Jahre 1894/03:

	1894/03	1909/13	Steigerung
Weizenmehl 1 kg . .	36,4 Pf.	42,8 Pf.	17,6 %
Roggenmehl 1 kg . .	32,4 „	36,8 „	13,6 %
Roggenbrot 2. Sorte .	20,0 „	24,6 „	12,3 %

so finden sich ganz beträchtliche Steigerungen, die denen der Getreidepreise entsprechen. Eine Verteuerung des Brotes im letzten Jahrzehnt muß also festgestellt werden. Letzten Endes erstrecken sich aber die Klagen über die jetzige Teuerung nicht so sehr auf die Brotpreise, sondern vor allem auf die hohen Fleischpreise, auf die wir später noch zu sprechen kommen.

b) Kartoffeln, Gemüse, Obst.

Besonders für die Ernährung der ärmeren Bevölkerung kommt neben dem Brot die Kartoffel in Betracht. Beide stehen bezüglich des Konsums in einer gewissen Wechselbeziehung. Reiche Kartoffelernten und infolgedessen niedrige Kartoffelpreise schränken den Brotkonsum ein, in den Jahren schlechter Kartoffelernten nimmt der Brotverbrauch zu, umgekehrt können wieder hohe Brotpreise zu einer Erhöhung des Kartoffelkonsums führen. Eine eingehende Betrachtung der Kartoffelpreise erscheint daher am Platze. Die Großhandelspreise sind berechnet nach den „Amtlichen Notierungen der Produktenpreise in Chemnitz“ (veröffentlicht im Chemnitzer Tageblatt), und zwar haben wir die Durchschnitte aus den mittleren Preisen am jeweilig letzten Markttage in den einzelnen Monaten gebildet. Seit 1900 veröffentlicht auch das Statistische Jahrbuch für das Königreich Sachsen die Großhandelspreise für Kartoffeln in Chemnitz, außerdem sind in den St.J.d.St. für Chemnitz die Kartoffelpreise angegeben. Diese Durchschnittszahlen scheinen aus den mittleren Preisen sämtlicher Markttage berechnet zu sein. Die Abweichungen gegenüber unseren berechneten Preisen sind jedoch gering. Die Preisangaben des Konsumvereins reichen nicht weit genug zurück, um sie hier verwerten zu können.

Für die Kleinverkaufspreise konnte ich die wöchentlichen Notierungen der Chemnitzer Markthalle verwenden, die Durchschnittspreise sind

auf dieselbe Weise wie die Großhandelspreise berechnet worden. Eine Schwierigkeit bestand darin, daß die Kleinverkaufspreise bis August 1899 pro 5 l angegeben wurden, seitdem pro $\frac{1}{2}$ kg. Für unsere Betrachtungen haben wir die Preise pro 5 kg berechnet, und zwar auf Grund einer Tabelle der städtischen Markthalle zu Leipzig vom 26. September 1894. Darnach entspricht einem Quantum von 5 l Kartoffeln (gehäuftes Maß) ungefähr eine Gewichtsmenge von 4,3 kg.

Wiewohl der Name Kartoffel außerordentlich vieldeutig ist, so gibt doch das spezifische Gewicht derselben einen Anhalt für die Beschaffenheit, d. h. das Gewicht eines bestimmten Volumens von Kartoffeln steht mit dem Stärkemehlgehalt derselben in einem engen Zusammenhang. Kartoffeln haben etwa 80 % Wassergehalt, Getreide nur etwa 20 %. Der gesamte Nährwert der Kartoffeln verhält sich zu dem des Getreides etwa wie 1:5 (vgl. Ballod a. a. O. S. 115). Kartoffeln haben ungefähr den dritten Teil des Wertes derselben Gewichtsmenge Getreide. Der Transport von Getreide lohnt sich also mehr. Als weiteres Hindernis für den Transport kommt dazu, daß die Kartoffeln infolge des hohen Wassergehalts auf dem Transport leicht verderben. Die Einfuhr von Kartoffeln in das Reich ist daher auch ziemlich gering und spielt nur in Jahren schlechter Kartoffelernten eine gewisse Rolle (vgl. dazu V.z.St.d.D.R.). Die Anbaufläche von Kartoffeln ist im Laufe der letzten 20 Jahre im Reich wie in Sachsen nahezu gleich groß geblieben. In Sachsen betrug sie rund ein Achtel der landwirtschaftlich genutzten Fläche, im Reich war sie etwa halb so groß wie die von Roggen. Größeren Schwankungen unterlagen dagegen in dieser Zeit die Ernteerträge und zwar absolut wie auch relativ (Ertrag pro Hektar). Mehr wie alles andere sind die Kartoffelerträge von der Witterung abhängig, die Erträge sind außerdem noch nicht einmal bestimmend für den spezifischen Wert, so daß sich eine direkte Beziehung zwischen Ertrag und Preis nicht feststellen läßt, hohen Erträgen nicht immer niedrige Preise entsprechen und umgekehrt. Die Folgen schlechter oder guter Ernten zeigen sich meist erst im folgenden Jahre oder geben sich in anderen Erscheinungen zu erkennen. Es lohnt sich daher auch nicht, die Angaben über die pro Kopf der Bevölkerung des Reiches verfügbare Menge an Kartoffeln, wie sie regelmäßig in den V.z.St.d.D.R. veröffentlicht werden, für die Betrachtung der Kartoffelpreise heranzuziehen, da die für die menschliche Ernährung bestimmten Kartoffelmengen nicht getrennt angegeben sind, sondern die für die tierische

Ernährung und für gewerbliche Zwecke verfügbaren Mengen mit enthalten. Gegenüber der Periode 1898/1903 zeigen jedenfalls die beiden letzten Perioden einen Rückgang in der verfügbaren Menge. Es standen zur Verfügung im Durchschnitt der Jahre

1898/1903: 622,8 kg pro Jahr
1908/1912: 565,2 kg pro Jahr.

Besser lassen sich die Beziehungen zwischen den Kartoffelerträgen und den Viehpreisen erkennen. Besonders charakteristisch dafür sind die letztvergangenen Jahre. Das Jahr 1911 stand im Zeichen des Futtermangels, infolgedessen mußte viel Vieh geschlachtet werden, besonders Schweine. Die Preise für Schweinefleisch sanken. Im folgenden Jahre stiegen die Schweinepreise wieder. Der Bauer hielt sein Vieh zurück, da er bemüht war, seine Viehbestände wieder zu erhöhen. Die reiche Kartoffelernte dieses Jahres kam ihm zustatten. So trat kein Überfluß an Kartoffeln ein, der die Preise hätte drücken können, erst das Jahr 1913 brachte ein Sinken der Kartoffelpreise. Auch für weiter zurückliegende Jahre lassen sich ähnliche Beziehungen feststellen infolge dieses starken Wechsels der Kartoffelerträge. Könnten wir ständig auf ein bestimmtes Quantum von Ersatzfuttermitteln rechnen, und zwar zu möglichst niedrigen Preisen (Zollerleichterung für Futtergerste und Erleichterung der Transportkosten), so dürfte diese Ursache der jetzigen Fleischteuerung vielleicht beseitigt werden können.

Doch zurück zu den Kartoffelpreisen. Vergleichen wir die Kurven der Großhandels- und Kleinverkaufspreise, so finden wir eine ziemlich gute Übereinstimmung, nur die Jahre 1901/04 zeigen Abweichungen.

	Preis pro 50 kg in Pfennigen Kartoffeln Großhandel		Preis pro 5 kg in Pfennigen Kartoffeln Kleinhandel			Preis pro 50 kg in Pfennigen Kartoffeln Großhandel		Preis pro 5 kg in Pfennigen Kartoffeln Kleinhandel	
1889—1893	300	**100**	34	**100**	1907	354	**118**	42	**124**
1894—1898	252	**84**	29	**85**	1908	317	**106**	43	**126**
1899—1903	248	**83**	41	**121**	1909	332	**111**	39	**115**
1904—1908	332,8	**111**	41,6	**122**	1910	312	**104**	40	**118**
1909—1913	370,2	**123**	46,6	**137**	1911	451	**150**	55	**162**
1904	336	**112**	42	**124**	1912	442	**147**	53	**156**
1905	373	**124**	44	**129**	1913	314	**105**	46	**135**
1906	284	**95**	37	**109**					

Inwieweit dies aber mit der veränderten Maßeinheit im Kleinverkauf oder anderen Ursachen, wie z. B. der Höhe der Sommerpreise, niedrigen Preisen für Futterkartoffeln im Großhandel usw., zusammenhängt, läßt sich kaum feststellen. Die folgenden Jahre zeigen jedenfalls wieder einen parallelen Verlauf beider Kurven. Die Mitte der 90er Jahre weist für beide Preisreihen eine Depression auf, die beiden letzten Perioden zeigen dann wieder eine Preissteigerung, die zum Teil ihre Ursache in der Kartoffelkrankheit finden mag, die den Ertrag mindert. 1911/12 erreichen die Kartoffelpreise ihren höchsten Stand und sinken im Jahre 1913 ziemlich stark. Gegenüber der Periode 1889/93 sind in der letzten Periode die Großhandelspreise um 23,4 % und die Kleinverkaufspreise um rund 37 % gestiegen. Diese Verschiedenheit in den Steigerungen dürfte zum Teil daran liegen, daß in den Großhandelspreisen auch die Preise für Futterkartoffeln eingeschlossen sind, andernteils in den Umrechnungszahlen, die einen Vergleich stark erschweren. Unsere Zahlen dürften daher als Maximalzahlen für die Steigerung der Kleinverkaufspreise angesehen werden können. Die Ursache der hohen Preise selbst dürfte in den ungünstigen Ernteverhältnissen des trockenen Sommers 1911 und des nassen Sommers 1912 zu suchen sein. Die übrigen Jahre dieser letzten Periode weisen bedeutend niedrigere Preise auf, die allerdings bei der Bedeutung, die die Kartoffeln für den Haushalt besonders der ärmeren Bevölkerung haben, immer noch viel zu hoch sind.

Die hohen Kartoffelpreise des Jahres 1911 gaben auch der Chemnitzer Stadtverwaltung Veranlassung, Maßnahmen dagegen zu ergreifen und den Verkauf billigerer Kartoffeln an die minderbemittelte Bevölkerung in die Wege zu leiten, zu welchem Zwecke sie selbst 13 138,70 Zentner Kartoffeln ankaufte und teils in eigenen Verkaufsstellen, teils durch Chemnitzer Firmen zum Verkauf bringen ließ. Ohne Reibung ist dies allerdings nicht abgegangen trotz aller Bemühungen, die Reibungsflächen zu verringern und Härten zu vermeiden. Groß ist der Erfolg nicht gewesen, wenn auch in dem „Bericht des Sonderausschusses für Beratung von Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung über Art und Erfolg seines Handelns, Chemnitz, den 20. August 1912“ die Frage, ob der mit dem Kartoffeleinkauf erstrebte Zweck erreicht worden sei, bejaht wird.

Der Spekulation sind die Kartoffeln weniger zugänglich. Sie bilden das absolut unentbehrliche Nahrungsmittel eines ungemein großen Teiles der Bevölkerung. Das geht daraus hervor, daß ihr höchster Preis fast regelmäßig in die Monate vor der Ernte, ihr niedrigster

in die nach der Ernte fällt. Man kann hier von einem typischen Verlauf der Jahreskurven reden, was beim Getreide nicht in dem Maße der Fall ist. Die enormen Preishöhen, die sich im Juni und Juli herausbilden, sind zurückzuführen auf die Einfuhr von neuen, besonders Magdeburger Kartoffeln. Da nur die letzten Monatsnotierungen erfaßt worden sind, können die Preise noch mehr oder weniger innerhalb dieser Monate gestiegen sein. Das eine geht jedenfalls hervor, daß jährliche Durchschnittspreise, in denen diese hohen Sommerpreise enthalten sind, kein klares Bild geben können. Es dürfte besser sein, bei Berechnungen von Jahresdurchschnitten diese Monate wegzulassen bzw. solche Monate gesondert miteinander zu vergleichen, denn diese Preise sind kaum maßgebend für die große Masse der Bevölkerung: neue Kartoffeln sind zunächst Luxusartikel. Für die letzten 20 Jahre von 1893 bis 1912 haben wir die Monatsdurchschnitte aus den am Ende der einzelnen Monate notierten Preisen berechnet, und zwar für Großhandels- und auch Kleinverkaufspreise[1].

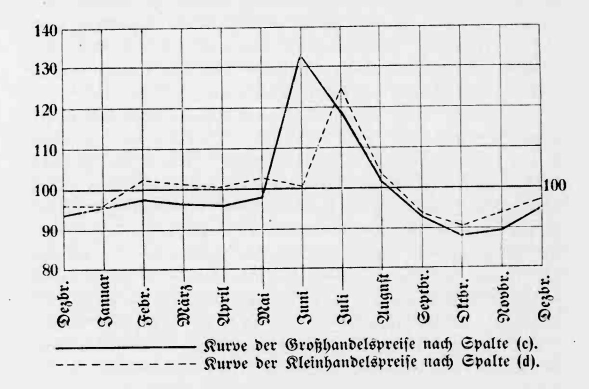
Jährliche Schwankungen der Kartoffelpreise im Durchschnitt der Jahre 1893—1912:

	Großhandelspreis pro 50 kg	Kleinhandelspreis pro 5 kg	Relativpreise (Durchschnitte aus allen 12 Monaten gleich 100 gesetzt)	
	Pf.	Pf.	Großhdl.	Kleinhdl.
Januar	284	36,8	95,3	95,3
Februar	291	39,3	97,7	101,9
März	287	38,8	96,3	100,5
April	287	38,7	96,3	100,2
Mai	293	39,4	98,4	102,0
Juni	394	38,7	132,3	100,4
Juli	355	47,9	119,2	124,2
August	300	39,5	100,7	102,3
September	277	36,2	93,0	93,75
Oktober	262	34,8	87,9	90,2
November	267	36,0	89,6	93,2
Dezember	278	37,0	93,3	95,8
Im Durchschnitt der 12 Monate	297,9	38,56	100	100
	(a)	(b)	(c)	(d)

[1] Ähnliche Berechnungen sind neuerdings in größerem Umfange gemacht worden von C. Bresciani Turroni, der in den Annali del Seminario Giuridico der Universität Palermo einen Aufsatz veröffentlicht hat unter dem Titel: „Le variazioni cicliche dei prezzi".

Deutlich zeigen die Kurven für die Großhandelspreise das starke Ansteigen im Juni, für die Kleinhandelspreise ein starkes Steigen im Juli. Abweichungen davon kommen natürlich vor, so z. B. zeigt das Jahr 1913 im Juni und Juli Höchstpreise im Kleinverkauf.

Es leuchtet ein, daß diese enormen Juni- und Julipreise auf den Jahresdurchschnitt einen großen Einfluß ausüben. Die Durchschnittspreise zweier Jahre, die in allen Monaten in den Preisen übereinstimmen mit Ausnahme der Monate Juni und Juli, in denen sie starke Differenzen aufweisen, können so beträchtlich voneinander abweichen, ohne daß der einzelne Konsument in dem einen Jahre bei gleichem Verbrauche mehr Geld aufwenden müßte, wie in dem anderen Jahre, wenn nur für ihn die Möglichkeit besteht, vor dem Ansteigen der Preise im Juni sich auf 2 Monate etwa mit Kartoffeln im voraus zu versorgen. Für eine speziellere Untersuchung der Kartoffelpreise erscheint es daher angebracht, die Juni- und Julipreise neben den übrigen Preisen



besonders zu betrachten (vgl. Bd. 222, 227, 232 der Preuß. Statistik betr. Monats- und Jahrespreise wichtiger Verpflegungsmittel in 154 preußischen Berichtsorten. In diesen Heften werden für die Monate Juni, Juli und August die Preise für Eßkartoffeln besonders betrachtet. Vgl. dazu weiter auch D.St.C.B. 1913 S. 161 ff.).

Nach diesen Ausführungen dürfte es auch verfehlt sein, die Preise der Kartoffeln in verschiedenen Städten miteinander zu vergleichen. Die Kartoffelpreise eines Ortes beziehen sich vor allem auf das Gewächs der Umgebung. Von einer Einheitlichkeit der Preise in den verschiedenen Orten läßt sich nicht sprechen. Die Preisunterschiede deuten darauf hin, daß die Kartoffelernten in den verschiedenen Gegenden verschieden ausgefallen sind und die Versorgung der Städte aus weiter Entfernung bei den gewöhnlichen Frachtsätzen nicht angängig ist[1]. Wir können es uns daher ersparen, auf die Einfuhrzölle für Kartoffeln einzugehen, die keine Rolle spielen. Die Zölle treffen nur die geringen Mengen Frühkartoffeln aus dem Süden. Ein Wegfall dieser Zölle dürfte keinen Einfluß auf die Preise haben.

Eine Untersuchung der Preisbewegung beim frischen Gemüse glauben wir uns ersparen zu können. Die ermittelten Zahlen können durchaus kein richtiges Bild ergeben, da die Feststellung dieser Preise von den verschiedensten Faktoren abhängig ist und die Anschreibungsart stark gewechselt hat. In der Chemnitzer nächsten Umgebung spielt der gewerbsmäßige Gemüsebau nur eine untergeordnete Rolle, das meiste Gemüse muß also aus der weiteren Umgebung bezogen werden, meist aus dem Norden und Osten. Die Gemüsepreise sind nun viel zu sehr von den einzelnen Ernten, von den rasch wechselnden Witterungsverhältnissen abhängig. Der Preis kommt wohl lediglich unter dem Einfluß von Angebot und Nachfrage zustande. Ist viel Ware auf dem Markte, sinken die Preise, denn die meisten Gemüsesorten müssen schnell verkauft werden, da sie leicht verderben oder unscheinbar werden. Umgekehrt können bei geringerem Angebot höhere Preise erzielt werden. Die Preise wechseln zudem sehr nach der Jahreszeit. Im Sommer sind manche Gemüse zu äußerst niedrigen Preisen zu haben, andere wieder im Winter, während sie zu anderen Zeiten für die ärmere Bevölkerung unerschwinglich sind und sie dann zur Luxusware werden, z. B. Treibhausgemüse. Die Gemüsegärtnerei hat sich ja in den letzten Jahren sehr vervollkommnet, außerdem werden zu bestimmten Jahreszeiten aus südlichen Ländern verschiedene Gemüse eingeführt, was erst durch die Besserung der Verkehrsmittel ermöglicht worden ist, so daß jährliche Durchschnittspreise ein ganz falsches Bild erwecken und Vergleiche mit früheren Jahren ganz ausgeschlossen sind. Besser ange-

[1] Vgl. Neuhaus, St.J.d.St. 18. Jahrg. S. 142.

bracht erscheint die Betrachtung, wie sie z. B. das Dresdener Städtische Statistische Amt anstellt. Hier werden nämlich für die Monate, in denen die Gemüse vorzugsweise auf den Markt kommen, besondere Mittelpreise berechnet und diesen Qualitätspreisen die Mittelpreise in der übrigen Zeit des Jahres gegenübergestellt. Es dürfte angebracht sein, statt Marktpreisnotierungen Marktpreisberichte zu bringen, welche die Marktlage mit wenigen Worten erläutern unter Festhaltung wirklich gezahlter Preise. (Vgl. dazu D.St.C.B. Jahrg. 1913 S. 161 ff. In der neuesten Zeit werden im Chemnitzer Tageblatt allwöchentlich derartige Marktberichte gegeben unter dem Titel „Wochenrückblick über den Lebensmittelmarkt zu Chemnitz“.) Es ist jedenfalls nicht gut möglich, derartige Marktpreise mit einer einzigen Ziffer zu erfassen, noch weniger die Bewegung dieser Preise. Ganz im allgemeinen wird man aber jedenfalls sagen können, daß unter gleichen Umständen die heutigen Preise für Gemüse etwas höher stehen werden als in früheren Zeiten, infolge der höheren Arbeitslöhne und der stärkeren Nachfrage sowie infolge des zunehmenden Wohlstandes der Bevölkerung. Auf der Jahresversammlung des Verbandes deutscher Gemüsehändler im Januar 1913 in Berlin (nach einer Januarnummer der Leipziger Neuesten Nachrichten 1913) wurde beschlossen, für verschiedene Gemüsesorten Mindestpreise festzusetzen, und die Gemüsezüchter haben sich auch verpflichtet, die festgelegten Mindestpreise unter allen Umständen innezuhalten, da nur dadurch der Gemüsebau gefördert und ein Ausgleich geschaffen werden könne. Allzuviel braucht man sich jedoch dadurch nicht einschüchtern zu lassen, denn die Konsumenten werden hierbei auch ein Wort mitzureden haben. Schwerwiegender würde der Fall erst dann, wenn das gesamte deutsche Volk den Vorschlag des Herrn Dr. med. Ernst Winkler, eines Arztes in Leipzig, befolgen würde, den er in der Broschüre: „Die Fleischnot und wie man sie bekämpft“ gibt. Die natürlichste Lösung dieser Frage scheint ihm nämlich die zu sein, kein Fleisch zu essen und rein vegetarisch zu leben. Der Herr Verfasser scheint nicht zu bedenken, daß wir damit aus dem Regen in die Traufe fallen, denn aus der Fleischnot würde dann eine Gemüsenot, und damit wäre uns nicht geholfen. Ein weiteres Eingehen auf diese Schrift bei der Frage nach Abhilfe der Fleischteuerung dürfte sich damit erübrigen, da die Broschüre nur Propaganda für den Vegetarismus machen will und infolgedessen sehr einseitig gehalten ist.

Das vom Ausland eingeführte Gemüse ist in frischem Zustande

nach dem Zolltarif vom 25. Dezember 1902 in der Hauptsache zollfrei; zubereitetes Gemüse unterliegt einem ziemlich hohen Zoll. Der Verband deutscher Gemüsehändler hat nun, wie die Deutsche Tageszeitung meldet, im letzten Jahre eine Bittschrift an den Reichstag gerichtet, in der er Zölle auf jegliches Gemüse fordert. Es ist dringend zu wünschen, daß der Reichstag dieses Gesuch ablehnt. Um dies zu begründen, muß man sich die Preisbildung beim Gemüse vergegenwärtigen. Frisches Gemüse gehört zu den Waren, die auf dem Transport leicht verderben, so daß bei jeder Sendung mit einem bestimmten Verlust gerechnet werden muß. Der inländische Gemüsezüchter hat also den Vorteil geringerer Transportkosten und kann demnach mit dem ausländischen Gemüsehändler konkurrieren. In Zeiten schlechter heimischer Ernten und in der kalten Jahreszeit sind wir ohnehin auf die Einfuhr von ausländischem Gemüse angewiesen. Ein Zoll darauf würde also direkt auf die Konsumenten überwälzt werden. Dazu kommt noch das wichtigste Argument: der Zoll würde seinen Zweck als Schutzzoll nicht erfüllen, denn bei den hohen Preisen für Getreide, Fleisch und Molkereiprodukte sieht sich die deutsche Landwirtschaft gar nicht veranlaßt, sich dem mühsameren, mehr Aufmerksamkeit erfordernden und weniger lohnenden Gemüsebau zuzuwenden. Die Gründe gegen die starke Konkurrenz Hollands scheinen überdies nicht angebracht zu sein, wie sogar in landwirtschaftlichen Fachschriften zugegeben wird. In der Sächsischen landwirtschaftlichen Zeitschrift 1914 S. 102 bestreitet Wolanke in einem Aufsatz über „Ein Gemüseanbauversuch" die Annahme, daß die Wasser-, Boden- und Klimaverhältnisse von Holland günstiger seien als die von Deutschland. Es mangele in Deutschland nur an der nötigen Erfahrung, um durch technische Hilfsmittel auf billige und schnelle Weise eine gute Gemüseernte zu erzielen.

Dieselben Betrachtungen, die wir soeben für frisches Gemüse angestellt haben, gelten auch für Obst. Auch hier sind die Preise direkt von der Ernte und vom Bedarfe abhängig. Sinken die Preise, z. B. bei großen Pflaumenernten, unter einen gewissen Stand, so daß es vorkommt, daß die Löhne für das Abpflücken pro Einheit teurer zu stehen kommen als die betreffende Einheit auf dem Obstmarkte kostet, so lassen die Obstbaumbesitzer lieber das Obst auf den Bäumen hängen und verfaulen, da die Arbeit des Abpflückens sich nicht lohnt, oder verwenden die Früchte als Schweinefutter. In Jahren schlechter

Ernten steigen dafür die Preise wieder sehr hoch. Es ist daher nicht möglich, rechnerisch eine Steigerung für die jetzigen Preise gegenüber den Preisen vor 20 Jahren festzustellen. Wir können hier, besonders was Südfrüchte anbelangt, direkt von einer Verbilligung infolge der verbesserten Transportmöglichkeiten reden. Vor einigen Jahrzehnten waren Apfelsinen und Bananen teuere Genußmittel, jetzt kann man sie fast zu den Volksnahrungsmitteln zählen. Die Einfuhr von Südfrüchten in das Reich hat infolgedessen auch stark zugenommen. Sie betrug pro Kopf und Jahr

1836/40:	0,06 kg	1901/05:	2,54 kg
1871/75:	0,57 „	1906/10:	3,15 „
1891/95:	1,39 „	1911:	4,09 „
1896/1900:	1,98 „	1912:	4,52 „

(vergleiche dazu St.J.f.d.D.R.: Ballod a. a. O. S. 157).

c) Hülsenfrüchte und Kolonialwaren.

Wir wollen hier alle übrigen vegetabilischen Nahrungsmittel unter diesem Namen zusammen betrachten. Damit kommen wir zu einem Gebiete der Preisstatistik, dem bisher noch sehr wenig Beachtung geschenkt worden ist. Die Schwierigkeiten häufen sich auch hier in besonders hohem Maße. Nicht nur ein Vergleich verschiedener Orte kann zu falschen Schlüssen führen, auch eine Verfolgung der Preise in ein und demselben Orte über längere Zeit hinaus ist mitunter infolge der vielen, oft rasch erfolgenden Änderungen in der Qualität der Waren ganz unmöglich. Der Geschmack des Publikums, Einkaufsmöglichkeiten usw. bewirken, daß manche Sorten kurz nach ihrem Auftreten wieder verschwinden und anderen Platz machen. Dazu kommt der große Einfluß, den der Großhandel und Zwischenhandel nicht nur auf die Preise, sondern auch auf die Änderung der Sorten ausübt. Nicht zum mindesten wirken auch die Ernten der betreffenden Ausfuhrländer und ausländische Käufer mit gleichfalls wechselnden Ansprüchen mit, alle diese Schwierigkeiten zu vergrößern. Verhältnismäßig am leichtesten möglich ist hierbei wiederum die Statistik der Großhandelspreise, wofür die Einfuhrziffern nach Menge und Preis die Berechnung von Jahresdurchschnitten ziemlich gut ermöglichen, außerdem die Notierungen der Produktenbörsen, die aber bereits zum großen Teile von den Einfuhrziffern abhängig sind. Schwieriger wird die Sache bei der Betrachtung der Kleinhandelspreise, bei denen ein buntes Durcheinander

herrscht. Hierbei wirkliche Jahresdurchschnittspreise festzustellen, ist äußerst schwierig, besonders auf frühere Jahre zurück, wofür meist keine Unterlagen vorhanden sind. Selbst die verhältnismäßig gute preußische Preisstatistik weist erst seit 1909 eine größere Anzahl von Kolonialwarenpreisen nach, wenngleich auch hier noch nicht alle Wünsche erfüllt sind, die man bezüglich einer derartigen Statistik stellen möchte. Die Anfänge der sächsischen Statistik, die in dieser Beziehung manche Verbesserung aufweisen, sind erst seit 1911 zu bemerken, auch hier fehlt noch manches. Die Verhältnisse in der Kolonialwarenbranche sind allerdings auch derart, daß eine umfassende Statistik nicht möglich ist. Bis wir einmal dahin gekommen sein werden, daß wöchentlich oder wenigstens monatlich einmal von den wichtigsten Geschäften die Preise für Kolonialwaren bestimmter Qualität dem statistischen Amte mitgeteilt werden, wobei niedrigste, höchste, häufigste und Durchschnittspreise ermittelt werden können, hat es noch gute Wege. Vorläufig ist noch nicht daran zu denken. Der Kaufmann deckt sich gewöhnlich für längere Zeit ein und berechnet seine Verkaufspreise nach den Einkaufspreisen. Die Preise bleiben daher oft längere Zeit konstant, bis andere Qualitäten mit anderen Preisen kommen. Erschwert wird aber das Geschäft durch die immer mehr zunehmende Konkurrenz der Konsum-, Wirtschafts-, Beamten-, Offiziers- und Verteilungsvereine, auch die Rabattgewährung übt die verschiedensten Einflüsse aus. Manche Kaufleute verkaufen gewisse Artikel unter dem Einkaufspreis, z. B. Zucker, um die Kundschaft zu locken u. a. m. So kommt es, daß bei den Kolonialwarenpreisen die verschiedensten Tendenzen vorherrschen und in derselben Stadt für dieselbe Ware schwanken, ein Überblick also erschwert ist.

Für Chemnitz war es mir nun möglich, durch die Vermittlung des Statistischen Amtes und durch das liebenswürdige Entgegenkommen einiger großen Geschäfte mit zahlreichen Stadtfilialen Kleinhandelspreise für Kolonialwaren für die letzten 20 Jahre zu erhalten, allerdings nicht von jedem Geschäfte für die ganze Periode, so daß mehrfach zu Kombinationen Zuflucht genommen werden mußte. Die Angaben entstammen meist Preisverzeichnissen, die nur ein- oder zweimal im Jahre erscheinen; da die Preise für Kolonialwaren jedoch meist auf längere Zeit konstant bleiben, dürften sie für den Zweck dieser Arbeit ausreichen. Verwertet haben wir nur die Preisangaben für die niedrigste Gewichtseinheit (½ kg). In größeren Mengen eingekauft

stehen die Preise oft niedriger, dies dürfte aber für die minderbemittelte Bevölkerung kaum in Betracht kommen, es entspricht auch mehr der Gewohnheit, Kolonialwaren in geringeren Mengen und öfter zu kaufen. Aus den Preisverzeichnissen haben wir nun die wichtigsten Waren ausgewählt.

Wir betrachten zunächst die Gruppe der wichtigsten Hülsenfrüchte: Erbsen, Linsen, Bohnen.

	Kocherbsen Großhandel Preis pro 100 kg in Mark		Kocherbsen Kleinhandel Preis pro ½ kg in Pfennigen		Speisebohnen Kleinhandel Preis pro ½ kg in Pfennigen		Linsen Kleinhandel Preis pro ½ kg in Pfennigen	
1884–1888	18,57	**90**	—	—	—	—	—	—
1889–1893	20,71	**100**	18,5	**100**	17	**100**	28,5	**100**
1894–1898	18,04	**87**	14,5	**78**	13	**76**	25,5	**89**
1899–1903	21,54	**104**	17,5	**95**	13	**76**	23	**81**
1904–1908	20,58	**99**	19,4	**105**	18,2	**107**	30,8	**108**
1909–1913	22,78	**110**	25,0	**135**	19,6	**115**	22	**77**
1904	19,16	**93**	17	**92**	18	**106**	24	**84**
1905	19,16	**93**	18,5	**100**	20	**118**	30	**105**
1906	20,26	**98**	18,5	**100**	19	**112**	32	**112**
1907	21,34	**103**	20	**108**	17	**100**	38	**133**
1908	23,00	**111**	23	**124**	17	**100**	30	**105**
1909	23,42	**113**	24,5	**132**	18	**106**	18	**63**
1910	22,50	**109**	24,5	**132**	18	**106**	16	**56**
1911	22,84	**110**	27,5	**149**	21	**124**	28	**98**
1912	23,12	**112**	23	**124**	21	**124**	26	**91**
1913	22,04	**106**	25,5	**138**	20	**118**	22	**77**

Aus den Zahlen für die Anbauflächen[1] geht hervor, daß der Anbau derselben stark zurückgegangen ist, infolgedessen auch der Ertrag. Der Zoll auf Hülsenfrüchte dürfte deshalb zu verwerfen sein aus denselben Gründen wie die Gemüsezölle, da er seinen Zweck als Erziehungs- und Schutzzoll verfehlt. Den verschiedenen Petitionen an den Reichstag und die Landtage auf Aufhebung ist aber bisher noch nicht stattgegeben worden[2], was im Interesse besonders der minderbemittelten Bevölkerung zu beklagen ist, da für diese Hülsenfrüchte Deutschland auf den Bezug aus dem Ausland angewiesen ist. Die Einfuhr von Hülsenfrüchten und Hirse hat seit

[1] Nach den St.J.f.d.D.R. und St.J.Kg.S.

[2] Vgl. dazu Berichte der zweiten Kammer des Sächs. Landtages 1912, Bd. 1 Nr. 296. Weiter Thieme a. a. O. S. 24.

den 80er Jahren ständig zugenommen, die Ausfuhr kommt dagegen kaum in Betracht und betrug im Durchschnitt der letzten Jahre kaum ein Zwanzigstel der Einfuhr (nach den St.J.f.d.D.R.).

Für Kocherbsen lagen uns neben den Kleinhandelspreisen noch die Notierungen der Produktenbörse zu Chemnitz vor, aus denen wir Durchschnittspreise berechnet haben (auf dieselbe Weise wie die Getreidepreise). Eine Gegenüberstellung der Großhandels- und Kleinverkaufspreise ergibt nun folgendes: Der Beginn der 90er Jahre steht verhältnismäßig hoch, dann folgt um die Mitte der 90er Jahre eine Depression. Seitdem sind die Kleinverkaufspreise stärker gestiegen, während das Steigen der Großhandelspreise durch die Periode 1904/08 unterbrochen wird, die eine geringe Senkung aufweist; die Periode 1909/13 zeigt aber auch hier den höchsten Stand. Nach unseren Zahlen sind die Kleinverkaufspreise bedeutend stärker gestiegen als die Großhandelspreise. Diese Abweichungen dürften zu einem Teile darauf zurückgeführt werden können, daß wir für die Kleinverkaufspreise verschiedene Zahlenreihen kombinieren mußten. Jedenfalls stellt die Steigerung von 35 % gegenüber der Periode 1889/93 das Maximum dar. Aus den Einfuhrziffern geht hervor, daß für das Deutsche Reich in den letzten 20 Jahren Rußland bezüglich der Erbsen Haupteinfuhrland gewesen ist. Nur 1912 ist ihm in Britisch-Indien ein Konkurrent aufgetreten, der um die Hälfte mehr als Rußland lieferte. Die Kleinverkaufspreise für Speisebohnen weisen in den 90er Jahren gleichfalls eine Depression auf. Ihren höchsten Stand erreichen sie in den Jahren 1911/12. Auch die preußischen Ziffern bestätigen diese Tendenzen. Hauptlieferungsländer für Bohnen sind für das Deutsche Reich die Staaten Österreich-Ungarn und Rußland. Eine eigentümliche Preisbewegung ist bei den Linsen zu bemerken. In den 90er Jahren finden wir auch hier eine Preisdepression, dieser folgt ein starkes Steigen in der Periode 1904/08, nach welcher die Preise wieder stark sinken. Im Durchschnitt der letzten Periode stehen die Preise tiefer als in allen vorhergehenden Perioden. Die Ursache dieser starken Schwankungen liegt in den Mißernten in Rußland in den Jahren 1904/08 begründet. Seit der Mitte der 90er Jahre ist Rußland für Linsen Hauptlieferant geworden. Die Ernteverhältnisse in Rußland üben daher heute den größten Einfluß auf die Linsenpreise aus. Die Beziehung zwischen den Einfuhrziffern und den Preisen ist klar zu erkennen.

Es betrugen:

Im Jahre	Die Linseneinfuhr aus Rußland in 100 t	Der Kleinverkaufspreis für Linsen in Chemnitz pro 1/2 kg in Pf.
1904	214	24
1905	181	30
1906	101	32
1907	155	38
1908	237	30
1909	614	18
1910	642	16
1911	419	28

Auch die preußischen Zahlen weisen dieselben Bewegungen auf. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Preise für Hülsenfrüchte (abgesehen von den Linsenpreisen im letzten Jahrzehnt) ähnlich wie die Getreidepreise verlaufen, also mehr oder weniger von den Ernteverhältnissen abhängig sind, wenngleich auch für die Steigerung der letzten Jahre eine Ursache in der veränderten Geschmacksrichtung der Bevölkerung, in der Vermehrung der Konservenfabriken usw. liegen mag, die den Bedarf stark erhöhte.

Als weitere Gruppe betrachten wir nun Hirse, Graupen, Reis.

	Hirse Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen		Graupen Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen		Reis Großhandel Preis pro dz unverzollt in Mark Rangoon geschält, Mittel aus Hamburg (Durchschnitt v. höchst u. niedrig) u. Bremen		Reis Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen	
1889—1893	18,5	**100**	27,5	**100**	21,32	**100**	23,5	**100**
1894—1898	17	**92**	26	**95**	19,32	**91**	22	**94**
1899—1903	15	**81**	26,5	**96**	21,01	**99**	23	**98**
1904—1908	18,2	**98**	25,1	**91**	21,39	**100**	24,4	**104**
1909—1913	20,8	**112**	28,3	**103**	23,61[1]	**111**[1]	25,2	**107**
1904	18	**97**	24	**87**	20,28	**95**	24	**102**
1905	18	**97**	25,5	**93**	20,55	**96**	24	**102**
1906	18	**97**	25,5	**93**	20,95	**98**	24	**102**
1907	18	**97**	25	**91**	22,70	**106**	24	**102**
1908	19	**103**	25,5	**93**	22,45	**105**	26	**111**
1909	20	**108**	26	**95**	21,55	**101**	25	**106**
1910	20	**108**	25,5	**93**	21,43	**101**	24	**102**
1911	21	**114**	29,5	**107**	23,50	**110**	24	**102**
1912	21	**114**	29,5	**107**	27,98	**131**	25	**106**
1913	22	**119**	31	**113**	—	—	28	**119**

[1] Die Angaben beziehen sich hier nur auf den Durchschnitt der Jahre 1909/12, da Angaben für 1913 bisher noch nicht veröffentlicht sind.

Auch für Hirse sind die Anbauflächen und demzufolge die Erträge im Reich und in Sachsen stark zurückgegangen und spielen für den Konsum keine Rolle mehr. Deutschland ist auch hierfür auf das Ausland angewiesen, getrennte Angaben über die Einfuhr von Hirse fehlen bis jetzt allerdings in den St.J.f.d.D.R. Die Kleinverkaufspreise zeigen gleichfalls in den 90er Jahren eine Depression und erst in den beiden letzten Perioden eine Steigerung. Die Preise für Graupen, welche aus Gerste oder Weizen gewonnen werden, weisen von Mitte der 90er Jahre bis in das letzte Jahrzehnt hinein einen Tiefstand auf, erst die letzte Periode bringt wieder höhere Preise. Die Preise dürften sich damit größtenteils den Schwankungen der Getreidepreise angepaßt haben. Deutschland führt Graupen hauptsächlich aus, die minimalen eingeführten Mengen entstammen wohl in der Hauptsache dem zollfreien Grenzverkehr. Auch bei den Preisen für Reis, im Großhandel wie im Kleinverkauf, zeigt sich in den 90er Jahren der Tiefstand, der bis in die Mitte des letzten Jahrzehnts hinein anhielt, um dann wieder einer Steigerung Platz zu machen. Als Einfuhrland kommt hauptsächlich Indien in Betracht. Eine dortige Mißernte bewirkt also ein Steigen der Preise, ähnlich wie bei Linsen in Rußland. Für Reis kommt dazu, daß noch andere stark Reis konsumierende Länder auf dem indischen Markt als Käufer auftreten, z. B. Japan, das selbst viel Reis baut, aber in Jahren heimischer Mißernten viel Reis einführen muß, wie im Jahre 1905 (vgl. Handelskammerberichte Chemnitz 1898 und 1905, Abschnitte Kolonialwarenhandel).

	Nudeln und Makkaroni Kleinhandel Infolge Zusammenfassung beider Artikel sind nur die Relativzahlen gegeben
1889—1893	100
1894—1898	98,8
1899—1903	94,0
1904—1908	95,2
1909—1913	100

Alle bisher betrachteten Waren haben jedenfalls das gemeinsam, daß ihre Preise in den 90er Jahren eine Depression aufweisen, ähnlich wie wir sie bereits für Getreide, Mehl, Brot und Kartoffeln festgestellt haben. Auch die Preise für Nudeln und Makkaroni zeigen dieselben Tendenzen.

Als weitere Gruppe fassen wir zusammen Salz, Pfeffer und Zucker. Am einfachsten liegt die Preisentwicklung beim Salz[1]. In den letzten 20 Jahren kostete

[1] Vergleichsweise bringen wir Salz in dieser Gruppe, in die es eigentlich nicht gehört, da es nicht aus vegetabilischen Rohstoffen gewonnen wird.

Salz im Kleinhandel fast durchgängig 10 Pf. für ½ Kilogramm, selten nur stieg der Preis auf 11 Pf. Auf Grund des Zollvereinigungsvertrages vom 8. Mai 1867 bzw. des Reichsgesetzes vom 16. April 1871 beträgt die Steuer auf Salz 12 Mk. pro 100 kg (der Eingangszoll auf Salz pro 100 kg 12,80 Mk., von See eingehend 12 Mk., kommt nicht in Frage, da die Einfuhr aus fremden Ländern äußerst gering ist). Nach Gerloff kosten nun einschließlich Steuer 100 kg Salz ab Saline 13,80 Mk. Im Kleinhandel aber kostete das Kilogramm Salz fast ausnahmslos 20 Pf. Die Steuer wird also nicht nur um ihren vollen Betrag überwälzt, sondern noch recht erheblich um Abrundungsbeträge, Zinsen usw. erhöht. Der Verbrauch an Salz wird von der Größe des Einkommens unmittelbar fast gar nicht beeinflußt, denn Salz ist ein unentbehrliches Nahrungsmittel. Reizlose, vegetabilische Kost verlangt nun entsprechend starken Salzzusatz. In Jahren reicher Kartoffelernten wird also der Salzverbrauch zunehmen und umgekehrt, wenngleich sich das auch im einzelnen nicht nachweisen läßt, da die Verbrauchsziffern zu ungenau sind. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Größe des Salzverbrauchs in umgekehrtem Verhältnis zur Größe des Fleischverbrauchs steht. In ländlichen Gegenden ist der Salzverbrauch höher. Der Salzverbrauch in dem stark industriell tätigen Sachsen ist entsprechend niedriger als der Reichsdurchschnitt (vgl. St.J.f.d.D.R. und St.J.Kg.S. Abschnitte Verbrauchsberechnungen), umgekehrt ist der Fleischverbrauch in Sachsen höher als im Reiche (vgl. S. 85). Der Salzverbrauch in Chemnitz läßt sich leider nicht feststellen, da in den Wirtschaftsrechnungen die Ausgaben für Salz nicht getrennt angegeben sind, sondern mit in der Gruppe Gewürze usw. eingeschlossen sind, er dürfte aber sicher noch niedriger stehen als der sächsische Durchschnitt[1].

Für Pfeffer lagen Kleinverkaufspreise nur bis 1895 zurück vor. Ein Vergleich mit den Großhandelspreisen von Hamburg ergibt gleiche Tendenzen. (Tabelle für Pfeffer siehe Seite 48.)

Vom Beginn der 90er Jahre ab fallen die Preise bis zum Tiefstand Mitte der 90er Jahre, steigen dann bis zum Jahre 1904, sinken bis 1908/09 und sind seitdem wieder bis heute gestiegen, stehen jedoch heute kaum höher als zu Beginn der 90er Jahre.

[1] Vgl. dazu Gerloff, Verbrauch und Verbrauchsbelastung. J.f.N.u.St. 3. F., Bd. 35 S. 1 ff. Ballod a. a. O. S. 207. Art. Salz im H.d.St.W.

	Pfeffer Großhandel Preis pro 100 kg in Mark Hamburg, Singapore		Pfeffer Kleinhandel Preis pro 1 kg in Pfennigen	
1889—1893	85,8	**150**	—	—
1894—1898	57,0	**100**	192[2]	**100**[2]
1899—1903	116,1	**204**	280	**146**
1904—1908	96,0	**168**	269	**140**
1909—1913	82,5[1]	**145**[1]	252	**131**
1904	114,8	**201**	290	**151**
1905	111,7	**196**	270	**141**
1906	102,7	**180**	270	**141**
1907	88,2	**155**	280	**146**
1908	62,4	**109**	235	**122**
1909	65,4	**115**	210	**109**
1910	73,8	**129**	225	**117**
1911	87,9	**154**	275	**143**
1912	102,9	**181**	275	**143**
1913	—	—	275	**143**

Eine besondere Entwicklung weisen die Zuckerpreise auf, die wir etwas eingehender betrachten wollen.

	Zucker Großhandel Preis pro dz in Mark Mit Verbrauchsabgabe. Magdeburg, Raffinade I (Brot) o. F., P. f. Z.		Lompenzucker Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen		Gem. Raffinade Nr. 1 Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen		Kleine Sparwürfel Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen		Mittel der Meßziffern
1889—1893	58,42	**100**	33,4	**100**	31,6	**100**	37,2	**100**	**100**
1894—1898	47,54	**81**	28,6	**86**	27,4	**87**	31,8	**85**	**86**
1899—1903	53,96	**92**	33,0	**99**	30,4	**96**	34,2	**92**	**96**
1904—1908	39,74	**68**	25,2	**75**	22,8	**72**	26,2	**70**	**73**
1909—1913	45,925[1]	**79**[1]	28,8	**86**	27,6	**87**	30,8	**83**	**85**
1904	39,8	**68**	27,0	**81**	25,0	**79**	28,0	**75**	**78**
1905	43,0	**74**	24,0	**72**	22,0	**70**	25,0	**67**	**70**
1906	36,8	**63**	24,0	**72**	21,0	**66**	24,0	**65**	**68**
1907	38,3	**66**	25,0	**75**	22,0	**70**	26,0	**70**	**71**
1908	40,8	**70**	26,0	**78**	24,0	**76**	28,0	**75**	**76**
1909	41,7	**71**	27,0	**81**	25,0	**79**	28,0	**75**	**78**
1910	47,4	**81**	30,0	**90**	29,0	**92**	33,0	**89**	**90**
1911	46,3	**79**	32,0	**96**	31,0	**98**	34,0	**91**	**95**
1912	48,3	**83**	30,0	**90**	29,0	**92**	32,0	**86**	**89**
1913	—	—	25,0	**75**	24,0	**76**	27,0	**73**	**74**

[1] Die Angaben beziehen sich nur auf den Durchschnitt der Jahre 1909/12. Angaben für 1913 sind bis jetzt noch nicht veröffentlicht.

[2] Ausgangsperiode 1895/98, da Angaben für die Jahre vor 1895 nicht zu erlangen waren.

Die Preiskurven sowohl für den Kleinhandel als auch für den Großhandel weisen für die letzten 20 Jahre drei Maxima auf, es sind die Jahre 1891/93, 1902/04 und 1911/12. Dazwischen liegen starke Tiefstände, in jeder Tiefstandsperiode befindet sich außerdem wieder eine geringere Erhebung. Vergleichen wir nur die Maxima und die Minima für sich, so erkennen wir eine sinkende Tendenz, das geht auch aus den Durchschnittspreisen der einzelnen Perioden hervor. Daß derartige Preisschwankungen nicht den Ernteverhältnissen zugeschrieben werden können, dürfte ohne weiteres einleuchten. Die sächsischen Verhältnisse können wir dabei außer Betracht lassen, da die Zuckerfabrikation in Sachsen keine Bedeutung hat. Wir beschränken uns auf die Verhältnisse im gesamten Reiche. Im Laufe der letzten 20 Jahre haben die Anbauflächen für Zuckerrüben im Reiche nach verschiedenen kleineren Schwankungen im Jahre 1911/12 ihre größte Ausdehnung erlangt. Die Erträge pro Hektar sind in dieser Zeit nahezu konstant geblieben, nur das Erntejahr 1911/12 brachte einen großen Rückgang infolge ungünstiger Witterung. Der Ertrag pro Hektar sank von 330 dz der vorhergehenden Kampagne auf 180 dz. In den Zuckerpreisen in dem Jahre 1913 kommt das aber nicht zum Ausdruck, denn diese stehen sehr tief. Die Ausbeute an Rohzucker weist, von geringen Schwankungen abgesehen, eine große Steigerung auf und stellt der deutschen Zuckerindustrie ein glänzendes Zeugnis für ihre Leistungsfähigkeit aus. Während 1836/37 17,29 dz Zuckerrüben nötig waren, um 1 dz Rohzucker zu gewinnen (5,55 % Ausbeute), genügen jetzt bereits 6,05 dz Rüben (16,53 % Ausbeute), um dasselbe Resultat zu erreichen. Die Zuckerproduktion Deutschlands weist eine ständige Zunahme auf, nur die Kampagne 1911/12 zeigt infolge der schlechten Rübenernte einen Rückgang. Diese Produktionszunahme findet auch ihren Ausdruck in dem Rückgang der Zuckerpreise, der sich aus dem Rückgang der Extreme erkennen läßt. Die großen Preisschwankungen müssen jedoch anderen Ursachen zugeschrieben werden, und zwar der Zuckersteuergesetzgebung, den Kartellierungsbestrebungen und den Zuckerspekulationen an der Börse. Der erste Tiefstand zwischen den beiden oben erwähnten Maxima von 1891/93 und 1902/04 dürfte durch die Zunahme der Zuckerproduktion erklärt werden können. Durch die Steuer- und Zollerhöhung und durch die Kartellierung der Zuckerfabriken stiegen dann die Preise auf den Hochstand der Jahre 1901/03. Mit der Auflösung des Zuckerkartells im Jahre 1903 und unter dem Ein-

fluß der Brüsseler Zuckerkonvention sanken hinwiederum die Preise bis zur Mitte des vorigen Jahrzehnts. Seitdem begann dann abermals ein Ansteigen der Preise, deren Ursachen man zum Teil dem steigenden Verbrauch zuzuschreiben haben dürfte. In den Jahren 1910/12 erreichen die Preise wieder einen Hochstand und sinken infolge des übergroßen Zuckerangebots auf dem Weltmarkt (das zum Teil auf russische Einflüsse zurückgeführt werden kann) und auch in Deutschland[1]. Die Kleinhandelspreise passen sich den Großhandelspreisen im allgemeinen ziemlich gut an, im einzelnen finden vielfach Abweichungen statt. Zucker ist eine Ware, die oft zum Einkaufspreis oder sogar unter dem Einkaufspreis verkauft wird, um als Kundenlockmittel zu dienen. Der Zuckerverbrauch weist gegenüber den 70er Jahren eine starke Zunahme auf. Diese starke Vermehrung muß als den gegebenen Verhältnissen entsprechend und durchaus angemessen betrachtet werden. Der Zucker ist heute kein Luxusartikel mehr, wofür er früher gleich dem Kaffee gelten konnte. Heute sieht man in ihm kein Genußmittel mehr, das schlimmstenfalls entbehrlich wäre, sondern er ist als richtiges Volksnahrungsmittel zu betrachten und dazu auch in jeder Hinsicht geeignet. Trotz der starken Vermehrung des Zuckerkonsums hat derselbe bei uns noch lange nicht die Höhe erreicht, wie in England und Amerika. Die augenblicklichen Zuckerpreise gestatten aber jedenfalls auch der ärmeren Bevölkerung einen erhöhten Konsum. Zum Schlusse wollen wir noch die Gruppe Kaffee, Tee, Kakao einer kurzen Betrachtung unterziehen.

	Kaffee Großhandel Preis pro Doppelzentner unverzollt in Mark Hamburg, Santos		Kaffee Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen			Kaffee Großhandel Preis pro Doppelzentner unverzollt in Mark Hamburg, Santos		Kaffee Kleinhandel Preis pro 1/2 kg in Pfennigen	
1889—1893	163,4	**100**	159	**100**	1907	76,9	**47**	105	**66**
1894—1898	120,8	**74**	162	**102**	1908	77,5	**47**	110	**69**
1899—1903	65,9	**40**	116	**73**	1909	80,3	**49**	125	**79**
1904—1908	78,7	**48**	103	**65**	1910	96,1	**59**	130	**82**
1909—1913	114,85[2]	**70**[2]	145	**91**	1911	133,1	**81**	150	**94**
1904	75,7	**46**	100	**63**	1912	149,9	**92**	160	**101**
1905	81,6	**50**	100	**63**	1913	—	—	160	**101**
1906	81,8	**50**	100	**63**					

[1] Ballod, a. a. O. S. 140 ff. Timpe, Die Organisation des Magdeburger Zuckerhandels. Magdeburg 1913 (mit ausführlichem Literaturverzeichnis).

[2] Die Angaben beziehen sich nur auf den Durchschnitt der Jahre 1909/12. Angaben für 1913 sind bis jetzt noch nicht veröffentlicht.

Die Großhandelspreise für Kaffee (Hamburg, Santos) sinken von dem hohen Stand im Anfang der 90er Jahre bis zur Mitte des letztvergangenen Jahrzehnts, und zwar infolge der starken Produktionszunahme und der verringerten Transportkosten. Seitdem ist aber eine starke Steigerung wahrzunehmen, die bis heute angehalten hat, wenn auch die Preise heute noch tief unter dem Stand der 90er Jahre stehen. Das starke Steigen ist im wesentlichen zurückzuführen auf die Kaffeevalorisationsbestrebungen des brasilianischen Staates Sao Paulo[1]. Auch die Kleinverkaufspreise zeigen dieselben Tendenzen, wenngleich auch hier eine Betrachtung der Preise über einen längeren Zeitraum häufig dadurch erschwert wird, daß die Qualitäten stark wechseln, da im Kleinhandel meist Mischungen verkauft werden. Unseren Kleinverkaufspreisen liegen die Angaben für Campinas-Mischung zugrunde, die wir den Chemnitzer Geschäften verdanken. Die Preise im letzten Jahre stehen denen zu Beginn der 90er Jahre ungefähr gleich. Der Konsum an Kaffee pro Kopf beträgt heute etwa das Dreifache wie Ende der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts, doch weist er in den letzten Jahren sinkende Tendenz auf, sicher ein Zeichen, daß infolge der teuren Zeiten viel Surrogate, besonders Malzkaffee verwandt werden.

Die Preisschwankungen beim Tee im Kleinverkauf konnten wir nur für die letzten 14 Jahre verfolgen. In den Jahren 1907/08 zeigt sich hier eine geringe Senkung, die vielleicht durch die Zollerniedrigung vom Jahre 1906 veranlaßt wurde. Durch die ab 1. August 1909 erfolgte Erhöhung des Zolles auf den alten Betrag (von 25 Mk. wieder auf 100 Mk.) stiegen die Preise wieder auf die alte Höhe. Eine Betrachtung der Großhandelspreise für Tee in Hamburg und Königsberg zeigt, daß dafür keine einheitlichen Tendenzen vorherrschen, so daß eine weitere Betrachtung hier nicht am Platze ist. Infolge der verschiedenen Qualitäten der Teesorten und des Wechsels in den Mischungen halten wir es nicht für angezeigt, für die Kleinverkaufspreise Zahlen zu bringen.

[1] Fritz Schmidt, Die Kaffeevalorisation. J.f.N.u.St., 3. F., Nr. 38, S. 662 ff. Handelskammerbericht Chemnitz 1909, Abschnitt Kolonialwaren.

Über die Beziehung zwischen Großhandels- und Kleinverkaufspreisen bringt Walther Kiel in der Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, 8. Jahrg. 1913, S. 28 ff., eine Untersuchung unter dem Titel „Preisgestaltung und Absatzformen im Binnenhandel mit Kaffee“. Er zeigt hier, wie mit steigender Produktion die Preise fallen und umgekehrt, bis zum Jahre 1905, seitdem wird dieser Preisverlauf durch die Wirkung der Valorisation unterbrochen.

Der Konsum an Tee hat jedenfalls stark zugenommen, wenngleich er auch heute noch gegenüber den englischen, amerikanischen und russischen Ziffern äußerst niedrig steht.

Auch der Konsum in Kakao weist gegenüber der Mitte des vorigen Jahrhunderts bis heute eine beträchtliche Steigerung auf. Aus dem mir zur Verfügung stehenden Material über Kakaopreise im Kleinverkauf geht hervor, daß auch hier die Preise zu Beginn der 90er Jahre hoch standen und seitdem gesunken sind, auch die heutigen Preise stehen noch nicht wieder auf der Höhe der 90er Jahre. Das Material ist aber zu gering, um weitere Schlüsse daraus zu ziehen und der Wechsel in den Qualitäten wirkt auch hier vergleichserschwerend. Leider weist die amtliche Statistik der Großhandelspreise für Kakao erst seit 1906 Angaben nach. Ebenso war es nicht möglich, für Schokolade genügend Preisangaben zu erhalten. Die Preise dürften sich jedoch den Kakaopreisen angepaßt haben [1].

Ganz im allgemeinen kann man sagen, daß die Entwicklung des Verkehrs, besonders der Schiffahrt, und die dadurch ermöglichte Verbilligung der Transportkosten dazu beigetragen hat, daß die Preise der Kolonialwaren jetzt kaum oder nicht wesentlich höher stehen als zu Beginn der 90er Jahre, einige sogar niedriger. Manche Waren, die früher als Luxusartikel galten, sind jetzt Konsumartikel geworden, besonders Zucker. Eine Preissenkung ist für die letzten 90er Jahre fast überall wahrzunehmen, die einem verstärkten Import, einer intensiveren Wirtschaft in den Produktionsländern zugeschrieben werden dürfte. Die Steigerung der Preise im letztvergangenen Dezennium kann wohl dem infolge steigenden Wohlstandes immer größer werdenden Bedarf zugeschrieben werden. Die verschiedensten preisbildenden Faktoren sind für die Kolonialwaren anzutreffen, deren Preise zum Teil ganz andere Tendenzen aufweisen, als die von Getreide und Mehl. Die Schwierigkeiten der Untersuchung der Kolonialwarenpreise sind nicht zu verkennen, aber sie rechtfertigen die Vernachlässigung nicht, die ihr von seiten der Preisstatistik bisher zuteil geworden, und es ist zu wünschen, daß die amtliche Statistik diesem Gebiete mehr Aufmerksamkeit schenkt als bisher geschehen, um auch hier möglichst Klarheit zu schaffen.

[1] Über Produktion, Verbrauch und Preisbildung bei Kaffee, Tee und Kakao vgl. Ballod, a. a. O. S. 153 ff.

D. Preisbewegung der Animalien.

a) Fleisch und Fleischwaren.

1. Allgemeine Betrachtungen.

Die Klagen über die Lebensmittelteuerung erstrecken sich vor allem auf die animalischen Produkte, besonders auf Fleisch und Fleischwaren. Wir werden daher unser Hauptaugenmerk auf die Untersuchung der Fleischpreise richten müssen. Im Durchschnitt aller 49 Chemnitzer Haushaltsrechnungen kamen von den Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel rund der fünfte Teil auf Fleisch und Fleischwaren. Daß die starke Steigerung der Fleischpreise auf die Lebenshaltung dieser Klassen von einschneidendem Einfluß gewesen ist, ist wohl bereits hieraus ersichtlich. Dieser Not aber dadurch zu steuern, daß man die Forderung aufstellt, weniger Fleisch zu essen, dürfte verfehlt sein. Die Erhöhung des Fleischbedarfs unserer Bevölkerung ist aus physiologischen Gründen erforderlich. Der nicht oder nur wenig körperlich angestrengte Mensch bedarf einer Nahrung von anderer Zusammensetzung als der Handarbeiter. Bei schwerer Muskelarbeit kann der Mensch mit einer Ernährung auskommen, die fast ausschließlich aus Pflanzenkost besteht, aus Brot, Kartoffeln, Mais, Reis usw. Anders der Kopfarbeiter. Für den ausschließlich körperlich tätigen Arbeiter wird die Pflanzenkost kaum von nachteiliger Wirkung sein, anders für den modernen gewerblichen Arbeiter, für den Handel- und Gewerbetreibenden, für den geistig Beschäftigten, denen allen die starke Bewegung des Landmannes fehlt. Je weniger bei ihnen die Verdauungswerkzeuge belastet werden, je kürzer die Dauer der Mahlzeit, desto besser im lebhaften Getriebe der Stadt und des modernen Wirtschaftslebens [1]. Preisbestimmend ist in erster Linie der Vorrat an Schlachtvieh, und es ist deshalb nötig, zunächst einen Blick auf die Viehzählungen zu werfen, und zwar für das gesamte Reich und für das Königreich Sachsen speziell. Nach den Tabellen (Anhang II) hat für das Reich die Haltung an Rindvieh mit der Bevölkerungsvermehrung nicht ganz Schritt halten können. Die Schweinehaltung ist im allgemeinen über die Bevölkerungsvermehrung hinausgegangen, wenn wir die Viehzählung vom Jahre 1873 als Ausgangsjahr wählen. Die Schafhaltung ist seit der Mitte des vorigen

[1] Eßlen, Die Fleischversorgung des Deutschen Reiches. Stuttgart 1912, S. 6 ff. Hier ist auch weitere Literatur darüber gegeben.

Jahrhunderts nicht nur relativ, sondern auch absolut stark gesunken. Die Ursache dürfte zum Teil darin zu erblicken sein, daß bei uns wenig Vorliebe für Hammelfleisch vorhanden ist, wie es auch die Konsumziffern bestätigen. (Eingehende Untersuchungen über die Änderung in der Viehhaltung finden sich bei *Eßlen* a. a. O. S. 22 ff. *Eßlen* geht hierbei auch auf die Wandlungen im Durchschnittsschlachtgewicht und in der Umsatzbeschleunigung ein, die notwendig mit herangezogen werden müssen, wenn man aus den Viehzählungen einen Schluß auf die Größe des jeweiligen Fleischvorrats ziehen will.) Die relativen Ziffern für das Königreich Sachsen stehen durchgängig bedeutend unter dem Reichsdurchschnitt, ein Zeichen, daß Sachsen einen starken Industrialisierungsprozeß durchgemacht hat und nicht imstande ist, seinen Fleischbedarf zu decken. Einzelheiten sind aus der Tabelle zu erkennen, so daß ein weiteres Eingehen darauf sich erübrigt. Wichtiger dürfte es sein, die Herkunft der Schlachttiere zu betrachten, die auf den Chemnitzer Viehmarkt gebracht wurden. Wir stützen uns dabei auf die Angaben in den Jahresberichten der Direktion des Chemnitzer Vieh- und Schlachthofes (J.D.V.S.), der sich im Besitze der Chemnitzer Fleischerinnung befindet.

Die Bedeutung Sachsens für die Fleischversorgung der Stadt Chemnitz ist seit 1890 stark im Zurückgehen begriffen, was nach Betrachtung der oben erwähnten Ziffern der sächsischen Viehzählungen auch ganz natürlich erscheint. Während das Königreich in den Jahren 1891/98 durchschnittlich die Hälfte der Gesamteinfuhr stellte, betrug der Anteil 1912 nur noch ein knappes Viertel. Auch die absoluten Zahlen, die bis 1909 großen Schwankungen unterlagen, sind seitdem stark im Rückgang begriffen. Die Ursache liegt in der starken Industrialisierung Sachsens, speziell des Hinterlandes von Chemnitz. Die zahlreichen Industriedörfer nehmen einen immer größeren Teil des produzierten Schlachtviehes selbst in Anspruch. Zur notwendigen Deckung des Bedarfs muß deshalb aus anderen oft weit entfernten Teilen des Reiches Vieh herbeigeschafft werden, die erhöhten Frachtkosten tragen natürlich nicht zu einer Verbilligung der Viehpreise bei, dazu kommen dann noch die durch den notwendigen Zwischenhandel entstehenden Unkosten.

Bezüglich der einzelnen Vieharten ist folgendes zu sagen: Für die Kälbereinfuhr ist Sachsen auf dem Chemnitzer Viehmarkte noch heute maßgebend. Begründet ist dies wohl durch die geringe Transportfähigkeit dieses Viehes. Infolge der gesteigerten Verkehrsmöglichkeiten

ist allerdings auch hier der Anteil Sachsens zurückgegangen. 1891 stellte das Königreich nahezu sämtliche Kälber, 1912 noch rund 69 %. Die absoluten Zahlen für die Kälbereinfuhr zeigen bis 1909 ein Steigen, dann sinken sie bis 1912 ständig und werden wohl auch noch weiter zurückgehen. Als Lieferungsbezirke für Kälber kommen noch in Betracht die Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern und Sachsen, sowie der Berliner Markt, dessen Zahlen aber stark schwanken. Pommern und West- und Ostpreußen sind gleichfalls die Hauptlieferungsbezirke für Schweine geworden. 1895 lieferten sie zusammen noch weniger als das Königreich Sachsen, jetzt jedes für sich weit mehr als dieses. Im Anfang der 90er Jahre war Österreich-Ungarn Hauptlieferant für Schweine. 1892 stellte es rund die Hälfte sämtlicher Schweine, das Königreich Sachsen nur ein Drittel. Der hohe Anteil Ungarns ist allerdings dadurch zu erklären, daß Chemnitz bis 1893 einer der wenigen sächsischen Schlachthöfe war, die ungarische Schweine schlachten konnten. Ein großer Teil der geschlachteten Schweine kam also für den Chemnitzer Konsum gar nicht in Frage, sondern wurde wieder ausgeführt. So wurden 1890 14 419 ungarische Schweine für auswärts geschlachtet, das war der dritte Teil aller geschlachteten Schweine. 1894 wurde das Schlachten ungarischer Schweine auch anderen sächsischen Schlachthöfen erlaubt, z. B. Zwickau, infolgedessen sank der ungarische Schweineimport nach Chemnitz sofort, in diesem Jahre wurde er zudem durch die ungarische Schweinepest stark beeinträchtigt. Durch eine Ministerialverordnung vom 25. Mai 1895 wurde dann die Zufuhr von ungarischen Landschweinen gänzlich verboten. Die Wirkung dieses Verbotes zeigte sich im Rückgang der Schweineeinfuhr und der Schweineschlachtungen, merkwürdigerweise aber nicht in einem Steigen der Schweinefleischpreise, wohingegen in diesem Jahre alle übrigen Fleischarten im Preise steigen bei gleichzeitigem Rückgang der Einfuhr und der Schlachtungen, sicher ein Zeichen, daß das Bedürfnis nach ungarischen Schweinen in Chemnitz nicht groß war.

Für Schafe spielt Sachsen auf dem Chemnitzer Markte keine Rolle mehr, dieses geht ja auch aus den Angaben über die Viehzählungen hervor, 1895 stellte es mit 10 323 Stück noch die knappe Hälfte, 1904 nur noch 198 Stück, 1912 860 Stück, gegenüber einer Gesamteinfuhr im Jahre 1912 von 36 261 Stück, also verschwindend wenig. Die meisten Schafe liefert jetzt das Königreich Bayern, 1912 mit 16 215 Stück knapp die Hälfte aller Schafe. Daneben spielen noch die Provinz

Sachsen und das Königreich Württemberg eine gewisse Rolle, ebenso der Berliner Markt.

In Rindern stellt Sachsen noch jetzt, was die einzelnen Lieferungsbezirke anbelangt, die größte Anzahl. Seit 1910 ist aber auch hier ein starker Rückgang zu verzeichnen. 1895 war Sachsens Anteil an der Rinderlieferung rund 55 %, 1912 nur noch rund 30 %. Die Bedeutung des Königreichs für den Chemnitzer Viehmarkt hat also mehr und mehr abgenommen, besonders in den letzten Jahren, und aller Voraussicht nach wird sie auch nicht wieder zunehmen.

Betrachten wir nun die Größe des Vieheinganges und der Schlachtungen ohne Rücksicht auf die Herkunft (Anhang III). Die Anzahl der während eines Jahres auf den Viehhof eingeführten Tiere ist von 1884 auf 1912 um 223 % gestiegen, die Anzahl der geschlachteten Tiere um 190 %. Diese Zahlen beziehen sich nur auf Rinder, Kälber, Schweine, Schafe und Ziegen. Die Steigerungen sind aber bei den einzelnen Vieharten nicht gleichmäßig vor sich gegangen. Die größte Zunahme ist bei den Schweinen zu bemerken. Die Schweineschlachtungen sind seit 1884 um 312 % gestiegen, die Schlachtungen von Rindern und Schafen um rund 170 %. Am geringsten vermehrt, nur um rund 70 %, hat sich die Zahl der Kälberschlachtungen[1]. Das geringe Anwachsen derselben steht in keinem Zusammenhang mit der Vermehrung der Bevölkerung von Chemnitz, die seit 1884 um rund 189 % gestiegen ist. Selbst wenn wir als Versorgungsgebiet die 5 km-Agglomeration ansehen, wobei also die Vermehrung durch Einverleibung eliminiert wird, müssen wir eine Bevölkerungsvermehrung von 1880/1910 um 145 % feststellen. Die Kurven des gesamten Vieheinganges und der gesamten Schlachtungen weisen in den Jahren 1893, 1900, 1904, 1908, 1912 Maxima und in den Jahren 1895, 1902, 1906, 1909 Minima auf. Vergleicht man damit die entsprechenden Kurven für die einzelnen Vieharten, so erkennt man, daß die Kurven des Schweineeinganges und der Schweineschlachtungen in den gleichen Jahren dieselben Extreme aufweisen, während die Kurven für die übrigen Tierarten mehr oder weniger davon abweichen. Es geht jedenfalls daraus hervor, daß die Kurven für die Schweine den entsprechenden Kurven für die Gesamtheit das Gepräge verleihen, wenn auch hier im einzelnen Abweichungen vorkommen durch vereinigte Einwirkung der übrigen Kurven. Die große Bedeutung des Schweinefleisches ist wohl bereits hieraus zu erkennen. Wir werden später diese Bedeutung noch besser vor Augen führen können bei Betrachtung der Preise und der Konsumtion. Bevor wir die Preise selbst untersuchen, müssen wir erst noch einen Blick auf die Preisbildung werfen.

[1] Bei einer Zusammenfassung nach Perioden, wie sie Anhang III gleichfalls gibt, sind die Steigerungszahlen natürlich niedriger, es ist aber nicht möglich, hier im einzelnen darauf einzugehen.

In früheren Zeiten fuhr der Stadtfleischer mit Pferd und Wagen selbst über Land und kaufte das nötige Vieh direkt beim Landwirt ein. Bei der zunehmenden Größe der Städte und der wachsenden Nachfrage nach Fleisch konnte aber der Bedarf durch die Viehbestände der näheren Umgebung bald nicht mehr befriedigt werden, so daß sich das Versorgungsgebiet immer mehr ausdehnte und das Schlachtvieh aus immer größeren Entfernungen herbeigeschafft werden mußte. Dem Fleischer war es bald nicht mehr möglich, den Vieheinkauf selbst zu besorgen, da für ihn viel wertvolle Zeit dadurch verloren ging, und so stellte sich bald zwischen dem Viehproduzenten und dem Fleischer eine dritte Person ein, der Viehhändler, der das Vieh auf dem Lande aufkauft und es in größerer Anzahl mit der Bahn nach der Stadt bringen läßt, um es dort auf dem Viehmarkte an die Fleischer zu verkaufen. Die Entwicklung schritt dann weiter vorwärts, daß durch Kommissionsfirmen das Vieh auf den kleineren Viehmärkten aufgekauft und auf weite Entfernungen, vielfach auf Hunderte von Kilometern, nach den Viehhöfen der größeren Städte transportiert wird, wo es dann an die Fleischer verkauft wird, oft an Großschlächter, die das Vieh auf dem Schlachthof schlachten lassen und es dann wieder an die Ladenschlächter abgeben, die es schließlich im Kleinhandel an die Konsumenten verkaufen. Die zunehmende Abhängigkeit der Produzenten vom Viehhandel, der unter sich häufig die Produktionsgebiete monopolartig verteilt, hat auf seiten der Produzenten zur Bildung von Viehabsatzgenossenschaften und Viehverkaufsstellen geführt, die unter Umgehung des Viehhandels das Schlachtvieh direkt auf den großen Schlachtviehmärkten verkaufen. Auf der anderen Seite haben die Fleischpreise dazu geführt, für die Konsumenten Einrichtungen zu treffen, durch die das Schlachtvieh direkt vom Großschlächter gekauft und unter Umgehung der Ladenschlächter zum Selbstkostenpreis an die Konsumenten abgegeben wird. Hierher gehören z. B. die Konsumvereine und Konsumanstalten, die auch alle übrigen Lebensmittel zu Engrospreisen aufkaufen oder selbst herstellen und an ihre Mitglieder abgeben. Diese

Bewegung auf seiten der Produzenten und Konsumenten befindet sich erst im Anfang ihrer Entwicklung. Ihre Beurteilung und Rechtfertigung gehört mit Rücksicht auf die Erhaltung des selbständigen Mittelstandes zu den schwierigsten Problemen der Volkswirtschaft [1]. Eine eingehende Untersuchung der Preisbildung muß sich also erstrecken auf den Stallpreis, den Preis auf den Viehmärkten, den Großhandelspreis für Fleisch und die Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren. Der Stallpreis hängt ab von den Produktionskosten, also hauptsächlich von den Futtermitteln [2]. Eßlen (a. a. O. S. 164) ist zwar der Ansicht, daß man als Zahlen, die einen Anhalt zur Beurteilung der Bewegung der Stallpreise in den letzten Jahren gewähren können, die Entschädigungssätze der Anstalt für staatliche Schlachtviehversicherung im Königreich Sachsen [3] ansehen könne, da aber nach den §§ 2 und 14 dieses Gesetzes die Entschädigungssätze erst auf Grund der Marktpreisnotierungen der Schlachthöfe zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Plauen i. Vgtl. festgestellt werden und überdies erst seit 1900 Angaben vorliegen, können wir auf eine Betrachtung derselben wohl verzichten.

Die Marktpreise für Vieh sind zunächst abhängig von den Stallpreisen und den Transportkosten, zu denen dann noch die verschiedenen Einflüsse des Handels, Vermittlungsgebühren, Marktgebühren usw. kommen. Nach diesen Preisen richten sich dann wieder die Großhandels- und Kleinverkaufspreise für Fleisch, für welche wieder neue preisbildende Faktoren hinzutreten. Unsere weiteren Untersuchungen erstrecken wir nur auf die Preisbildung und Preisbewegung beim Schlachtvieh und beim Kleinverkauf für Fleisch und Fleischwaren in Chemnitz.

---

[1] Die Woche, 14. Jahrg. 1912, Nr. 49, S. 2049: Dade, Zur Organisation der Fleischversorgung. Eßlen, a. a. O. S. 157 ff. Art. Fleischergewerbe, Hd.St.W., 3. Aufl., Bd. 4.

[2] Gerlich, Preisbildung und Preisentwicklung für Vieh und Fleisch am Berliner Markt. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 139 I, S. 7 ff. Ballod, a. a. O. S. 119 ff.

[3] Auf Grund des Gesetzes vom 2. Juni 1898 seit 1. Juni 1900 in Kraft. Einzelheiten über deren Organisation siehe Ehrlich, Die Viehversicherung im Deutschen Reiche, Leipzig 1901, S. 510. Angaben über die Entschädigungssätze siehe Sächs. landwirtsch. Zeitschrift, Jahresberichte des Landeskulturrates für das Kgr. Sachsen und St.J.Kg.S.

2. Schlachtviehpreise.

Wir haben bereits oben gesehen, daß der Anteil Sachsens an der Vieheinfuhr für den Chemnitzer Markt stark zurückgegangen ist und daß das Vieh aus immer größeren Entfernungen herbeigeschafft wird, daß der Viehhandel also eine immer größere Rolle spielt. Unter den jetzigen Verhältnissen ist er sogar unentbehrlich, denn die Anzahl der von den Fleischern selbst auf den Schlachthof eingeführten Tiere ist sehr gering und kommt gegenüber den auf dem Viehmarkt gekauften nicht in Betracht. Seit dem Jahre 1885 sind für den An- und Verkauf von Vieh geschäftskundige Makler bestellt, auf die in den J.D.V.S. aufmerksam gemacht wird. Die Vermittlungsgebühr betrug für den Verkauf 1 % der Verkaufssumme und für den Kauf ½ % der Kaufsumme. Den Berichten der Jahre 1889 und 1890 ist aber zu entnehmen, daß diese Einrichtung wenig benutzt wird, erst die späteren Jahre rufen auch hier Wandlungen hervor. Die Tatsache, daß der Zwischenhandel, der dem Fleischer Zeit und Arbeit erspart, die er in seinem Laden besser verwenden kann, mehr und mehr an Umfang zugenommen hat, läßt sich jedenfalls daraus erkennen, daß in der unter dem 18. August 1911 erlassenen Verordnung des Kgl. Sächs. Ministeriums des Innern, betreffend die Feststellung der Preise beim Markthandel mit Schlachtvieh, auch die Tätigkeit der Händler und Kommissionäre in bestimmter Weise geregelt worden ist (nach dem J.D.V.S. 1911, Führung eines amtlichen Gewerbeausweises und eines Verkaufsbuches, Verbot des Handels nach Notiz usw.). Großschlächter gibt es bis jetzt in Chemnitz noch wenig, in den letzten Jahren etwa 12 bis 15. Die meisten Fleischer verkaufen noch das in dem Schlachthof geschlachtete Fleisch direkt an die Konsumenten. Nach den eingezogenen Erkundigungen gibt es im Chemnitzer Schlachthofe bis jetzt nur einen Lohnschlächter. Durch die Direktion des Schlachthofes ist ein Schlachtmeister angestellt worden, der gegen einen festen Satz Schlachtungen vornimmt oder zu Hilfeleistungen herangezogen werden kann. Die Gebühren dafür haben sich im Laufe der 30 Jahre kaum verändert und stehen jetzt eher niedriger als früher, so daß man ihnen keine preisverteuernde Wirkung zuschreiben kann.

Die Feststellung der Marktpreise und ihre Veröffentlichung hat im Laufe der Jahre großen Veränderungen unterlegen. Früher wurden die Marktpreise an jedem Markttage von der Direktion des Schlacht-

und Viehhofes durch Befragen der Käufer und Verkäufer ermittelt, und nachdem die Angaben derselben unter Zuziehung von Vertrauensleuten aus dem Vorstand der Fleischerinnung geprüft worden waren, festgesetzt. Veröffentlicht wurden in den Jahresberichten nur die in den einzelnen Monaten notierten Höchstpreise und daraus die Jahresdurchschnitte gezogen, und zwar für jede Viehgattung nur in einer Sorte. Nur bei Rindern trat 1889 eine Differenzierung nach 3 Sorten ein. Bei Schweinen wurden die Preise für ungarische und galizische Schweine für sich festgestellt. Eine starke Änderung in der Anschreibung fand dann im Jahre 1899 statt, wodurch eine weitgehende Differenzierung eintrat. Die Jahresdurchschnitte wurden nicht mehr aus den in den einzelnen Monaten gezahlten Höchstpreisen berechnet, sondern aus den mittleren Preisen der einzelnen Monate. Als Anschreibungsformular diente dasjenige, welches im Jahre 1896 in den Verhandlungen der Delegierten deutscher Städte mit den Vertretern des deutschen Landwirtschaftsrates sowie des Viehhandels und Fleischergewerbes den Vieh- und Schlachthofsverwaltungen zur Annahme empfohlen worden war, wobei auch der Begriff des Schlachtgewichts festgelegt wurde. Bei den Schweinen wurden die Preise für 3, später für 4 und 5 Sorten festgestellt, bei den Schafen für 3 Sorten, bei den Kälbern für 3, später für 4 Sorten, bei den Rindern sogar für 12 bzw. 13 Sorten, daneben noch die Preise für fremdländische Rinder. Bei Schweinen und Rindern wurden die Angaben in Schlachtgewicht, bei Schafen die Angaben in Lebendgewicht beibehalten, die Angaben für Kälber, die früher zumeist in Schlachtgewicht geschahen, wurden in Lebendgewicht festgestellt. Die entsprechenden Angaben für Lebendgewicht bzw. Schlachtgewicht wurden dann mit Hilfe von Umrechnungszahlen ermittelt.

Allzuviel Wert ist auf solche umgerechneten Zahlen nicht zu legen, da die Umrechnungskoeffizienten sich nicht einwandfrei feststellen lassen und in den verwendeten Zahlen mehrfacher Wechsel eingetreten ist. Auf Anordnung des Kgl. Sächs. Ministeriums des Innern wurden in den Jahren 1904/05 Probeschlachtungen angestellt zur Gewinnung von Verhältniszahlen zwischen Viehhoflebend- und -schlachtgewicht. Im J.D.V.S. 1905 heißt es, daß die gefundenen Zahlen nicht mit den bisher benutzten übereinstimmen, man benutze aber die alten Zahlen weiter, da man die Probeuntersuchungen noch nicht als genügend zahlreich ansicht und das Resultat der Untersuchungen in anderen Städten abwarten will.

Bei Umrechnung von Lebend- in Schlachtgewicht ergibt sich übrigens die von erfahrenen Fleischern häufig erwähnte Tatsache, daß beim Kauf nach Lebendgewicht der Preis für geringwertigere Fleischsorten sich annähernd ebenso hoch,

in manchen Fällen sogar noch höher stellt als derjenige für Fleisch erster Sorte beim Kauf nach Schlachtgewicht (J.D.V.S. 1899). Zum großen Teil mag das allerdings auch eben an den ungenauen Umrechnungszahlen liegen.

Seit dem 18. November 1907 geschah dann die Preisfeststellung durch die Direktion der städtischen Fleischbeschau. Vom Stadtrat wurde zu diesem Zwecke ein Ausschuß eingesetzt, der aus vier Fleischern und vier Viehhändlern bestand. Den Vorsitz führte der städtische Amtstierarzt. Durch die Verordnung vom 18. August 1911 und vom 7. November 1911 zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 8. Februar 1899, betreffend die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlachtvieh, wurde der Notierungsausschuß aus dem ersten städtischen Amtstierarzt als Vorsitzenden und je zwei Vertretern des Fleischergewerbes, des Schlachtviehhandels und der Landwirtschaft als Mitgliedern zusammengesetzt. Der Leiter des Schlacht- und Viehhofes und der des städtischen Fleischbeschauamtes kann jederzeit den Verhandlungen des Notierungsausschusses beiwohnen. Außerdem wurden durch diese Verordnungen die Zahl der Wertklassen vermehrt und verschiedene neue Bestimmungen über die Festsetzung des Schlachtgewichts getroffen (Tara bei Schweinen 20 % statt 20 bis 25 kg).

Diese Vorbemerkungen schienen uns nötig zu sein, um die in den Schlachthofsberichten angegebenen Preise auf ihren wahren Wert hin prüfen zu können. Sie zeigen, daß man die Angaben mit der nötigen Vorsicht behandeln muß und daß man aus ihnen keine allzu scharfen Schlüsse ziehen kann, die leicht zur Überschätzung des Wertes des Materials führen können.

Daß ein Vergleich der Jahre 1884/98 mit denen von 1899/1912 durch die im Jahre 1899 erfolgte große Änderung in der Anschreibung sehr erschwert ist, läßt sich wohl klar ersehen. Um jedoch zunächst einmal einen Überblick über die Bewegung der Viehpreise zu erlangen, möchten wir nicht verfehlen, die Preise bis 1898 mit den Preisen für die besten Sorten jeder Viehgattung für die folgenden Jahre zu vergleichen, wie dies auch in den Schlachthofsberichten geschehen ist. Für Kälber haben wir dabei die Angaben in Schlachtgewicht benutzt, da nur diese bis 1884 zurückreichen.

(Tabelle für Rinder, Kälber, Schafe und Schweine siehe Seite 62.)

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Preise für Schweine, Rinder und Schafe die gleichen Tendenzen aufweisen. Nach einem Höhepunkt im Anfang der 90er Jahre folgt ein Tiefstand, der bis in die

	Preisangaben pro 50 kg in Mark							
	Rinder Schlachtgewicht		Kälber Schlachtgewicht		Schafe Lebendgewicht		Schweine Lebendgewicht abzüglich Tara (bis 1910 20—25 kg, ab 1911 20%)	
1884—1888	59,75	**91,5**	55,82	**95,6**	31,33	**96,9**	51,21	**83,9**
1889—1893	65,29	**100**	58,35	**100**	32,34	**100**	61,06	**100**
1894—1898	64,14	**98,2**	62,32	**106,8**	31,07	**96,1**	56,05	**91,8**
1899—1903	64,21	**98,3**	71,18	**122,0**	32,04	**99,1**	56,31	**92,2**
1904—1908	74,92	**114,7**	81,55	**139,9**	37,76	**116,8**	62,14	**101,8**
1909—1912	83,68	**128,2**	91,99	**157,6**	39,96	**123,6**	69,07	**113,1**

Mitte des letztvergangenen Jahrzehnts hinein anhält, am stärksten tritt er bei den Schweinen hervor, in geringerem Maße bei den Schafen und Rindern. Seitdem ist wieder eine starke Steigerung wahrzunehmen. Die Preise für Kälber sind dagegen von Periode zu Periode gestiegen und weisen für die Periode 1909/12 eine Steigerung von 57,6 % gegenüber der gewählten Ausgangsperiode 1889/93 auf. Weniger stark ist die Steigerung bei Schafen und Rindern, am geringsten bei den Schweinepreisen. Vergleichen wir dies Ergebnis mit den Steigerungszahlen der Schlachtungen, so kommen wir zu dem Satze: Je geringer sich die Zahl der Schlachtungen erhöht hat, desto stärker sind die Preise gestiegen. Der Vorrat an Schlachtvieh ist also für die Höhe der Preise maßgebend. Hinsichtlich des Kalbfleisches ist es wohl klar, daß die Nachfrage, die von einem besonders kaufkräftigen und zahlungsfähigen Publikum ausgeht, durch ein entsprechendes Angebot dauernd nicht hat befriedigt werden können und zu derartig hohen Preisen geführt hat. An sich kann ja schon die Abschlachtung von Kälbern und jungen Tieren, wenn nicht eine starke Dezimierung der für die Zucht und Milchwirtschaft erforderlichen Bestände des Nachwuchses stattfinden soll, nur in beschränktem Umfange stattfinden (Thieme, a. a. O. S. 34). Betrachten wir die nebenstehende Tabelle für den Durchschnitt der Preise dieser vier Vieharten, so tritt uns hier auch die Senkung in den 90er Jahren entgegen.

	Mittel aus den Meßziffern der obenstehenden Tabelle
1884—1888	**92,0**
1889—1893	**100**
1894—1898	**98,2**
1899—1903	**102,9**
1904—1908	**118,3**
1909—1912	**130,6**

Sie würde noch stärker zum Ausdruck kommen, wenn wir zur Berechnung der Durchschnittspreise nicht das gewöhnliche arithmetische Mittel, sondern das arithmetische Mittel mit Gewichten verwenden, also den

Verbrauch der einzelnen Fleischsorten berücksichtigen. Im Durchschnitt der Jahre 1903/12 verhalten sich die Konsumziffern von Schweinefleisch, Rindfleisch, Kalbfleisch und Hammelfleisch zueinander wie 52 : 35 : 9 : 4. Dieses Verhältnis ist im Laufe der Jahre nicht konstant geblieben, leider fehlen jedoch für die früheren Jahre vollständige und für die einzelnen Fleischsorten getrennte Angaben, so daß wir auf die Darstellung einer solchen Durchschnittspreiskurve verzichten müssen, die ohnedies nichts Neues ergeben würde.

Verfolgen wir die Preise der verschiedenen Viehsorten für die einzelnen Jahre, so finden wir eine charakteristische Bewegung für die Schweinepreise, deren Kurve von den Preiskurven der übrigen Viehsorten, die unter sich ziemlich gut übereinstimmen, oft starke Abweichungen zeigt. Von unserem Ausgangsjahr 1884 an zeigen die Preise für Schweine ständig große Schwankungen.

Bewegung der Schweinepreise:

Jahr	Minimum Mk.	Maximum Mk.	Extremmittel Mk.
1884	50,79		52,49
1885		54,19	51,34
1888	48,49		$56{,}38_5$
1890		64,28	$61{,}18_5$
1891	58,09		59,91
1893		61,73	55,62
1896	49,51		55,35
1898		61,19	$56{,}37_5$
1899	51,56		$57{,}51_5$
1902		63,47	$57{,}52_5$
1904	51,58		$61{,}01_5$
1906		70,45	64,46
1907	58,47		64,39
1909		70,31	$66{,}51_5$
1911	62,72		$68{,}75_5$
1912		74,79	

Dieser „Rhythmus des Auf und Ab“ (Eßlen a. a. O. S. 4) ist seit der Mitte der 90er Jahre schneller geworden. Aus diesen sich mit Bestimmtheit fast vollziehenden Wiederholungen und Wandlungen einer hoch- und niedergehenden Konjunktur läßt sich der Schluß ziehen, daß die Futterernten einen bestimmenden Einfluß auf die Preise ausüben, und zwar so, daß die Futterverhältnisse des einen Jahres für die Preisbewegung bis Juli des nächsten Jahres ausschlaggebend sind (Gerlich, a. a. O. Seite 99).

Bei derartigen Preisbewegungen, die nach Kurven in Form einer Wellenlinie verlaufen, einzelne Jahre miteinander zu vergleichen, ist unmöglich. Es ist notwendig, die durchschnittlichen Verhältnisse von Jahresgruppen miteinander in Vergleich zu setzen [1], wie wir es oben schon getan haben, will man sich nicht den Verdacht einer tendenziösen Darstellung zuziehen. Denn man könnte mit demselben Zahlenmaterial beweisen, daß die Preise stark gestiegen oder daß sie gesunken sind, es kommt nur darauf an, was man als Ausgangs- und Endjahr wählt. Wir möchten dafür zwei Beispiele bringen:

1888:	48,49 Mk.	1890:	64,28 Mk.
1912:	74,79 „	1911:	62,72 „
Steigerung	+ 54,2 %.	Steigerung	— 2,5 %

Die angeführten Beispiele, deren Ausgangs- und Endjahre nahe beieinander liegen und die in ihren Endergebnissen so stark voneinander abweichen, dürften die Richtigkeit unserer Behauptung bestätigen. Es ist also nötig, die Durchschnittspreise von Jahresgruppen zu vergleichen, wie wir es oben bereits getan haben, doch scheint hier auch ein anderer Weg infolge der besonderen Gestaltung der Preiskurve möglich. Wir betrachten alle Minima, Maxima und die Mittel aus je zwei aufeinanderfolgenden Extremen für sich und erhalten so drei Zahlenreihen, die sämtlich gleiche Tendenzen aufweisen. Einem Tiefstand der 80er Jahre folgt ein Hochstand zu Beginn der 90er Jahre, dann tritt eine Senkung ein, die bis in das letztvergangene Jahrzehnt hinein anhält, seitdem ist wieder eine Steigerung bis heute zu bemerken. Dies deckt sich also völlig mit dem bereits gefundenen Ergebnis. (Natürlich lassen sich derartige Betrachtungen auch für die Preiskurven der übrigen Vieharten durchführen, doch kann man hier die Tendenzen aus den Preiskurven selbst deutlich herauslesen, da die kleineren Schwankungen nicht in solcher Regelmäßigkeit eintreten. Für die Kälberpreise läßt sich auch auf diese Weise feststellen, daß sie die Depression in den 90er Jahren nicht mitgemacht haben.) Aus den drei gewonnenen Reihen geht nun hervor, daß das Maximum von 1912 um 16 % höher steht als das von 1890, das Minimum von 1911 um 8 % höher als das von 1891, schließlich das Extremmittel 1911/12 um 12 % höher als das von 1890/91. Die Maxima sind also stärker gestiegen als die Minima, während das Extremmittel auch eine mittlere Steigerung aufweist,

[1] Busch, Verwaltung und Statistik, 3. Jahrg. 1913 S. 342.

die der Preissteigerung der Periode 1909/12 gegenüber der Periode 1889/93 entspricht. Aus der Form der Schweinepreiskurve könnte man herauslesen, daß die Preise wieder sinken werden, wenn auch für die nächste Zeit kaum unter den Tiefstand von 1911.

Vergleichen wir die Kurven der Viehpreise mit den Kurven der Schlachtungsziffern, so ergeben sich direkte Beziehungen in der Hauptsache nur bei den Schweinen, für die übrigen Vieharten können wir auf eine Betrachtung verzichten. Die Maxima der Kurven des Vieheinganges bzw. der Schlachtungen von Schweinen fallen in die Jahre 1900—04—7/8—11, die sämtlich für die Schweinepreiskurven Minima aufweisen, umgekehrt entsprechen die Preismaxima der Jahre 1898—1902—06—09 den Schlachtungsminima dieser Jahre, nur das Jahr 1912 macht eine Ausnahme. Die Schweinepreise steigen von 1911 auf 1912 stark an, trotzdem in den Schlachtungen keine Abnahme eingetreten ist. Die Ursache dürfte in der Erhöhung der Produktionskosten liegen, die durch die schlechten Ernten der Jahre 1911/12 bedingt war. Im einzelnen wirken natürlich noch andere Einflüsse auf die Preise ein als die Größe des Vorrates. Eine weitere Ausnutzung dieses Zahlenmaterials scheint daher nicht angebracht zu sein, vielleicht sind wir sogar mit dem gemachten bereits über das Ziel hinaus gegangen, das wir uns oben gesteckt hatten.

Einer weiteren Betrachtung der Preise legen wir nur die Angaben für die Jahre 1899 bis 1912 zugrunde, die unter sich besser vergleichbar sind und vor allem eine größere Differenzierung aufweisen. Die Meßziffern (Ausgangsjahre 1899/1903) berechnen wir nach den Preisangaben in der Gewichtsart, in der sie festgestellt werden (also bei Rindern Schlachtgewicht, bei Kälbern und Schafen Lebensgewicht, bei Schweinen Lebendgewicht mit bestimmter Tara), um die Ungenauigkeit der Umrechnungszahlen zu vermeiden. Aus den Meßziffern der einzelnen Qualitätsarten berechnen wir dann die Durchschnittswerte für jede Viehsorte. Eigentlich müßte auch erst die Zahl der geschlachteten Tiere jeder Qualitätsstufe festgestellt werden, um das gewogene Mittel statt des gewöhnlichen Mittels berechnen zu können, doch fehlen darüber Angaben. Das Ergebnis der Berechnung zeigt die folgende Tabelle auf Seite 66.

Hiernach ist die Steigerung der Periode 1909/12 gegenüber der Periode 1899/03 bei allen vier Vieharten ziemlich gleich groß. Der starke Unterschied gegenüber den Kälberpreisen, den wir oben fest-

Bewegung der Viehpreise 1899—1912:

	Rinder	Schweine	Kälber	Schafe
1899—1903	100	100	100	100
1904—1908	116,2	111,6	112,9	117,2
1909—1912	126,4	123,2	126,4	122,5
1904	106,5	92,1	103,3	106,7
1905	113,9	122,5	110,2	113,4
1906	124,2	127,4	119,8	127,9
1907	124,1	104,8	118,0	123,0
1908	112,3	111,3	113,2	115,0
1909	108,4	125,5	112,0	110,5
1910	122,6	120,5	127,3	123,7
1911	131,8	111,2	128,9	123,6
1912	142,9	135,6	137,3	132,0

gestellt hatten, fehlt hier, doch liegt dies zum Teil daran, daß, mit Ausnahme der Kälberpreise, die Jahre 1899/03 noch der Depressionsperiode angehören. Deutlich tritt aus diesen Zahlen die enorme Steigerung der Viehpreise im Laufe des letzten Jahrzehnts hervor. Besonders hoch steht das Jahr 1912, zumal bei den Schweinepreisen, die von 1911 auf 1912 um rund 22 % gestiegen sind. Angesichts solcher Zahlen gewinnen die Klagen über die Fleischteuerung an Berechtigung, denn die Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren haben an dieser Steigerung reichlich teilgenommen, wie wir im folgenden Abschnitte sehen werden.

3. Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Chemnitz.

Material über Kleinverkaufspreise fand sich, wie wir bereits früher erwähnt haben, in den wöchentlichen Markthallenberichten seit dem Jahre 1892, wobei für die einzelnen Sorten der niedrigste und höchste Preis angegeben ist. Allzu viel Wert ist auf diese Angaben jedoch nicht zu legen. Die herrschende Ansicht ist jedenfalls, daß die Markthallenpreise unter den Durchschnittspreisen des Ortes liegen, wie mir auch von Chemnitzer Fleischermeistern versichert wurde. Seit Ende 1903 werden seitens des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz die Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren ermittelt, die größere Zuverlässigkeit besitzen. Für die Jahre 1889/91 konnte ich schließlich noch Angaben von einigen Fleischermeistern erhalten. Um eine Betrachtung der Preise über den Zeitraum von 1889 bis 1913 zu ermöglichen, war es nötig, die Preisangaben der Markthalle, die sich direkt

nicht verwenden lassen, einer Korrektur zu unterwerfen, wie es z. B. auch J a s t r o w für seine Berechnungen getan hat (vgl. auch St.J.d.St., Abschnitte Lebensmittelpreise). Auf Grund der Vergleichung der Preisangaben des Statistischen Amtes und der Markthallenpreise und unter Berücksichtigung der jeweiligen Spannung zwischen höchstem und niedrigstem Preis in den Jahren 1904/13 haben wir die Markthallenpreise für die Jahre 1892/03, die wir zunächst als Durchschnittspreise aus den mittleren Preisen am Ende der einzelnen Monate berechnet haben, mit einem auf graphischem Wege gefundenen Zuschlage versehen und daraus die Durchschnittspreise für die Perioden 1889/93, 1894/98 und 1899/03 berechnet, die den Durchschnittspreisen der folgenden Jahre annähernd entsprechen dürften. Wir erhalten so die folgende Tabelle.

	Preis pro 1/2 kg in Pfennigen															
	Rindfleisch				Kalbfleisch				Schöpsenfleisch				Schweinefleisch			
	Kochfleisch		Bratfleisch		Kochfleisch		Bratfleisch		Kochfleisch		Bratfleisch		Kochfleisch		Bratfleisch	
1889–1893	66	**100**	70	**100**	63	**100**	66	**100**	63	**100**	67	**100**	69	**100**	75	**100**
1894–1898	64	**97**	68	**97**	64	**102**	67	**102**	62	**98**	66	**99**	67	**97**	73	**97**
1899–1903	65	**98**	69	**99**	68	**108**	71	**108**	64	**102**	68	**101**	71	**103**	77	**103**
1904–1908	76,2	**115**	80,2	**115**	78,2	**124**	81,0	**123**	77,8	**123**	82	**122**	78,8	**114**	83,8	**112**
1909–1913	86,8	**132**	92,0	**131**	90,6	**144**	94,2	**143**	87,2	**138**	93,6	**140**	86,0	**125**	94,0	**125**
1904	68	**103**	73	**104**	70	**111**	73	**111**	69	**110**	73	**109**	72	**104**	75	**100**
1905	73	**111**	78	**111**	75	**119**	77	**117**	74	**117**	78	**116**	81	**117**	85	**113**
1906	80	**121**	83	**119**	83	**132**	86	**130**	83	**132**	86	**128**	87	**126**	91	**121**
1907	81	**123**	84	**120**	83	**132**	85	**129**	83	**132**	87	**130**	77	**112**	83	**111**
1908	79	**120**	83	**119**	80	**127**	84	**127**	80	**127**	86	**128**	77	**112**	85	**113**
1909	78	**118**	82	**117**	80	**127**	83	**126**	79	**125**	85	**127**	84	**122**	90	**120**
1910	82	**124**	87	**124**	88	**140**	91	**138**	84	**133**	89	**133**	86	**125**	91	**121**
1911	86	**130**	91	**130**	90	**143**	93	**141**	86	**137**	92	**137**	78	**113**	88	**117**
1912	94	**142**	99	**141**	96	**152**	100	**152**	91	**144**	98	**146**	90	**130**	99	**132**
1913	94	**142**	101	**144**	99	**157**	104	**158**	96	**152**	104	**155**	92	**133**	102	**136**

Bei allen Fleischsorten finden wir um die Mitte der 90er Jahre eine geringe Preissenkung mit Ausnahme der Preise für Kalbfleisch. Mag diese Ausnahme auch an der Ungenauigkeit der Umrechnungsziffern liegen, so stimmt sie doch mit dem Ergebnis überein, das wir bei der Betrachtung der Viehpreise gewonnen haben. Die jeweiligen Angaben für Koch- und Bratfleisch sind voneinander abhängig, zwischen den Meßziffern (Preise der Periode 1889/93 = 100) bestehen daher nur geringe Unterschiede. Gegenüber der Ausgangsperiode 1889/93 sind in der Periode 1909/13 die Schweinefleischpreise am wenigsten gestiegen, dann kommen die Preise für Rind- und Schöpsenfleisch,

am stärksten gestiegen sind die Preise für Kalbfleisch. Auch in dieser Reihenfolge zeigt sich eine Übereinstimmung mit den Viehpreisen. Die Kleinverkaufspreise weisen eine stärkere Zunahme als die Viehpreise auf, ausgenommen bei den Kälbern. Bilden wir auch hier das arithmetische Mittel aus den Meßziffern und zwar für die 8 Angaben (Koch- und Bratfleisch), so finden wir eine gute Übereinstimmung mit der entsprechenden Kurve für die Viehpreise.

1889—1893: 100
1894—1898: 98,6
1899—1903: 102,7
1904—1908: 118,6
1909—1913: 134,7.

Der Tiefstand in den 90er Jahren dürfte auch hier stärker zum Ausdruck kommen, wenn wir statt des gewöhnlichen Mittels das gewogene Mittel berechnen würden, also den Konsum in Rücksicht zögen. Die Mittel aus den Meßziffern (1899/03 = 100) für Koch- und Bratfleisch sind die folgenden:

Periode	Rindfleisch	Kalbfleisch	Schöpsenfleisch	Schweinefleisch
1899/03	100	100	100	100
1904/08	116,7	114,5	121,1	109,9
1909/13	133,4	133,0	136,9	121,6

Für die drei ersten Fleischsorten sind die Meßziffern für 1909/13 ziemlich gleich, bedeutend niedriger ist die für Schweinefleisch. Die Abweichung von dem früheren Ergebnis liegt natürlich in der Änderung der Ausgangsperiode begründet, die hier für Rindfleisch und Schöpsenfleisch noch der Depressionsperiode angehört. Gegenüber der Periode 1899/03 sind die Preise im Kleinverkauf in der Periode 1909/13 stärker gestiegen als die Viehpreise, mit Ausnahme der Schweinefleischpreise.

Verfolgen wir die Preise einmal etwas näher für die letzten zehn Jahre. Das Jahr 1904 weist Preise auf, die gegenüber der Ausgangsperiode 1889/93 nur gering gestiegen sind. Bis 1906/07 sind die Preise dann gestiegen, sinken nochmals, wenn auch nur gering, bis 1909, seitdem aber hat die Preissteigerung enorme Fortschritte gemacht und bis zum Jahre 1913 angehalten. Erst das letzte Viertel des Jahres 1913 zeigt, wie aus den mir seitens des Statistischen Amtes zur Verfügung gestellten Angaben hervorgeht, wieder eine geringe Senkung; ob diese jedoch von Dauer sein wird, läßt sich heute noch nicht fest-

stellen. Von diesem Verlauf zeigen jedoch die Schweinefleischpreise, wie wir schon bei den Viehpreisen gesehen haben, große Abweichungen. Auch sie stehen 1904 sehr niedrig, steigen bis 1906, sinken bis 1907/08, steigen bis 1910, sinken im folgenden Jahre und steigen dann in den beiden letzten Jahren stark an, also völlige Übereinstimmung mit der Bewegung der Viehpreise.

Untersuchen wir nun einmal die Beziehung zwischen den Viehpreisen und den Fleischpreisen etwas genauer, und zwar für die Jahre 1904/12. Zur Berechnung der Meßziffern setzen wir dabei die Preise des Jahres 1904 = 100. Wir vergleichen die arithmetischen Mittel aus den Meßziffern der einzelnen Qualitäten des Schlachtviehs mit den arithmetischen Mitteln aus den Meßziffern von Koch- und Bratfleisch der entsprechenden Fleischart, und erhalten folgende Tabelle und Kurven.

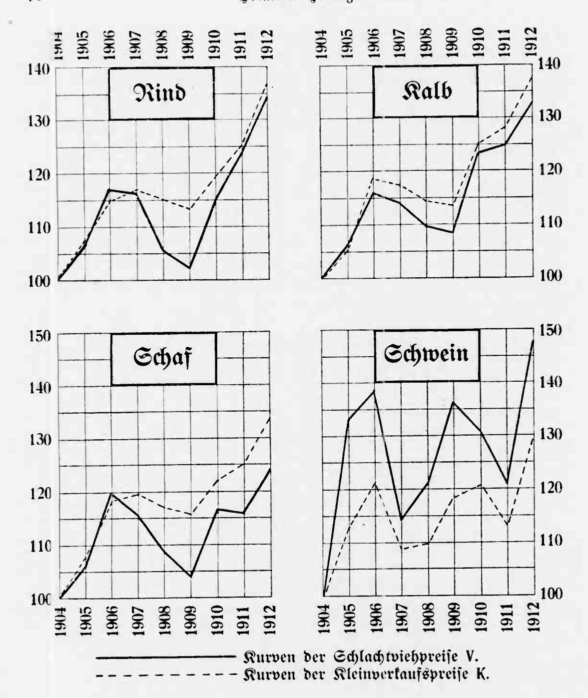
Vergleich der Schlachtvieh- und Kleinverkaufspreise für die Jahre 1904—1912.
V = Schlachtviehpreis-, K = Kleinverkaufspreis-Meßziffern.

	Rind		Kalb		Schaf		Schwein	
	V	K	V	K	V	K	V	K
1904	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**
1905	**107**	**107**	**107**	**106**	**106**	**107**	**133**	**113**
1906	**117**	**116**	**116**	**118**	**120**	**119**	**138**	**121**
1907	**116**	**117**	**114**	**118**	**115**	**120**	**114**	**109**
1908	**105**	**115**	**110**	**115**	**108**	**117**	**121**	**110**
1909	**102**	**114**	**108**	**114**	**104**	**116**	**136**	**118**
1910	**115**	**120**	**123**	**125**	**116**	**122**	**131**	**120**
1911	**124**	**126**	**125**	**128**	**116**	**125**	**121**	**113**
1912	**134**	**137**	**133**	**137**	**124**	**133**	**147**	**128**

(Siehe die Kurven nächste Seite.)

Wir müssen hierbei wieder die Angaben für das Schweinefleisch besonders betrachten. Beim Rind-, Schöpsen- und Kalbfleisch decken sich beide Kurven ungefähr bis 1906, die Schlachtviehpreise sinken dann stark bis 1909, um dann ebenso stark wieder zu steigen, die Kleinverkaufspreise sinken zwar auch bis 1909, aber bei weitem nicht so stark, auch die dann folgende Steigerung ist nicht so stark wie die der Schlachtviehpreise. Es betrug die Steigerung von 1909 auf 1912 in %:

Viehart	Viehpreis	Fleischpreis
Rind	32	21
Schaf	19	15
Kalb	22,5	20



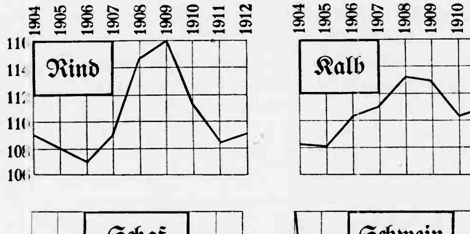
Dieselbe Tendenz tritt auch bei den Schweinepreisen hervor, nur fallen die Extreme hier in andere Jahre. Die Meßziffern für die Kleinverkaufspreise liegen hier ständig tiefer als die der Schlachtviehpreise: die Ursache dieser Erscheinung werden wir noch feststellen. Jedenfalls wird man den Kleinverkaufspreisen eine ausgleichende Tendenz nicht absprechen können. Es gilt hier dieselbe Regelmäßigkeit, die schon seit langem als die Preisbildung im Detailhandel beherrschend bekannt ist. Die Fleischpreise folgen zwar stetig und ziemlich schnell den steigen-

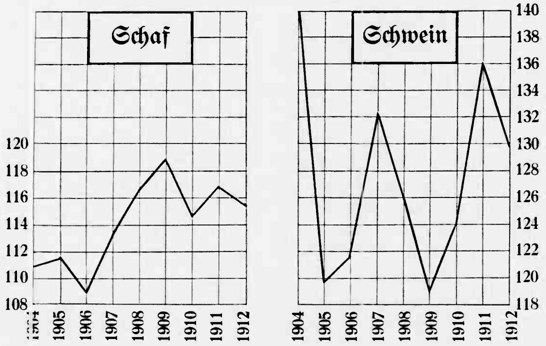
den Viehpreisen, aber meist nicht auf die volle verhältnismäßige Höhe, namentlich die allerhöchsten Preise gelangen in ihnen nicht ganz zum Ausdruck. Dagegen suchen sie sich auf dem einmal erreichten Stande möglichst lange zu halten. Man könnte hierbei von einem Trägheitsgesetz in der Preisbildung sprechen. Wenn keine besonderen Ursachen vorliegen, bleiben die Preise auf der Höhe, die sie gerade erreicht haben, und sinken nur soweit, als Baissegründe vorhanden sind (D.St.C.B. 1913 S. 269). Ein hoher Fleischpreis führt leicht zu einem Verbrauchsrückgang. Der Fleischer erzielt daher lieber bei niedrigeren Preisen und geringerem Gewinn im einzelnen doch einen höheren Gesamtgewinn. Er hofft, sich in Zeiten sinkender Viehpreise durch Aufrechterhaltung der alten, höheren Verkaufspreise schadlos zu halten. Auch scheint vielfach insofern ein Ausgleich zwischen den Preisen der verschiedenen Fleischarten vorgenommen zu werden, als bei steigenden Preisen der einen Viehgattung, dagegen sinkenden Preisen der anderen die entsprechenden Kleinverkaufspreise unverändert bleiben. Dies gilt besonders für die Preise von Kalb- und Schweinefleisch. Auf diese Erscheinung wird bei Betrachtung der Preise für die einzelnen Fleischarten meist zu wenig Wert gelegt. Man könnte hier also zwischen einem zeitlichen und einem stofflichen Ausgleich unterscheiden. Eine ausgleichende Tendenz der Kleinhandelspreise liegt auch jedenfalls im Interesse der gesamten Bevölkerung, da stärkere Preisschwankungen besonders für die Wirtschaftsverhältnisse des kleinen Mannes eine große Gefahr bilden[1]. Zu demselben Ergebnis gelangen wir auch, wenn wir die Quotienten Kleinverkaufspreis:Schlachtviehpreis untersuchen, natürlich interessieren uns hierbei nicht die absoluten Werte, sondern ihre Veränderungen. Für die Kleinverkaufspreise K wählen wir die arithmetischen Mittel aus Koch- und Bratfleisch jeder Fleischart, für die Schlachtviehpreise V die Angaben in Schlachtgewicht, und zwar die Preise der gangbarsten Sorten, also Ochsen II, Kälber II, Hammel I und Schweine II (Qualitätsstufen). Wir betrachten dann die Werte $Q = K/V \cdot$ Konstante. Daß bei Kälbern K/V meist kleiner als 1 ist, also der Viehpreis, auf dieselbe Gewichtseinheit reduziert, höher steht als der Kleinverkaufspreis, stört in diesem Falle nicht. Bei Verwendung von Qualität III würden wir eine völlig parallele Kurve erhalten.

[1] Vgl. dazu besonders Eßlen, a. a. O. S. 167 ff.

Betrachtung der Werte $Q = \frac{K}{V} \cdot$ Konstante:

Jahr	Rind	Kalb	Schaf	Schwein
1904	109,2	96,2	110,8	140,1
1905	108,0	96,1	111,5	119,6
1906	107,1	98,2	108,8	121,6$_5$
1907	108,9	99,1	113,2	132,2
1908	114,4	101,1	116,5	125,8
1909	116,0	101,0	119,0	118,7
1910	111,4	98,3	114,4	123,8
1911	108,5	98,9	116,7	136,2
1912	108,9	102,8	115,5	129,5





Wir finden nun, daß die Q-Kurven den Kurven der Meßziffern antiparallel verlaufen, d. h. die größten Spannungen fallen in die Jahre niedrigster Preise, die geringsten Spannungen in die Jahre

höchster Preise, und das wollten wir beweisen. Hieraus erklärt sich auch die Tatsache, daß bei den Schweinepreisen die Meßziffern der Kleinverkaufspreise ständig tiefer liegen als die der Schlachtviehpreise, wohlgemerkt nur für unser gewähltes Ausgangsjahr. Das Jahr 1904 ist ein Jahr niedrigster Schweinepreise, infolgedessen größter Spannung. Diese Spannung wird von keinem späteren Jahre übertroffen, infolgedessen müssen alle weiteren Meßziffern für die Kleinverkaufspreise kleiner als die der Schlachtviehpreise sein. Ganz exakt ist das nicht, da wir bei jeder Viehsorte einmal den Durchschnitt aus allen Qualitäten, das andere Mal nur eine Qualität berücksichtigt haben, praktisch sind jedoch die Abweichungen nur gering. Auffällig ist die starke Spannungssteigerung bei den Kälbern in den Jahren 1911/12, in denen auch die Preise stark gestiegen sind, doch dürfte dies zum Teil der Änderung in der Umrechnungsziffer von Lebend- und Schlachtgewicht zuzuschreiben sein, die von 1911 auf 1912 stattfand.

Wir sehen jedenfalls, daß die Behauptung, das starke Steigen der Kleinverkaufspreise in den letzten Jahren rühre nur davon her, daß diese bedeutend stärker gestiegen seien als die Viehpreise, sich in ihrer Allgemeinheit nicht aufrecht erhalten läßt.

Bezüglich des absoluten Wertes der Spannung möchten wir uns, wenn auch nicht in vollem Umfange, der Ansicht von Busch anschließen, der es für unmöglich hält, eine Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen zu konstruieren. Für die Kalkulation der Kleinverkaufspreise sind neben dem Schlachtviehpreis noch eine Reihe anderer Faktoren von Bedeutung, wir möchten hier nur erinnern an die Verwertung der Nebenprodukte, besonders Häute und Felle (die Preise für die Nebenprodukte werden bei der Kalkulation der Fleischpreise immer eine gewisse Rolle spielen. Durch die überseeische Konkurrenz war der Preis der Häute stark gesunken, erst der gesteigerte Lederbedarf unserer Zeit brachte auch für sie wieder höhere Preise, zudem ist den Fleischern durch genossenschaftlichen Zusammenschluß heute eine bessere Verwertung der Nebenprodukte gelungen.) Die Art der Konsumenten (Hôtel- oder Privathaushalt), die Ansprüche der Kundschaft in bezug auf Ladeneinrichtung, Herrichtung des Fleisches und Bedienung, endlich die erhöhten Arbeitslöhne und die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung wirken auch noch auf die Bildung der Fleischpreise ein[1].

[1] Vgl. Eßlen a. a. O. S. 168 ff. und Busch, D.St.C.B. 1913, S. 161 ff.

Diese Momente sind es auch vor allem, welche einen Vergleich der Fleischpreise für verschiedene Orte nahezu unmöglich machen, selbst wenn vielleicht die Schlachtviehpreise in diesen Orten nahezu gleich sind. Es kommt bei der Beurteilung der Kleinverkaufspreise ganz wesentlich auf die Güte des Fleisches mit an. Selbst an ein und demselben Schlachttiere ist je nach Alter und Gesundheitszustand des Tieres Fleisch sehr verschiedener Güte zu finden. Die oft großen Unterschiede bei den einzelnen Fleischern brauchen also nicht wunderzunehmen. Auch die Vorschläge, für eine Vergleichung den gangbarsten Preis für die gangbarste Sorte oder den Preis für bestimmte Fleischstücke zugrunde zu legen, haben manche Unzulänglichkeiten. Der gangbarste Preis oder auch der häufigste Preis ist von verschiedenen Momenten abhängig, die mit der Preisbildung an sich gar nichts zu tun haben (man bedenke nur, was für Schwankungen in der Person und der Anzahl der Fleischer mitunter eintreten, welche zur Berichterstattung herangezogen werden). Umgekehrt wieder kann je nach der lokalen Gewohnheit die Preisangabe für ein bestimmtes Stück Fleisch für einen Ort ganz ohne Bedeutung sein[1]. Bis wir zu einer einheitlichen Berichterstattung über Fleischkleinverkaufspreise kommen, wird es noch gute Wege haben. Ganz besonders gilt dies auch von den Preisen für zubereitete Fleischwaren, die wir im Anschluß hieran noch kurz betrachten wollen[2].

---

[1] Vgl. Haacke, Ein Versuch zur Gewinnung einheitlicher Gesichtspunkte für den Ausbau und die Durchführung der Statistik der Fleischkleinhandelspreise. J. f. N. u. St. Bd. 38, 3. F., S. 771. Seutemann, a. a. O. S. 147. Die Literatur darüber ist jedenfalls außerordentlich groß.

[2] Leider standen uns zuverlässige Preisangaben für Wurstwaren nur für Blut- und Leberwurst zur Verfügung, doch dürften, nach den ungenaueren Angaben für die übrigen Wurstarten zu schließen, auch diese eine entsprechende Preissteigerung aufweisen. Auch für die Preisangaben von Schinken und Speck nach den Feststellungen des Statistischen Amtes für das Jahr 1904 mußte eine Umrechnung vorgenommen werden auf Grund der Markthallenpreise, da sie eine durch nichts gerechtfertigte Höhe gegenüber den übrigen Angaben aufweisen, die wohl lediglich auf eine Änderung in der Berichterstattung zurückzuführen ist. Wir wollen hier nur kurz bemerken, daß in der Preisberichterstattung des Chemnitzer Stat. Amtes mehrfach Veränderungen eingetreten sind und verschiedene Verhandlungen mit den Fleischern erforderlich waren, um zur jetzigen Art der Preisfeststellung zu gelangen, die gegenüber den früheren manche Fortschritte gebracht hat.

	Preise pro 1/2 kg in Pfennigen											
	Schweinsknochen		Rauchfleisch		Schinken, geräuchert, roh, im ganzen Stück		Speck, frisch		Speck, geräuchert		Mittel von Blut- und Leberwurst I. Sorte	
1889—1893	42	**100**	85	**100**	105	**109**	75	**100**	85	**100**	79	**100**
1894—1898	41	**98**	84	**99**	103	**98**	72	**96**	83	**98**	77	**98**
1899—1903	43	**102**	87	**102**	104	**99**	76	**101**	86	**101**	77	**98**
1904—1908	44,4	**106**	89,2	**105**	105,8	**101**	79,6	**106**	88,2	**104**	85,6	**108**
1909—1913	48,0	**114**	98,2	**115**	114,6	**109**	85,6	**114**	93,6	**110**	94,2	**119**
1904	41	**98**	81	**95**	102	**97**	76	**101**	86	**101**	80,5	**102**
1905	45	**107**	90	**106**	103	**98**	80	**107**	89	**105**	83	**105**
1906	49	**117**	99	**116**	114	**109**	88	**117**	96	**113**	90,5	**115**
1907	44	**105**	88	**104**	106	**101**	77	**103**	85	**100**	87,5	**111**
1908	43	**102**	88	**104**	104	**99**	77	**103**	85	**100**	86,5	**110**
1909	46	**109**	94	**111**	110	**105**	84	**112**	93	**109**	89	**113**
1910	48	**114**	97	**114**	117	**111**	86	**115**	94	**111**	91	**115**
1911	45	**107**	92	**108**	109	**104**	78	**104**	87	**102**	92	**116**
1912	49	**117**	102	**120**	117	**111**	89	**119**	96	**113**	98	**124**
1913	52	**124**	106	**125**	120	**114**	91	**121**	98	**115**	101	**128**

Die Preise für Schweinsknochen, Rauchfleisch, Schinken, Speck und Wurstwaren zeigen wieder die Depression in den 90er Jahren und seitdem eine Steigerung bis in die letzten Jahre, die allerdings nicht so groß erscheint wie bei den Fleischpreisen, selbst dem Preise für Schweinefleisch. Da auch die Wurstwaren größtenteils aus Schweinefleisch hergestellt werden, so finden wir bezüglich der Preise für zubereitetes Fleisch dieselben Tendenzen wie bei den Schweinefleischpreisen vor, wie eine Betrachtung der letzten zehn Jahre zeigt. Die Jahre 1904—7/8—11 weisen für alle Preiskurven Minima und die Jahre 1906—10—13 Maxima auf, also völlige Übereinstimmung mit der Preiskurve für frisches Schweinefleisch. Nur die Wurstwaren sind seit dem Tiefstand von 1908 ständig bis heute gestiegen, vielleicht mag das daran liegen, daß die Schweinefleischpreise dafür nicht allein maßgebend sind. Im Hinblick auf unsere obigen Betrachtungen über zeitlichen und stofflichen Ausgleich möchten wir den Wert dieser Angaben jedoch nicht durch eine allzuweit gehende Schlußfolgerung überspannen. Die Preise des Kleinverkaufs sind bezüglich der einzelnen Fleischsorten viel abhängiger voneinander als die Preise der einzelnen Vieharten.

Bei unseren bisherigen Betrachtungen haben wir schon mehrfach den Fleischkonsum erwähnt, ohne näher darauf einzugehen, das wollen wir jetzt noch nachholen. Eine gewisse Bedeutung wird man den Konsumziffern zusprechen können. Wo sie mit einiger Zuverlässigkeit für einen

längeren Zeitraum berechnet werden können, lassen sie gewisse Schlüsse auf die Entwicklung des Konsums bestimmter Waren, auf dessen Zu- und Abnahme zu. Die absoluten Zahlen des Konsums besagen jedoch nur wenig. Abgesehen von anderen Bedenken können die Kopfquoten nur ganz allgemeine Durchschnittsziffern geben, welche die ungeheuren Unterschiede verdecken, die in Wirklichkeit bezüglich der einzelnen Waren vorhanden sind. Über den tatsächlichen Verbrauch in den verschiedenen sozialen und ökonomischen Klassen der Bevölkerung besagen sie nichts. Ein Urteil darüber könnte nur mit Hilfe einer Konsumstatistik der einzelnen Volksklassen aufgestellt werden, wozu die vorhandenen Wirtschaftsrechnungen einen Anhalt bieten können, wenngleich auch hier noch viel zu wünschen übrig bleibt. Mit steigendem Einkommen wird jedenfalls der Fleischverbrauch steigen, und zwar innerhalb der Einkommensgrenzen der mittleren und unteren Bevölkerungsschichten in demselben Maße wie das Einkommen, trotzdem der Aufwand für die Nahrungsmittel verhältnismäßig geringer wird. Der Verbrauch an pflanzlichen Nahrungsmitteln, namentlich an Brot und Kartoffeln bleibt gleich oder nimmt eher ab[1]. Für unsere Betrachtungen kommt es hier mehr darauf an, die Verschiebungen im Fleischkonsum festzustellen, und zwar die zeitliche und die stoffliche Verschiebung, und zu untersuchen, welcher Zusammenhang zwischen den Preiskurven und den Konsumkurven besteht. In den St.J.Kg.S. sind Angaben über den Fleischkonsum enthalten, die bis in die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts zurückreichen. (Auch in den weiter zurückliegenden Mitteilungen des Statistischen Vereins für das Königreich Sachsen sowie in den verschiedenen Jahrgängen der Z.Sächs.St.B. und Sächs.St.L.A.Z. finden sich weitere Angaben vor.)

Besser geeignet für unsere Betrachtungen sind die Angaben in den J.D.V.S., die bis 1884 zurückreichen.

Fleischverbrauch in Chemnitz pro Kopf in Kilogramm:

Jahr	kg	Jahr	kg	Jahr	kg	Jahr	kg
1884:	51,10	1891:	47,34	1898:	49,99	1905:	45,06
1885:	51,36	1892:	49,53	1899:	52,83	1906:	43,80
1886:	52,68	1893:	50,95	1900:	52,88	1907:	48,67
1887:	53,16	1894:	49,13	1901:	48,12	1908:	49,48
1888:	53,28	1895:	48,60	1902:	46,22	1909:	49,99
1889:	53,22	1896:	50,66	1903:	47,80	1910:	50,71
1890:	50,56	1897:	50,61	1904:	49,39	1911:	54,34
						1912:	53,37

[1] Vgl. dazu Schiff, a. a. O. S. 36. Busch, Verwaltung und Statistik, 3. Jahrg. 1913 S. 342. Ballod, a. a. O. S. 119. Eßlen, a. a. O. S. 45 ff. Gerlach, Art. Fleischkonsum und Fleischpreise H.d.St.W., 3. Aufl.

Auch hier sind die Werte jedoch nicht gleichmäßig gewonnen. Erst von 1889 an ist der Durchgangs- und Ausfuhrverkehr in Abzug gebracht worden. Seit 1903 wird erst die Einfuhr von ausländischem Fett berücksichtigt, von 1905 ab auch das auswärts untersuchte und hier nur angemeldete Fleisch. Bis dahin bestand die Annahme, daß die ohne Untersuchung eingeführten und nicht gemeldeten Fleischwaren von den aus Chemnitz ausgeführten aufgewogen würden, was sich zahlenmäßig nicht beweisen läßt. Im allgemeinen gilt die Formel: Gesamtverbrauch = hier geschlachtetes + hier untersuchtes geschlachtet eingeführtes + auswärts untersuchtes geschlachtet eingeführtes und hier angemeldetes Fleisch und Fett — Durchgang bzw. Ausfuhr. Die Konsumziffern umfassen den Verbrauch an Schweine-, Rind-, Kalb-, Schaf-, Ziegen-, Pferde- und Hundefleisch, für die letzten Jahre kommt auch noch Fleisch von Bären und Eseln in Betracht. Die Gewichtsmenge des hier geschlachteten Fleisches ist berechnet worden auf Grund der Angaben über die Zahl der von jeder Viehgattung geschlachteten Tiere und über die betreffenden Durchschnittsgewichte. Bis 1902 sind die Angaben ohne Fett gerechnet, ab 1903 ist das Fett, da meist Schweineschmalz, zum Schweinefleisch mit zugezählt worden. Auf die sonstigen kleineren Veränderungen können wir hier nicht eingehen, es sei nur noch bemerkt, daß bei der notwendigen Ermittelung der Bevölkerungszahl die Vororte, die neu einverleibt wurden, erst dann eingerechnet worden sind, sobald der Schlachtzwang in denselben eingeführt wurde. Die Zahl der eingetretenen Veränderungen ist also ziemlich groß. Eine nachträgliche Zurückführung auf eine einheitliche Berechnungsart ist jedoch nicht möglich, dürfte auch nicht nötig sein, denn eine Berücksichtigung all dieser Änderungen könnte wohl kleinere Abweichungen in der Konsumkurve hervorrufen, wäre aber nicht imstande, die Hauptschwankungen derselben zu verwischen (eine Ausnahme dürfte hierbei nur die Periode 1884/88 machen.) Betrachten wir zunächst einmal den durchschnittlichen Fleischkonsum der Chemnitzer Bevölkerung in den einzelnen Perioden. Es kamen pro Kopf und Jahr im Durchschnitt der Jahre

Periode	kg	Periode	kg
1884/88:	52,3 kg	1899/03:	49,6 kg
1889/93:	50,3 „	1904/08:	47,3 „
1894/98:	49,8 „	1909/12:	52,1 „

Bis in das letzte Jahrzehnt hinein finden wir sonach eine Abnahme des Konsums, erst in der letzten Periode tritt dann wieder eine stärkere Steigerung ein. Die Konsumziffer der Periode 1884/88 erscheint

unbedingt zu hoch. Nach den oben gemachten Vorbemerkungen dürfte sie in Wirklichkeit kaum höher als die folgende Periode sein. Verfolgen wir die einzelnen Jahre, so finden wir bis 1889 einen Hochstand, dann folgt eine Senkung, die erst um die Jahrhundertwende wieder ausgeglichen wird, die hohe Konsumziffern zeigt. Darauf folgt eine noch stärkere Depression, die 1906 ihren tiefsten Stand erreicht, seitdem aber ist ein starkes Steigen des Konsums wahrzunehmen. Vergleichen wir damit das Ergebnis, das wir aus der Betrachtung der Preisbewegung ziehen konnten, so müssen wir sagen, daß die absolute Höhe der Fleischpreise nicht allein den Konsum derartig beeinflussen konnte, es müssen also noch andere tiefer liegende Ursachen dabei mitwirken, welche die Kaufkraft der Bevölkerung und damit den Konsum beeinflussen; so mögen zum Beispiel auch die Schwankungen der Konjunktur eine gewisse Rolle hierbei spielen.

Die Konsumkurve wird im wesentlichen bestimmt durch das Verhältnis der Schlachtungsziffer zur Bevölkerungszahl. Die Kurve der Bevölkerungszahl steigt nun viel gleichmäßiger an, als die der Schlachtungen, deren Kurve die Form einer ansteigenden Wellenlinie hat. Die Folge ist natürlich, daß die Kurve der Konsumziffern nahezu dieselben Extreme aufweist, wie die Kurve der Schlachtungen. Die letztere erhält nun, wie wir früher gesehen haben, ihre charakteristische Form durch die Kurve der Schweineschlachtungen. Weiter haben wir gefunden, daß die Kurve der Schweineschlachtungen den Schweinepreiskurven antiparallel verläuft. Daraus ergibt sich nun die Folgerung, daß die Schweinepreiskurve auch der Kurve des Gesamtkonsums im allgemeinen antiparallel verläuft. Bemerkenswert dafür sind die Jahre 1898—1902—06 mit hohen Schweinepreisen und geringer Konsumtion und die Jahre 1896—99/00—04—11 mit niedrigen Schweinepreisen und hohem Konsum. Es läßt sich also im allgemeinen sagen, daß in Jahren niedriger Schweinepreise der Konsum steigt und umgekehrt, wenngleich wir das auch nicht als ein unumstößliches Gesetz aufstellen wollen, da im einzelnen auf die Bildung der Kurven noch andere Momente einwirken können, die wir zum Teil schon erwähnt haben. Aus allen unseren bisherigen Betrachtungen geht jedenfalls die große Bedeutung hervor, welche das Schweinefleisch für die Ernährung der Bevölkerung besitzt, das folgt auch weiter aus den differenzierten Verbrauchsangaben. Seit dem Jahre 1903 bis heute sind die Angaben über den Fleischverbrauch der Stadt Chemnitz in den J.V.D.S. nach end einzelnen Tier-

gattungen getrennt angegeben, und diese wollen wir etwas näher betrachten. (Außerdem finden sich noch getrennte Angaben vor für die Jahre 1884 und 1894 in der Z.Sächs.St.B. 1895, S. 137. Rudolf Martin, Der Fleischverbrauch im Königreich Sachsen.)

Verbrauch nach Fleischsorten getrennt.

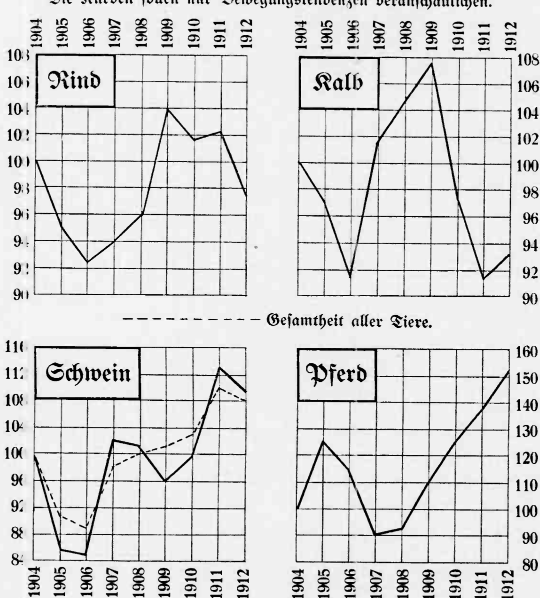
	Rind	Kalb	Schaf	Schwein	Ziege	Pferd	Hund	Verschiedene Tiere	Zusammen
	Absolute Zahlen:								
1884	21,7	6,6	2,2	19,5	0,01	0,8	0,02	—	51,1
1894	19,3	5,0	2,2	21,6	0,01	0,7	0,01	—	49,1
1903	17,24	4,66	2,16	22,69	0,01	1,03	0,01	—	47,80
1904	16,73	4,52	2,10	25,07	0,01	0,95	0,01	—	49,39
1905	15,91	4,37	2,12$_5$	21,42	0,01	1,20	0,02$_5$	—	45,06
1906	15,45	4,13	1,90	21,20	0,01$_2$	1,08	0,03	—	43,80
1907	15,72	4,59	1,84	25,47$_2$	0,01$_3$	0,85$_3$	0,03$_2$	0,15	48,67
1908	16,03$_3$	4,72$_4$	1,81$_3$	25,53	0,01$_1$	0,88	0,03	0,46	49,48
1909	17,40$_5$	4,85$_7$	1,96$_8$	23,96$_3$	0,01$_1$	1,04$_4$	0,02$_6$	0,71$_6$	49,99
1910	17,00$_4$	4,40	2,09	24,98	0,01$_3$	1,19	0,02	1,01$_3$	50,71
1911	17,12	4,12	1,94	28,39	0,03	1,30	0,02	1,42	54,34
1912	16,25$_7$	4,19$_7$	2,14$_4$	27,40$_5$	0,02$_4$	1,43$_6$	0,02	1,88$_2$	53,37
	Prozentzahlen:								
1884	42,6	13,0	4,4	38,3	0,02	1,6	0,04	—	100
1894	39,4	10,3	4,5	44,2	0,02	1,5	0,02	—	100
1903	36,07	9,75	4,52	47,47	0,02	2,15	0,02	—	100
1904	33,87$_3$	9,15$_2$	4,25$_2$	50,76	0,02	1,92$_3$	0,02	—	100
1905	35,31	9,70	4,72	47,54	0,02	2,66	0,05	—	100
1906	35,27	9,43	4,33	48,41	0,03	2,47	0,06	—	100
1907	32,30	9,43	3,78	52,34	0,03	1,75	0,07	0,30	100
1908	32,40	9,55	3,67	51,60	0,02	1,78	0,05	0,93	100
1909	34,82	9,72	3,94	47,94	0,02	2,09	0,05	1,42	100
1910	33,53	8,67	4,12	49,26	0,03	2,35	0,04	2,00	100
1911	31,51	7,58	3,57	52,25	0,05	2,39	0,03	2,62	100
1912	30,46	7,87	4,02	51,35	0,05	2,69	0,03	3,53	100

(Siehe die Kurven nächste Seite.)

Hiernach beträgt der Schweinefleischkonsum im Durchschnitt dieser 10 Jahre rund die Hälfte, der Rindfleischkonsum etwa ein Drittel des gesamten Fleischkonsums. Der geringe verbleibende Rest entfällt auf Kalbfleisch, Schöpsenfleisch und die übrigen Fleischsorten, spielt also gegenüber den beiden ersten Fleischsorten keine Rolle. Der Konsum an Hammelfleisch hat in Chemnitz nie große Bedeutung erlangt. Im Laufe der letzten Jahrzehnte kamen pro Kopf der Bevölkerung nur etwa 2 kg. Der geringe Konsum von Kalbfleisch, der in den letzten Jahren nur ungefähr doppelt so hoch war wie der von

Relative Konsumziffern.

Aus Raummangel mußten verschiedene Maßstäbe genommen werden. Die Kurven sollen nur Bewegungstendenzen veranschaulichen.



Hammelfleisch, dürfte auf das geringe Angebot an Kälbern und infolgedessen auf die starke Preissteigerung von Kalbfleisch zurückzuführen sein, seit 1884 ist jedenfalls der Kalbfleischkonsum zurückgegangen. Eine starke Veränderung in den Konsumverhältnissen ist für Rindfleisch und Schweinefleisch zu bemerken. Bis zum Ende der 80er Jahre überwog für Chemnitz der Konsum von Rindfleisch den von Schweinefleisch, seitdem ist der Konsum von Schweinefleisch stark gestiegen und überwiegt in den letzten Jahren bei weitem den Rindfleischkonsum. Eine starke Zunahme des Schweinefleischkonsums auf Kosten der übrigen

Konsumtion braucht nun durchaus nicht eine Verschlechterung der Ernährung zu beweisen, ebensowenig wie ein Sinken des relativen Fleischverbrauchs, denn an der Volksvermehrung werden vorwiegend die weniger fleischessenden Klassen beteiligt sein, und trotzdem kann die Ernährung aller Klassen besser werden (G e r l a c h, Art. Fleischkonsum und Fleischpreise H.d.St.W.).

Die vielfach gehörte Behauptung, die starke Konsumtionszunahme beim Schweinefleisch finde ihre Ursache in einer stärkeren Zunahme der Arbeiterbevölkerung, die hauptsächlich Schweinefleisch konsumiere, will uns indessen in ihrer Allgemeinheit nicht recht einleuchten. Eine Betrachtung der sächsischen Konsumtionsziffern zeigt, daß für das gesamte Königreich bereits seit Mitte des vorigen Jahrhunderts der Schweinefleischkonsum den von Rindfleisch überwog, niemand aber wird behaupten, daß der Industrialisierungsprozeß in der Stadt Chemnitz später eingesetzt hat als im übrigen Königreich. Der zunehmende Schweinefleischkonsum dürfte unseres Erachtens weniger auf einen stärkeren Genuß von frischem Schweinefleisch seitens der Arbeiterbevölkerung zurückzuführen sein, sondern auf das gesteigerte Bedürfnis der gesamten Bevölkerung nach zubereiteten Fleischwaren, die doch fast ausschließlich aus Schweinefleisch gewonnen werden. Dieses Moment wird bei Betrachtungen von Konsumziffern meist viel zu wenig berücksichtigt.

In dieser Konsumverschiebung liegt auch die Erklärung, daß wir für die Berechnung von Durchschnittswerten aus den Preisen für die verschiedenen Viehsorten und Fleischarten nicht das gewogene Mittel verwenden konnten, sondern nur das gewöhnliche arithmetische Mittel. Es fehlten uns für frühere Jahre getrennte Konsumzahlen, und es war nicht angängig, wie wir hier sehen, die Verhältniszahlen des letzten Jahrzehnts auch für frühere Jahre zu verwenden, eben infolge der Konsumverschiebungen. Für die Jahre 1904—12 dürfte es dagegen angebracht sein, die Abweichungen des gewöhnlichen arithmetischen Mittels aus den Kleinverkaufspreisen von dem gewogenen Mittel zu untersuchen.

Sind also a_1, a_2, a_3, a_4 die jeweiligen Kleinverkaufspreise für Schweinefleisch, Rindfleisch, Kalbfleisch und Schöpsenfleisch, und verhalten sich ihre Konsumziffern zueinander wie $g_1 : g_2 : g_3 : g_4$, so ist das gewogene Mittel $M = \frac{a_1 g_1 + a_2 g_2 + a_3 g_3 + a_4 g_4}{g_1 + g_2 + g_3 + g_4}$

und das gewöhnliche arithmetische Mittel

$$m = \frac{1}{4} (a_1 + a_2 + a_3 + a_4).$$

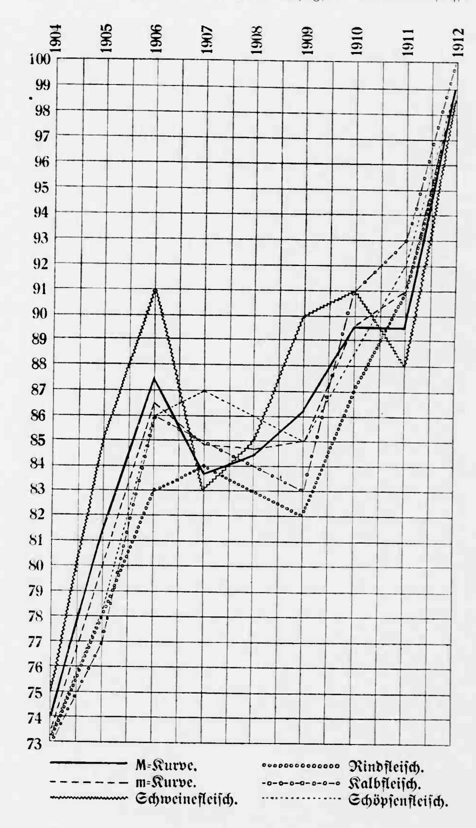
Als a-Werte verwenden wir die Angaben für Bratfleisch nach der Feststellungen des Statistischen Amtes, als g-Werte die entsprechenden Konsumziffern. (Die übrigen Fleischarten lassen wir hierbei außer Betracht, da wir hierfür keine Preisangaben haben.)

Gewöhnliches und gewogenes arithmetisches Mittel aus den Preisen für Bratfleisch:

Jahr	m Gewöhnliches Mittel	M Gewogenes Mittel
1904	73,5	74,0
1905	79,5	81,3
1906	86,5	87,4
1907	84,75	83,7
1908	84,5	84,3
1909	85,0	86,2
1910	89,5	89,5
1911	91,0	89,55
1912	99,0	99,04

(Siehe die Kurven nächste Seite.)

Die Tabelle und die Kurven zeigen, daß die beiden Durchschnittspreiskurven im allgemeinen übereinstimmen, am besten in den Jahren, wo alle 4 Fleischarten gleiche Preistendenzen aufweisen. Wir hatten aber bereits früher gesehen, daß Schweinefleisch gegenüber den drei anderen Fleischarten ziemlich selbständige Preistendenzen zeigt. In den Jahren, in denen die Preise für Schweinefleisch andere Tendenzen aufweisen als die der drei übrigen Fleischarten zusammen, weichen nun die beiden Durchschnittspreiskurven voneinander ab, dies tritt besonders hervor in den Jahren 1907/09 und im Jahre 1911. Die Schweinefleischpreiskurve paßt sich der M-Kurve (gewogenes Mittel) besser an, die Kurven für die Preise der übrigen Fleischarten aber der m-Kurve (gewöhnliches Mittel). Den tatsächlichen Verhältnissen dürften sich jedenfalls solche M-Kurven besser anpassen, als die m-Kurven, doch fehlen bis jetzt leider meist die Grundlagen für ihre allgemeine Verwendung. Vergleichen wir die Konsumkurven für die einzelnen Fleischsorten mit ihren Preiskurven (ausgenommen Hammelfleisch, dessen Konsum zu gering ist, als daß die Preise einen solchen Einfluß ausüben könnten), wobei das Ausgangsjahr 1904 stets gleich 100 gesetzt ist, so erkennen wir deutlich den antiparallelen Verlauf der entsprechenden



Kurven. Wir sehen jedenfalls, daß im allgemeinen Jahre steigenden Fleischvorrats bzw. Fleischkonsums mit Jahren sinkender Preise zusammenfallen und umgekehrt.

Betrachten wir schließlich noch kurz den Konsum der übrigen Fleischarten (Pferde, Hunde, Ziegen usw.), und zwar zunächst die Zahlen der Schlachtungen, wie sie Anhang III gibt. Besonders stark gestiegen ist die Zahl der Pferdeschlachtungen, aber auch die Hundeschlachtungen haben beträchtlich zugenommen. Diese Zahlen sind ein deutliches Kennzeichen für die teuren Fleischpreise der letzten Jahre, besonders interessant sind die Schlachtungsziffern seit 1904: Die Pferdeschlachtungen steigen bis 1906, sinken in den Jahren 07/08 und sind seitdem bis 1912 gestiegen. Auch die Hundeschlachtungen weisen in den Jahren 1906/07 eine starke Steigerung auf, sinken dann bis 1911 und steigen im folgenden Jahre wieder. Auch aus den Zahlen des Fleischverbrauchs (siehe S. 79) geht dies deutlich hervor. Vergleichen wir diese Angaben mit den Fleischpreisen der übrigen Tierarten, so erkennen wir, daß das Pferde- und Hundefleisch in teuren Jahren stärker konsumiert wird, als in Jahren billiger Fleischpreise; es dient also als Ersatz für anderes Fleisch. Auch der Konsum an Fleisch von „verschiedenen Tieren", unter denen sich auch Bären- und Eselfleisch befindet, hat seit 1907 stark zugenommen und erreicht bald den Konsum von Hammelfleisch, wenn die Steigerung in dem Maße wie bisher fortschreitet. Die Pferde- und Hundeschlächterei erfolgt in einer Ecke des Schlachthofs mit besonderer Einfahrt von einer außerhalb des Schlacht- und Viehhofs gelegenen Straße, und das Pferde- und Hundefleisch wird in besonderer, leicht erkennbarer Weise abgestempelt (J.D.V.S. 1883/84 S. 4). Bereits im St.J.d.St. Bd. 4 S. 125 wird für Chemnitz ausdrücklich mitgeteilt, daß Hundefleisch einen Teil der menschlichen Nahrung bildet, in einzelnen Schankwirtschaften nahezu ausschließlich. Sogar in der Markthalle befinden sich dafür 6 bis 8 Verkaufsstände außerhalb der Halle im Hofe.

Vergleichen wir die Zahlen des Chemnitzer Fleischkonsums mit denen für das Königreich Sachsen, so finden wir eine Übereinstimmung in den Bewegungstendenzen. Daß der Chemnitzer Konsum ständig über dem sächsischen Durchschnitt steht, will nicht viel besagen, auf die absolute Höhe solcher Zahlen darf man kein allzu großes Gewicht legen. Im allgemeinen wird allerdings der städtische Fleischverzehr meist etwas höher sein als der ländliche. Wenn jedoch der Konsum an Geflügel mit in den Fleischkonsum einbezogen würde, so dürfte sich die Differenz vielleicht ausgleichen.

Auch die vom Kaiserlichen Gesundheitsamt für das Reich berechneten Konsumziffern weisen ähnliche Bewegungstendenzen in den letzten 10 Jahren auf, die absoluten Zahlen stehen aber höher als die Chemnitzer Ziffern und weit höher als die sächsischen Ziffern. Wir möchten uns jedoch hierbei der Ansicht von Eßlen anschließen, der in eingehenden Untersuchungen auf die Fehler in der Berechnungsart des Kaiserlichen Gesundheitsamtes hinweist und dessen Schätzungen für viel zu hoch hält. Die von ihm selbst nach einem anderen Verfahren berechneten Zahlen stehen unter dem sächsischen Durchschnitt. Er erklärt auf Grund dieser Berechnungen, daß die oft gehörte Behauptung, daß der Fleischverbrauch im Königreich Sachsen hinter dem Durchschnitt des Deutschen Reiches zurückbleibe, nicht richtig sei und daß sie nur dadurch entstehen konnte, daß man die viel zu hohen amtlichen Angaben über den Fleischverbrauch in ganz Deutschland mit den für das Königreich Sachsen wahrscheinlich in einwandfreierer Weise berechneten Werten verglich[1]. Damit wollen wir es mit der Betrachtung der Konsumverhältnisse genug sein lassen, glauben wir doch fast, mit dem eben Behandelten bereits in bezug auf die Ausbeutung des Materials bei der Unsicherheit der Zahlenangaben die Grenze des Möglichen überschritten zu haben. Aus dem Zahlenmaterial heraus haben wir das Ergebnis erlangt, daß die Viehpreise in den letzten Jahren stark gestiegen sind und daß die Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren hinter dieser Steigerung nicht zurückgeblieben sind, wie die Klagen der Bevölkerung über die Fleischteuerung beweisen. Worin liegen nun die Ursachen dieser Steigerung und welche Maßnahmen sind getroffen worden oder noch zu treffen, um dieser Steigerung Einhalt zu tun?

Über die Ursachen der Fleischteuerung ist soviel geschrieben worden, die verschiedensten Gründe für die Preissteigerung sind angegeben worden, daß eine eingehende Betrachtung derselben weit über das Ziel dieser Arbeit hinausgehen und überdies nichts Neues bringen würde, denn es gibt kaum einen Faktor, der mit der Preisbildung in irgendeinem Zusammenhang steht, sei es auf dem Gebiete der Produktion oder Konsumtion in weitestem Sinne, der nicht zur Erklärung der Preissteigerung herangezogen worden wäre. Die Untersuchungen, die wir speziell für die Chemnitzer Verhältnisse angestellt haben, decken sich in

[1] Vgl. dazu besonders Eßlen, a. a. O. S. 40, S. 245 ff. und Anlagen Nr. 22.

ihren Ergebnissen völlig mit denen anderer Orte, wie sie in zahlreichen Schriften niedergelegt sind, wir glauben also auf ihre Darstellung hier verzichten zu können. Die Verteuerung der Produktionskosten habe zur Erhöhung des Stallpreises, der Zwischenhandel, die verschiedenen Arten von Gebühren, Steuern und Zöllen zur stärkeren Verteuerung der Preise für Schlachtvieh, Mißstände im Fleischergewerbe zur noch größeren Erhöhung der Kleinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren geführt, so kann man wohl ungefähr die vielen Ursachen, die angegeben worden sind, in wenigen Worten zusammenfassen, ohne sich in Einzelheiten zu verlieren. All diese Momente können wohl mehr oder weniger vorübergehend auf die Preise gewirkt haben, aber da sie nicht erst in den letzten Jahren in Erscheinung getreten sind, sondern fast alle schon zur Zeit der Preisdepression der 90er Jahre vorhanden waren, können sie einen solchen nachhaltigen Einfluß auf die jüngste Preissteigerung nicht gehabt haben. Der wichtigste, wenn auch nicht der letzte Grund dürfte in dem zunehmenden Mangel des Vorrats an Schlachtvieh gegenüber dem gewaltig gesteigerten Bedarf liegen, der durch die Viehzölle, Grenzsperren und Einfuhrverbote noch verstärkt wird, wenngleich auch darüber die Meinungen sehr auseinandergehen. Die Umwandlung in den landwirtschaftlichen Verhältnissen, die erst in den letztvergangenen Jahren stärker um sich griff, hatte zur Folge, daß Deutschland auf den Bezug von Futtermitteln aus dem Auslande mehr und mehr angewiesen war, wie wir schon oben erwähnt hatten (z. B. Einfuhr von Futtergerste). Die hohen Schutzzölle für Brot, Getreide und vor allem für Futtermittel treten weniger durch Verteuerung des Brotes, als vielmehr durch die Steigerung der Viehpreise zutage. Sie haben den Getreidebau auf Kosten der deutschen Viehzucht begünstigt. Deutschland ist nicht mehr imstande, den vorhandenen Bedarf an Schlachtvieh auch in Zukunft selbst zu decken, wenn in seinen landwirtschaftlichen Verhältnissen kein Umschwung eintritt, denn der Fleischbedarf und Fleischverbrauch der Bevölkerung ist stark gestiegen infolge der absoluten Zunahme der Volkszahl, infolge der Verschiebung der Berufsklassen und Erwerbsstände, der zunehmenden Industrialisierung und Verstadtlichung, die zu einer Änderung in den Konsumverhältnissen führte und damit die Nachfrage nach Fleisch vergrößerte. Die Frage einer dauernden Sicherstellung der Versorgung des deutschen Volkes mit einer ausreichenden Menge nicht zu teuren Fleisches ist daher eine der wichtigsten Fragen der

Gegenwart geworden, ohne daß über die Mittel und Wege, die einzuschlagen sind, bereits völlige Übereinstimmung herrschte. Die einzige für Deutschland in Betracht kommende Möglichkeit erblickt Eßlen als Ergebnis seiner ausführlichen Untersuchungen in der völligen Umwälzung des landwirtschaftlichen Betriebes im Innern, in der inneren Kolonisation, um das beliebte Schlagwort zu gebrauchen, in einer gewaltig gesteigerten Futtererzeugung, die nur möglich wäre mit dem Rückgang des Anbaues von Brotgetreide in Deutschland. Das würde daher eine stärkere Einfuhr von Brotgetreide und schließlich eine völlige Aufhebung der Getreidezölle erfordern. Nur als Übergangsmaßregel bis zur Erniedrigung der Getreidezölle bei einer künftigen Neuregulierung der deutschen Handelspolitik sei die Zulassung überseeischen Fleisches nötig. Zu denselben Ergebnissen gelangen auch Conrad, v. Tyszka, Steinborn u. a. m.[1]

Aber die Vorschläge erstrecken sich auch auf andere Gebiete. So hält u. a. Steinborn[2] die Sicherstellung der preiswerten Versorgung der Städte mit Fleisch nur möglich durch das Großkapital oder durch Zusammenschluß der Fleischer. Er will statt der vielen kostspieligen Einzelbetriebe, vielleicht auf genossenschaftlicher Basis, Zentralen geschafft wissen, die großzügig aufgemacht, nach streng kaufmännischen Grundsätzen betrieben, nur gegen bar kaufen und verkaufen und vermöge ihres Konsums bald in der Lage sein würden, preisbestimmend auch auf dem Großmarkte zu wirken. Dagegen glaubt er nicht an langfristige Lieferungsverträge der Viehproduzenten mit den Städten, nicht an städtische Schweinemästereien großen Stiles nach Ulmer Muster, auch nicht an städtische Preisvorschriften im Fleischergewerbe[3], die von anderer Seite vorgeschlagen worden sind. Die

[1] Eßlen, Die Fleischversorgung des Deutschen Reiches, Berlin 1913. Conrad, Die Fleischversorgungsfrage, J.f.N.u.St., 47. Bd. 1914, S. 145 ff. v. Tyszka, Die Bewegung der Preise einiger wichtiger Lebensmittel usw., J.f.N.u.St., 42. Bd., S. 662 ff. Steinborn, Zur Reform der Fleischversorgung. Zeitschrift für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik 1913, S. 531 ff.

[2] Steinborn, a. a. O. S. 531 ff.

[3] In Chemnitz gibt es kein Aushängen der Preise in den Fleischergeschäften. Zwar hatte 1907 auch — wie in anderen Städten — der Chemnitzer Magistrat eine Verordnung erlassen, in der den Fleischern das Aushängen der Preise vorgeschrieben wurde. Gegen Bestrafungen auf Grund dieser Ordnung erhoben die Fleischer Widerspruch und beantragten gerichtliche Entscheidung. Das Ober-

Ansichten über das Ob und Wie weichen im allgemeinen jedenfalls stark voneinander ab. Einig scheint man sich nur darin zu sein, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine vorübergehende Erleichterung der Einfuhrbeschränkungen und Viehzölle wünschenswert ist, über die Dauer dieser Erleichterung sind die Meinungen jedoch bereits wieder verschieden. Im allgemeinen stehen die verbündeten Regierungen auf dem Standpunkt, daß die jetzige Wirtschaftspolitik der Nation dienlich sei und setzen daher den Angriffen auf sie entschiedenen Widerstand entgegen[1]. Doch sind verschiedene Ausnahmebestimmungen getroffen worden, z. B. das Reichsgesetz über die vorübergehende Zollerleichterung bei der Fleischeinfuhr vom 13. Februar 1913. Es handelt sich dabei hauptsächlich um den Fleischbezug aus Rußland, Holland und Dänemark. Die überseeischen Länder kommen für den Bezug von Lebendvieh oder frischem Fleisch nicht in Betracht, da dessen Transport zu beschwerlich ist, als besser ausführbar hat sich dagegen der Bezug von Gefrierfleisch erwiesen (Steinborn, Deutsche Wirtschaftszeitung 1913 S. 717). Das Zollerleichterungsgesetz läuft am 31. März 1914 ab, eine Verlängerung desselben ist, wie wir den Reichstagsverhandlungen entnehmen, seitens der Regierung nicht beabsichtigt. Durch die Maßnahmen der Regierungen in Deutschland sind die Fleischpreise nur wenig erniedrigt worden, und sobald die Zeit der Geltung der Einfuhrerleichterungen abgelaufen sein wird, wird die Fleischteuerung mit der Sicherheit eines Naturereignisses wiederkehren, da ihre Hauptursachen eben auf einem anderen Gebiete liegen (Eßlen, a. a. O. S. V). Daß sich die Kommunalverwaltungen bemüht haben, von den ihnen gegebenen Möglichkeiten der Heranziehung von Vieh und Fleisch in umfangreicher, zum Teil recht mühevoller Weise Gebrauch zu machen, wird man nicht abstreiten können, wir verweisen hierfür auf die Schrift von Professor Dr. Silbergleit, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, über die Ergebnisse der bisherigen Versuche kommunaler Fleischversorgung, auf die im einzelnen einzugehen hier zu weit führen würde. Dagegen erscheint es uns angebracht, die Maßnahmen in Chemnitz einer besonderen Betrachtung zu unterziehen. Wir entnehmen die folgenden Darstellungen dem Bericht

landesgericht zu Dresden hat schließlich am 8. 4. 08 die Verordnung des Chemnitzer Stadtrates für ungültig erklärt, da sie mit der Gewerbeordnung in Widerspruch steht. (Kommunales Jahrbuch 1908 S. 53.)

[1] Berichte der II. Kammer d. Sächs. Landtages 1912, 1. Bd., Nr. 296.

des Sonderausschusses für Beratung von Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung, Chemnitz den 20. August 1912, auf den wir oben schon hingewiesen haben, und den letzten J.D.V.S. Die Lösung der Fleischversorgungsfrage mit den „Machtmitteln einer Stadt“, wie es in dem betreffenden Berichte heißt, ist seit 1907 vom Chemnitzer Wohlfahrtspolizeiamt andauernd nach den verschiedensten Richtungen hin erwogen worden. Man kam aber schließlich zu der Ansicht, nicht selbständig vorzugehen, sondern zusammen mit der Fleischerinnung, die sich auch bemühte, die Bestrebungen der Stadtverwaltung, billiges Fleisch für die Bevölkerung zu beschaffen, zu unterstützen, soweit es in ihren Kräften stand. Ein Versuch, frisches geschlachtetes dänisches Rindfleisch zu beziehen, führte zu dem Ergebnis, daß der Fleischer dänisches Fleisch zurzeit nicht billiger kaufen kann als hiesiges Fleisch, der Bezug dänischen Fleisches schien also nicht geeignet, eine Abminderung der Fleischpreise herbeizuführen. Im Jahre 1912 hat dann die Fleischerinnung auf Veranlassung der Stadtverwaltung Versuche mit dem Verkaufe von Gefrierfleisch gemacht. (Chemnitz war die erste Stadt, die dies versuchte.) Die Einfuhr desselben stieß zunächst auf Schwierigkeiten. Durch das Entgegenkommen einer Bremer Firma gelang schließlich der zweimalige Bezug von australischem Hammelfleisch Mitte Januar und Anfang März 1912. In Bremen kam das Fleisch in ganzen ausgeschlachteten Tieren im Zusammenhang mit den nach dem Fleischbeschaugesetz erforderlichen Eingeweiden (Brust- und Bauchfell, Lungen, Herz und Niere) an. Nach der Untersuchung im dortigen Schauamte für Auslandfleisch wurde es für die Einfuhr nach Deutschland freigegeben. Die erste Sendung bestand aus 57 ausgeschlachteten Hammeln von recht guter Qualität im Gesamtgewicht von 2298 Pfund. Bevor das Fleisch zum öffentlichen Verkauf kam, wurde eine Kostprobe veranstaltet, wozu sich gegen 50 Personen aus den verschiedensten Kreisen einfanden. Die Teilnehmer waren ausnahmslos mit dem Geschmack des Fleisches sehr zufrieden und gaben der Überzeugung Ausdruck, daß das Gefrierfleisch beim Publikum willige Aufnahme finden würde, „wenn es sich nicht unwesentlich billiger als das in Deutschland ausgeschlachtete Fleisch stelle“. Der Einkaufspreis betrug 58 Pf. für je ein Pfund zoll- und frachtfrei Chemnitz. Das Fleisch wurde in zwei Qualitäten zum Preise von 75 Pf. für 1 Pfund Bratfleisch und 65 Pf. für 1 Pfund Kochfleisch abgegeben, während der Nierentalg für 50 Pf. das Pfund Absatz fand. Der Kleinverkauf geschah in gleicher Weise wie vorher

der Verkauf des dänischen Rindfleisches, in der städtischen Markthalle durch Angestellte der Vieh- und Schlachthofsdirektion unter Aufsicht des Wohlfahrtspolizeiamtes. Jeder Käufer erhielt eine Anweisung über zweckmäßiges Kochen und Braten. Das Fleisch fand willige Abnahme, eine größere Anzahl Käufer wiederholten ihre Käufe. Es war aber zu berücksichtigen, daß die kalte Witterung dem Versuche günstig war, für Dauerbezüge zu jeder Jahreszeit konnte er nicht als maßgebend angesehen werden. Außerdem konnte auch durch den Verkauf in der Markthalle kein zuverlässiges Urteil über die Art der Aufnahme des Fleisches bei der Bevölkerung gewonnen werden. Anders stand es mit dem zweiten Versuche, bei dem das Fleisch von 100 Hammeln durch Fleischereigeschäftsinhaber in ihren Läden verkauft wurde. Der Fleischereigeschäftsinhaber steht ja mit seiner Kundschaft dauernd in Verbindung. Ihm kann viel eher über die Beschaffenheit des Fleisches nähere Mitteilung gemacht werden als dem Personal der Schlachthofsverwaltung, das nur ausnahmsweise Fleisch verkaufte, zudem stellen die Käufer als Kunden der betreffenden Fleischer ihre Anforderungen in bezug auf die gewünschten Stücke wesentlich höher als in der Markthalle.

Die geschlachteten Hammel hatten ein Gesamtgewicht von 3928 Pfd. Der Einkauf stellte sich diesmal auf 62 Pf. für je 1 Pfund zoll- und frachtfrei Chemnitz. Der Verkauf geschah in 86 Fleischerläden, und zwar wurde einheitlich Bratfleisch für 80 Pf., Kochfleisch für 70 Pf. das Pfund verkauft. Bei dem Preis von 65 Pf. für je ein Pfund, zu dem das Fleisch zwecks Deckung der Selbstkosten den Fleischern berechnet werden mußte, würden sie in Zukunft mit den Verkaufspreisen von 80 und 70 Pf. für Brat- und Kochfleisch kaum auskommen, wenn Hauverlust, sonstiger Abfall, Geschäftsunkosten und Verdienst berücksichtigt wird. Nach der gehaltenen Umfrage ist der Verkauf in 37 Geschäften gut, in 31 mittelmäßig und in 18 Geschäften langsam vor sich gegangen. In einigen Fällen ist noch nach 6 Tagen Fleisch vorhanden gewesen. Vielfach hat man sich, besonders über das Bratfleisch, lobend ausgesprochen, es hat aber auch nicht an Tadel gefehlt. Häufig ist der Ansicht Ausdruck gegeben worden, daß das Fleisch gegenüber dem hiesigen frischen Fleisch zu teuer sei. Viele Käufer haben einen Versuch gemacht, um die Beschaffenheit des Fleisches kennen zu lernen, ohne daß auf ihre ständige Kundschaft für gefrorenes Hammelfleisch gerechnet werden könnte. Zahlreiche Käufer, auch aus Arbeiterkreisen, haben sich dem

Gefrierfleisch gegenüber des angeblich zu hohen Preises wegen ablehnend verhalten. Man muß hierbei auch berücksichtigen, daß der Verbrauch von Hammelfleisch gegenüber anderem Fleisch sehr klein ist, wie wir bereits bei Betrachtung der Konsumverhältnisse gesehen haben. (Steinborns Vorschlag in der Deutschen Wirtschaftszeitung 1913 S. 717, australische Gefrierkälber statt Hammelfleisch einzuführen, verdient sicherlich Berechtigung.) Klagen über Schadhaftwerden des gefrorenen Hammelfleisches sind nicht laut geworden. Das Ergebnis dieser Versuche war, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch nur dann auf Erfolg wird rechnen können, wenn die Preise frei Chemnitz einschließlich Zölle sich wesentlich billiger als bei den Probebezügen stellen. Ab September 1912 sind dann, nachdem auch von seiten der Regierung Maßnahmen zur Erleichterung der Fleischeinfuhr durch die Gemeinden getroffen worden waren, größere Mengen frischen Rindfleisches aus Dänemark und Schweden eingeführt und durch eine größere Anzahl hiesiger Geschäftsinhaber (70 bis 80) verkauft worden, und zwar nach den von der Regierung aufgestellten Grundsätzen und den vom Stadtrat festgesetzten möglichst niedrigen Preisen, so daß die von der Regierung gewährte Zollerleichterung und Frachtermäßigung diesen Fleischbezügen zugute kamen. Die Ermäßigungen betrugen auf den Zoll von 27 Mk. für 100 kg 9 Mk., auf die sächsische Übergangs- und Verbrauchsabgabe von 8 Mk. für 100 kg 4 Mk. und auf die Fracht 20 %. Überdies wurden die Fleischsendungen nach einem besonders billigen Ausnahmetarif befördert. Die Preise für Fleisch (einschließlich Beilage) stellten sich für Kochfleisch I auf 75 Pf., für Kochfleisch II auf 70 Pf. und für Bratfleisch auf 90 Pf. pro Pfund. Das Fleisch hat guten Absatz gefunden und man ist im allgemeinen damit zufrieden. Anfänglich machte es den Eindruck, als ob die Einfuhr von ausländischem Fleisch geeignet sei, auf die Schlachtviehpreise einen Druck auszuüben. Später war davon nichts mehr zu bemerken. Der Preisunterschied zwischen dem ausländischen und einheimischen Fleisch beim Kleinverkauf erklärt sich hauptsächlich daraus, daß für das ausländische Fleisch an Zoll- und Verbrauchsabgaben 6½ Pf. pro Pfund nachgelassen werden und die Fleischer den Verkauf desselben mit einem so kleinen Verdienste besorgen, daß davon die Spesen kaum gedeckt werden können, außerdem ein nicht unbedeutender Frachtnachlaß gewährt wird. Wenn man auch dieses Urteil aus interessierten Kreisen mit einer gewissen Vorsicht aufnehmen muß, wird man ihm doch eine Berechtigung nicht ab-

sprechen können. Ähnliche Versuche sind auch im Jahre 1913 fortgesetzt worden, doch konnten wir darüber keine Einzelheiten erlangen. Wir sehen jedenfalls, daß es die Stadtverwaltung und die Fleischerinnung an gutem Willen nicht hat fehlen lassen und daß die getroffenen Maßnahmen mit Dank anzuerkennen sind, wenn sie auch auf die Dauer und für die Gesamtheit der Bevölkerung keinen allzu großen Einfluß haben konnten. Die Reformen müssen an einer anderen Stelle beginnen, um für die Zukunft die Sicherstellung der Bevölkerung mit nicht zu teurem Fleisch zu gewährleisten, das geht auch aus der vom Reichsamt des Innern veranstalteten Enquête zur Untersuchung der Zustände im Vieh- und Fleischhandel hervor, wenngleich auch hier durch die Kommissionsberatungen ein endgültiges Ergebnis nicht erzielt worden ist, sondern die Frage in einer gemeinsamen Kommission des Deutschen Landwirtschaftsrates und des Deutschen Städtetages weiter behandelt werden soll [1]. Letzten Endes haben alle diese Verhandlungen nur einen bedingten Wert, denn das Teuerungsproblem hat internationalen Charakter, es drückt in Freihandelsländern nicht weniger als im „Schatten der Zollmauern", wie man oft zu sagen beliebt. Die Ursachen der Preissteigerung sind in tiefer liegenden Momenten zu suchen.

b) Übrige Animalien [2].

1. Milch, Butter, Käse, Quark.

Maßgebend für die Milchpreise sind die Preise für Vollmilch [3]. Seit längerer Zeit, bereits vor 1890, kostete Vollmilch in Chemnitz 20 Pf. pro Liter, trotz mehrfacher Versuche, die Preise zu erhöhen.

[1] Fleischenquête 1912/13, Verhandlungen der Gesamtkommission und Zusammenstellung der Sachverständigengutachten. Berlin 1913, gedruckt in der Reichsdruckerei, mit zwei Anlagenbänden: I. Sachverständigenvernehmungen, II. Materialien. Die für die Stadtverwaltungen wichtigsten Ergebnisse bespricht Prof. Dr. Landsberg in den Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städtetages IV Nr. 9/12 1913, S. 209 ff.

[2] Wir waren dafür hauptsächlich auf die Markthallenberichte angewiesen, die bis 1892 zurückreichen. Da wir nicht alle Angaben bis 1889 zurück durch Nachfragen in den entsprechenden Geschäften ergänzen konnten, mußten wir vielfach auf Berechnung von Meßziffern verzichten.

[3] Das Material darüber verdanken wir der Chemnitzer Geschäftsstelle des Landwirtschaftlichen Kreisvereins im Erzgebirge. Vergleichsweise kosteten im Jahre 1911/12 in Chemnitz ein Liter Vollmilch 20/24 Pf., ein Liter Magermilch 8/12 Pf., ein Liter Buttermilch 8/12 Pf., ein Liter Sahne 60/90 Pf. und ein Liter Schlagsahne 150 Pf.

Infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und der erhöhten Regiekosten sahen sich die Milchproduzenten veranlaßt, ab 1. Oktober 1907 den Preis auf 22 Pf. zu erhöhen. Im Jahre 1912 trat dann eine weitere Steigerung auf 24 Pf. ein, die jedoch nicht allgemein durchgeführt wurde, so daß heute die Milchpreise von 22 bis 24 Pf. schwanken. Doch sind auch dabei noch Unterschiede im Preise zwischen der Milch, die in Flaschen verkauft und die nach Maß abgegeben wird, weiter zwischen den Milchpreisen im Straßen- und im Ladenverkauf. Der Durchschnittspreis von Milch, wie er in den HM.-Rechnungen für Chemnitz mit 21,4 Pf. im Jahre 1908 angegeben wird, deckt sich mit diesen Angaben ziemlich gut.

Als Ursachen der Preiserhöhung wird angegeben, daß die Zahl der im Bezirke des Landwirtschaftlichen Kreisvereins im Erzgebirge gehaltenen Milchkühe in den letzten Jahren stark im Abnehmen begriffen ist, weil es schwer hält, Personal für das Füttern und Melken der Kühe zu erhalten. Infolge der großen Trockenheit und des Futtermangels im Jahre 1911 trat eine große Milchknappheit ein, die die Preise verteuerte. Die Nachfrage nach Milch wird immer größer infolge der starken Zunahme der Bevölkerung der Stadt Chemnitz. Infolge der zunehmenden Industrialisierung des Hinterlandes von Chemnitz ist auch dort der Milchverbrauch gestiegen, so daß für Chemnitz von dorther nicht mehr genügend Milch versandt werden kann. Vielfach muß aus entfernten Gegenden Milch per Bahn geliefert werden, der Milchpreis wird aber dadurch nicht niedriger. Auch die verschärften sanitären Vorschriften dürften zu ihrem Teile mit zu einer Erhöhung der Preise beigetragen haben. (Verordnung betr. den Verkehr mit Milch in der Stadt Chemnitz vom 16. Juni 1910.) Wird doch jetzt vielfach in den Zeitschriften erwähnt, daß Milch, die den strengsten Anforderungen der Hygiene entspricht, unter 40 Pf. pro Liter nicht zu liefern ist, da die Produktionskosten dafür sich beträchtlich erhöhen (Leipziger Neueste Nachrichten, 15. Februar 1914). Bei der zunehmenden Verteuerung der Milch ist es jedenfalls ein erfreuliches Zeichen, wenn Maßnahmen getroffen worden sind zur Unterstützung von Wöchnerinnen durch Verabfolgung von Milch. Nach dem kommunalen Jahrbuch 1908 geschah dies für verehelichte Wöchnerinnen und für Säuglinge durch den Chemnitzer Verein für Gesundheitspflege, der eine jährliche städtische Subvention von 4000 Mk. erhält. Die nichtverehelichten Wöchnerinnen werden durch das städtische Ziehkinderamt unterstützt.

Nach dem Sonderkatalog der Gruppe Milchversorgung der Internationalen Hygieneausstellung Dresden 1911 (S. 60) betrug der Milchverbrauch in Chemnitz im Jahre 1910 pro Kopf 88,5 l. Für eine vierköpfige Familie ergibt sich also pro Tag rund 1 l. Aus den HM.-Rechnungen ergibt sich für das Jahr 1908 pro Haushalt ein durchschnittlicher Milchverbrauch von 375 l, was unter den obigen Zahlen etwas zurückbleibt, da die durchschnittliche Zahl der Familienangehörigen nach den HM.-Rechnungen über dem Chemnitzer Durchschnitt liegt. Petersilie[1] hat berechnet, daß im Jahre 1911 auf dem Bahnwege in Chemnitz insgesamt 15 778 922 kg Milch eingegangen sind, die sich in bezug auf die Entfernung folgendermaßen verteilen: Es kamen aus einer Entfernung von

5— 9 km	433 121 kg	41—50 km	2 424 800 kg
11—20 „	3 333 028 „	51—60 „	2 050 550 „
22—30 „	4 297 206 „	61—70 „	1 217 271 „
33—40 „	1 984 406 „		

Darüber hinaus kommen nur noch ganz unbedeutende Mengen vor, aber aus einer Entfernung, die bis zu 598 km geht. Es handelt sich dabei nur um ganz verschwindende Mengen, oft weniger als 1000, ja weniger als 100 kg. Einzig und allein könnte allenfalls Schwerin i. M. in 398 km Entfernung mit 14 400 kg genannt werden. Die folgende Übersicht zeigt die Verteilung nach einer anderen Gruppierung:

Im ganzen wurden also im Jahre 1911 nach Chemnitz eingeführt		15 778 922 kg	= 100 %
Davon entfielen auf weite Entfernungen (80 und mehr km)		38 540 „	= 0,24 %
auf die nächste Umgebung (bis 9 km)		433 121 „	= 2,75 %
auf das Ostgebiet	in der Entfernung 11 bis 70 km	5 390 917 „	= 34,17 %
auf das Südgebiet		440 722 „	= 2,79 %
auf das Westgebiet		1 137 672 „	= 7,21 %
auf das Nordgebiet		8 337 950 „	= 52,84 %

Die große Bedeutung des Nordens und Ostens für die Milchlieferung nach Chemnitz geht klar daraus hervor, weniger kommen der Westen und Süden in Betracht. Die Ursache liegt darin, daß die letzten beiden Gebiete, wie wir schon früher bemerkt hatten, viel stärker industrialisiert sind, als der Norden und Osten, in denen die Landwirtschaft noch eine wichtige Rolle spielt. Leider geben die Zahlen nur über die

[1] E. Petersilie, Die Milchversorgung auf dem Bahnwege in 41 deutschen Großstädten im Jahre 1911. Zeitschrift des Kgl. Preuß. Stat. Landesamtes 1913, 1. Abt.

per Bahn eingeführten Milchmengen Aufschluß, so daß nach ihnen der Milchverbrauch für Chemnitz gegenüber anderen Städten zu klein erscheint, denn es wird immer noch ein beträchtlicher Teil der Milch per Achse nach Chemnitz gebracht.

Für Butter finden sich Angaben in den Notierungen der Chemnitzer Produktenbörse, in den Markthallenberichten sowie in den Preisverzeichnissen einiger Chemnitzer Geschäfte.

	Butter I Angaben der Produktenbörse pro 1 kg in Pfennigen	Butter II Angaben der Markthalle pro 1/4 kg in Pfennigen
1889—1893	255	64,8
1894—1898	245	62,6
1899—1903	253	63,4
1904—1908	259	66,6
1909—1913	277	75,4
1904	262	66
1905	255	66
1906	253	66
1907	257	65
1908	268	70
1909	263	72
1910	272	73
1911	291	76
1912	286	80
1913	272	76

Wir erkennen hier wieder die Depression in den 90er Jahren. Noch 1907 stehen die Preise kaum höher als im Anfang der 90er Jahre, erst die letzten Jahre bringen auch hier ein stärkeres Anziehen der Preise. Gegenüber der Periode 1889/93 weisen in der Periode 1909/13 die Preise der Produktenbörse eine Steigerung um 9 %, die der Markthalle eine Steigerung um 16 % auf. Daß die Butterpreise gegenüber den Fleischpreisen nicht stärker gestiegen sind, dürfte zum Teil an der Konkurrenz ausländischer Butter liegen, zum andern Teil aber darin, daß der Konsum von Margarine und ähnlichen Erzeugnissen in dem letzten Jahrzehnt stark zugenommen hat und in den ärmeren Schichten der Bevölkerung die an sich teurere Butter ersetzt[1]. Die Qualität

[1] Diese Erscheinung hat nun zur Folge, daß die Speisefettindustrie eine große Menge weißer Pflanzenöle aus dem Markte nimmt, die Preise für Seifenfette erfahren daher eine starke Steigerung. Auch die Ölpreise (Kokosöl, Palmkernöl, Palmöl, Leinöl) zeigen eine Senkung in den 90er Jahren und seitdem ständige Steigerung. Sie stehen heute wieder auf dem Niveau der 90er Jahre. Vgl. dazu Glier, a. a. O. S. 457 und Handelskammerbericht Chemnitz 1909 II, S. 69.

der in den einzelnen Geschäften verkauften Butter ist zu verschieden, als daß die absoluten Höhen unserer Preisangaben irgendwie maßgebend sein könnten, unsere Angaben können nur dazu dienen, Bewegungstendenzen wiederzugeben. Das zeigt ein Vergleich der Preise im Jahre 1908 mit dem aus den HM.-Rechnungen berechneten Durchschnittspreis für Butter, der mit 296,8 Pf. pro kg angegeben ist. Die Preisangaben der Produktenbörse und der Markthalle sind bedeutend niedriger. Selbst wenn wir der Berechnung der Markthallendurchschnittspreise nicht das Mittel aus den am Ende der einzelnen Monate gezahlten niedrigsten und höchsten Preisen zugrunde legen, sondern den Durchschnitt aus den höchsten Preisen verwenden, kommen wir nur auf 2,88 Mk. pro kg. Der Preis von 296,8 Pf. entspricht am besten dem auf Grund der Preisangaben des Allgemeinen Konsumvereins berechneten Jahresdurchschnitt für ungeformte Butter. Höher stehen wieder dessen Preisangaben für geformte Butter, und die Butterpreise der übrigen Chemnitzer Geschäfte, deren Preisverzeichnisse uns zur Verfügung standen.

Auch die Preise für Pflanzenbutter und Margarine weisen im letzten Jahrzehnt eine Steigerung auf, die der der Butterpreise annähernd entspricht. Die vermehrte Nachfrage dürfte auch hier zu einem Steigen der Preise geführt haben.

Im Anschluß hieran betrachten wir auch die Preise für Schweinefett, für die wir Angaben nur bis 1899 zurückerhalten konnten, sowie für Quark und Käse.

(Siehe Tabelle auf Seite 97.)

Wie zu erwarten, passen sich die Preise den Bewegungen der Schweinepreise an. Die Jahre 1899/1903 gehören noch der Depressionsperiode an, die Steigerung um 6,8% in der letzten Periode ist daher ziemlich gering. Die Ursache dürfte in der starken Einfuhr von amerikanischem Schmalz liegen. Untersuchen wir dessen Preisbewegung etwas näher (St.J.f.d.D.R. und V.z.St.d.D.R.), so finden wir vom Ausgang der 70er Jahre bis in das Ende der 90er Jahre eine gewaltige Preissenkung, die ganz ähnlich der Preisbildung in Amerika verläuft (nach dem Handelskammerbericht Chemnitz 1896 I S. 5 betrug der Preis für Schmalz 1896 in Chikago kaum ein Viertel der Preise zu Beginn der 80er Jahre). Seitdem sind die Preise wieder stark gestiegen und stehen jetzt weit mehr als doppelt so hoch wie Ende der 90er Jahre, jedoch

	Schmer, frisch Angaben der Markthalle und des Stat. Amtes pro 1/2 kg in Pfennigen	Quark Angaben der Markthalle pro 1/2 kg in Pfennigen	Käse I[1] Angaben der Markthalle pro 1/2 kg in Pfennigen (Limburger Käse)	Käse II[1] Angaben der Markthalle pro 1/2 kg in Pfennigen (Schweizer [Emmentaler] Käse)[2]
1889—1893	—	—	46	100
1894—1898	—	—	46	99
1899—1903	71	13,6	48,8	111,8
1904—1908	71	14,8	50,0	124,0
1909—1913	75,8	17,6	58,8	134,4
1904	66	15	47	116
1905	73	15	51	119
1906	76	15	54	120
1907	70	14	53	135
1908	70	15	45	130
1909	75	15	52	130
1910	78	17	57	138
1911	70	18	60	150
1912	79	19	62	150
1913	77	19	63	149

immer noch bedeutend niedriger als die Preise für hiesiges Schweinefett, die ohne die amerikanische Einfuhr sicher höher stehen würden. Bemerkenswert ist jedenfalls der parallele Preisverlauf im letzten Jahrzehnt. Schmalz und Schweinefleisch stehen in einem so unmittelbaren Zusammenhang, daß von dem vorwiegenden Bedarf an dem einen oder dem anderen Erzeugnisse die Zuchtrichtung beeinflußt wird. Der Schmalzmarkt der Welt ist nun Amerika, seine Schweinezucht steht im engsten Zusammenhang damit, und auch die unsrige wird, solange wir Schmalz einführen müssen, immer davon beeinflußt werden, denn die ganze Verwertung des Schlachtschweins hängt nicht nur vom Massenverhältnis, sondern ebensosehr von dem Preisverhältnis zwischen Fleisch und Fett ab (G e r l i c h, a. a. O. S. 152).

Auch für Quark konnten wir Kleinverkaufspreise nur bis 1899 zurück erlangen. Seit diesem Jahre sind die Preise mit geringen Unterbrechungen allmählich von 13 auf 19 Pf. pro 1/2 kg gestiegen, also um rund die Hälfte des Preises von 1899. Auch Käse weist seit dieser Zeit eine beträchtliche Preissteigerung auf. Da für die meisten Käsesorten jedoch infolge Wechsels der Anschreibung ein Vergleich unmöglich gemacht wird, mußten wir uns auf die beiden angeführten Sorten

[1] Die Angaben, für die offizielle Notierungen nur bis 1892 zurück zur Verfügung standen, konnten durch private Mitteilungen bis 1889 zurück ergänzt werden.

[2] Schweizer (Bayrischer) Käse ist um rund 20 Pf. pro 1/2 kg billiger.

beschränken, deren Anschreibung in diesem Zeitraum allein unverändert geblieben ist. Doch dürfte die Preisbewegung der übrigen Käsesorten kaum einen anderen Verlauf genommen haben.

2. Geflügel, Wild, Eier.

	Hühner I Angaben der Markthalle pro Stück in Pfennigen (alte Hühner)	Hühner II Angaben der Markthalle pro Stück in Pfennigen (junge Hühner)	Tauben Angaben der Markthalle pro Stück in Pfennigen	Eier I[1] Angaben der Markthalle pro Mandel in Pfennigen (Landeier)	Eier II[1] Angaben der Markthalle pro Mandel in Pfennigen (Kisten- bzw. ausländ. Eier)
1889—1893	—	—	—	93	75
1894—1898	184	106	44	91	73
1899—1903	198	135	49	108,2	84,4
1904—1908	235	163	55	129,6	97,0
1909—1913	269	157	64	146,2	117,0
1904	205	157	50	120	88
1905	227	156	53	128	93
1906	232	167	56	135	97
1907	243	166	57	138	101
1908	269	169	59	127	106
1909	248	149	61	147	115
1910	249	150	63	136	108
1911	275	161	64	146	115
1912	284	165	65	153	124
1913	288	159	67	149	123

Die Preise für Geflügel, die wie die übrigen Markthallenpreise berechnet sind, wollen wir nur vergleichsweise heranziehen, genaue Angaben können sie nicht darstellen, da ihre Preise sich nicht auf das Gewicht beziehen, sondern pro Stück angegeben sind. Die letzte Periode weist gegenüber den 90er Jahren bei Hühnern und Tauben eine Preissteigerung auf, die mit der der Fleischpreise reichlich Schritt gehalten hat. Von einem allzu großen Einfluß dieser Preissteigerung auf die Lebenshaltung wird man nicht sprechen können. Einesteils gehört das Geflügel nicht zu den Konsumartikeln der großen Masse, höchstens für die wohlhabenderen Klassen wird es als solcher gelten können, und hier könnte die Steigerung entsprechend einer Vermehrung des Bedürfnisses geschehen sein. Anderenteils wird aber von minderbemittelten Familien in den Gartenkolonien am Rande der Großstadt vielfach Geflügelzucht betrieben, so daß hier die Preissteigerung keinen Einfluß auf die Kosten der Lebenshaltung ausübt, man könnte eher sagen, daß durch die höheren Preise ein besserer Verkauf ermöglicht und dadurch ein größerer Nebenverdienst erzielt wird. Die kleinen Leute

haben aber im allgemeinen noch gar nicht genügend erkannt, welche nicht unbedeutende Nebeneinnahmequelle sich ihnen hier eröffnen kann, besonders auch durch den Verkauf von Eiern. Gerade als Nebenbeschäftigung, wo der Aufwand an Arbeit nicht besonders ins Gewicht fällt, vermag die Geflügelhaltung mit besonderem Vorteil betrieben zu werden, während sie in Form des Großbetriebs sich als wenig rentabel erwiesen hat (Thieme, a. a. O. S. 45). Ähnliches gilt auch für die Kaninchenzucht, die dem kleinen Manne einen Ersatz für Wild liefert; die Preisbildung beim Wild möchten wir jedoch nicht untersuchen, da uns zu wenig Angaben dafür zur Verfügung stehen. Die Preise richten sich wohl hier direkt nach dem vorhandenen Vorrat und der Nachfrage, wenngleich auch zuzugeben ist, daß durch den zunehmenden Wohlstand der Bevölkerung auch das Bedürfnis nach einer Abwechslung in der Fleischnahrung, speziell nach Wild gestiegen ist und dadurch die Preise höher getrieben werden.

Entsprechend der Steigerung der Geflügelpreise sind auch die Preise für Eier stark gestiegen, stärker als die Fleischpreise[1], da das Angebot an frischen inländischen Landeiern der wachsenden Nachfrage nicht hat folgen können. Die zunehmende Einfuhr von ausländischen Eiern (Kisteneiern) hat auch hierin keine Änderung schaffen können. Sie zeigen dieselbe Preissteigerung, und wenn sie auch im Preise etwas niedriger stehen, so können sie doch die frischen inländischen Eier nur in beschränktem Maße ersetzen, besonders für den Rohgenuß sind sie weniger geeignet (Thieme a. a. O. S. 45). Wie die Butterpreise zeigen auch die Preise für Eier eine Periodizität. Während aber für Butter die Minimalpreise in die Sommermonate fallen, beginnt der Tiefstand, wenigstens nach den Chemnitzer Markthallenpreisen zu schließen, für die Eierpreise in den Frühjahrsmonaten und dauert bis in den Anfang des Sommers hinein, dann steigen die Preise wieder bis in den Winter, in welchen Monaten die Landeier auf dem Markte oft fehlen. Dafür zeigen dann die Kisten- bez. ausländischen Eier besonders hohe Preise in dieser Zeit. Im übrigen gelten für die Eier dieselben Bemerkungen wie oben für die Geflügelhaltung. Im Durchschnitt kamen pro Haus-

[1] Da die Eierpreise bis 1899 pro Mandel angegeben wurden, seitdem aber pro Stück und für unsere Zwecke auf Mandeln umgerechnet wurden, dürften die Preise der letzten Perioden gegenüber den früheren etwas zu hoch sein. Es ist klar, daß der Preis eines Eies im Einzelverkauf sich höher stellt als bei Kauf in größerer Anzahl.

hält der Chemnitzer HM.-Rechnungen im Jahre 1908 315 Stück Eier. Nach den HM.-Rechnungen stellte sich der durchschnittliche Eierpreis in Chemnitz für das Jahr 1908 niedriger als unsere berechneten Durchschnittswerte. Von unseren Angaben kommt ihm am nächsten der Durchschnitt aus den niedrigsten Preisen für Kisteneier. Inwieweit dies aber mit der Wirklichkeit übereinstimmt oder ob man nicht aus der Periodizität der Eierpreise den Schluß ziehen kann, daß in den Arbeiterhaushaltungen im Winter wenig Eier konsumiert werden und der Durchschnittspreis sich mehr auf die niedrigen Preise in der übrigen Jahreszeit bezieht, ließ sich nicht feststellen. Wir möchten jedenfalls die Frage aufwerfen, ob nicht in dieser Periodizität der Preise ein Grund, wenn auch nicht der einzige (der wichtigste bleibt doch wohl der Unterschied in den Qualitäten der verschiedenen Waren) zu suchen ist, daß, wie es häufig vorkommt, solche aus Haushaltungsrechnungen ermittelten Durchschnittspreise von den auf Grund des allgemeinen Preismaterials berechneten Jahresdurchschnittspreisen abweichen. Aus solchen Differenzen, die natürlich auch entgegengesetzt ausfallen können, geht jedenfalls durchaus nicht ohne weiteres hervor, daß die amtlichen Notierungen falsch sind, wie dann vielfach sogleich behauptet wird.

3. Fische.

Es bleibt uns nun noch übrig, auf das wichtigste Ersatzmittel für Fleisch einzugehen, das besonders in den letzten Jahren der Fleischteuerung mehr und mehr an Bedeutung gewonnen hat, nämlich die Fischnahrung. Die Markthallenpreise reichen nur bis 1892 zurück, für frühere Jahre konnten wir keine Angaben erlangen. Wir verzichten daher auf eine Berechnung von Meßziffern, die uns ohnehin hierbei nicht angebracht erscheinen.

	Karpfen Markthallenpreise (Mittel aus Spiegel- u. Schuppenkarpfen) pro 1/2 kg in Pfennigen	Schellfisch Markthallenpreise (frisch, Eispackung) pro 1/2 kg in Pfennigen
1889—1893	90[1]	23[1]
1894—1898	92,6	25
1899—1903	93,4	32,2
1904—1908	96,8	32,8
1909—1913	106	36

[1] Angabe nur für den Durchschnitt der Jahre 1892 und 1893.

Die Steigerung der Karpfenpreise kann wohl als normal bezeichnet werden. Stärker scheinen hiernach die Preise für Schellfisch gestiegen zu sein, zumal wenn man bedenkt, daß in den letzten Jahren die Transportgelegenheiten für Seefische bedeutend verbessert worden sind und die Einfuhr von Seefischen stark zugenommen hat. Als maßgebend sind hierfür die Markthallenpreise jedenfalls nicht anzusehen. Eher wird man den Verkaufspreisen der Spezialgeschäfte Beachtung schenken können, doch konnten wir keine Angaben für einen längeren Zeitraum erhalten. Die Einrichtung von Verkaufsfilialen im Binnenlande seitens der großen Fischereigesellschaften, bei denen also die Kosten des Zwischenhandels fortfallen, ist sicher nicht ohne Einfluß auf die Preise in den übrigen Fischhandlungen gewesen. Qualitätsverschiedenheiten wirken stark vergleichserschwerend, die Preise für frisch angekommene Sendungen stehen höher als für bereits längere Zeit gelagerte Fische, auch die Größe der Fische beeinflußt den Preis. Im allgemeinen wird man sagen können, daß die Seefische bei den immerhin gegenüber den Fleischpreisen noch nicht zu hohen Fischpreisen heutzutage als Volksnahrungsmittel noch viel zu wenig gewürdigt werden. Der Seefischkonsum ist noch stark erweiterungsfähig und seine Steigerung dürfte wohl imstande sein, auf die Fleischpreise einen Druck auszuüben. Bei Beratung von Maßnahmen gegen die Fleischteuerung muß diesem Punkte in Zukunft sicherlich noch mehr Beachtung geschenkt werden als bisher geschehen.

Eine Darstellung der Preise für zubereitete Fische (Pöklinge, gesalzene Heringe usw.) glauben wir uns ersparen zu können. Die von uns auf Grund der Markthallenberichte berechneten Durchschnittspreise sind wertlos und geben ein ganz falsches Bild. Zunächst dürfte daran der Wechsel in den Qualitäten schuld sein, weiter kommt dazu, daß die Angaben nicht nach Gewicht, sondern nach der Stückzahl gegeben sind, große Fische sind aber natürlich teurer als kleine. Zudem werden seit 1899 die Preise für 1 Stück angegeben, nicht mehr wie früher für 3 Stück, bzw. für 1 Mandel. Nun ist es aber klar, daß die jetzigen Preisangaben gegenüber den früheren viel zu hoch erscheinen müssen. Man denke nur an die Preisangaben, die man oft findet, z. B. 1 Stück 15 Pf., 3 Stück 25 Pf. usw. Bei derartigen Preisbildungen wäre es zum mindesten erforderlich, mehrere Preisangaben zu machen, etwa für 1 Stück, 3 Stück, 6 Stück, 1 Dutzend, 1 Mandel oder ähnliches.

Daß bei den betreffenden Markthallenangaben der schon oft gerügte Mangel wieder zu bemerken ist, kommt zudem noch hinzu. Es fehlen

ob die Angaben über die höchsten oder die niedrigsten Preise. Wir möchten doch wirklich stark bezweifeln, daß in der Markthalle so oft für eine bestimmte Ware eine einzige Preislage an einem bestimmten Markttage festzustellen war, wie es aus den Markthallenberichten hervorzugehen scheint, wenn nur der höchste oder der niedrigste Preis angegeben ist. Ein Vergleich derartiger Angaben für verschiedene Markttage kann den Anschein einer Steigerung erwecken, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden zu sein braucht. Wir können der Markthallenverwaltung den Vorwurf einer gewissen Nachlässigkeit in der Berichterstattung nicht ersparen. Es ist dies bedauerlich, da die Angaben dadurch vollkommen wertlos werden und ganz falsche Bilder erwecken.

Maßgebend für die Beurteilung der Fischpreise (besonders der Heringspreise) können nur die Großhandelspreise sein, die sich nach den Fangergebnissen richten.

	Nach den V. z. St. d. D. R. und St. J. d. D. R. Pro Tonne = 150 kg in Mark		
	Heringe I Hamburg, norweg.	Heringe II Hamburg, schott. Westl. Crownfullbr.	Heringe III Stettin, schott. Crownfullbr.
1889—1893	24,4	31,6	33,2
1894—1898	25,2	29,1	30,7
1899—1903	31,6	36,3	37,3
1904—1908	—	32,0	32,6
1909—1912	27,3	—	40,3

Es zeigen sich hierbei als Hauptschwankungen ein Tiefstand in der Mitte der 90er Jahre, ein Hochstand um die Jahrhundertwende, dann noch ein Tiefstand im letzten Jahrzehnt und seitdem eine starke Steigerung. Die Steigerung der letzten Periode 1889/93 ist geringer oder jedenfalls nicht höher als bei den Fleischpreisen. Eine weitere Betrachtung müssen wir uns aber als zu weitgehend ersparen, ebenso können wir nicht auf den Fischkonsum eingehen. Die Zahlen für das Reich besagen zu wenig, als daß sie für die Chemnitzer Verhältnisse maßgebend sein könnten, für die speziell keine Berechnungen vorlagen. Daß hier der Konsum besonders in den letzten Jahren infolge der höheren Fleischpreise gestiegen ist, würde eine derartige Konsumberechnung sicherlich ergeben, zumal es auch zu den Aufgaben des Teuerungsausschusses der Chemnitzer Stadtverwaltung gehörte, für eine Erhöhung des Genusses von

Seefischen die nötigen Maßnahmen zu treffen. Nach dem Bericht dieses Ausschusses (S. 4 ff.) erstreckten sich diese Maßnahmen auf Veranstaltung von Seefischkochkursen und Versorgung der Bevölkerung mit billigen Seefischen. In der Zeit vom 16. Oktober 1911 bis 18. Januar 1912 wurden 48 unentgeltliche Kochkurse mit 2230 Teilnehmern abgehalten, die regen Anklang gefunden haben. Zudem wurden auch von anderer Seite (Frauenbildungsverein, Abendkochschule) derartige Seefischkochkurse abgehalten. Die Stadtverwaltung schloß wegen Einkaufs von Fischen mit einem Chemnitzer Fischhändler einen Vertrag und hielt regelmäßige Fischmärkte ab, teils in eigenen Verkaufsstellen, teils durch Fischhandlungen, zu welchem Zwecke auch mit den Fischhändlern und Konsumvereinen Verträge abgeschlossen wurden. In der Zeit vom 18. Oktober 1911 bis 28. März 1912 wurden 3132,78 Zentner Fische verkauft (Schellfisch, Goldbarsch, Seelachs, Kabeljau, Heringe), die infolge des Massenbezuges billiger abgegeben werden konnten als es unter Zugrundelegung der Tagesmarktpreise möglich gewesen wäre, wie in dem Berichte eine Gegenüberstellung der Verkaufspreise auf den städtischen Seefischmärkten und den durchschnittlichen Marktpreisen erkennen läßt. Die Ware war dabei stets ausgezeichnet, und weder von seiten des Publikums, noch von seiten der Inhaber der Verkaufsstellen sind Klagen darüber laut geworden. Die Fischmärkte sind auch nach dieser Zeit noch fortgesetzt worden, doch waren Einzelheiten darüber nicht zu erlangen. Die Stadtverwaltung hat jedenfalls bewiesen, daß sie bereit gewesen ist, die Notlage besonders der ärmeren Bevölkerung zu mildern, soweit es in ihren Kräften stand, und daß ihre Maßnahmen nicht ganz ohne Erfolg gewesen sind, wie wir auch schon früher gesehen haben. Der dauernde Bezug von Nahrungsmitteln und deren Wiederverkauf an die ärmere Bevölkerung seitens der Stadt aber stößt auf mancherlei Schwierigkeiten. Der Bezug von Lebensmitteln durch die Gemeinden kann nur insoweit empfohlen werden, als er auf die Lebensmittelpreise regulierend zu wirken imstande ist. Weitergehende Maßnahmen der Stadtverwaltungen würden jedoch schließlich dazu führen, alle bisher im Nahrungsmittelgewerbe selbständigen Personen lediglich zu Angestellten der Stadtverwaltungen herabzudrücken, und das ist, solange sie nicht die Schuld an einer Verteuerung der Lebensmittel tragen, in deren Interesse nicht wünschenswert[1].

[1] Vgl. dazu Busch, Lebensmittelpreise in Frankfurt a. M. D. St. E. B. 1913 S. 175 und Berichte der II. Kammer des Sächs. Landtages 1912, 1. Bd., Nr. 296.

Überschauen wir noch einmal die Preisbewegungen der verschiedenen Nahrungsmittel, so finden wir fast bei allen zu Beginn der 90er Jahre einen Hochstand, der dann in den folgenden Jahren einem mehr oder weniger starken Preisdruck Platz macht. Seitdem sind die Preise mit wenigen Ausnahmen (z. B. Zucker) gestiegen. Der Grad der Steigerung aber ist verschieden gewesen, am geringsten bei den Vegetabilien, besonders Brot, am stärksten bei den Animalien, besonders beim Fleisch, wo die Klagen über die Teuerung in den letzten Jahren nicht unberechtigt gewesen sind. Für diese Preissteigerung haben wir die verschiedensten Ursachen, die dafür angegeben wurden, einer Betrachtung unterzogen und gefunden, daß manche davon haltlos sind, andere aber mehr oder weniger einen Einfluß gehabt haben mögen, ohne schließlich ausschlaggebend zu sein. (Unter dem 15. Februar 1914 erschien z. B. in den Leipziger Neuesten Nachrichten ein Artikel, in dem unter andern auf die Bedeutung der Nahrungsmittelkontrolle hingewiesen wurde, deren Einfluß auf die Preisbildung bisher noch nirgends erörtert worden sei. Man wird dem Verfasser zustimmen können, wenn er darin eine wichtige Ursache der Preissteigerung findet.)

Manche dieser Ursachen wurzeln in nationalen Besonderheiten und finden sich in anderen Ländern nicht, und doch sind auch hier die Preise in den letzten Jahren gestiegen. Die Preissteigerung des letzten Jahrzehnts zeigt internationalen Charakter [1]. Aus der Tatsache, daß man auf der ganzen Welt über Teuerung klagt, ist in der Tat der Schluß zu ziehen, daß besondere Verhältnisse in diesem und jenem Lande nur eine zusätzliche Wirkung üben, daß sie aber Schluß- und Endursache nicht sind (Glier a. a. O. S. 382). Letzten Endes müssen wir die Preissteigerung dem zunehmenden Wohlstand der Bevölkerung, den steigenden Ansprüchen an das Leben zuschreiben. Die Tendenz der Preissteigerung findet ihre Hauptursache in der Zunahme der Kultur. Jeder Versuch, die Preissteigerung einer oder mehreren bestimmten Ursachen zuzuschreiben, führt letzten Endes auf eine Überschätzung der Ursachen hinaus. Die steigende Kultur ist es, die die Preise in die Höhe treibt, man kann dieses Kulturmoment in zahlreiche Einzelursachen auflösen, wird aber nie alle erfassen können [2].

[1] Vgl. dazu auch Eulenburg, Die Preissteigerung des letzten Jahrzehnts, Vortrag in der Gehe-Stiftung am 17. 2. 12. Vorträge der Gehe-Stiftung 1912, Bd. 4, S. 22 ff.

[2] Vgl. dazu auch Spann, Theorie der Preisverschiebung, Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 22. Bd. Wien 1913. S. 227 ff.

Zweiter Abschnitt.

Wohnung [1], Heizung, Beleuchtung.

Eine wichtige Rolle im Familienleben spielt die Wohnung, und die Beschaffenheit derselben übt einen bestimmenden Einfluß auf das Leben ihrer Bewohner aus, nicht zum mindesten in Arbeiterkreisen. Eine gemütliche, seinen Ansprüchen genügende Wohnung kann den Mann veranlassen, sich vom Wirtshaus fernzuhalten. Schlechte Wohnungen sind dagegen für den Arbeiter vielfach der Anfang vom Ende. Kommt er müde vom anstrengenden Tagewerk nach Hause, wo Schmutz, schlechte Luft und schlechte Beleuchtung ihn erwarten, so fühlt er sich nicht wohl daheim, lieber bleibt er im Wirtshaus länger sitzen und vertrinkt dort sein Geld. Manches Familienleben ist dadurch schon zerrüttet worden. Die Frage der Besserung der Arbeiterwohnungen ist daher einer der wichtigsten Teile der sozialen Frage geworden, und weite Kreise arbeiten an ihrer Reform. Kongresse für Wohnungshygiene und Wohnungsreform geben allgemeine Richtlinien zur Besserung, Staat, Kommunen und Fabrikanten gründen Häuser für ihre Arbeiter, in denen diese gegen billiges Entgelt oder mietfrei wohnen können, gemeinnützige Baugesellschaften errichten ganze Häuserviertel mit vorwiegend Kleinwohnungen, Arbeitergartenstädte werden angelegt u. a. m. Aus allen Erdteilen ertönt der Schrei nach der immer dringender werdenden Beschaffung von geeigneten Wohnungen für die große Masse der Bevölkerung. Das Bedürfnis ist international, nicht so die Formen, in denen es zu befriedigen ist, wenigstens nicht unbedingt. Aber abgesehen von diesen Verschiedenheiten, die namentlich durch Klima und nationale Lebensweise bedingt werden, tritt die Wohnungsfrage überall als Kulturfrage auf, sind die Wohnungsverhältnisse der Volksmasse ein sicherer Gradmesser für den Kulturstand des Volkes [2].

Die Wohnungsfrage ist nun vor allem eine Preisfrage, wie diese aber zu lösen ist, darüber gehen die Ansichten weit auseinander. Daß die Mietpreise besonders in den letzten Jahren stark gestiegen sind,

[1] Das Material über die Wohnungsverhältnisse ist hauptsächlich entnommen den Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz und der Schrift „Statistisches von Chemnitz“. Sonderabdruck aus „Chemnitz in seiner sozialen Arbeit“. Ein Gruß an den evangelisch-sozialen Kongreß. Chemnitz 1910.

[2] Rumpelt, Wohnungsfürsorge im Kgr. Sachsen. Beilage „Wohnungsfürsorge“ zur Wochenschrift „Der Baumarkt“ 1913 Nr. 68 S. 2.

darüber dürfte wohl kein Zweifel herrschen. Aus allen Kreisen der Bevölkerung kommen Klagen über zu hohe Ausgaben für Miete, die Erhöhung der staatlichen Wohnungsgeldzuschüsse spricht gleichfalls ein deutliches Wort. Worin liegen aber nun die Ursachen?

Die Mietpreise sind zunächst abhängig von den Herstellungskosten der Wohnungen, also von der Höhe der Grundrente und den Baupreisen. Der Grund und Boden besonders in den Großstädten ist stark im Werte gestiegen, wenn es sich auch nur schwer zahlenmäßig nachweisen läßt, aber die Steigerung dürfte für die verschiedenen Stadtgegenden kaum gleich groß gewesen sein, am stärksten jedenfalls in dem geschäftsreichen Stadtinnern. Dazu kommt, daß auch die Baumaterialienpreise gestiegen sind, ebenso die Arbeitslöhne, bei gleichzeitiger Verminderung der Arbeitszeit. Weiter kommen noch in Betracht die gesetzlichen Maßnahmen, Bauvorschriften, Anliegerleistungen usw., deren Verschärfung die Baukosten nicht unwesentlich erhöht hat. Ob der gewerbsmäßige Häuserhandel und die Bodenspekulation einen so starken Einfluß auf die Erhöhung der Mietpreise gehabt haben, wie es besonders von den Bodenreformern in einer nicht immer einwandfreien Kampfesweise hingestellt wird, möchten wir bezweifeln. In einzelnen Fällen mag dies zutreffen, aber daraus einen Schluß auf die Allgemeinheit zu ziehen, scheint doch übertrieben. Die Bodenspekulation in Deutschland kann nicht als Hauptursache der hohen Wohnungspreise hingestellt werden. Diese entsprechen vielmehr den eigenartigen Verhältnissen des Wohnungsmarktes, die sich bei sogenannter freier Konkurrenz mit Notwendigkeit immer einstellen müssen. Die Spekulation ist eine Begleiterscheinung oder besser gesagt eine Folgeerscheinung der hohen Preise. Eine Änderung ist nicht von einem Herumkorrigieren an diesen Folgeerscheinungen zu erwarten [1]. Einen weit stärkeren Einfluß auf die Mietpreise hat das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Geht die Bautätigkeit in einer Stadt über das Maß ihres Bevölkerungswachstums hinaus, nehmen also die leerstehenden Wohnungen stark zu, dann sinken die Mietpreise, denn bei der starken Konkurrenz wird jeder Hausbesitzer bemüht sein, seine Wohnungen lieber billiger zu vermieten, als den vollen Mietverlust seiner leerstehenden Wohnungen zu tragen. Die Bautätigkeit läßt nach. Aber wenn sie dann dem Wachstum der Bevölkerung nicht mehr genügend Rechnung trägt, dann steigen

[1] Lederer, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Neue Folge, Bd. 25, Tübingen 1907, S. 648.

die Preise fast automatisch bis zu einer durch den Wettbewerb bedingten Grenze. Die hohen Mietpreise veranlassen dann wieder eine stärkere Bautätigkeit mit ihren Folgeerscheinungen, und so findet ein ständiger Wechsel statt. Das eben Gesagte gilt natürlich in der Hauptsache nur für die Bewegung der Mietpreise, nicht für deren absolute Höhe. Hier kommen noch andere Momente in Betracht, zwischen denen auch vielfach Wechselbeziehungen vorhanden sind. Wir müssen die Mietpreise im Rahmen der gesamten Wirtschaftsverhältnisse betrachten. Steigen die Löhne, so steigen die Preise und auch die Mietpreise, das wird wohl immer so gewesen sein und auch in Zukunft so weiter gehen [1].

Das Kulturmoment, auf das wir im vorigen Abschnitt zu sprechen kamen, besitzt auch hierbei die ausschlaggebende Bedeutung. Das Wohnungsbedürfnis der Bevölkerung ist gestiegen, die Ansprüche sind größer geworden. Das an sich durchaus lobenswerte Bestreben, die Schönheit der Städte durch künstlerische Bauweise zu fördern, hat die Wohnungsfrage zweifellos mit verschärft; denn dem äußeren Gewande der Gebäude müssen natürlich die inneren Ausführungen entsprechen. Infolgedessen sind viele große und kleine „hochherrschaftliche" Wohnungen entstanden, für welche die hohen Herrschaften nicht immer in genügender Zahl vorhanden sind, wohingegen an einfachen Wohnungen für den Mittelstand und die ärmeren Klassen vielfach Mangel eingetreten ist, wie aus den Erhebungen über die Zahl der leerstehenden Wohnungen hervorgeht. Damit kommen wir zu dem Kernpunkt der Wohnungsfrage. Von einer Steigerung der Mietpreise werden im allgemeinen weniger die besser bemittelten Klassen betroffen. Ihnen dürfte es leichter möglich sein, eine große, teure Wohnung mit einer kleineren und billigeren zu vertauschen, die ihren Einkommensverhältnissen entspricht, wenngleich auch hier vielfach die Rücksicht auf „standesgemäßes" Wohnen zu größeren Ausgaben für Miete „zwingt", als nötig ist. Vielfach sind allerdings für diese Bevölkerungsklassen keine entsprechenden Wohnungen vorhanden, so daß sie wohl oder übel größere, teurere Wohnungen beziehen und einen Teil der Kosten durch Untervermietung decken müssen, eine Einnahmequelle, auf die sie sonst gern verzichtet hätten. Darin ist sicherlich eine wichtige Ursache der Wohnungsnot der besser bemittelten Klassen zu erblicken. All diese Ausgleichsmaßnahmen finden aber schließlich bei den unteren Einkommensklassen

[1] Wächter, Die sächsischen Städte im 19. Jahrhundert. Z.Sächs.St.B. 1901, S. 214 ff.

der Bevölkerung eine Grenze. Es ist schließlich nicht mehr möglich, eine noch billigere Wohnung zu beziehen, als sie innehaben, da die Preise nach unten eine Grenze haben. Schlafgänger aufzunehmen verbieten ihnen bei den engen Räumlichkeiten vielfach die Wohnungsvorschriften, und nehmen sie eine etwas größere Wohnung und vermieten davon Teile ab, so ist ihnen auch nicht viel geholfen. Das in der Wohnungsfrage liegende Problem kann seiner Lösung nur näher gebracht werden, wenn das Bauwesen durch öffentliche Fürsorge eine Regelung erfährt, die den Bedürfnissen der ärmeren Klassen genügend Rechnung trägt (Wächter a. a. O. S. 214). Wenngleich auch den oben erwähnten Wohnungskongressen keine allzu große praktische Bedeutung zuzumessen ist, so ist doch ihr Verdienst gewesen, immer von neuem die Blicke der gesamten Bevölkerung auf diese Zustände gerichtet zu haben, bis schließlich die Behörden sich gezwungen sahen, geeignete Maßnahmen zur Besserung zu treffen. Weiter wollen wir in unserer allgemeinen Betrachtung nicht gehen, sehen wir uns lieber die Wohnungsverhältnisse in Chemnitz näher an, und zwar besonders die kleineren Wohnungen mit 1—4 Zimmern. Die Preisbewegung zahlenmäßig zu erfassen ist allerdings bei dem jetzigen Stande unserer Wohnungsstatistik kaum möglich, und der Vorschlag von Seutemann (a. a. O. S. 147 ff.), zu der individualisierenden Methode in der Wohnungsstatistik überzugehen, ist von seiner Verwirklichung noch weit entfernt.

Bedauerlich ist der große Mangel an wohnungsstatistischem Material für die Stadt Chemnitz, der sich daraus erklären dürfte, daß das Statistische Amt der Stadt Chemnitz in seiner heutigen Organisation erst in diesem Jahrhundert seine Tätigkeit begonnen hat und in früheren Jahrzehnten dieser Teil der Statistik sehr vernachlässigt worden ist. Erst im neuen Amt ist die Wohnungserhebung vom Jahre 1875 bearbeitet worden, wenn auch nur zu einem kleinen Teile. Es handelt sich um den Stadtteil Sonnenberg mit dem Wettiner Platzviertel und die Wohnungen mit 1—4 Räumen, die für die Wohnverhältnisse der Arbeiterbevölkerung als maßgebend angesehen werden können. Mit diesen Angaben lassen sich die entsprechenden Zahlen der Wohnungserhebung vom Jahre 1905 vergleichen.

(Siehe Tabelle nächste Seite.)

Eine Verschiebung in den Preisklassen ist deutlich zu erkennen. Im Jahre 1875 kosteten von diesen Wohnungen 83,11 % bis 150 Mk., nur 16,89 % wiesen höhere Mietpreise auf. 1905 dagegen betrugen

Verteilung der Mietpreise im Stadtteil Sonnenberg mit dem Wettinerplatzviertel 1875 und 1905.

Es kosteten am 1. Dezember 1875[1] von je 100 Wohnungen:

	überhaupt	mit 1 Raum	mit 2 Räumen	mit 3 Räumen	mit 4 Räumen
nicht über 75 Mk.	10,89	25,24	3,66	0,67	—
76—100 "	18,98	32,76	13,47	6,68	1,46
101—150 "	53,24	39,85	74,33	32,07	2,91
151—200 "	7,27	0,93	5,69	33,64	6,79
201—250 "	3,48	—	1,09	16,92	18,94
251—300 "	3,15	—	0,50	6,91	39,81
301—350 "	0,64	—	0,11	1,11	8,74
351—400 "	0,67	—	—	—	12,62
über 400 "	0,31	—	—	0,22	5,33
am 1. Dezember 1905:					
nicht über 75 Mk.	3,35	32,75	0,24	—	—
76—100 "	6,63	47,45	3,66	0,04	—
101—150 "	32,54	19,25	56,03	3,51	0,10
151—200 "	25,07	0,55	39,43	15,12	1,28
201—250 "	13,49	—	0,56	47,96	5,63
251—300 "	11,12	—	0,08	32,04	24,88
301—350 "	4,72	—	—	1,04	40,47
351—400 "	2,29	—	—	0,29	20,34
über 400 "	0,79	—	—	—	7,30

die Mietpreise für 57,48 % aller Wohnungen von 1 bis 4 Räumen dieses Bezirkes über 150 Mk. Für die einräumigen Wohnungen allein ist eine Verschiebung nach unten wahrzunehmen, für die mehrräumigen und die Gesamtheit dagegen eine Verschiebung nach den höheren Preisklassen. Zum großen Teil dürften diese Verschiebungen auf Preissteigerungen zurückzuführen sein, doch spielen hierbei noch andere Faktoren eine Rolle, auf die wir später zu sprechen kommen. In den neuerdings einverleibten Vororten sind die Wohnungen im allgemeinen noch billiger als in den oben zur Vergleichung herangezogenen älteren Stadtteilen.

(Siehe Tabelle Seite 110.)

Leider lassen sich mit diesen Zahlen nicht die Erhebungen von 1900 und 1910 vergleichen, bei denen mit dem Begriff des heizbaren Zimmers

[1] Die Aufrechnung der Prozentzahlen in der Übersicht für das Jahr 1875 ergibt in keiner Spalte die Zahl 100, weil eine Anzahl von unbekannten Fällen vorhanden sind.

Mietpreise in Sonnenberg im Vergleich mit den übrigen Bezirken und der ganzen Stadt.

Es kostete im Jahre 1905 durchschnittlich ein Raum in den Wohnungen mit:

	1 Raum Mk.	2 Räumen Mk.	3 Räumen Mk.	4 Räumen Mk.	1—4 Räumen zusammen Mk.
im Stadtteil Sonnenberg	86,28	72,71	77,83	81,41	76,51
in den übrigen Bezirken der alten Stadt . .	86,92	73,56	77,53	89,29	79,50
in den Vororten . . .	78,52	64,48	67,22	70,33	66 86
in der ganzen Stadt .	85,76	71,35	74,86	85,10	76,17

gearbeitet wird. Ein Versuch in dieser Richtung ergab solche Differenzen, die nicht in einer Veränderung der Wohnungsmieten, sondern eben in der Verschiedenheit der Aufbereitung zu suchen sind. Ein Zurückgreifen auf das Urmaterial konnte natürlich für diesen Zweck nicht in Betracht kommen. Die eben erwähnten Erhebungen gestatten nur einen Vergleich der bewohnten Mietwohnungen ohne Gewerberäume für die ganze Stadt nach Stockwerkslagen getrennt und geben die Anzahl und die Durchschnittsmietpreise.

(Siehe Tabelle Seite 111.)

Die Verschiedenheiten in der Erhebung erlauben leider keine spezielleren Vergleiche. So war 1900 eine Differenzierung nach Altstadt und Vororten eingetreten und der Mietpreis für die Wohnungen, für ein heizbares Zimmer und ein Zimmer überhaupt angegeben. Für alle Stockwerksanlagen waren dabei die Vorortwohnungen billiger als die Altstadtwohnungen. 1910 trat eine Differenzierung nach Wohnungen in Vorder- und Nebengebäuden sowie nach der Anzahl der Räume in den Wohnungen ein. Die Mietpreise in den Nebengebäuden stehen natürlich niedriger als für Wohnungen in Vordergebäuden. Derartige Differenzierungen ermöglichen einen besseren Einblick in das Zustandekommen der Zahlen für die Gesamtheit der Wohnungen, leider sind sie aber für die beiden Erhebungen nicht gleichmäßig gewesen, so daß jeder eingehendere Vergleich unmöglich ist, eine Klage, die wir schon oft haben vorbringen müssen.

Vergleichen wir nun das Wenige, was zu vergleichen möglich war, so finden wir für die einzelnen Stockwerkslagen verschiedene

Anzahl und Durchschnittsmietpreise der bewohnten Mietwohnungen ohne Gewerberäume nach den Ergebnissen der Wohnungszählungen vom 1. Dezember 1900 und 1. Dezember 1910 für die gesamte Stadt.

	Anzahl der Wohnungen[1] im									
	Keller	Erdgeschoß	I. Geschoß	II. Geschoß	III. Geschoß	IV. Geschoß	V. Geschoß	mehrere Geschosse	ganzen Haus	zusammen
1900	4	4523	10 098	11 666	10 006	4069	3	—	32	40 401
1910	—	6485	15 172	17 122	14 593	5961	—	207	24	59 564
Vermehrung von 1900 auf 1910 in Prozent	—	43	50	47	46	46,5	—	—	—	47,4

	Durchschnittsmietpreise der Wohnungen[1] in Mark im									
	Keller	Erdgeschoß	I. Geschoß	II. Geschoß	III. Geschoß	IV. Geschoß	V. Geschoß	mehrere Geschosse	ganzen Haus	sämtliche Wohnungen
1900	114	215	234	237	218	136	148	—	1097	220
1910	—	282	298	294	275	175	—	1099	1690	281
Steigerung von 1900 auf 1910 in Prozent	—	31	27	24	26	29	—	—	—	28

Steigerungen im Mietpreise, doch besagt dies im Grunde herzlich wenig, ebenso wie auch die Steigerungszahl für den Durchschnittsmietpreis aus allen bewohnten Mietwohnungen kaum irgendwelche Bedeutung hat, denn diese Zahlen verdecken völlig die großen Preisverschiebungen, die im einzelnen stattgefunden haben. Die beiden Erhebungen von 1900 und 1910 gestatten nämlich noch einen Vergleich für die Stadtteile Sonnenberg und Gablenz, wobei die Wohnungen nach der Anzahl der heizbaren Zimmer gegliedert sind.

(Siehe Tabelle Seite 112.)

Die Steigerung der Durchschnittsmietpreise sämtlicher Wohnungen von 1900 auf 1910 betrug im Stadtteil Sonnenberg 25 %, in Gablenz 71 %. Diese starke Differenz erklärt sich aber einfach daraus, daß

[1] Die Anzahl der Wohnungen im ganzen Haus ist zu gering, also ist auf eine Berechnung der Steigerung verzichtet worden.

Gegenüberstellung der durchschnittlichen Mietpreise in den Stadtteilen Sonnenberg und Gablenz nach den Ergebnissen der Wohnungszählungen vom 1. Dezember 1900 und 1. Dezember 1910.

Größe der Wohnungen nach der Zahl der heizbaren Zimmer	Jahr	Zahl der Wohnungen	Durchschnittsmietpreis einer Wohnung	Durchschnittsmietpreis eines heizb. Zimmers	Steigerung des Durchschnittsmietpreises einer Wohnung von 1900 auf 1910 in %
Sonnenberg:					
Wohnungen:			Mk.	Mk.	
ohne heizb. Zimmer . .	1900	4	87,25	—	[47]
	1910	9	128	—	
mit 1 heizb. Zimmer .	1900	7229	145,67	145,67	29
	1910	7947	188	188	
mit 2 heizb. Zimmern	1900	1530	263,06	131,53	29
	1910	1442	339	169,5	
mit 3 heizb. Zimmern	1900	373	378	126	20
	1910	366	452	151	
mit 4 heizb. Zimmern	1900	99	502	125,5	20
	1910	76	603	151	
mit 5 heizb. Zimmern	1900	24	698	140	14
	1910	32	796	159	
mit 6 und mehr heizb. Zimmern	1900	26	991,5	154	20
	1910	26	1186	172	
zusammen:	1900	9285	182	140	25
	1910	9898	228	—	
Gablenz:					
ohne heizb. Zimmer . .	1900	1	52	—	[154]
	1910	1	132	—	
mit 1 heizb. Zimmer .	1900	2032	115,46	115,46	66
	1910	4216	192	192	
mit 2 heizb. Zimmern	1900	423	180,28	90,14	75
	1910	587	315	157	
mit 3 heizb. Zimmern	1900	34	287	96	64
	1910	139	472	157	
mit 4 heizb. Zimmern	1900	3	378	94,5	[72]
	1910	40	652	163	
mit 5 heizb. Zimmern	1900	4	787,5	157,5	[15]
	1910	6	908	182	
mit 6 und mehr heizb. Zimmern	1900	1	850	142	[99]
	1910	11	1694	200	
zusammen:	1900	2498	130	108	71
	1910	5002	222	—	

Gablenz erst im Jahre 1900 einverleibt wurde und damals noch einen Dorfcharakter hatte. Die Preise standen damals niedriger als in Sonnenberg. Seitdem setzte hier aber eine starke Bautätigkeit ein, und zwar

wurden hauptsächlich Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer hergestellt. Die Preise von 1900 und 1910 sind also kaum miteinander vergleichbar. Die starke Steigerungsdifferenz gegenüber Sonnenberg erklärt sich so durch eine Preisausgleichung, aber nicht durch eine stärkere Preissteigerung, wie es zunächst den Anschein hat. Denn trotz der hohen berechneten Steigerung steht der Durchschnittsmietpreis einer Wohnung in Gablenz im Jahre 1910 in der Reihe der Stadtteile an drittletzter Stelle. Niedriger sind 1910 nur noch die Mietpreise in Bernsdorf (187 Mk.) und Hilbersdorf (165 Mk.), die erst 1907 bzw. 1909 einverleibt wurden. Dieses Ergebnis gibt denn doch zu bedenken, die Preissteigerung mit der nötigen Vorsicht zu beurteilen. (Selbst eine Differenzierung der Preisangaben nach der Zahl der Räume in den einzelnen Wohnungen besagt nicht viel, da auch hier die Größenverhältnisse der einzelnen Zimmer und ihre sonstige Beschaffenheit nicht berücksichtigt werden. Ersparen wir es uns daher auch, auf die Durchschnittspreise der leerstehenden Wohnungen einzugehen, die für Chemnitz seit 1906 nach der Zahl der Räume getrennt angegeben werden, zumal da ein Vergleich mit den Preisangaben für die entsprechenden bewohnten Wohnungen nicht möglich ist.) Aus derartigen Zahlen aber gar eine Steigerung der Haushaltungskosten infolge Mietpreiserhöhung berechnen zu wollen, das heißt denn doch den Wert der Zahlen überspannen, wenn nicht vielleicht ein noch stärkeres Wort am Platze wäre. Solche Berechnungen sind nur auf Grund von Haushaltungsbüchern möglich, die über einen längeren Zeitraum geführt sind und genaue Angaben über die jeweilig gezahlten Mietpreise enthalten, wobei selbst hier noch spezielle Angaben über die Wohnungsgröße und -beschaffenheit zu machen sind, um die Ursachen der Preisveränderungen zu erkennen.

Die allgemeinen Steigerungszahlen besagen ja gar nicht, daß die alten Wohnungen derartig im Preise gestiegen sind. Wir wissen ja auch nicht, ob die Leute im Jahre 1910 noch dieselbe Wohnung inne gehabt haben, wie im Jahre 1900, oder ob im Falle einer Preissteigerung wirtschaftlich bessergestellte Arbeiter aus der zugewanderten Bevölkerung diese Wohnungen gemietet haben u. a. m. Es erscheint jedenfalls unmöglich, derartige allgemeine Durchschnittszahlen für eine Berechnung des Einflusses der Mietpreiserhöhung auf die Kosten der Lebenshaltung zu verwenden.

Einen weit besseren Überblick über die Bewegung der Mietpreise würde man erhalten, wenn man darauf verzichtet, die Durch-

schnittsmietpreise für die jeweilig vorhandenen Wohnungen zu berechnen, und dafür lieber die Mietpreise jeder Wohnung in einem oder mehreren bestimmten Häuservierteln jahrelang im einzelnen genau verfolgte und dabei jede bauliche Veränderung berücksichtigte[1]. Die jeweiligen Durchschnitte aus den Steigerungszahlen der Mietpreise für jede einzelne Wohnung (Ausgangsjahr gleich 100 gesetzt) würden dann ein weit besseres Bild von der tatsächlichen Preissteigerung geben[2] als die Betrachtung der allgemeinen Durchschnittsziffern, die wir oben gegeben haben und die eigentlich gar nichts besagen, nicht einmal zu einem Vergleich mit den betreffenden Angaben von anderen Städten zu gebrauchen sind, zumal da die Größen der einzelnen Zimmer gar nicht berücksichtigt sind. Eher läßt sich aus der Tatsache, daß nach den HM.-Rechnungen im Jahre 1908 im Durchschnitt aller Haushaltungen für Chemnitz im Vergleich mit den anderen Städten, die an der Erhebung beteiligt waren, prozentual der geringste Betrag auf Ausgaben für Wohnung und Haushalt entfielen, ein Schluß ziehen auf die relative Höhe der Mietpreise, wenngleich auch hier viel zu wenig Angaben vorliegen, um ein sicheres Urteil abgeben zu können.

Ein besseres Urteil über die Verhältnisse der Chemnitzer Arbeiterwohnungen läßt sich aus einer Arbeit gewinnen, die kürzlich im Statistischen Amte der Stadt Chemnitz vollendet und uns zwecks Verwertung in dieser Arbeit von der Direktion in liebenswürdigster Weise zur Verfügung gestellt wurde. Auf Grund der Wohnungszählung und des Steuerkatasters vom Jahre 1910 ist der „Mietsprozentsatz vom Einkommen bei verheirateten Arbeitern in Wohnungen von 2—4 Räumen der äußeren Südostvorstadt“ berechnet worden. Einen Auszug aus dieser Berechnung gibt die Tabelle auf Seite 115.

In den 2700 untersuchten Wohnungen trug der Haushaltungsvorstand in rund der Hälfte aller Wohnungen die Kosten für die Miete allein. Berücksichtigen wir zunächst nur diese Fälle (Spalte a), so gaben 86,70 % derselben bis höchstens ein Fünftel ihres Einkommens für die Miete aus, 13,30 % mehr als ein Fünftel. Trennt man die älteren Häuser von den nach 1900 erbauten, so verschieben sich die Zahlen. Für die Wohnungen in älteren Häusern gaben 90,98 % bis höchstens ein Fünftel ihres Einkommens für Miete aus,

[1] Seutemann a. a. O. S. 147 ff.

[2] Das bedeutet also Anwendung der individualisierenden Methode, wenngleich auch im einzelnen etwas von der nach Seutemann abweichend.

Der Mietsprozentsatz vom Einkommen bei (verheirateten) Arbeitern in Wohnungen (2—4 Räume) der äußeren Südostvorstadt.

Prozentsatz der Miete vom Einkommen	Die Gebäude sind erbaut										Insgesamt				
	in den Jahren 1901—1910					in früheren Jahren									
	a	b	c	d	zusammen	a	b	c	d	zusammen	a	b	c	d	zusammen
	Absolute Zahlen:														
bis 10 %	26	6	—	1	33	88	27	4	3	122	114	33	4	4	155
11—15 %	185	88	15	8	296	409	248	25	5	687	594	336	40	13	983
16—20 %	243	144	47	23	457	229	174	48	19	470	472	318	95	42	927
21—25 %	86	94	33	16	229	56	59	33	14	162	142	153	66	30	391
über 25 %	23	60	49	29	161	16	23	24	20	83	39	83	73	49	244
zusammen:	563	392	144	77	1176	798	531	134	61	1524	1361	923	278	138	2700
	Relative Zahlen:														
bis 10 %	4,62	1,53	—	1,30	2,81	11,03	5,09	2,98	4,92	8,00	8,38	3,58	1,44	2,90	5,74
11—15 %	32,85	22,45	10,41	10,39	25,17	51,25	46,70	18,66	8,20	45,08	43,64	36,40	14,39	9,42	36,41
16—20 %	43,16	36,73	32,64	29,87	38,86	28,70	32,77	35,82	31,15	30,84	34,68	34,45	34,17	30,43	34,33
21—25 %	15,28	23,98	22,92	20,78	19,47	7,02	11,11	24,63	22,95	10,63	10,43	16,58	23,74	21,74	14,48
über 25 %	4,09	15,31	34,03	37,66	13,69	2,00	4,33	17,91	32,78	5,45	2,87	8,99	26,26	35,51	9,04
zusammen:	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Zu den Kosten der Miete tragen bei: a) der Haushaltungsvorstand allein, b) außerdem Familienangehörige, c) außerdem Zimmermieter oder Schlafgänger, d) außerdem Familienangehörige und Zimmermieter oder Schlafgänger.

für die Wohnungen in neueren Häusern dagegen nur 80,63 %. Bei der stärkeren Differenzierung des Mietsprozentsatzes, wie sie die Tabelle zeigt, tritt der Unterschied noch schärfer hervor. Bis zu 20 % des Einkommens für Miete auszugeben gilt im allgemeinen als normal. Der weitaus größte Teil der eben betrachteten Fälle entspricht auch diesem Satze. Mehr als 20 bis 25 % ihres Einkommens gaben für Miete aus in den älteren Häusern 7,02 %, in neueren 15,28 %, in sämtlichen 10,43 % der untersuchten Fälle. Darüber hinaus spielen nur noch die Ausgabensätze 26 bis 30 % eine Rolle (1,75 % der Wohnungen in älteren, 3,38 % der Wohnungen in neueren Häusern, 2,43 % aller Wohnungen). Nur für zwei Wohnungen in älteren und vier Wohnungen in neueren Häusern war ein noch höherer Mietsprozentsatz zu bemerken, doch ließ sich leider die Ursache nicht mehr feststellen. In rund einem Drittel der untersuchten Wohnungen trugen auch die erwerbstätige Ehefrau oder erwachsene Kinder zu den Kosten der Miete bei (Spalte b), so daß wohl eine bessere, d. h. größere und teurere Wohnung genommen werden konnte. Da der Mietsprozentsatz stets nur auf das Einkommen des Haushaltungsvorstandes bezogen ist, verschieben sich die Angaben rechnerisch zuungunsten des Mieters. Bis höchstens ein Fünftel ihres Einkommens gaben für Miete aus in den älteren Häusern 84,56 %, in neueren 60,72 %, in sämtlichen Häusern 74,43 % der entsprechenden Fälle.

Die Wohnungen mit Zimmermietern oder Schlafleuten sind darnach unterschieden, ob neben dem Haushaltungsvorstand noch Familienmitglieder zur Miete herangezogen werden oder nicht. Im Falle c (Familienmitglieder tragen nichts bei) zahlten bis höchstens ein Fünftel ihres Einkommens in älteren Häusern 57,46 %, in neueren 43,06 %, in sämtlichen Häusern 50,00 % der Fälle. Betrachten wir endlich noch die Spalte d (neben dem Haushaltungsvorstand tragen auch Familienangehörige zu den Kosten der Wohnung bei, zusammen mit Zimmermietern oder Schlafleuten). Hier zahlten bis höchstens ein Fünftel ihres Einkommens an Miete in den älteren Häusern 44,26 %, in neueren 41,56 %, in sämtlichen Häusern 42,75 % der entsprechenden Fälle.

Man erkennt also deutlich, daß der Prozentsatz der Haushaltungen, die höchstens bis ein Fünftel ihres Einkommens für Miete ausgaben, von Gruppe zu Gruppe abnimmt, und zwar in neueren Häusern stärker als in den älteren, in denen die Wohnungen im allgemeinen niedriger im Preise sein dürften, wenn wir einen geringeren Mietsprozentsatz

damit identifizieren können. In immer stärkerem Maße werden neben dem Haushaltungsvorstand noch weitere Personen zur Bestreitung der Wohnungskosten herangezogen, bis schließlich die erwachsenen Familienangehörigen, Zimmermieter und Schlafgänger helfen müssen, den Mietpreis mit dem Einkommen des Haushaltungsvorstandes in Einklang zu bringen. Die Ursache mag zu einem Teile daran liegen, daß der Haushaltungsvorstand nicht imstande ist, mit seinem Einkommen allein auch nur die billigste Wohnung mieten zu können, zum anderen Teile aber darin, daß seinem Einkommen angemessene Wohnungen fehlen und er eine größere, teurere Wohnung beziehen muß, vielfach dürften aber auch beide Momente zusammenwirken. Da der Mietpreis nur auf das Einkommen des Haushaltungsvorstandes allein bezogen werden konnte, tritt die Verschiebung also in den Mietsprozentsätzen von Gruppe zu Gruppe immer stärker hervor. Es wäre nun jedenfalls sehr wünschenswert, wenn wir neben dieser Tabelle noch eine weitere bringen könnten, in welcher nur der Teil der Miete auf das Einkommen des Haushaltungsvorstandes bezogen ist, den dieser selbst trägt, also zu zeigen, wieweit es ihm durch solche Hilfsmaßnahmen gelungen ist, den Mietpreis mit seinem Einkommen in ein normales Verhältnis zu bringen. Leider fehlt aber jede Möglichkeit dazu, diesen Wunsch in die Tat umzusetzen. Dankbar zu begrüßen ist aber jedenfalls diese Arbeit des Statistischen Amtes. Mit ihrer weitgehenden Differenzierung bedeutet sie eine wertvolle Ergänzung zu anderen Arbeiten dieser Art, die nur eine Differenzierung nach Einkommensklassen aufweisen[1]. Diese Differenzierung konnte für diese Arbeit natürlich nicht in Betracht kommen, da sie andere Zwecke verfolgt. Der Hauptwert der Arbeit dürfte darin liegen, daß sie uns ein Bild für die Wohnverhältnisse der Arbeiterbevölkerung gibt. Der ausgewählte Stadtteil ist ein typisches Arbeiterviertel, die Wohnungen mit 2—4 Räumen kommen für Arbeiter hauptsächlich in Betracht. Daß nur die verheirateten Arbeiter berücksichtigt worden sind, erklärt sich einfach daraus, daß sehr wenige ledige Arbeiter eine selbständige Wohnung mieten werden[2], sondern die meisten davon nur eine Schlafstelle haben oder in Untermiete wohnen bzw. bei ihren Eltern.

[1] Z. Sächs. St. B. 1875 Heft 3/4 S. 70/73 (Hasse) und 1876 Heft 1/2 S. 24 ff (Laspeyres).

[2] Praktisch sind diese Fälle jedenfalls ohne irgendwelche Bedeutung und scheiden aus einer solchen Betrachtung am besten ganz aus.

Wenn wir zu diesen Betrachtungen noch einen Wunsch hinzufügen wollen, so kann es nur der sein, daß ähnliche Arbeiten auch für andere soziale Klassen angefertigt werden, besonders zur Untersuchung der Wohnverhältnisse der selbständigen Handwerker, der Beamten und der Angehörigen der freien Berufe. Der Lösung der Wohnungsfrage könnten wir vielleicht so ein bedeutendes Stück näherkommen, wenngleich auch bei einer Betrachtung der bessergestellten Bevölkerungsklassen neue Schwierigkeiten hinzukommen (es kommen mehr Eigentümerwohnungen in Betracht, die erwachsenen Kinder spielen eine andere Rolle u. a. m.).

Die eben besprochenen Hilfsmaßnahmen sind natürlich im allgemeinen Interesse nicht wünschenswert. Sie sind ein deutlicher Beweis, daß es an preiswerten Wohnungen für die Arbeiterbevölkerung fehlt. Am besten ist es, wenn der Haushaltungsvorstand allein für die Kosten der Wohnung aufkommen kann oder wenigstens nur erwachsene Kinder ihn dabei unterstützen. Muß die Ehefrau durch eigenen Erwerb zu den Wohnungskosten beitragen, so liegt die Gefahr einer unsauberen, ungemütlichen Wohnung sehr nahe. Das überhandnehmende Schlafgänger- und Untermieterwesen aber bringt schwere Schäden mit sich, besonders in Fragen der Hygiene und Moral. Am stärksten tritt dies in Arbeiterwohnungen mit ihren engen Räumlichkeiten zutage, weniger in den geräumigeren Wohnungen der übrigen Bevölkerungsklassen, wenn auch hier starke Mißstände vielfach zu verzeichnen sind[1].

Nach der Zählung vom 1. Dezember 1905 hatten von allen Haushaltungen 14,56 % Teile der Wohnung an Zimmermieter und Schlafgänger weiter vermietet, und zwar waren es vorwiegend kleinere Wohnungen, in denen Untermieter gefunden wurden. Der Mietpreis betrug in 19,32 % aller Fälle nicht über 150 Mk. und in 40,57 % der Fälle 150 bis 300 Mk. Hervorgehoben zu werden verdient allerdings, daß die Schlafleute in Chemnitz vielfach in Bodenkammern schlafen, also getrennt von der Familie des Haushaltungsvorstandes. Bei mehr als der Hälfte aller Wohnungen mit Untermietern waren zum Schlafen benutzte Bodenkammern vorhanden.

Wenn wir im folgenden noch auf die allgemeinen Wohnungsverhältnisse eingehen, so kann es sich nur um wenige Bemerkungen handeln,

[1] Leider bringen nur die WmF.-Rechnungen Angaben über Einnahmen durch Untervermietung (in 3 von 26 Rechnungen); bei den HM.-Rechnungen sind diese Einnahmeposten nicht getrennt angegeben.

welche die obigen Ausführungen ergänzen. Nach der Zählung von 1905 entfielen von 1000 Wohnungen auf solche mit 1—3 Räumen 714,18, 4—5 Räumen 212,33 und 6 und mehr Räumen 73,49. Die Verteilung über die einzelnen Stadtteile ist nahezu gleichmäßig, nur die innere Stadt, der Kaßberg und das Stollberger Viertel weisen eine beträchtliche Zahl größerer Wohnungen auf, während sich die Stadtteile Sonnenberg, Gablenz und Kappel mit dem höchsten Prozentsatz 1—3räumiger Wohnungen als die hauptsächlichsten Arbeiterviertel hervorheben. Auf die Wohnungen mit nicht mehr als 3 Räumen entfielen dabei 66,4 % der gesamten Wohnbevölkerung. Hierbei sind jedoch die zu Schlafzwecken tauglichen Bodenräume nicht mitgerechnet worden. Geschieht dies, so verringert sich die Prozentzahl der Wohnungen mit 1—3 Räumen auf 64,01 % und die ihrer Bewohner auf 55,5 %. Die Zahl der Bewohner, die durchschnittlich auf einen Raum kamen, betrug dann in den kleinen Wohnungen 1,48, ohne Berücksichtigung der zum Schlafen benutzten Bodenräume würde sie sich auf 1,63 stellen.

Über die Dichteverhältnisse läßt sich folgendes sagen: Die Zunahme der Wohnhausdichte in Chemnitz (durchschnittliche Zahl der Bewohner, die auf ein Wohnhaus kommen), die wir feststellen konnten, bedeutet an sich keine Verschlechterung in hygienischer Hinsicht, denn es werden jetzt größere Häuser mit mehr Wohnungen gebaut als früher. Die ständige Abnahme der Wohnungsdichte in Chemnitz (durchschnittliche Zahl der Bewohner, die auf eine Wohnung kommen) ist vom Standpunkt der Wohnungshygiene aus als ein erfreuliches Zeichen anzusehen, wenn auch die allgemeinen Zahlen nicht viel besagen, da sie immerhin große Unterschiede verdecken, die erst bei einer Gliederung der Wohnungen nach der Zahl der Zimmer ans Licht kämen. Doch fehlen darüber meist Angaben, ebenso wie auch über die Zimmerdichte, im allgemeinen würde man aber sicher auch hier eine Abnahme feststellen können[1].

Auf die Beziehungen zwischen der Zahl der leerstehenden Wohnungen und der Bautätigkeit waren wir schon einmal eingegangen. Die Reihen für den Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen, für die Zahlen der Wohnhausneubauten und der neu entstandenen Wohnungen stimmen in ihren Bewegungstendenzen überein.

[1] Z.Sächs.St.B. 1901 S. 207. Zum Teil sind auch in den älteren Jahrgängen dieser Zeitschrift Angaben gemacht worden, ebenso in den älteren Mitteilungen des Chemnitzer Statistischen Bureaus.

Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen und Bautätigkeit.

Jahr	Leerstehende Wohnungen von 100 Wohnungen überhaupt	Leerstehende Wohnungen von 100 Wohnungen mit 1—3 Räumen	Zahl der Wohnhausbauten insgesamt	Zahl der neu entstandenen Wohnungen insgesamt
1900	1,15	0,87	—	—
1901	—	—	—	1224
1902	—	—	—	1819
1903	3,21	—	213	2353
1904	4,41	—	273	2996
1905	4,46	4,12	250	2716
1906	3,1	—	207	2064
1907	1,4	—	193	2004
1908	1,55	1,34	193	1996
1909	1,61	1,26	209	2147
1910	1,80	1,58	282	2882
1911	3,02	2,54	371	3931
1912	2,44	2,04	285	2926

Seit 1900 weisen alle drei eine Steigerung auf bis 1904/05, sinken bis 1907/08 und steigen bis 1911 wieder, seitdem tritt wieder eine Senkung ein. Der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen hatte nur in den Jahren 1904/05 eine Höhe erreicht, die man bei einer Forderung von 4 % als ausreichend ansehen kann[1]. Die Zahlen für alle folgenden Jahre, selbst das Maximum vom Jahre 1911, liegen weit unter diesem Prozentsatz. Das tritt noch stärker hervor, wenn man die Wohnungen nach der Zahl der Räume getrennt betrachtet, denn der Prozentsatz für leerstehende Wohnungen mit 1—3 Räumen (auf die Gesamtheit dieser Wohnungen bezogen) liegt ständig unter dem allgemeinen Prozentsatz. Der Mangel an Kleinwohnungen ist also deutlich zu erkennen, dem hat auch die im letzten Jahrzehnt stärker einsetzende Wohnungsfürsorge bisher nicht abhelfen können, so sehr auch ihre bisherigen Bemühungen dankbar anzuerkennen sind (vgl. Anhang IV: Wohnungsfürsorge in Chemnitz).

[1] Vergleichsweise geben wir noch den Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen für 52 deutsche Großstädte nach dem St.J.d.St., 19. Jahrg., Breslau 1913 S. 87/88. Darnach kamen im Jahre 1910 in

10	Städten auf je 100 Wohnungen überhaupt		höchstens 1	leersteh. Wohng.
14	„ „ „ „ „	„ über 1	bis „ 2	„ „
11	„ „ „ „ „	„ „ 2	„ „ 3	„ „
6	„ „ „ „ „	„ „ 3	„ „ 4	„ „
7	„ „ „ „ „	„ „ 4	„ „ 5	„ „
4	„ „ „ „ „	„ „ 5		„ „
52				

Es bleibt uns nun nur noch übrig, auf die Wohnungsverhältnisse einzugehen, wie sie sich aus den Chemnitzer Haushaltungsrechnungen ergeben. Die WmF.-Rechnungen schließen in die Ausgaben für Wohnung und Haushalt mit ein die Kosten für Ziergarten und Zimmerpflanzen, Einrichtung, Instandhaltung und Reinigung der Wohnung, wenngleich diese auch minimal sind (Textteil zu den WmF.). Die Ausgaben für die Wohnungen schwanken zwischen 130 und 572 Mk., die durchschnittliche Ausgabe beträgt 239,70 Mk., das sind 12,9 % der durchschnittlichen Gesamtausgabe. Gliedern wir die Haushaltungsrechnungen nach 3 Ausgabenstufen und berechnen für jede die durchschnittliche Ausgabe für Wohnung und Haushalt und ihr Verhältnis zu der durchschnittlichen Gesamtausgabe in dieser Stufe, so erhalten wir folgende Tabelle:

Stufe I	Stufe II	Stufe III
206,12 Mk.	212,03 Mk.	320,73 Mk.
= 15,0 %	= 11,8 %	= 13,1 %

Der Mietsprozentsatz erscheint hiernach in allen Stufen normal, am kleinsten in der zweiten Stufe.

In den HM.-Rechnungen waren wohl die Mietpreise für jede Wohnung einzeln angegeben, der tatsächlich gemachte Aufwand aber mit den Ausgaben für Steuern und Dienstleistungen verschmolzen. Die wirklich gezahlte Miete entspricht nun dem Mietpreis der Wohnung nicht immer. Z. B. war bei einem Haushalt als Mietpreis 200 Mk. angegeben, die Ausgaben für Miete, Steuern und Dienstleistungen in diesem Haushalt betrugen aber nach der Aufzeichnung nur 197,84 Mk., also etwas weniger. Nehmen wir indessen einmal an, daß der gezahlte Mietpreis mit dem angegebenen Mietpreis identisch ist (vernachlässigen wir also auch die eventuellen Beiträge zu den Kosten der Miete durch Untervermietung), und führen wir dieselbe Rechnung für die Mietpreise wie vorhin durch, so ergibt sich folgendes:

Stufe I	Stufe II	Stufe III
168,25 Mk.	249,75 Mk.	246,57 Mk.
= 11,4 %	= 13,9 %	= 10,7 %

Auch hiernach erscheinen die Mietsprozentsätze in allen Stufen normal, am höchsten steht der der zweiten Stufe. Für sämtliche HM.-Rechnungen stellt sich der durchschnittliche Mietpreis auf 220,43 Mk. und der Mietsprozentsatz auf 12,0 %.

Es läßt sich jedenfalls aus keiner der beiden Stufenreihen irgendeine Gesetzmäßigkeit für die Höhe des Mietsprozentsatzes erkennen.

Die Anzahl der untersuchten Fälle ist zu gering, und eine Kombination der HM.- und WmF.-Rechnungen ist infolge der verschiedenen Bearbeitung nicht gut möglich. Immerhin weichen die durchschnittlichen Kosten für Wohnung und Haushalt aus sämtlichen WmF.-Rechnungen von dem durchschnittlichen Mietpreis aus sämtlichen HM.-Rechnungen nicht allzusehr ab. Beide entsprechen ungefähr dem durchschnittlichen Mietpreis einer Wohnung mit 3 Räumen (2 heizbaren Zimmern) in den Jahren 1907/08.

Weitere wichtige Einzelheiten über die Wohnungsverhältnisse fehlen leider in den Wirtschaftsrechnungen. Bei den HM.-Rechnungen finden sich nur noch Angaben über die Größe und Lage der Wohnung vor. Von den 23 Wohnungen lagen 13 an der Peripherie, 7 in Vororten und nur 3 in der Stadt selbst. Der Größe nach waren es eine Wohnung mit 1 Zimmer, 11 Wohnungen mit 2 Zimmern, davon hatten 3 Wohnungen außerdem eine Küche, 9 Wohnungen mit 3 Zimmern (davon 7 mit Küche außerdem) und 2 Wohnungen mit 4 Zimmern nebst Küche.

Die Anzahl der Wohnungen ist aber zu gering, als daß eine Kombination der Mietpreise mit der Größe und Lage der Wohnungen irgendwelche nennenswerten Ergebnisse zeitigen könnte.

Bei den WmF.-Rechnungen waren schließlich unter den Einnahmen auch die aus Untervermietung erzielten getrennt angegeben, doch hatten nur 3 von diesen 26 Rechnungen solche zu verzeichnen. Sie betrugen 8,00 Mk. bei einer Ausgabe für Wohnung und Haushalt von 254,04 Mk., also rund 3 % davon, weiter 14,50 Mk. bei einer Ausgabe von 183,93 Mk. (rund 8 % davon) und schließlich 156,00 Mk. bei einer Ausgabe für Wohnung und Haushalt von 348,23 Mk., also rund 45 % davon. Von einer Bedeutung sind sie also nur im dritten Falle gewesen. Diese Haushaltung weist allerdings auch die größte Personenzahl auf, 8 Erwachsene und 2 Kinder, kann also nicht als typisch gelten.

Bei den WmF.-Rechnungen sind in den Ausgaben für Haushalt und Wohnung auch die Kosten für Einrichtungsgegenstände, Instandhaltung und Reinigung der Wohnung enthalten. Daß die Benutzung bereits früher gekaufter Einrichtungsgegenstände eben auch einen Gewinn vorstellt, der im Sinne Schnapper-Arndts bei der Aufstellung von Wirtschaftsrechnungen mit in Rücksicht gezogen werden müßte, damit kann man sich im Prinzip wohl einverstanden erklären. In den Haushaltungsrechnungen fehlen aber Einzelangaben über die

Beschaffungskosten und den Gebrauchswert des gesamten Mobiliars und der sonstigen Haushaltungsgegenstände, wie sie z. B. das Statistische Amt der Stadt Dresden für solche Rechnungen erhoben hat, vollständig, so daß sich eine spezielle Betrachtung erübrigt. Für eine allgemeine Untersuchung der Preissteigerung der verschiedenen Wohnungseinrichtungsgegenstände erscheint es angebracht, auf die dazu nötigen Rohstoffe einzugehen, also auf die Bewegung der Holz- und Metallpreise, die in den letzten Jahren infolge des zunehmenden Bedarfes gleichfalls gestiegen sind [1]. Die Preise für Holz sind besonders infolge der starken Zunahme der Zellulosefabrikation erhöht worden, denn es wird jetzt mehr Holz geschlagen als nachwächst. Trotz Einschränkung des Holzverbrauchs für Heiz- und Bauzwecke werden die Preise daher noch weiter steigen. Ebenso werden natürlich auch die Möbel eine Preissteigerung erfahren haben (Glier, a. a. O. S. 541 ff.), da außerdem die Arbeitslöhne gestiegen und die Ansprüche der Bevölkerung immer größer geworden sind. Die gewöhnlichen Haushaltungs-, Wirtschafts- und Gebrauchsgegenstände, die besonders für die unteren Klassen in Frage kommen, können aber andererseits infolge der Fortschritte der Technik und der Massenfabrikation zunehmend billiger hergestellt werden. Zahlreiche Gegenstände haben dadurch erst in den Haushalt der Arbeiterbevölkerung Eingang gefunden oder doch im Gebrauch eine größere Ausdehnung erfahren (Thieme, a. a. O. S. 56).

Über die Kosten der Heizung und Beleuchtung ist schließlich noch folgendes zu bemerken: Im Durchschnitt aller Chemnitzer Haushaltungsrechnungen betrugen die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung rund 5 % der Gesamtausgaben. Eine Trennung beider Ausgaben dürfte nur schwer möglich sein, da z. B. Gas, Spiritus und Petroleum sowohl zu Leucht-, als auch zu Heiz- und Kochzwecken verwendet werden.

Die Kohlenpreise [2] werden in der Regel jährlich zweimal festgesetzt, und man unterscheidet darnach Sommer- und Winterpreise, von denen die letzteren immer höher stehen. Nach den mir durch das

[1] Die jeweiligen Reinerträge für 1 fm Derbholz aus den Staatswaldungen, wie sie nach Mitteilungen des Kgl. Sächs. Finanzministeriums in den St.J.Kg.S. (zuletzt 1913 S. 119) veröffentlicht werden, besagen in ihrer Allgemeinheit zu wenig, als daß sie einen Anhalt für die Bewegung der Holzpreise geben könnten.

[2] Einzelheiten über Kohlenproduktion usw. siehe Ballod a. a. O. S. 178.

Statistische Amt der Stadt Chemnitz zur Verfügung gestellten Angaben betrugen in einer größeren Anzahl Chemnitzer Kohlengeschäfte die Preise für Kohle (Winterpreise):

Jahr	Steinkohlenwürfel pro 50 kg in Pf. Größe I	Größe II	Braunkohlenbriketts pro 100 St. in Pf.
1890	110	115	1890 : 60
1900	120	125	1900 : 55
1912	140	150	1912 : 65
			am 1. April 1913 : 60 (Sommerpreis)

Die Preise der Steinkohlen zeigen eine Steigerung von rund 30 %, bei den Braunkohlenbriketts kann man von einer Steigerung kaum sprechen. Die Ursache dürfte in der stärkeren Ausdehnung der Braunkohlenbrikettfabrikation in den letzten Jahren liegen.

Eine allgemeine Bedeutung haben diese Zahlen jedenfalls nicht, da auch bei Kohle sehr verschiedene Qualitäten mit entsprechenden Preisen anzutreffen sind und eine Berechnung der Preissteigerung auf Grund der Angaben von nur zwei Jahren ohne Rücksicht auf die zwischenliegenden Jahre immer gewagt erscheinen muß, doch konnten wir trotz vieler Bemühungen kein weiteres Material über Kohlenpreise erlangen.

Über die Kosten der Beleuchtung, besonders die Petroleumpreise[1], konnten wir gleichfalls kein Preismaterial erhalten, doch dürften sie im Laufe der Jahre kaum nennenswerte Steigerung erfahren haben, da durch die starke Entwicklung der Gas- und Elektrizitätserzeugung die übrigen Beleuchtungsmittel mehr und mehr verdrängt werden und nur noch konkurrieren können, wenn sie im Preise niedrig stehen. Die Umwandlung auf dem Gebiete der Beleuchtung geht unaufhaltsam weiter. Schon heute haben die Elektrizitätswerke in mehreren Städten (darunter Straßburg und Bremen) durch ihre Maßnahmen bewiesen, daß es sehr wohl möglich ist, auch in den Wohnungen minderbemittelter Klassen die Petroleumbeleuchtung durch elektrische Beleuchtung zu ersetzen, und zwar ohne daß dadurch die Ausgaben für Beleuchtung erhöht werden, eine Tatsache, die vom Standpunkt der Wohnungshygiene wie auch im Interesse der Feuersicherheit nur mit Freude

[1] Über Petroleumgewinnung usw. siehe Ballod, a. a. O. S. 194.

begrüßt werden kann[1]. Wenn diese Umwandlung weiter fortschreitet, dann dürfte die Gefahr der Vertrustung des Petroleumhandels an Bedeutung verlieren, denn dann steht dem Petroleumhandel schließlich nur noch die wirtschaftlich kräftigere und geschlossenere Masse der Unternehmer gegenüber, die das Petroleum weiter in ihren Fabrikbetrieben gebrauchen und durch Zusammenschluß weit eher imstande sind, einen Druck auf die Preise auszuüben, als es die kleinen Konsumenten vermögen. Ob aber dann nicht am Ende statt der Petroleumtrustgefahr eine neue Gefahr in Gestalt des Elektrizitätsmonopols heraufbeschworen wird, das ist eine andere Frage, die wir hier nicht weiter verfolgen können, die aber von den Regierungen im Auge behalten werden sollte, damit frühzeitig genug Maßnahmen dagegen getroffen werden können.

Dritter Abschnitt.

Sonstige Lebensbedürfnisse.

Die folgenden Betrachtungen sind mehr allgemeiner Natur und sollen nur als Ergänzung unserer bisherigen Untersuchungen dienen, eine zahlenmäßige Beweisführung ist nicht gut möglich.

Neben den Ausgaben für Nahrung und Wohnung kommen in erster Linie noch die Kosten der Bekleidung in Betracht. Im Durchschnitt der Chemnitzer WmF.-Rechnungen nahmen sie 12,5 % der Gesamtausgaben ein. Gliedern wir diese Wirtschaftsrechnungen nach den drei Ausgabenstufen, wie wir es schon einmal getan haben, so finden wir, daß der Prozentanteil der Ausgaben für Bekleidung (einschließlich Wäsche, Bettzeug und Reinigen von Kleidern und Wäsche) mit dem Steigen der Gesamtausgaben wächst. Das Steigen des Einkommens ermöglicht also hiernach eine bessere Befriedigung des Kleidungsbedürfnisses. Aus den Chemnitzer HM.-Rechnungen ist dieser gesetzmäßige Verlauf nicht zu erkennen. Dies mag zum Teil an der geringen Anzahl der Rechnungen liegen, zum andern Teil an der Art der Aufbereitung (siehe Textteil der HM.). Die Ausgaben für Kleidung, Neuanschaffungen und Reparaturen sind hierbei zusammengefaßt worden, die Bearbeitung des Materials hat aber gezeigt, daß es besser gewesen

[1] Vgl. dazu den Vortrag von Wikander über „Elektrizität und Wohnungshygiene“ im Bericht über den III. Internationalen Wohnungshygienekongreß in Dresden vom 2. bis 7. Oktober 1911 S. 352 ff.

wäre, die Ausgabeposten „Kleidung" und „Neuanschaffungen" zu trennen, da die Ausgaben für die Beschaffung von Hausrat viel erheblicher sind, als angenommen worden war. Dieser Posten gehört zu den Ausgaben für die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses, wie es auch die WmF.-Rechnungen erkennen lassen, wenn man ihn nicht schließlich selbständig anführen will. In einem großen Teile dieser Haushaltungen befindet sich nur ein ganz bescheidenes Meublement, und es wird jeder Versuch gemacht, um die Wohnung auszustatten und gemütlicher zu gestalten. Allerdings ist das meist nur in beschränktem Umfange möglich, die Einkommensverhältnisse lassen größere Aufwendungen für diesen Zweck nicht zu. Daher ist auch die Anschaffung eines größeren Hausratstückes oder eines größeren neuen Kleidungsstückes in vielen Familien ein Ereignis. Eine solche Anschaffung greift in den meisten Fällen derartig in das Budget ein, daß fühlbare Einschränkungen auf anderen Bedürfnisgebieten notwendig sind, um einen Ausgleich herbeizuführen (HM. S. 31).

Beide Arten von Haushaltungsrechnungen beziehen sich nun auf dieselbe soziale Bevölkerungsklasse. Sollte da nicht der scheinbar gesetzmäßige Verlauf des Anteils der Ausgabe für Kleidung bei den WmF.-Rechnungen mehr auf Zufälligkeiten beruhen, da die Anzahl der Rechnungen zu gering ist? Wir sind eher geneigt, das letztere anzunehmen. Die Ausgaben hierfür kehren nicht mit derselben Regelmäßigkeit wieder und unterliegen stärkeren Schwankungen. Der für ein einziges Jahr berechnete Aufwand für Kleidung, wie er aus unseren Wirtschaftsrechnungen zu erkennen ist, kann kaum als Maßstab für das Kleidungsbedürfnis angesehen werden, wenigstens nicht bei solchen Rechnungen für minderbemittelte Klassen. Eher wird es der wohlhabenderen Bevölkerung möglich sein, jährlich eine im voraus bestimmte Geldsumme für die Neuanschaffung von Kleidung zu verwenden. Das Bekleidungsbedürfnis ist jedenfalls so individuell, daß es nicht möglich ist, aus der Tatsache einer Verteuerung der Kleidung im allgemeinen ohne weiteres auf einen vergrößerten Aufwand für Kleidung in jeder Haushaltung zu schließen, selbst wenn man diese Verteuerung zahlenmäßig erfassen könnte. Die einen schonen ihre Sachen mehr und können sie daher länger tragen, oder sind anspruchsloser und legen weniger Wert auf ihr Äußeres als andere. Eine sparsame und geschickte Hausfrau wird die allmähliche Degradation eines Kleidungsstückes vom Sonntagsgewand zum unscheinbaren Alltagskleid und noch weiter verlangsamen

können. Ihren fleißigen Händen wird es gelingen, aus noch brauchbaren Teilen von Kleidungsstücken der Eltern Kleider für die Kinder anzufertigen. Nachlässige Hausfrauen werden umgekehrt zu einer schnelleren Abnutzung der Kleidung beitragen. In den Kreisen der ärmeren Bevölkerung werden neue Kleidungsstücke nur in dringend notwendigen Fällen angeschafft. Es kann so vorkommen, daß die Ausgaben dafür in dem einen Jahre relativ sehr hoch zu stehen kommen, im folgenden wieder geringfügig sind. So dürften sich diese großen Unterschiede in den Ausgaben erklären lassen, die wir bei den HM.-Rechnungen vorfinden.

Ganz anders liegen die Verhältnisse bei den besserbemittelten Klassen. In früheren Jahren legte man wohl auch hier größeren Wert auf eine dauerhafte Kleidung. Die guten, wenn auch teureren Stoffe, die sich länger tragen ließen, waren in Wahrheit die billigsten. Mit der Zeit haben sich aber die Anschauungen sehr geändert, die Mode gewann mehr und mehr an Bedeutung. Stoff und Schnitt der Kleidung sind heute einem viel schnelleren Wechsel unterworfen als früher. Viele kümmern sich nicht darum, ob der Ankauf eines neuen Kleidungsstückes unbedingt nötig ist, sondern kaufen ständig neue Kleider, um ja nicht in den Augen der lieben Mitmenschen als unmodern zu gelten. Was gerade am modernsten ist, ist natürlich am teuersten und muß oft weit über dem normalen Wert bezahlt werden. Hierzu kommt aber noch ein anderes Moment, dessen Ursache sich zum Teil auf den raschen Modenwechsel zurückführen läßt. Vielen liegt gar nichts mehr an einer großen Dauerhaftigkeit der Stoffe, denn sie tragen die Kleider nur, solange dieselben als modern gelten. Sind sie unmodern geworden, dann sind sie in ihren Augen wertlos. Sie ziehen daher die Billigkeit der Güte des Stoffes vor, und der geschäftskundige Fabrikant trägt dem Rechnung, indem er billigere, aber schlechtere und weniger gut haltbare Kleiderstoffe anfertigt[1]. Betrachten wir die Kehrseite dazu, so läßt sich zwar sagen, daß heute mehr denn je auch den minder-

[1] Diese Bestrebungen, immer nach der neuesten Mode gekleidet zu sein, haben bereits dazu geführt, die Kleidung nicht mehr zu kaufen, sondern nur zu mieten und nach einmonatlichem Gebrauch gegen neue umzutauschen, wofür dem betreffenden Bekleidungsgeschäft ein bestimmter Jahresbetrag gezahlt wird. Man kann dieses System der Monatsgarderoben mit dem einer Mietbücherei vergleichen, bei der man ein Jahresabonnement nimmt unter der Bedingung, stets nur ungebrauchte Bücher zum Lesen zu erhalten.

bemittelten Klassen die Möglichkeit gegeben ist, ihr Kleidungsbedürfnis leichter zu befriedigen, wenn sie weniger darauf Wert legen, nach neuester Mode gekleidet zu sein (was allerdings auch bei ihnen, zumal beim weiblichen Geschlecht durchaus keine Seltenheit mehr ist), denn gegen das Ende der einzelnen Modeperioden erfolgen immer große Preisrückgänge. Die Geschäftsinhaber sind dann bemüht, durch „Ausverkäufe wegen vorgerückter Saison" ihre Lager so schnell wie möglich von den „unmodernen" Waren zu räumen, um den Erscheinungen der „neuesten Mode" Platz zu machen, und verkaufen daher zu äußerst niedrigen Preisen. Zumal in den Monatsgarderobegeschäften stehen die Preise dann sehr niedrig, oft sind dann ganze Anzüge zu bedeutend niedrigeren Preisen zu haben, als es vor 20 Jahren noch möglich war. Aber die Qualität ist nicht dieselbe geblieben, die jetzigen Stoffe besitzen kaum diese Haltbarkeit, die Kleider weisen nicht immer diese sorgfältige und dauerhafte Arbeit auf wie in früheren Jahren. Eine Verbilligung des Kleidungsbedürfnisses hat also durch jene zunehmende Verwendung billiger Stoffe kaum stattgefunden. Ihre geringe Haltbarkeit zwingt zu häufigerem Wechsel, erfordert eine größere Anzahl von Kleidungsstücken, und wenn auch vielleicht der Stoff dafür insgesamt im Preise nicht höher steht, als früher für ein einziges Kleid aus gutem, teurem Stoffe, so ist doch infolge des mehrmals zu zahlenden Arbeitslohnes, der zudem im Laufe der Zeit gestiegen ist, eine Verteuerung eingetreten.

Aus diesen Betrachtungen läßt sich wohl erkennen, daß die Preise für die Rohstoffe nicht den ausschlaggebenden Einfluß auf die Preise der Fertigwaren haben können. Von den Rohstoffen der Textilindustrie kommen besonders in Betracht Baumwolle, Wolle und Seide, deren Preise das Kaiserliche Statistische Amt seit einer längeren Reihe von Jahren veröffentlicht[1].

(Siehe Tabelle Seite 129.)

Bis in die 90er Jahre hinein zeigen die Preise die bekannte Depression. Es ist die Zeit der Erschließung bisher unkultivierter Gegenden mit ihren billigen Produktionskosten. Das Angebot an Rohstoffen stieg gewaltig an, die Preise sanken und die Textilindustrie gewann immer mehr an Ausdehnung. Der Verbrauch

[1] Bezüglich der Gewinnung der einzelnen Rohstoffe siehe Ballod, a. a. O. S. 163 ff.

	Wolle I	Wolle II	Wolle III	Baumwolle	Baumwollgarn	Kattun	Leinengarn	Rohseide
	Preis pro 100 kg in Mark. Leipzig, Kammzug Austral. A	Preis pro 100 kg in Mark. Bremen, Buenos Aires I, gewaschen	Preis pro 100 kg in Mark. Berlin, norddeutsche Schäf., mittel	Preis pro 100 kg in Mark. Bremen, Middling Upland	Preis pro Kilogramm in Mark. Krefeld, engl. Nr. 40—120, 2 fach gasiert	Preis pro Meter (90 cm breit) in Pfennigen. Mülhausen i. E.	Preis pro Kilogramm in Mark. Bielefeld, engl. Nr. 30 Flachsgarn	Preis pro Kilogramm in Mark. Krefeld, ital. Organsin 18/20
1889—1893	449,3	359,7	264,1	96,6	4,37	22,7	1,95	51,8
1894—1898	364,2	292,9	225,8	73,0	3,90	20,2	1,84	41,5
1899—1903	460,3	362,8	274,0	92,9	4,79	21,0	2,07	47,3
1904—1908	490,6	398,9	324,9	112,8	6,10	26,1	2,45	49,6
1909—1912	517,2	413,6	339,8	131,6	6,59	24,9	2,39	45,6

(Die Angaben beruhen auf den V. z. St. d. D. R. und St. J. f. d. D. R.)

an Textilerzeugnissen nahm zu. Ob nun in diesem stärkeren Angebot in billigen Fertigwaren eine Ursache zum rascheren Wechsel der Mode mit liegen mag oder ob erst durch diesen Wechsel der stärkere Verbrauch veranlaßt wurde, wollen wir dahingestellt sein lassen, eine Wechselwirkung ist jedenfalls nicht zu verkennen. Nun aber trat der Umschwung ein. Mit der wachsenden Ausdehnung der Textilindustrie stieg der Bedarf an Rohstoffen immer stärker an, die Produktion konnte dem nicht mehr völlig Rechnung tragen. Es kam der Mangel an Arbeitskräften hinzu, der die Arbeitslöhne erhöhte, zudem nutzten die Produzenten die Marktlage immer mehr zu ihren Gunsten aus. Die Rohstoffpreise stiegen stark an. Gegenüber dem Tiefstand der Jahre 1894/98 wies der Preis für Baumwolle im Durchschnitt der Jahre 1909/12 eine Steigerung von rund 80 %, für Wolle eine solche von 40—50 % auf. Entsprechend sind die Baumwollgarne um 70 % gestiegen. Rohseide zeigte in den 90er Jahren gleichfalls eine Preisdepression, die Preise steigen dann aber nur bis zur Periode 1904/08 (Steigerung von etwa 20 % gegenüber 1894/98) und sind seitdem wieder gesunken. Einen ähnlichen Verlauf haben auch die Preise für Leinengarn genommen.

Die Steigerung ist indessen nicht gleichmäßig vor sich gegangen, besonders nicht bei den Baumwollpreisen. Wiederholt ist hier einem Steigen um 50 % in kurzer Zeit ein ebenso starkes Sinken gefolgt. Solche Schwankungen können natürlich nicht ohne Einfluß auf die Geschäftslage der Textilindustrie bleiben, als Beispiel möchten wir

nur die augenblicklichen schwierigen Geschäftsverhältnisse der Chemnitzer Aktienspinnerei anführen. Die Ursachen dieser Schwankungen sind auf die Spekulation zurückzuführen, die gerade beim Baumwollhandel eine große Rolle spielt. Aber wir müssen hier unterscheiden. Die plötzliche Steigerung bei der Baumwolle kann als Ausfluß der Spekulation betrachtet werden, wenngleich diese vielfach nur eine Folgeerscheinung hoher Preise ist. Dauernd kann aber keine Spekulation auf die Preise einwirken. Die Preissteigerung des letzten Jahrzehnts findet ihre Ursache nicht in der Spekulation, sondern in dem zunehmenden Mißverhältnis zwischen Konsumtion und Produktion. Die Produktion entspricht nicht mehr dem gewaltig gesteigerten Bedarf an Rohstoffen. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse bei der Wolle. Je mehr ein Gebiet von der extensiven Wirtschaft abgeht, abzugehen gezwungen ist, desto mehr wird die Schafzucht eine Einschränkung erfahren, desto weniger genügt die Produktion dem steigenden Bedarf[1].

Wie steht es nun mit den Preisen für Fertigwaren, ist es den Fabrikanten gelungen, die Preissteigerung der Rohprodukte völlig auf die Konsumenten abzuwälzen? Die Lösung dieser Frage stößt auf große Schwierigkeiten, denn die Untersuchung von Preisbewegungen ist nur möglich, wenn man kontinuierliche Preisreihen feststellen kann. Das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht nun die Preise für Kattun nach den Berichten der wichtigsten deutschen Erzeugungsorte (Mülhausen i. E. und München-Gladbach). Gegenüber anderen Kleiderstoffen sind die Qualitätsschwankungen bei dieser Fertigware nur gering, so daß die Preisangaben für Kattun einen gewissen Anhalt für die Beurteilung der Preisbewegung der Fertigwaren geben können. Die Preise für Kattun zeigen nun in den 90er Jahren gleichfalls eine Depression, sind aber seitdem weniger stark gestiegen als die ihres Rohstoffes Baumwolle. Sie scheinen im Laufe der letzten Jahre sogar wieder gesunken zu sein, falls nicht die Ursache in einer Qualitätsveränderung zu suchen ist. Jedenfalls ist die Preissteigerung der Fertigwaren geringer als die des Rohstoffes gewesen, und das scheint nach den eingezogenen Erkundigungen auch für andere Fertigwaren zuzutreffen, wie es auch Thieme (a. a. O. S. 58) für Halle angibt. Die Ursachen dürften in einer Erniedrigung der Fabrikationskosten infolge Ausdehnung des maschinellen Betriebes liegen, zum andern in einem scharfen Wettbewerbe der verschiedenen Betriebe, der die Preise herab-

[1] Vgl. dazu Glier, a. a. O. S. 543 ff.

drückt[1], schließlich aber auch in einer Qualitätsverschlechterung. So wurde uns von Chemnitzer Schneidermeistern mitgeteilt, daß die Tuchpreise gegenüber den 90er Jahren nur um 10—15 % gestiegen seien, die Qualität der Stoffe sich aber verschlechtert hat.

Und nun noch einige Worte zu den Preisen der Kleider selbst. Welchen Einfluß die Mode ausübt, haben wir schon erwähnt. Es ist jedenfalls nötig, einen Unterschied zu machen zwischen den Preisen für Kleider, die auf Bestellung nach Maß gearbeitet sind, und solchen, die im Konfektionsgeschäft fertig gekauft werden. Im ersten Falle haben wir es mit Qualitätsware zu tun. Es ist mit besserem Sitz, besserer Arbeit, dementsprechend höheren Löhnen und besseren Zutaten zu rechnen. Die Preise stehen daher an sich höher und sind auch im Laufe der Zeit stärker gestiegen als die für Konfektionswaren, die durch die Ausdehnung der Konfektionsgeschäfte im allgemeinen eher im Preise gesunken als gestiegen sind, gleichzeitig aber auch zur Verschlechterung der Kleidung geführt haben[2].

Ein ähnlicher Umschwung ist auch für die Fußbekleidung festzustellen. Betrachten wir zunächst einmal die Preise für die Rohstoffe, Häute und Felle, so finden wir auch hier eine Depression in den 90er Jahren wieder.

(Siehe Tabelle Seite 132).

Argentinien ist dafür ausschlaggebend gewesen mit seinem großen Viehreichtum. Für die enormen Abschlachtungen seiner Viehherden waren bestimmend die Verwertung der Häute und die Gewinnung von Fleischextrakt. Welches davon die primäre Ursache war, kommt für uns nicht in Betracht, jedenfalls führte die starke Häuteausfuhr zu einem Sinken der Weltmarktpreise für Häute. Dann tritt auch hier die Änderung ein. Die große Ausdehnung der Industrie, besonders auf dem Gebiete des Verkehrswesens und der verschiedenen

[1] In der neueren Zeit ist dieses Moment allerdings teilweise ausgeschaltet worden durch die Gründung der deutschen „Tuchkonvention“, deren Bedingungen am 1. Juni 1913 in Kraft getreten sind. Zum Zwecke einer Änderung dieser Bedingungen hat sich aber bereits im Oktober 1913 eine Interessengemeinschaft deutscher Tuchgroßabnehmer gebildet, der die Tuchgrossisten, Tuchversender und Konfektionsfabrikanten angehören (Leipziger Neueste Nachrichten, 30. Oktober 1913).

[2] Vgl. dazu besonders die Ausführungen von Thieme (a. a. O. S. 57 ff.), mit denen wir übereinstimmen und die wir mehrmals zur Betrachtung herangezogen haben, ebenso auch für die folgenden Teile dieses Abschnittes.

	Kipse, Dakka Preis pro 100 kg in Mark. Bremen, Kipse, Dakka, beste.	Kalbfelle Preis pro 100 kg in Mark. Frankfurt a. M.
1889—1893	179,3	270,6
1894—1898	168,7	258,0
1899—1903	191,6	281,2
1904—1908	231,3	329,5
1909—1912	229,4	335,1

(Die Angaben beruhen auf den V. z. St. d. D. R. und St. J. f. d. D. R.)

Sportbetätigungen, wir brauchen dabei nur an die Automobilindustrie zu denken, führte zu einem gewaltig gesteigerten Lederverbrauch. Auch die beträchtlichen Vergrößerungen der Wehrmacht in den verschiedensten Ländern führten zu einem Steigen der Rüstungslieferungen und vermehrten den Lederbedarf gewaltig. Die Schlachtungen lassen sich nicht beliebig steigern, der Häuteverbrauch spielt dafür nicht einmal eine ausschlaggebende Rolle, da man das Vieh in der Hauptsache des Fleisches und nicht der Häute wegen schlachtet. Die Rohstoffproduktion konnte also dem steigenden Bedarf nicht mehr Rechnung tragen, das zeigen am deutlichsten die Verhältnisse in Argentinien, das einer wirtschaftlichen Krisis entgegensieht und bereits gesetzliche Maßnahmen gegen zu starke Abschlachtungen getroffen hat. Die Preise für Häute und Felle sind seit den 90er Jahren um rund die Hälfte gestiegen[1], und die Lederpreise sind dieser Steigerung gefolgt. Rindleder, das 1908 noch etwa 2,20 Mk. pro Pfund kostete, stand 1913 auf 3,20 Mk. für Rindleder Ia und 2,85 Mk. für Rindleder II. Sorte, wie aus den Fachzeitschriften zu ersehen ist. Die kleinen Gerbereien sind infolgedessen fast völlig verschwunden, da sie sich den veränderten Verhältnissen nicht anpassen konnten, aber selbst auf die Großgerbereien und Lederfabriken ist diese Preissteigerung nicht ohne Einfluß geblieben. Die Lederfabriken schreiben dazu: Die Aufrechterhaltung der seitherigen Produktion erfordert bei den hohen Rohwarenpreisen, den steigenden Löhnen und sozialen Lasten, sowie der Verteuerung aller übrigen Bedarfsartikel einen ganz wesentlich höheren Kapitalbedarf gegenüber demjenigen früherer Jahre. Das Betriebskapital einer Lederfabrik muß heute ungefähr um 50 % höher angesetzt werden

[1] Vgl. dazu Glier, a. a. O. S. 450 ff.

als vor 3 oder 4 Jahren. Die Ausdehnung des Auktionswesens nimmt ebenfalls die Kapitalkraft unserer Lederindustrie stark in Anspruch. Früher: Deckung des Bedarfs beim Häutehändler, mehr oder weniger langen Kredit. Heute: Einkauf des Bedarfs auf Auktionen, bare Bezahlung, oft unter Vermittlung eines Kommissionärs.

Das starke Steigen der Lederpreise geht auch aus einer Denkschrift an den Reichstag hervor, in dem die Mehrforderungen für die Abfindung der Truppen an Bekleidungsgegenständen begründet werden. Die Herstellungskosten haben den Etatpreis überschritten, was weniger auf eine Steigerung der Arbeitslöhne als auf eine Erhöhung der Lederpreise zurückzuführen ist. Es betrugen

	Die Herstellungskosten für Militärschuhwerk in Mk.			Der Etatpreis in Mk.
	1905	1906	1907	
Infanteriestiefel	9,45	9,86	10,41	9,20
Kavalleriestiefel	12,46	13,13	14,02	12,30
Schnürschuhe	7,18	7,50	7,95	6,70
Leibriemen	3,11	3,30	4,12	3,15
Tornister	15,67	17,33	21,18	18,00
Helme	7,35	7,78	9,31	7,80

Entnommen aus: „Der Schuhmarkt“, 27. März 1913 S. 57 u. 59, Art. „Militärschuhwerk und Lederbedarf“.

Bezüglich der Preise für die Fußbekleidung müssen wir einen Unterschied machen zwischen Maßarbeit und Ladenware. Die Preise für nach Maß gearbeitete Schuhe sind stark gestiegen infolge Steigerung der Preise für Leder und Zutaten und starker Erhöhung der Arbeitslöhne. Der Schuhmacher hat es hierbei mit einer Kundschaft zu tun, die hohe Ansprüche an die Qualität stellt, und muß das beste und teuerste Leder dazu verwenden, um dem Rechnung zu tragen. Die Preise für solche Schuhwaren stehen infolgedessen sehr hoch, die kaufkräftige Kundschaft dafür geht aber mehr und mehr zurück. Das selbständige Schuhmachergewerbe hat mit immer größeren Schwierigkeiten zu kämpfen und die Zahl der selbständigen Schuhmacher nimmt mehr und mehr ab. Auf der einen Seite ist ihnen ein scharfer Wettbewerb erwachsen in den reinen Reparaturwerkstätten mit Maschinenbetrieb, die die Reparaturarbeiten schneller und billiger, zum Teil zu festen Preisen liefern. Auf der anderen Seite beschleunigt die immer mehr überhandnehmende Produktion an Fabrikwaren, zum Teil auch

schon für kranke Füße, den Untergang des selbständigen Schuhmachergewerbes. Mehr und mehr hat sich der Konsum der Fabrikarbeit zugewendet. Die Zahl der reinen Schuhwarengeschäfte ist ständig gewachsen, zudem werden jene Geschäfte vielfach von Schuhfabriken selbst unterhalten, der Zwischenhandel wird also dabei ausgeschlossen. An sich können ja die Schuhfabriken billiger liefern als der selbständige Schuhmacher, ohne daß die Qualität der verarbeiteten Rohmaterialien sich verschlechtern müßte. Eine Verteuerung des Schuhwerkes ist aber auch hierbei zu erkennen. Die Verkäufer von Schuhwaren zu Einheitspreisen, die sich der Aufwärtsbewegung der Preise solange widersetzt haben, haben jetzt vielfach zwischen 12,50 Mk. und 16,50 Mk. eine Stufe von 14,50 Mk. eingelegt, und die wird nicht mehr verschwinden (Glier a. a. O. S. 454). Die scharfe Konkurrenz unter den Schuhfabriken und Schuhwarengeschäften hat aber andererseits wieder zu so niedrigen Preisen geführt, wie man sie vor 20 Jahren noch nicht kannte [1]. Verschenken kann aber weder der Fabrikant noch der Händler. Die niedrigen Preise können natürlich nur auf Kosten der Qualität zustande kommen. Es werden schlechtere Rohmaterialien, mitunter sogar Lederersatzstoffe verwendet, die Arbeit läßt an der nötigen Sorgfalt zu wünschen übrig. Die Partiewarengeschäfte kaufen auf den Auktionen wegen Konkurses oder Räumung des Lagers der Schuhfabriken große Bestände auf. Der Einfluß der Mode macht sich auch in der Schuhfabrikation in immer weiterem Maße bemerkbar mit allen ihren Neben- und Folgeerscheinungen.

Auf die sonstigen Mißstände können wir hier nicht näher eingehen, wir sehen jedenfalls, daß billiges Schuhwerk nur auf Kosten der Qualität zu kaufen ist. Die Haltbarkeit hat nachgelassen, das Schuhwerk nutzt sich schneller ab als früher. Die Billigkeit äußert sich also auch hier nicht in einer Verbilligung des Kleidungsbedürfnisses, sondern eher in einer Verteuerung, wie wir es schon bei den Erzeugnissen der Textilindustrie gefunden hatten. Eine zahlenmäßige Erfassung dieser Verteuerung ist zwar, wie wir gesehen haben, nicht möglich, doch dürfte

[1] Von den Geschäften mit dem Verkaufssystem: „Einkaufspreis und 10 (bzw. sogar 5) % Gewinn" wollen wir hierbei absehen. Vom Verdacht des unlauteren Wettbewerbs sind sie nicht ganz freizusprechen. Der unerfahrene Käufer wird diesen Gewinn als Bruttogewinn ansehen, während er in der Hauptsache nur den Reingewinn darstellt und die Geschäftsunkosten (Spesen, Ladenmiete, Gehälter für das Personal) im „Einkaufspreis" enthalten sind.

sie auf die Kosten der Lebenshaltung nicht diesen Einfluß gehabt haben wie die Verteuerung der Lebensmittel und des Wohnungsbedürfnisses.

Wie sich die Ausgaben für die übrigen Lebensbedürfnisse im Laufe der Jahre gestaltet haben, darüber läßt sich im einzelnen kein Urteil abgeben. Fassen wir sie zusammen unter dem Gesichtspunkt der steigenden Kultur, des zunehmenden Wohlstandes und damit der vergrößerten Ansprüche an das Leben, so läßt sich im allgemeinen ein Steigen der Ausgaben für alle diese Bedürfnisse nicht verkennen, z. B. für Gesundheits- und Körperpflege, für Erziehung der Kinder, Schule und Unterricht, für die Genußmittel, für die zahlreichen geistigen und geselligen Bedürfnisse, für Versicherung, Verkehrsmittel, für persönliche Dienstleistungen usw. Auf der anderen Seite haben aber die Fortschritte der Sozialgesetzgebung und der sozialen Fürsorge in immer stärkerem Maße dazu beigetragen, den minderbemittelten Klassen den Kampf ums Dasein zu erleichtern, so daß sie über die Befriedigung der dringend notwendigen Bedürfnisse hinaus auch ihrerseits Anteil nehmen können an den Segnungen der Kultur. Dies im einzelnen aber auszuführen, würde weit über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Man denke nur an die gewaltige Ausdehnung der Sozialversicherung [1], die zahlreichen Verbesserungen auf dem Gebiete des Volksschulwesens unter gleichzeitiger Ermäßigung bzw. völligem Erlaß des Schulgeldes für die ärmeren Klassen, an die Errichtung von Volksbädern, Volksbüchereien und Lesehallen, die Veranstaltung von billigen Theatervorstellungen, Konzerten, Arbeiterunterrichtskursen, volkstümlichen Hochschulkursen u. dgl. m., an deren weiterem Ausbau Staat und Kommunen, Arbeitgeber und wohltätige Vereine sowie Privatpersonen in gleicher Weise eifrig tätig sind.

[1] Dieses Moment wird bei internationalen Vergleichungen über die Steigerung der Lebenshaltung, wie sie z. B. neuerdings von Tyszka in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik gebracht hat, viel zu wenig berücksichtigt.

Zweiter Teil.

Der Einfluß der Bewegung der Lebensmittelpreise auf die Kosten der Lebenshaltung.

Die Grundlage der folgenden Betrachtungen bilden die Wirtschaftsrechnungen, auf die wir bereits in der Einleitung ausführlicher eingegangen sind. Eine Besprechung der Methoden und der verschiedenen Erhebungen dürfte sich erübrigen, wir verweisen dafür auf die oben gegebenen Literaturnachweise. Erwähnen möchten wir nur, daß sich auch in den Veröffentlichungen der sächsischen Landesstatistik verschiedene Arbeiten aus dem Gebiete der Haushaltungsstatistik vorfinden [1]. Bezüglich der Frage: „Haushaltungsbudgets oder Wirtschaftsrechnungen?“ stehen wir jedenfalls völlig auf dem Standpunkt von Professor Bücher, wenn er vollständige Wirtschaftsrechnungen fordert, und zwar mindestens auf die Dauer von einem Jahre [2], wie wir das auch an einigen Beispielen beweisen können. Für Chemnitz standen uns also, wie wir bereits ausgeführt haben, 26 WmF.-Rechnungen und 23 HM.-Rechnungen zur Verfügung. Trotz der geringen Anzahl der Rechnungen weisen beide Erhebungen in ihren Gesamtergebnissen eine ziemlich gute Übereinstimmung auf, so daß sie wohl als typisch für die Lebensverhältnisse dieser sozialen Bevölkerungsschicht angesehen werden dürften. Wir haben es hierbei bereits mit besser gestellten Arbeitern zu tun, das zeigt ein Blick auf die Einkommensverhältnisse derselben (Tabelle Seite 137). Wir finden kein Gesamteinkommen unter 1000 Mk. Die durchschnittlichen Gesamteinkommen weichen für beide Erhebungen nur wenig voneinander ab, doch ändert

[1] Z. Sächs. St. B. 1857 Nr. 8/9 S. 156 ff. Ernst Engel, Besprechung der Haushaltungsrechnungen von Ducpétiaux und Le Play, anschließend Aufstellung eines Normalbudgets für Sachsen. Ein Vergleich desselben mit unseren Haushaltungsrechnungen erscheint jedoch nicht angebracht. Weiter Z. Sächs. St. B. 1885 Heft 3/4 S. 156: v. Schlieben, Untersuchungen über das Einkommen und die Lebenshaltung der Handweber der Amtshauptmannschaft Zittau.

[2] Bücher, Haushaltungsbudgets oder Wirtschaftsrechnungen. Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften, 62. Jahrg. Tübingen 1906. S. 686 ff.

Gliederung der Chemnitzer Wirtschaftsrechnungen nach der Höhe der Einnahmen.

A. Gesamteinnahme.

	WmF-Rechnungen:	HM-Rechnungen:
Unter 1000 Mk.	—	—
1000—1199 „	1	—
1200—1399 „	4	2
1400—1599 „	4	4
1600—1799 „	6	6
1800—1999 „	3	5
2000—2199 „	4	1
2200—2399 „	1	2
2400—2699 „	1	3
2700—3000 „	2	—
zusammen:	26	23

B. Gesamtverdienst des Mannes.

	WmF-Rechnungen:	HM-Rechnungen:
600— 799 Mk.	—	1
800— 999 „	—	1
1000—1199 „	4	5
1200—1399 „	5	2
1400—1599 „	6	9
1600—1799 „	2	2
1800—1999 „	6	—
2000—2199 „	2	2
2200—2399 „	—	1
2400—2699 „	1	—
2700—3000 „	—	—
zusammen:	26	23

sich das Bild, wenn wir die verschiedenen Einnahmeposten getrennt betrachten (Tabelle Seite 138). Leider ist die Differenzierung bei beiden Erhebungen nicht gleichmäßig. Gliedern wir die Rechnungen nach dem Verdienst des Mannes, so stehen die WmF.-Rechnungen günstiger als die HM.-Rechnungen. Bei den letzteren beträgt der Verdienst des Mannes im Durchschnitt 1436,80 Mk., bei ersteren der Arbeitsverdienst durchschnittlich 1554,59 Mk., Verdienst durch Nebenarbeit durchschnittlich 49,02 Mk., zusammen also 1603,61 Mk. Bei den HM.-Rechnungen sind dafür die Beiträge der Familienangehörigen und die sonstigen Einnahmen höher. Im Durchschnitt der Haushaltungen kamen hier 233,40 Mk. auf Beiträge der Familienangehörigen, 51,70 Mk. auf Unterstützungen und 150,28 Mk. auf sonstige Einnahmen. Im Durchschnitte der WmF.-Rechnungen trugen die Ehefrauen 58,34 Mk., die Kinder 85,03 Mk., die Familienangehörigen zusammen also 143,37 Mk. zum Gesamteinkommen bei. Die sonstigen Einnahmen betrugen hier im

Gliederung der Einnahmen nach der Art und nach drei Ausgabenstufen.

Im Durchschnitt der einzelnen Ausgabenstufen und im Durchschnitt aller Rechnungen kommen auf:

	Stufe I Ausgaben bis 1600 Mk.		Stufe II Ausgaben über 1600—2000 Mk.		Stufe III Ausgaben über 2000 Mk.		Zusammen sämtliche Rechnungen	
	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%
WmF.:	7 Rechnungen		12 Rechnungen		7 Rechnungen		26 Rechnungen	
Arbeitsverdienst des Mannes	1250,75	90,9	1538,21	86,3	1886,50	78,2	1554,59	84,3
Nebenarbeit des Mannes	14,02	1,0	45,63	2,5	89,83	3,7	49,02	2,7
Einnahme der Ehefrau	52,69	3,8	61,71	3,5	58,23	2,4	58,34	3,2
Beitrag der Kinder	2,91	0,2	68,05	3,8	196,25	8,2	85,03	4,6
Untermietung	1,14	0,1	1,21	0,1	22,29	0,9	6,87	0,4
Sonstige bare Einnahmen	55,14	4,0	67,51	3,8	159,63	6,6	88,98	4,8
zusammen:	1376,65	100	1782,32	100	2412,73	100	1842,83	100
HM.:	8 Rechnungen		8 Rechnungen		7 Rechnungen		23 Rechnungen	
Verdienst des Mannes	1122,94	73,4	1486,34	81,8	1738,89	74,8	1436,80	76,7
Verdienst der Familienangehörigen	219,14	14,3	174,17	9,6	317,38	13,6	233,40	12,5
Unterstützungen	92,10	6,0	7,31	0,4	56,27	2,4	51,70	2,8
Sonstige Einnahmen	96,28	6,3	148,48	8,2	214,03	9,2	150,28	8,0
zusammen:	1530,46	100	1816,30	100	2326,57	100	1872,18	100

Die Aufbereitung der Erhebungen ist also nicht gleichmäßig erfolgt.

Durchschnitt 95,85 Mk., Einkommen aus Untervermietung war nur in 3 Fällen verzeichnet worden, wie wir früher schon ausgeführt haben. Gliedern wir die Haushaltungsrechnungen nach den 3 Ausgabenstufen 1200 bis 1600 Mk., 1600 bis 2000 Mk., über 2000 Mk.[1], so finden wir bei den WmF.-Rechnungen, daß der Anteil des Arbeitsverdienstes des Mannes an dem Gesamteinkommen mit steigendem Einkommen sinkt, ebenso der Anteil der Ehefrau, der Anteil der Kinder aber und der sonstigen Einnahmen steigt. Bei den HM.-Rechnungen tritt dies nicht so scharf hervor. Im einzelnen sind natürlich starke Abweichungen vorhanden; die Anzahl der Rechnungen ist nicht groß genug, als daß diese Differenzen in den Durchschnittswerten verschwinden könnten und gewisse Gesetzmäßigkeiten sich erkennen ließen. Wir bringen im Anschluß hieran noch eine Tabelle, die für 3 Chemnitzer WmF.-Rechnungen zeigt, daß in den einzelnen Monaten beträchtliche Schwankungen in der Höhe der Einnahmen und Ausgaben stattgefunden haben, ein Beweis, daß Haushaltungsrechnungen zum mindesten für die Dauer eines Jahres aufgestellt werden müssen.

Einnahmen und Ausgaben in den einzelnen Monaten des Jahres 1907 für 3 WmF.-Rechnungen.

E = Einnahme, A = Ausgabe in Mark.

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
E	188,00	245,00	274,50	219,00	224,00	309,50	220,00	271,00	228,50	194,00	224,20	248,75
A	201,73	204,28	238,56	275,05	266,79	207,22	287,87	188,88	238,88	286,41	219,24	231,67
E	124,00	113,00	226,00	126,00	142,00	142,00	112,00	148,00	116,50	135,50	204,00	190,00
A	117,87	117,17	223,33	127,81	141,45	136,89	128,15	131,39	130,30	128,75	134,23	269,72
E	165,66	148,76	195,53	170,91	198,20	149,49	151,50	186,75	144,20	143,88	211,61	263,30
A	158,63	155,20	181,28	177,99	178,10	205,89	145,11	204,66	146,32	138,56	170,84	237,00

Weiter können wir auf die Einnahmen nicht eingehen und müssen dafür auf den Textteil der beiden Erhebungen verweisen. Die Wirtschaftsrechnungen sind für diese Arbeit nur das Mittel zum Zweck, wir verzichten daher auf eine Betrachtung der Ausgaben in den einzelnen Haushaltungen. Es kommt uns nur darauf an, zu zeigen, wie sich

[1] Wir haben diese Gliederung gewählt und nicht eine solche nach Einkommensstufen, um einen Vergleich mit den Ausgaben zu ermöglichen. An sich ist ja bei den Arbeiterhaushaltungen die Differenz zwischen Einnahme und Ausgabe gering.

durchschnittlich in jeder der 3 Ausgabenstufen und in der Gesamtheit der Rechnungen die Ausgaben auf die einzelnen Lebensbedürfnisse verteilen. Für die Gesamtausgaben müssen wir die Rechnungen jeder Erhebung getrennt behandeln, da diese nicht gleichmäßig aufbereitet worden sind und eine Umrechnung nicht möglich ist (Anhang Va). Es tritt auch hierbei der Umstand hervor, daß bei den WmF.-Rechnungen mehr wie bei den HM.-Rechnungen ein gleichmäßiger Verlauf des Anteils der einzelnen Ausgaben an den Gesamtausgaben in den verschiedenen Ausgabenstufen zu erkennen ist, wenngleich wir auch hierbei wieder das Argument der geringen Anzahl vorbringen müssen. Wir bringen die Tabellen daher nur als Ergänzungen zu unseren Betrachtungen, ohne näher darauf eingehen zu können. Wir glauben dies um so eher tun zu können, als nur für die Bewegung der Nahrungsmittelpreise verhältnismäßig genaue Zahlenangaben zur Verfügung stehen. Für die Betrachtung der Nahrungsmittelausgaben allein war es möglich, die Angaben beider Erhebungen gemeinsam zu behandeln, da die Nahrungsmittelausgaben in den HM.-Rechnungen stärker differenziert angegeben sind (Anhang Vb). Mehr als ein Fünftel der Nahrungsmittelausgaben (21,9 %) entfällt im Durchschnitt aller Rechnungen auf die Ausgaben für Brot und Backwaren, zusammen ein knappes Fünftel auf Fleisch usw. (13,9 %) und Wurstwaren (5,7 %). 13,4 % kommt auf Butter, 7,6 % auf Milch und so fort, wie die Tabelle zeigt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen steigen die Ausgaben für jedes einzelne Nahrungsmittel absolut von Stufe zu Stufe. Eine Umrechnung auf Konsumeinheiten müssen wir uns ersparen. Die Konsumeinheiten, die bei den HM.-Rechnungen verwendet worden sind, sollen zwar nach dem Bericht dieselben sein, die das Kaiserliche Statistische Amt seinen Berechnungen zugrunde gelegt hat, sind es aber allem Anschein nach nicht, wie wir uns überzeugen mußten (wie sollen dann z. B. zwei erwachsene Personen zusammen 1,9 Einheiten ausmachen?).

Betrachten wir die relativen Ausgaben, so finden wir von Stufe zu Stufe ein ständiges Steigen für Butter und Eier, ein ständiges Sinken für Wurst, Fische, Milch, Schmalz usw., Kaffee usw., Zigarren usw. In der zweiten Stufe stehen relativ am niedrigsten die Ausgaben für Fleisch usw., Käse, Grünwaren, Mehl usw., Obst usw., relativ am höchsten die Ausgaben für Brot, Kartoffeln, Zucker und sonstiges. Eine durch das Steigen der Ausgaben bedingte typische Konsumverschiebung läßt sich hiernach nicht feststellen. Einesteils dürfte dies

daran liegen, daß die Haushaltungsrechnungen sämtlich derselben sozialen Schicht entstammen und innerhalb der betrachteten Ausgabenstufen bei steigender Gesamtausgabe die Konsumverschiebung zu gering ist oder eher alle Nahrungsmittelausgaben gleichmäßig steigen, wenn für kein Nahrungsmittel das Bedürfnis völlig befriedigt werden kann. Zum anderen Teil aber ist, wir müssen es immer wieder betonen, die Zahl der Haushaltungsrechnungen zu gering, um extreme, durch besondere Umstände bedingte Ausnahmefälle in den Durchschnittsziffern für jede Stufe zum Verschwinden zu bringen und charakteristische Konsumverschiebungen erkennen zu lassen. Wir verwenden daher für die folgenden Untersuchungen zur Feststellung des Einflusses der Preisbewegung auf die Kosten der Lebenshaltung nur die Durchschnittsangaben aus sämtlichen 49 Haushaltungsrechnungen, und nehmen an, daß diese maßgebend gewesen sind für die Gewohnheit dieser Bevölkerungsklasse, eine bestimmte Geldsumme in den Jahren 1907/08, in denen beide Erhebungen stattfanden, zur Befriedigung ihres Nahrungsbedürfnisses zu verwenden. Da wir nur die Preisbewegung der wichtigsten Lebensmittel rechnerisch erfassen konnten[1], müssen wir unsere Berechnung auf diese Nahrungsmittel beschränken. Im Laufe der Jahre sind sicher auch dafür in jeder Familie Konsumverschiebungen eingetreten[2] infolge Familienzuwachses, Preisveränderung, zunehmenden Wohlstandes usw., doch lassen sich diese Momente nicht zahlenmäßig feststellen. Wir müssen die Annahme treffen, daß der Konsum für jedes einzelne Nahrungsmittel im Laufe der 20 Jahre ständig gleich groß geblieben ist. Wir stellen uns also mehrere Familien vor, die in den einzelnen zeitlich bestimmten Perioden die gleichen Gewichtsmengen Fleisch, die gleiche Stückzahl Eier, die gleiche Raummenge Milch usw. verzehrt haben, und berechnen auf Grund der Preise in den einzelnen Perioden die Gesamtausgaben jeder Familie für diese Lebensmittel. In die Rechnung selbst brauchen wir daher die Konsumziffern für die einzelnen Nahrungsmittel gar nicht einzuführen, da auf Grund der Ausgaben für ein bestimmtes Nahrungsmittel in der Periode a und

---

[1] Es war z. B. nicht möglich, wie wir gesehen haben, hinreichend genaue Angaben zu erhalten über die Preise von Fischen, Margarine, Gewürzen, Öl, Grünwaren, Obst und Südfrüchten, Kaffee, Tee usw., Zigarren und Tabak.

[2] Wir unterscheiden also räumliche Konsumverschiebungen (gleiche Zeit, ungleiche Einkommensstufen) und zeitliche Konsumverschiebungen (gleiche Einkommensstufe, verschiedene Zeiten).

der Preise dafür in den Perioden a und b sich ohne weiteres die Ausgabe in der Periode b berechnen läßt. Schwierigkeiten entstehen nur insofern, als in den Rechnungen die Ausgaben für verschiedene Nahrungsmittel mehrfach zusammengefaßt angegeben sind, z. B. für die Gruppe Fleisch, Schinken, Speck usw. Wir haben aber bereits früher an den Fleischpreisen gezeigt, daß das gewöhnliche arithmetische Mittel von dem gewogenen Mittel (Berücksichtigung des Konsums der einzelnen Fleischsorten) nicht allzu stark abweicht, und halten die Verwendung des gewöhnlichen Mittels zur Berechnung des Durchschnitts aus den Preismeßziffern der Nahrungsmittel jeder Gruppe für ausreichend. Das Ergebnis der Berechnungen[1] zeigt folgende Tabelle.

Der Einfluß der Preisbewegung auf die Höhe der Ausgaben für die wichtigsten Nahrungsmittel in den . . . Perioden.

(Im Durchschnitt aller 49 Haushaltungsrechnungen.)

	1889–1893	1894–1898	1899–1903	1904–1908	1909–1913
Fleisch usw.	122,3	120,1	124,9	139,0	155,6
Wurst	52,4	51,1	51,1	56,8	62,5
Butter	131,6	127,2	128,8	135,3	153,1
Käse	10,9	10,8	11,8	12,6	14,7
Eier	14,6	14,2	16,7	19,6	22,8
Milch	72,7	72,7	72,7	74,6	81,5
Brot und Backwaren	206,8	157,2	173,7	191,9	203,5
Kartoffeln	26,1	22,3	31,5	31,9	35,8
Mehl, Reis usw.	36,2	32,0	32,1	35,8	38,2
Zucker	33,4	28,7	32,0	24,3	28,6
zusammen:	707,0	636,3	675,3	721,8	796,3

Relativzahlen für die Summen:

A.	1.	**100**	90,0	95,5	102,1	112,6
	2.	111,1	**100**	106,1	113,4	125,1

Die entsprechenden Relativzahlen für die Summen in den einzelnen Ausgabenstufen führen wir vergleichsweise an, ohne die Rechnung im einzelnen hier zu bringen.

Stufe I.

B.	1.	**100**	90,3	95,7	102,3	112,7
	2.	110,8	**100**	106,0	113,3	124,9

[1] Nach Thieme (a. a. O. S. 84) sind derartige Berechnungen zuerst von Chatelanat, dann von Hampke vorgenommen worden. Chatelanat, Die Lebensverteuerung und die Staatsdienerbesoldung. 9. Jahrg. der Zeitschrift der Schweizerischen Statistik, 1873. Hampke, Das Ausgabenbudget der Privatwirtschaften. Jena 1888.

Stufe II.

C.	1.	**100**	89,5	95,3	101,7	112,1
	2.	111,8	**100**	106,6	113,6	125,4

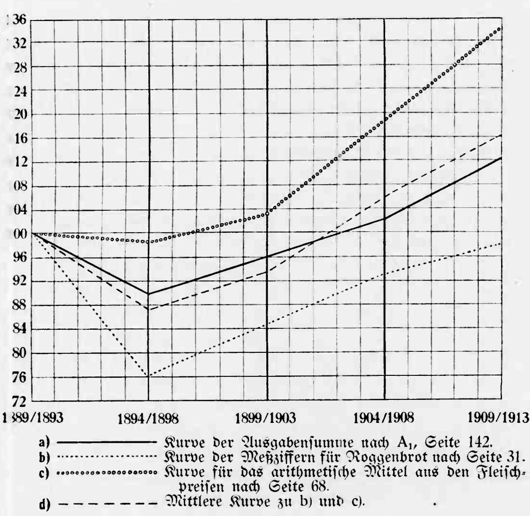
Stufe III.

D.	1.	**100**	90,5	95,7	102,5	113,2
	2.	110,5	**100**	105,8	113,3	125,1

Die Ausgaben für die zur Berechnung herangezogenen Nahrungsmittel betragen rund 75 % der gesamten im Durchschnitt der Jahre 1907/08 gemachten Nahrungsmittelausgaben. Der Gesamtaufwand für diese Nahrungsmittel ist am niedrigsten in den Jahren 1894/98 gewesen, auch der Aufwand in der folgenden Periode steht noch unter dem der Jahre 1889/93. Erst die beiden letzten Perioden zeigen eine stärkere Steigerung. Gegenüber der Periode 1894/98 weisen die Ausgaben in den Jahren 1909/13 eine Steigerung um rund 25 % auf, während die Steigerung gegenüber der Periode 1889/93 nur halb so groß ist. Diese starke Abweichung findet ihre Erklärung zum Teil dadurch, daß die Preise für fast alle Nahrungsmittel in den Jahren 1894/98 einen Tiefstand aufweisen, vor allem aber sind die Ausgaben für Brot ausschlaggebend gewesen, da die Brotpreise in den 90er Jahren besonders tief stehen, und seitdem stark gestiegen sind, aber nicht über die Höhe zu Beginn der 90er Jahre hinaus. Diese Erscheinung zeigt sich auch, wenn man die Berechnungen für die drei Ausgabenstufen getrennt durchführt. Die mittlere Ausgabenstufe zeigt den relativ größten Brotverbrauch, demzufolge gegenüber der Periode 1889/93 von allen Stufen die geringste Steigerung, gegenüber der Periode 1894/98 in der letzten Periode die größte Steigerung des Nahrungsmittelaufwandes. Die Bedeutung der Ausgaben für Brot in den Haushaltungen der minderbemittelten Klassen tritt hieraus klar hervor. Wir erkennen, daß die scheinbar geringe Steigerung der Ausgaben im Durchschnitt der letzten Periode gegenüber den Jahren 1889/93 ihre Ursache zum Teil in einer Kompensation findet (siehe Kurve auf Seite 144).

Einen größeren Wert muß man der anderen Steigerungsberechnung (Aufwand in den Jahren 1894/98 gleich 100 gesetzt) zumessen, denn wir haben schon früher gesagt, daß nicht die absoluten Höhen der Preise bzw. der Nahrungsmittelausgaben von Bedeutung sind, sondern ihre Schwankungen. Maßgebend für unsere Betrachtungen kann also nur

Die Bedeutung der Ausgaben für Fleisch und Brot gegenüber der in vorhergehender Tabelle gefundenen Ausgabensumme.



Die Anpassung der a) Kurve an die d) Kurve ist deutlich zu erkennen (Kompensationswirkung).

die Frage sein: Wie sind die Ausgaben seit dem Tiefstand der 90er Jahre gestiegen? Und da finden wir die beträchtliche Steigerung von 25 %. Letzten Endes haben aber solche Berechnungen nur einen bedingten Wert, da hierbei ja der Einfluß der Konsumtionsverschiebungen nicht berücksichtigt werden kann, ebenso auch der Wechsel in der Qualität der gekauften Nahrungsmittel. Diese Momente lassen sich aber nicht zahlenmäßig erfassen. Es ist klar, daß einer Preisverteuerung vielfach dadurch begegnet wird, daß man einen Wechsel in der Ernährungsweise eintreten läßt, z. B. mehr pflanzliche als tierische Nahrungsmittel konsumiert, oder daß man zu einer geringeren Qualität des

betreffenden Nahrungsmittels übergeht [1]. Eine Verschlechterung der Ernährung hat dieselbe Bedeutung wie eine Verteuerung derselben. Schwieriger dürfte die Frage des Wechsels der Ernährungsweise zu behandeln sein, das müssen wir aber den Physiologen überlassen. Der Rest der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, den wir bei unseren Berechnungen nicht herangezogen haben, erstreckt sich auf Fischwaren, Grünwaren und Obst, Kaffee, Tee usw., Gewürze und sonstiges. Eine exakte Erfassung der Preisschwankungen war hierfür nicht möglich. Aus unseren früheren Betrachtungen geht aber hervor, daß sie das aus den Berechnungen gewonnene Ergebnis kaum verändern können.

Wir sehen jedenfalls, daß im letzten Jahrzehnt eine beträchtliche Verteuerung des Nahrungsbedürfnisses stattgefunden hat, dessen Ursache wir bereits eingehend im Zusammenhang mit der Verteuerung der Ausgaben für die übrigen Lebensbedürfnisse behandelt haben. Daraus läßt sich aber nicht ohne weiteres der Schluß ziehen, daß die Bevölkerung, besonders die minderbemittelten Klassen, heutzutage schlechter gestellt sind als in früheren Jahren. Hand in Hand mit einer Verteuerung der Lebensbedürfnisse, mit einem Steigen der Ansprüche an das Leben geht eine Steigerung der Einkommen, besonders der Arbeitslöhne. Die Preissteigerung hat zu einer Besserung der Einkommensverhältnisse geführt, die wiederum preisverteuernd wirken mußte, eine ständige Wechselwirkung ist nicht zu verkennen, ohne daß es möglich wäre, einer dieser Erscheinungen die primäre Bedeutung zuzusprechen. Es scheint daher notwendig, unsere bisherigen Untersuchungen durch eine Betrachtung der Einkommens- und Lohnverhältnisse der Chemnitzer Bevölkerung zu ergänzen.

[1] Aus dem Textteil der HM.-Rechnungen geht z. B. hervor, daß Fleisch häufig in der Freibank gekauft wird.

Dritter Teil.

Die Einkommens- und Lohnverhältnisse der Chemnitzer Bevölkerung.

Eine erschöpfende Darstellung der Einkommens- und Lohnverhältnisse in Chemnitz zu bringen ist leider infolge des geringen Materials nicht möglich. Es kann sich nur darum handeln, an einigen Beispielen zu zeigen, wie sich die Einkommensverhältnisse im Laufe der Zeit gebessert haben, denn umfassende Darstellungen fehlen bis jetzt fast vollständig.

Werfen wir zunächst einmal einen Blick auf die Ergebnisse der Einschätzung zur Staatseinkommensteuer in Chemnitz, und zwar für die Jahre von 1878 bis 1908, für die letzten Jahre sind sie bis jetzt noch nicht veröffentlicht worden.

Allgemeine Einkommensverteilung 1878 bis 1908 in Chemnitz.

Zahl der beitragspflichtigen physischen Personen mit nebenstehendem Einkommen:

Einkommen in Mark	1878	1884	1890	1896	1902	1908
unter 800	18 641	26 238	31 110	36 084	37 218	43 874
über 800—1250	4 774	7 898	13 575	15 378	24 616	37 380
„ 1250—2800	3 374	5 084	7 800	10 469	17 215	29 344
„ 2800—6300	1 432	1 793	2 608	3 133	4 526	6 254
„ 6300	630	930	1 371	1 653	2 263	2 735
zusammen:	28 851	41 943	56 464	66 717	85 838	119 587
Von 100 beitragspflichtigen physischen Personen hatten nebenstehendes Einkommen:						
unter 800	64,61	62,55	55,10	54,09	43,35	36,69
über 800—1250	16,55	18,83	24,04	23,05	28,68	31,26
„ 1250—2800	11,69	12,12	13,82	15,69	20,06	24,54
„ 2800—6300	4,97	4,28	4,62	4,69	5,28	5,23
„ 6300	2,18	2,22	2,42	2,48	2,63	2,28
zusammen:	100	100	100	100	100	100

Von 1878 bis 1908 hat sich die Bevölkerung der Stadt Chemnitz um 232 % vermehrt, die Zahl der steuerpflichtigen Personen ist um

315,5 % gestiegen, aber nicht in allen Einkommensstufen gleichmäßig. Es stieg in dieser Zeit die Zahl der Personen mit einem Einkommen[1]

unter 800 Mk.		um	135 %
über 800 „	bis 1250 Mk.	„	683 %
„ 1250 „	„ 2800 „	„	770 %
„ 2800 „	„ 6300 „	„	337 %
„ 6300 „		„	334 %

Am stärksten gestiegen ist demnach die Anzahl der Einkommen über 800 bis 2800 Mk. Dann folgen die höheren Einkommen über 2800 Mk., deren Vermehrung der Vermehrung der steuerpflichtigen Personen entspricht. Die geringste Steigerung weisen die Einkommen unter 800 Mk. auf. Ihre Steigerung bleibt weit unter der Bevölkerungsvermehrung oder der Zunahme der steuerpflichtigen Personen zurück. Das tritt auch aus den Prozentzahlen hervor. Der Anteil der kleinen Einkommen unter 800 Mk. ist fast auf die Hälfte zurückgegangen. Die absolute Zahl der Einkommen über 2800 Mk. ist gegenüber der Zahl der übrigen Einkommen zu gering, als daß ihre Zunahme in den Anteilsziffern scharf zum Ausdruck kommen könnte, die ziemlich häufigen, wenn auch kleineren Schwankungen unterliegen. In der Hauptsache kommt der Rückgang des Anteils der Einkommen unter 800 Mk. den Einkommen über 800 bis 2800 Mk. zugute, deren Anteil sich in diesen Jahren fast verdoppelt hat. Diese Verschiebung wird in erster Linie auf eine Steigerung des Einkommens der minderbemittelten Klassen zurückzuführen sein.

Eine weitergehende Untersuchung der allgemeinen Einkommensverteilung, wie es Bresciani, Würzburger, Tabacovici u. a. getan haben[2], würde hier zu weit führen, da es uns mehr darauf ankommt, einen Überblick über die Einkommensverhältnisse der unteren Bevölkerungsklassen zu gewinnen. Leider ist zu einer vergleichenden Lohnstatistik in größerem Umfange für Chemnitz bis jetzt noch kein genügendes Material vorhanden.

[1] Vgl. dazu die Monatlichen Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz 1904 Nr. 11 und die verschiedenen Jahrgänge der Zeitschrift des Kgl. Sächs. Stat. Landesamtes.

[2] Bresciani, Über die Methoden der Einkommensverteilungsstatistik. J.f.N.u.St. Bd. 33, 3. F., S. 577 ff. Derselbe, Über einen quantitativen summarischen Ausdruck für die Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung. D.St.C.B. III 1911, S. 173 ff. Tabacovici, Die Statistik der Einkommensverteilung mit besonderer Rücksicht auf das Königreich Sachsen, Leipziger Dissertation 1913.

Aus den Lohntabellen des Jahres 1890 sind im Statistischen Amte der Stadt Chemnitz verschiedene Erhebungsmomente auf Zählblättchen übertragen worden, die mir von der Direktion zur Verfügung gestellt wurden. Erfaßt wurden damals von den männlichen Personen merkwürdigerweise nur die verheirateten, verwitweten und geschiedenen Arbeiter. Da das Material noch nicht aufbereitet worden war, haben wir für unsere Zwecke 5 Gruppen gebildet, die die folgenden Arbeiterkategorien umfassen:

Gruppe A: Schlosser, Schmiede, Dreher, Bohrer, Gußputzer, Former, Kernmacher, Monteure und Klempner.

Gruppe B: Glaser, Tischler.

Gruppe C: Maler, Lackierer, Anstreicher.

Gruppe D: Baugewerbliche Arbeiter.

Gruppe E: Weber, Spinner, Scherer, Spuler, Flyerinnen, Weiferinnen.

Da der Lohn verschieden angegeben war, so wurden alle Angaben auf ein Jahr umgerechnet (1 Jahr = 50 Wochen = 300 Tage). Die folgende Tabelle gibt die Endergebnisse dieser Auszählung.

Jahresverdienste von Industriearbeitern in der Stadt Chemnitz im Jahre 1890.

Jahresverdienst in Mark	Gruppe A		Gruppe B		Gruppe C		Gruppe D		Gruppe E	
bis 600	56	1,52	15	2,80	27	11,25	116	18,01	1096	81,79
über 600—900	1002	27,23	235	43,84	130	54,17	471	73,14	212	15,82
„ 900—1200	1386	37,66	206	38,43	60	25,00	52	8,07	30	2,24
„ 1200—1500	901	24,49	67	12,50	18	7,50	5	0,78	2	0,15
„ 1500—1800	263	7,14	12	2,24	5	2,08	—	—	—	—
„ 1800	72	1,96	1	0,19	—	—	—	—	—	—
zusammen:	3680	100	536	100	240	100	644	100	1340	100

Am günstigsten steht hiernach die Gruppe A, am ungünstigsten die Gruppe E. Dies deckt sich also mit den allgemeinen Beobachtungen, daß die Metallarbeiter die höchsten, die Textilarbeiter die niedrigsten Löhne erhalten.

Das Statistische Amt der Stadt Chemnitz hat weiter die Ergebnisse der Einschätzung zur Staatseinkommensteuer vom Jahre 1902 nach Berufsklassen differenziert [1]. Bilden wir dafür dieselben Gruppen wie vorhin, so erhalten wir:

[1] Monatliche Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz. 1904 Nr. 3. Jahresverdienste von Industriearbeitern in der Stadt Chemnitz nach den Ergebnissen der Einschätzung zur Staatseinkommensteuer für das Jahr 1902.

Jahresverdienste von Industriearbeitern in der Stadt Chemnitz im Jahre 1902.

Jahresverdienst in Mark	Gruppe A		Gruppe B		Gruppe C		Gruppe D		Gruppe E	
bis 600	284	3,12	21	1,59	12	1,72	41	2,37	163	16,51
über 600 — 900	2055	22,58	352	26,67	285	40,95	174	10,08	368	37,28
„ 900—1200	3013	33,11	593	44,92	281	40,37	1324	76,67	324	32,83
„ 1200—1500	2382	26,18	270	20,46	95	13,65	119	6,89	115	11,65
„ 1500—1800	1025	11,26	70	5,30	13	1,87	41	2,37	13	1,32
„ 1800	341	3,75	14	1,06	10	1,44	28	1,62	4	0,41
zusammen:	9100	100	1320	100	696	100	1727	100	987	100

Die starke Zunahme der absoluten Zahlen in den Gruppen A bis D gegenüber der vorigen Tabelle erklärt sich daraus, daß hierbei auch die unverheirateten Arbeiter gezählt sind. Die Abnahme in der Gruppe E erklärt sich durch das Fehlen der weiblichen Arbeiter, die einen geringeren Lohn erhalten. Darauf läßt sich zum Teil diese starke Verschiebung innerhalb der Einkommensklassen für die Gruppe E zurückführen, in der Hauptsache wird aber auch hier die Ursache in einer Steigerung der Löhne liegen, ebenso wie auch bei den übrigen Gruppen, die gleichfalls für die einzelnen Einkommensstufen eine Verschiebung nach den höheren Stufen hin aufweisen, trotzdem bei der Erhebung von 1902 auch die unverheirateten Arbeiter, die im allgemeinen jünger sind, mit eingerechnet worden sind.

Eine dritte Erhebung lag dann noch aus dem Jahre 1910 vor. Auf Grund der Lohnlisten sind im Statistischen Amte für jede Berufskategorie die Arbeiter nach der Höhe des Tagesverdienstes gegliedert ausgezählt worden. Auch dieses Material wurde uns seitens der Direktion liebenswürdigst zur Verfügung gestellt. Die Umrechnung auf Jahresverdienst und Einteilung nach den obigen Gruppen ergibt folgende Tabelle.

Jahresverdienste von Industriearbeitern in der Stadt Chemnitz im Jahre 1910.

Jahresverdienst in Mark	Gruppe A		Gruppe B		Gruppe C		Gruppe D		Gruppe E	
bis 600	13	0,14	—	—	1	0,20	1	0,06	304	21,53
über 600—900	202	2,23	6	0,80	6	1,21	59	3,28	555	39,31
„ 900—1200	2153	23,76	107	14,23	97	19,64	119	6,62	187	13,24
„ 1200—1500	3130	34,55	352	46,81	307	62,15	568	31,61	176	12,46
„ 1500—1800	2074	22,89	266	35,37	78	15,79	902	50,19	140	9,92
„ 1800	1488	16,43	21	2,79	5	1,01	148	8,24	50	3,54
zusammen:	9060	100	752	100	494	100	1797	100	1412	100

Sie weicht insofern von den vorigen Tabellen ab, als hierbei keine jugendlichen Personen gezählt sind. Deren Zahl ist jedoch nur bei den Drehern und Schlossern von Bedeutung. Stellen wir diese Tabelle derjenigen für das Jahr 1890 gegenüber, die gleichfalls keine jugendlichen Personen und sogar keine unverheirateten Arbeiter enthielt, so läßt sich eine starke Verschiebung nach den oberen Einkommensstufen hin erkennen. Am stärksten kommt dies zum Ausdruck in der Gruppe D (Baugewerbliche Arbeiter). Während hier im Jahre 1890 99,22 %, also nahezu sämtliche Arbeiter bis höchstens 1200 Mk. jährlich verdienten, hatten im Jahre 1910 nur noch 9,96 % aller Arbeiter (ohne die jugendlichen Personen) einen Jahresverdienst von höchstens 1200 Mk. Nicht so ganz stark sind die Verschiebungen bei den Gruppen A, B und C gewesen, doch immerhin noch ganz beträchtlich gegenüber den weit geringeren Verschiebungen in der Gruppe der Textilarbeiter.

Die drei Tabellen weichen in der Art der Erhebung zu stark voneinander ab, um genaue Vergleiche zu ermöglichen. Bei eingehender Berücksichtigung all dieser Verschiedenheiten wird man aber schließlich doch auch hieraus feststellen können, daß im Laufe der letzten 20 Jahre, und zwar besonders im letzten Jahrzehnt die Löhne mehr oder weniger stark gestiegen sind.

Einen Anhalt für das Maß dieser Steigerung kann die Steigerung des ortsüblichen Tagelohns (seit 1905 „Ortslohn") geben, wie er nach § 8 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 und 10. April 1892 festzustellen ist, für Erwachsene und jugendliche Arbeiter seit Errichtung der Krankenkassen im Jahre 1884, für Kinder seit dem Jahr 1889.

Ortsüblicher Tagelohn in Chemnitz.
(Nach Mitteilungen des Versicherungsamtes der Stadt Chemnitz.)

	Erwachsene Arbeiter (über 16 Jahre)		Jugendl. Arbeiter (14—16 Jahre)		Kinder (unter 14 Jahren)	
	männlich Mk.	weiblich Mk.	männlich Mk.	weiblich Mk.	männlich Mk.	weiblich Mk.
ab 1884	2,—	1,20	1,—	0,90	ab 1889 0,30	ab 1889 0,30
„ 1. 1. 1893	2,20	1,30	1,10	1,—	0,30	0,30
„ 1. 1. 1901	2,50	1,50	1,30	1,10	0,40	0,40
„ 1. 1. 1905	2,50	1,50	1,30	1,10	0,30[2]	0,30[2]
„ 1. 9. 1910	3,—	1,75	1,50	1,20	0,35	0,35
am 1. 1. 1914	3,50[1]	—	—	—	—	—

[1] Reichsarbeitsblatt 1914 Nr. 1 S. 60.
[2] Rückgang infolge des Kinderschutzparagraphen: Beschränkung der Arbeitszeit auf 3 Stunden pro Tag.

Wiewohl dieser Tagelohn von vielen Seiten als unmaßgeblich angesehen wird, so wird man ihm doch bei der sorgfältigen Feststellung, die ihm besonders in den Großstädten zuteil wird, einen gewissen Wert nicht absprechen können[1]. Hiernach entspricht die Steigerung des Ortslohnes der Verteuerung der Nahrungsmittel. Wie dort tritt auch hier die Erhöhung erst in den letzten 10 Jahren stärker hervor, ohne daß es sich verlohnte, diese Steigerung zahlenmäßig zu erfassen. Eher wird dies im folgenden möglich sein.

Nach den Angaben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Chemnitz betrugen die Stundenlöhne im Bezirke Chemnitz (Stadt und nächste Ortschaften) in Pfennigen:

Jahr	Maurer und Zimmerleute	Ungelernte Arbeiter
1903	35—37	25—28
1904	37—38	26—28
1905	38—40	27—30
1906	39—42	27—30
1907	43—45	30—33
	45—47	35—37
1908	47—50	37—40
1909	47—50	37—40
	49—52	39—42
	50—53	40—43
1. 1.—1. 9. 10	53—54	43—44
1. 9. 10—1. 4. 11	54—55	44—45
1. 4.—1. 9. 11	55—56	45—46
1. 9. 11—1. 4. 12	56 Mindestlohn	46
1. 4. 12—31. 3. 13	58	48

Die Löhne der Ziegel- und Kalkträger stehen um 10 Pf. pro Stunde höher als die der Maurer und Zimmerleute.

Dazu kommt noch ein Zuschlag für Überstunden um 10 Pf., für Nachtarbeit um 15 Pf., für Arbeit am Sonntag und gesetzlichen Feiertagen um 20 Pf. pro Stunde.

Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 58 bis 59 Stunden wöchentlich, ist in der Hauptzeit bedeutend größer, im Winter ruht dafür die Arbeit vielfach ganz.

1890 verdienten die Maurer und Zimmerleute nach den Angaben aus derselben Quelle etwa 28 Pf., die ungelernten Arbeiter 21—22 Pf. pro Stunde.

[1] Vgl. den Artikel von Wolff, Ortsübliche Tagelöhne und Statistik, D.St.C.B. V, S. 123/24.

Nach dem Reichsarbeitsblatt V S. 135 ff. verdienten weiter die Zimmerer in Chemnitz:

1895	bei 11 Std.	Tagesleistung	29 Pf.	pro Stunde
1900	„ 11 „	„	35 „	„ „
1905	„ 10½ „	„	41 „	„ „

Das Jahr 1905 zeigt gegenüber den obigen Zahlen eine Abweichung, doch möchten wir hierauf nicht allzuviel Wert legen. Wir erkennen jedenfalls, daß die Löhne im Baugewerbe stark gestiegen sind, besonders im letztvergangenen Jahrzehnt, und zwar am stärksten bei den ungelernten Arbeitern. Daß dadurch bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Arbeitsstunden pro Tag eine Verteuerung der Baukosten eintreten mußte, ist hiernach erklärlich.

Vergleichsweise führen wir noch die Durchschnittslöhne im Maurergewerbe für das ganze Reich und für das Königreich Sachsen an.

Nach dem Reichsarbeitsblatt V S. 53 ff. betrug der durchschnittliche Stundenlohn:

Jahr	Im Reich	Im Königreich Sachsen
1885	28,04 Pf.	27,5 Pf.
1890	33,8 „	32,6 „
1895	34,3 „	32,2 „
1900	41,6 „	40,67 „
1905	46,0 „	41,5 „
	ohne Spezialberufe 44,5 Pf.	
1906		43,86 „

Die weiteren Ausführungen stützen sich auf Mitteilungen der Vorstände der betreffenden Innungen. Zu besonderem Danke sind wir dem Obermeister der Chemnitzer Malerinnung verpflichtet, der uns folgende Aufstellung der im Malergewerbe seit 1890 üblichen Löhne und Arbeitszeiten zur Verfügung stellte.

Löhne und Arbeitszeiten im Malergewerbe in Chemnitz.

	Lohn für Maler	Lohn für Anstreicher	Arbeitszeit pro Woche
1890	30—39 Pf. pro Stunde	24—27 Pf. pro Stunde	70 Stunden
1891/96	30—39 „ „ „	24—27 „ „ „	70 „
1897	32—40 „ „ „	26—32 „ „ „	65 „
1898	33–40 „ „ „	26—32 „ „ „	65 „
1899	33—40 „ „ „	26—32 „ „ „	62½ „
1900	35—42 „ „ „	28—34 „ „ „	62½ „
1901	36—42 „ „ „	28—34 „ „ „	62½ „
1902	36—42 „ „ „	28—35 „ „ „	62½ „
1903	36—42 „ „ „	28—35 „ „ „	62½ „

Seit 1904 Tarifvertrag, Mindestlöhne für

	Maler		Anstreicher	Arbeitszeit pro Woche
1904	40 Pf. pro Stunde		33 Pf. pro Stunde	62½ Stunden
1905	43 „ „ „		35 „ „ „	57½ „
1906	43 „ „ „		35 „ „ „	57½ „
1907	48 „ „ „	für Maler unt. 20 J. 45 Pf.	39 „ „ „	57½ „
1908	48 „ „ „	„ „ „ 20 „ 45 „	40 „ „ „	57½ „
1909	48 „ „ „	„ „ „ 20 „ 45 „	40 „ „ „	57½ „
1910	51 „ „ „	„ „ „ 20 „ 48 „	43 „ „ „	57½ „
1911	52 „ „ „	„ „ „ 20 „ 49 „	44 „ „ „	57½ „
1912	52 „ „ „	„ „ „ 20 „ 49 „	44 „ „ „	57½ „

Auch hier ist also ein starkes Steigen der Löhne zu bemerken, am stärksten wieder bei den ungelernten Arbeitern (Anstreichern). Es ist zudem zu bedenken, daß seit 1904 nur die Mindestlöhne angegeben sind, die wirklich gezahlten Stundenlöhne stehen aber vielfach höher, besonders geschickte Gehilfen werden sehr hoch bezahlt. Dies geht aus einer Erhebung hervor, die die Malerinnung im Jahre 1912 in Chemnitz vorgenommen hat. In der Woche vom 21.—27. Juli 1912 waren in 37 Malergeschäften in Chemnitz 605 Arbeiter beschäftigt, über deren Löhne wir gleichfalls Angaben erhalten konnten.

In der Woche vom 21. bis 27. Juli 1912 waren in 37 Malergeschäften in Chemnitz 605 Arbeiter beschäftigt. Dieselben erhielten folgende Löhne:

a) Maler im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit:

1 Gehilfe	47 Pf.	Stundenlohn
3 Gehilfen	48 „	„
1 Gehilfe	49 „	„
5		

b) Malergehilfen unter 20 Jahren:

2 Gehilfen	48 Pf.	Stundenlohn
16 „	49 „	„
13 „	50 „	„
1 „	51 „	„
5 „	52 „	„
37		

c) Malergehilfen über 20 Jahre:

2 Gehilfen	51 Pf.	Stundenlohn
108 „	52 „	„
57 „	53 „	„
69 „	54 „	„
31 „	55 „	„
18 „	56 „	„
7 „	57 „	„
19 Gehilfen	58 Pf.	Stundenlohn
1 Gehilfe	59 „	„
11 Gehilfen	60 „	„
1 Gehilfe	61 „	„
1 „	62 „	„
1 „	63 „	„
4 Gehilfen	65 „	„
2 „	66 „	„
1 Gehilfe	68 „	„
1 „	74 „	„
1 „	90 „	„
1 „	100 „	„
336		

d) Lackierer:

1 Gehilfe	46 Pf.	Stundenlohn
6 Gehilfen	47 „	„
10 „	48 „	„
2 „	49 „	„
9 „	50 „	„
1 Gehilfe	51 „	„
29		

e) Austreicher:

5	Gehilfen	43	Pf.	Stundenlohn
45	"	44	"	"
31	"	45	"	"
37	"	46	"	"
23	"	47	"	"
29	"	48	"	"
8	"	50	"	"
178				

f) Handarbeiter:

20 Mann mit Stundenlöhnen von 30—48 Pf.
20

Zusammenstellung:

a)	5	Arbeiter
b)	37	"
c)	336	"
d)	29	"
e)	178	"
f)	20	"
Zusammen	605	Arbeiter.

Wenn auch die Erhebung nicht alle Malergeschäfte umfaßte, so können ihre Ergebnisse doch für die Chemnitzer Verhältnisse als maßgebend betrachtet werden. Wir sehen, daß vor allem bei den Malergehilfen über 20 Jahren der Mindestlohn weit überschritten ward.

Auch im Malergewerbe macht sich der Einfluß der Saison stark geltend, die Hauptarbeit drängt sich hier in die Zeit zwischen Ostern und Pfingsten zusammen. Es fehlt dann vielfach an Arbeitskräften, während zu anderen Zeiten wieder daran Überfluß herrscht.

Die Schuhmachergehilfen verdienten 1890 durchschnittlich 12 bis 14 Mk., höchstens 15 Mk. Seit einigen Jahren gelten Tarifsätze. Ein Gehilfe steht sich heute durchschnittlich auf 18—20 Mk. wöchentlich, bei Stücklohn ist ein größeres Verdienst möglich, bis 30 und 32 Mk.

Die Schneidergehilfen standen sich 1890 durchschnittlich auf 25 Mk., 1912 auf 35 Mk. Bessere Gehilfen verdienen jetzt 50—60 Mk. Auch hier besteht eine große Abhängigkeit von der Saison. Während der Saison kann ein geschickter Gehilfe bei Stücklohn bis 100 Mk. pro Woche verdienen. Geschickte Zuschneider in größeren Schneidergeschäften können sogar im Jahre bis 5000 Mk. kommen.

Die Bäcker- und Fleischergehilfen wohnen meist noch bei ihrem Meister in Kost und Logis. Man muß also hierbei auch berücksichtigen, daß die Ausgaben des Meisters dafür gestiegen sind. Der Wert dieser Ausgaben ist für die Innungen nicht gleichmäßig angegeben worden.

Ein Bäckergehilfe stand sich 1890 durchschnittlich auf 7 Mk. pro Woche in Geld und 9 Mk. in Kost und Logis, zusammen also 16 Mk. 1913 auf 12 Mk. pro Woche in Geld und 13 Mk. in Kost und Logis, zusammen also 25 Mk. Der Höchstverdienst eines Bäckergesellen in Geld beträgt jetzt etwa 28—30 Mk. In Chemnitz herrschen jetzt noch

die kleineren und mittleren Betriebe von 5—6 Personen vor. Auf eine Bäckerei entfallen ungefähr 600 Einwohner, früher in schlechten Zeiten sogar nur 500.

Die Fleischergesellen verdienten im Jahre 1890 durchschnittlich 11 Mk. pro Woche in Geld und 10,50 Mk. in Kost und Logis, zusammen durchschnittlich 21,50 Mk. 1912 standen sie sich im Durchschnitt auf 13 Mk. in Geld und 14 Mk. in Kost und Logis, zusammen also 27 Mk. Bessere Gehilfen verdienen 17—18 Mk. wöchentlich in Geld. Gehilfen, die den Meister vertreten, verdienen noch mehr, sind aber selten.

Für die Glasergehilfen betrug der Mindestlohn

1900: 30	Pf.	pro	Std.	bei	61	Std.	Wochenarbeit
1904: 30	"	"	"	"	58	"	"
1910: 48	"	"	"	"	56	"	"
1912: 50	"	"	"	"	56	"	"

(Die letzte Angabe gilt nur für Gesellen über 20 Jahre.)

Geschickte Gehilfen können bei Akkordarbeit bis 60 Mk. pro Woche verdienen, andere kommen nur bis 30 Mk. Jahreseinkommen von 1600—2000 Mk. sind nicht selten. Im Winter fehlt es meist an Arbeit; wie im Baugewerbe herrscht auch hier Saisonarbeit. Die Löhne stehen jetzt etwa doppelt so hoch als vor 20 Jahren.

Für Schlossergehilfen betrug der durchschnittliche Stundenlohn 1890 40 Pf. bei 60 Stunden wöchentlicher Arbeit, im Jahre 1912 durchschnittlich 50 Pf. bei 58 Stunden Arbeit. Höchstlöhne betragen jetzt 65—75 Pf.

Die Klempnergehilfen verdienten 1890 durchschnittlich 19—20 Mk. wöchentlich, 1912 durchschnittlich 28—29 Mk., bessere 32 Mk.

Die Schmiedegehilfen standen sich 1890 im Durchschnitt pro Woche auf 16—17 Mk., bessere 20—21 Mk. Jetzt besteht Tarif: 58½ Stunden wöchentliche Arbeit, der Minimallohn beginnt von 33 Pf. und steigt bis 57 Pf. Der Maximallohn beträgt 60 Pf. pro Stunde. Durchschnittlich wurden im Jahre 1912 etwa 28 Mk. pro Woche verdient, davon sind noch rund 1 Mk. Kranken- und Invalidengeld abzuziehen.

Schornsteinfegergehilfen: Die unverheirateten Gehilfen erhielten wöchentlich 1890 4 Mk. in Geld und freie Station, 1912 12—15 Mk. in Geld und freie Station. Die verheirateten Gehilfen standen sich 1890 auf 14—18 Mk. pro Woche, 1912 auf 26—30 Mk.

Außerdem ist ihnen noch Gelegenheit zu Nebenverdienst gegeben durch Kesselreinigen usw., das ihnen jetzt jährlich etwa 200 bis 300 Mk.

einbringen kann. Früher war dieser Nebenverdienst noch größer. Jetzt haben sich aber bereits Leute gefunden, die diese Arbeit als Hauptgeschäft betreiben.

Die Geschirrführer erhielten 1890 durchschnittlich etwa 18 Mk. wöchentlich. Im Jahre 1912 betrug der Mindestlohn 26 Mk., nach einem Jahre Beschäftigung und im Durchschnitt aller etwa 27 Mk., Höchstlöhne 28—29 Mk. Die Trinkgelder lassen sich nicht berechnen, es kommen dafür auch nur die Geschirrführer für Speditionsfuhren in Betracht, nicht die Baugeschirrführer, die wohl die größere Hälfte ausmachen. Für Droschkenkutscher usw. konnten wir keine Angaben erhalten. Ebenso hatten wir auch an weitere Innungsvorstände und auch an verschiedene Fabriken Anfragen gerichtet über die Höhe der jeweilig gezahlten Löhne, leider wurden uns in den meisten Fällen abschlägige Antworten zuteil, und zwar nicht immer in der höflichsten Form. Sei es nun, daß man eine tendenziöse Ausbeutung des Zahlenmaterials vermutete, oder daß viele Betriebe privaten Anfragen überhaupt kein Gehör schenken, so kommt dabei doch auch in Betracht, daß Nachweise über die gezahlten Löhne für frühere Jahre meist nicht mehr vorhanden sind. So ist es uns leider nicht möglich gewesen, die Bewegung der Löhne der Fabrikarbeiter in den einzelnen Jahren für Chemnitz zu untersuchen. Das wenige Material, das sich in den verschiedenen Heften des Reichsarbeitsblattes nebst Sonderheften und in verschiedenen anderen Schriften verstreut vorfindet, erstreckt sich meist auf zu kurze Zeit und ist auch nicht immer gleichmäßig erhoben und aufbereitet worden. Der häufige Übergang von Zeitlohn zu Stücklohn, das immer stärkere Zunehmen der Tarifverträge mit der Feststellung von Mindestlöhnen und Maximalarbeitszeiten für die verschiedensten Berufszweige erschwert Vergleiche für einen längeren Zeitraum sehr stark oder macht sie ganz unmöglich. Wir glauben daher auf eine Betrachtung dieser ungenauen Zahlenangaben verzichten zu können. An den gebrachten Beispielen läßt sich jedenfalls erkennen, daß die Löhne in den letzten 20 Jahren beträchtlich gestiegen sind und der Verteuerung der Lebenshaltung Rechnung getragen haben. Bei der strafferen Organisation der Fabrikarbeiter wird das für diese nicht minder der Fall gewesen sein, wie es auch die Berichte aus verschiedenen anderen Städten zeigen.

Werfen wir vergleichsweise noch einen Blick auf die Einkommensverhältnisse der Beamten. Für die Chemnitzer städtischen Beamten wurde mir das Material dazu seitens der Stadtverwaltung in entgegen-

kommenster Weise zur Verfügung gestellt. Einen Auszug daraus gibt Anhang VIa. Infolge der großen Veränderungen der Gehaltsordnung ist eine zahlenmäßig genaue Berechnung der Steigerung nicht möglich, für die Kanzleibeamten ergibt sich aber, daß die Gehaltssteigerung bei den geringeren Einkommensstufen am größten gewesen ist. Das mittlere Gehalt der Schutzmannschaft ist etwa um die Hälfte gestiegen, das der Lehrer um etwa 30 %.

Auf Grund des Aktenmaterials betreffend Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Reich und das Königreich Sachsen haben wir eine Tabelle gewonnen, welche die Beamtengehälter zu Beginn der 90er Jahre und jetzt für einige wichtige Beamtengruppen zeigt (Anhang VI b). Wir erkennen daraus, daß besonders die Gehälter der minder besoldeten Beamten größere Aufbesserungen erfahren haben, auf eine zahlenmäßige Berechnung der Steigerung aber verzichten wir, die Zahlen besagen zu wenig.

Bei den vorausgegangenen Untersuchungen über die Preise konnten wir, wenn auch mit vielen Einschränkungen, immerhin noch annehmen, daß die Waren in den einzelnen Fällen von gleicher Qualität waren und daß die Gegenüberstellung der Preise, die für ein bestimmtes Quantum einer bestimmten Ware von bestimmter Qualität in verschiedenen Jahren gezahlt wurden, uns einen Maßstab für die Beurteilung der Preissteigerung geben konnten. Schwieriger gestaltet sich schon die Untersuchung der Löhne, immerhin hat man es hierbei mit einer ziemlich eng umgrenzten sozialen Schicht zu tun, die sich in den letzten Jahrzehnten nur wenig verschoben hat. Bei der Untersuchung der Gehälter der Beamtenschaft treten uns aber neue Schwierigkeiten entgegen. Die verschiedensten sozialen Schichten gehören ihr an. Stellungen, die vor 20 Jahren vielleicht von einer höher gestellten Bevölkerungsschicht eingenommen wurden, sind jetzt anderen Bevölkerungskreisen offen, manche neue Beamtenklassen sind erst im Laufe dieser Zeit geschaffen worden, andere sind völlig umgestaltet, geteilt oder zusammengelegt worden, ihre Bezeichnungen haben eine Veränderung erfahren. Bei den staffelförmig aufgebauten Gehältern kann eine Besserung bereits in der Verkürzung der Aufrückungsperioden liegen, eine wichtige Rolle spielen auch die Ruhegehälter, die Witwen- und Waisenversorgung, die Wohnungs- und Bekleidungsgeldzuschüsse, Teuerungszulagen usw. Es ist jedenfalls unmöglich, die Besserung der Einkommensverhältnisse der Beamten mit wenigen Zahlen zu

erfassen. Daß aber Staat und Kommunen bei der Festsetzung der Gehälter ihrer Beamten der steigenden Verteuerung der Lebenshaltung in weitem Umfange Rechnung getragen haben und noch weiter tragen, das geht aus den Rechenschaftsberichten mit großer Deutlichkeit hervor, in denen der Ausgabeposten „Besoldungen“ einen immer größeren Umfang einnimmt, zum Leidwesen eines großen Teiles der steuerzahlenden Bevölkerung. Erfreulich ist jedenfalls die Tatsache, daß vor allem die Gehälter der minder besoldeten Beamten Aufbesserungen erfahren haben, wie die wenigen Beispiele zeigen, die wir bringen konnten.

Im Anschluß an diese Ausführungen erscheint es vielleicht angebracht, auf die symptomatische Statistik einzugehen, also zu zeigen, in welchen Nebenerscheinungen sich die Besserung der Lebenshaltung äußert. Man muß sich allerdings hierbei sehr vor Übertreibungen hüten.

Der zunehmende Wohlstand der Bevölkerung kann sich äußern in einer wachsenden Spartätigkeit. Betrachten wir die Einlegerguthaben, die im Durchschnitt am Ende der einzelnen Jahre auf ein Sparkassenbuch der Chemnitzer städtischen Sparkasse entfallen, so läßt sich eine Steigerung nicht verkennen:

1890	256,25 Mk.	1898	271,90 Mk.	1906	318,83 Mk.
1891	250,29 „	1899	265,77 „	1907	330,05 „
1892	247,53 „	1900	268,05 „	1908	327,89 „
1893	246,52 „	1901	276,33 „	1909	334,19 „
1894	247,36 „	1902	286,31 „	1910	341,18 „
1895	256,17 „	1903	294,82 „	1911	345,21 „
1896	264,79 „	1904	301,24 „	1912	348,02 „
1897	269,13 „	1905	308,80 „		

Aber besagen diese Zahlen in Wirklichkeit eine Zunahme der Spartätigkeit infolge steigenden Wohlstandes? Wir müssen diese Frage verneinen, denn eine starke Vermehrung der kleineren Guthaben gegenüber den größeren könnte sehr wohl das Durchschnittsguthaben verringern, trotzdem die Spartätigkeit gestiegen ist.

Betrachten wir einmal die folgende Tabelle auf Seite 159:

Die Anzahl sämtlicher Sparkassenbücher ist darnach von 1890 bis 1908 um 59 % gestiegen, am stärksten gestiegen sind die Guthaben über 600 Mk. (79 %), am wenigsten haben sich vermehrt die Guthaben über 60 bis 150 Mk. (33 %). Die Zunahme des durchschnittlichen Guthabens beruht also auf einer stärkeren Vermehrung der größeren

Verteilung und Steigerung der Einlegerguthaben 1890 und 1908:

Guthaben	1890		1908		Steigerung der Zahl der Guthaben von 1890 bis 1908
	Anzahl der Sparkassenbücher	%	Anzahl der Sparkassenbücher	%	%
Bis 60 Mk.	36 492	43,4	61 003	45,6	67
Über 60 „ 150 „	13 711	16,3	18 255	13,7	33
„ 150 „ 300 „	10 457	12,4	14 944	11,2	43
„ 300 „ 600 „	9 621	11,4	14 566	10,9	51
„ 600 Mk.	13 879	16,5	24 870	18,6	79
Zusammen	84 160	100	133 638	100	59

Guthaben. Die Ursache liegt zum Teil daran, daß die größtmögliche Höhe des Einlagekontos weiter hinausgeschoben worden ist, daß also heute größere Beträge auf ein Sparkassenbuch eingezahlt werden können. Die Einwohnerzahl von Chemnitz ist von 1890 auf 1908 um rund 96 % gestiegen, also sogar weit stärker als die Guthaben über 600 Mk. Das will aber im Grunde ebensowenig etwas besagen, wie ein Vergleich der durchschnittlichen Größe der Guthaben in den einzelnen Jahren. Diese Angaben sind als Maßstab der Spartätigkeit nicht zu verwerten, noch weniger vielleicht als Maßstab für eine Steigerung des Wohlstandes. Einerseits steigen bei zunehmendem Wohlstand die Ansprüche an das Leben, bei den jetzigen teueren Zeiten wachsen zudem auch die Ausgaben für die dringend notwendigen Bedürfnisse, und die Haushaltungen der Arbeiterfamilien zeigen auch, daß nur in wenig Fällen Ersparnisse gemacht worden sind; die Ausgaben decken sich in den meisten Fällen mit den Einnahmen. Auf der anderen Seite kommt aber dazu, daß die Angaben der Chemnitzer städtischen Sparkasse für die Spartätigkeit der Chemnitzer Bevölkerung nicht allein maßgebend sind, wie selbst aus den Verwaltungsberichten der Stadt Chemnitz hervorgeht. So steht z. B. im Bericht für das Jahr 1910 S. 218: „Die außerordentliche Steigerung der Einzahlungsposten ist auf die Einführung der ‚täglichen Verzinsung‘ (Verzinsung vom Tage nach der Einzahlung und bei Rückzahlung bis zum Tage vor der Abhebung) zurückzuführen. Es ergibt sich demnach, daß die Sparer öfters die Sparbeträge zur Kasse bringen, als es früher der Fall war. Hieraus erklärt sich ohne weiteres der Rückgang des durchschnittlichen Betrages einer Einzahlung.“ Weiter steht im Bericht für das Jahr 1912 S. 134: „Im September 1912 haben die städtischen Körperschaften beschlossen,

den Zinsfuß für Spareinlagen mit Wirkung vom 1. Januar 1913 ab von 3 auf 3½ % zu erhöhen. Für diesen Entschluß war in der Hauptsache maßgebend der außerordentlich starke Wettbewerb, den die städtische Sparkasse mit den Vorortsparkassen seit Jahren zu bestehen hat." Die Sparkassen der Gemeinden in der Nähe der Großstadt haben schon seit einer Reihe von Jahren einen höheren Zinsfuß, infolgedessen legen viele Chemnitzer ihr Geld in diesen Sparkassen an (wie es übrigens auch in anderen Großstädten, z. B. in Leipzig, zu bemerken ist). Wenn nun infolge Erhöhung des Zinsfußes eine Umwandlung eintritt und viele Leute ihr Geld von den Vorortssparkassen abheben und es in der städtischen Sparkasse anlegen, weil es für sie so bequemer ist und sie sich den oft weiten Weg zur Sparkasse ersparen können, so braucht die Steigerung der Zahl der Sparkassenbücher und der Höhe des Gesamtguthabens absolut kein Anzeichen für eine Vergrößerung der Spartätigkeit zu sein. Dazu kommt dann weiter hinzu, daß in Chemnitz eine größere Reihe von Sparvereinigungen bestehen, in denen besonders die kleinen Leute ihr Geld anlegen. Die Sparkasse ist ja durchaus nicht die einzige Gelegenheit, erspartes Geld zinsbringend anzulegen. Die Banken, Konsumvereine, Baugesellschaften usw. müßten bei der Betrachtung der Spartätigkeit auch mit herangezogen werden, doch stehen dem zum Teil unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Ein Fortschritt in dieser Hinsicht ist bisher allerdings zu verzeichnen. Durch eine Verordnung des Kgl. Sächs. Ministeriums des Innern vom 7. August 1909 ist zum ersten Male eine Erhebung über Sparvereinigungen angeordnet worden, die von Zeit zu Zeit wiederholt werden sollen und die fortlaufende Statistik des Sparkassenwesens zu ergänzen bestimmt sind. Die Sammlung und Bearbeitung des Materials erfolgt durch das Statistische Landesamt (Sächs.St.L.A.Z. 1909 S. 246). Im Jahrgang 1911 der Sächs.St.L.A.Z. S. 211 ff. erschien dann zum ersten Male eine Arbeit von Rusch: „Die Sparvereinigungen in Sachsen". Darnach bestanden im Jahre 1908 in Chemnitz 54 Sparvereinigungen im eigentlichen Sinne, 25 mit Nebenzweck, zusammen also 79. Die Anzahl der Sparer betrug in diesem Jahre 19 806, bei einer Sparvereinigung war die Zahl nicht angegeben worden. Diese Zahl hat also eine ziemlich große Bedeutung, wenn man bedenkt, daß in diesem Jahre die Zahl der Sparkassenbücher in der städtischen Sparkasse 133 638 Stück betrug. Auch die folgende Gegenüberstellung zeigt die Bedeutung der Sparvereinigungen:

Jahr 1908	Sämtliche Sparvereinigungen	Städtische Sparkasse
Betrag der Einzahlungen	622 346 Mk.	10 069 748,18 Mk.
Betrag der Rückzahlungen	504 855 „	11 380 681,16 „
Betrag des Einlegerguthabens am 31. Dezember	1 179 674 „	43 819 116,74 „

Es liegt uns fern, die Bedeutung der Zahlenangaben der Chemnitzer Sparkasse herabzusetzen, für die Verwaltung sind sie von großem Werte. Es schien uns aber nötig zu zeigen, daß ihre Angaben kaum als Maßstab für eine Beurteilung der Spartätigkeit der Chemnitzer Bevölkerung dienen können[1], wie es für die Sparkassen anderer Städte mitunter dargestellt wird.

Als weiteres Symptom eines zunehmenden Wohlstandes wird dann vielfach die Abnahme der Sterblichkeit angesehen. Daß die Sterblichkeit im Laufe der letzten Jahrzehnte stark zurückgegangen ist, ist eine bekannte Tatsache. Wir verzichten aber darauf, die Zahlen für Chemnitz hier zu bringen. Die Abnahme der Sterblichkeit ist weniger eine Folge des zunehmenden Wohlstandes, sondern findet ihre Hauptursache in den Fortschritten auf hygienischem Gebiete[2], in den Arbeiterschutzgesetzen, Unfallverhütungsvorschriften usw., auf die wir hier natürlich nicht eingehen können. Zum Gebiete der Gesundheitspflege gehört dann weiter die stärkere Benutzung von Bädern. Die Besucherzahlen der Volksbäder können aber auch dafür nicht allein maßgebend sein, da jetzt auch in den Fabriken mehr und mehr Gelegenheit zu Brausebädern usw. gegeben ist.

Der zunehmende Wohlstand besonders unter den minderbemittelten Klassen kann sich (braucht sich natürlich nicht) weiter auch äußern in einem stärkeren Drange nach geistiger Anregung, dem von den verschiedensten Seiten Rechnung getragen wird, wie wir bereits früher ausgeführt haben. Man könnte so vielleicht die Zahlen der Bücherentleihungen in den Volksbüchereien, Büchereien der Kirchengemeinden und sonstigen öffentlichen Büchereien zur Betrachtung heranziehen, wie sie auch in den Monatlichen Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Chemnitz und in den Verwaltungsberichten der Stadt

[1] Vgl. dazu auch die „Sozialpolitischen Schriften von Thomas Carlyle". Herausgegeben von Dr. P. Hensel. Göttingen 1895. I. Bd. S. 12.

[2] Vgl. dazu auch Eßlen, a. a. O. S. 60.

Chemnitz veröffentlicht werden, weiter die Besucherzahlen von Volksvorstellungen im Theater u. a. m. Das sind aber alles Erscheinungen, die ein stark individuelles Gepräge haben, viel zu sehr von Geschmack, vom Charakter des einzelnen abhängig sind, von der Gelegenheit zu ihrer Benutzung (z. B. Art des gegebenen Theaterstücks, Zeit der Vorstellung, Preise der Plätze usw.). Vielfach lassen sich aber einzelne Momente nur schwer oder gar nicht in ihrem vollen Umfange erfassen (Besucherzahl der Lesehallen, Fabriks- und Gewerkschaftsbüchereien), so daß eine Betrachtung der wenigen zur Verfügung stehenden Zahlen infolge ihrer Unvollständigkeit sich nicht verlohnt. So ließen sich noch eine ganze Reihe von Erscheinungen anführen, die mehr oder weniger mit dem zunehmenden Wohlstand der Bevölkerung zusammenhängen, z. B. die Zunahme der Versicherungssummen, besonders in der Volksversicherung. Die Schwierigkeiten einer exakten Darstellung derselben sind aber teils zu groß, zum andern Teil führen solche Darstellungen häufig zu Übertreibungen, wenn man diese Erscheinungen aus dem Rahmen des gesamten Kultur- und Wirtschaftslebens herausreißt und einzeln für sich betrachten will, eine Versuchung, der nur zu viele erliegen. Hüten wir uns davor und lassen wir es mit dem Gesagten genug sein. Es kam uns hierbei mehr darauf an, den häufigen Mißbrauch, der mit symptomatischen Darstellungen getrieben wird, ins rechte Licht zu rücken.

Schluß.

Überschauen wir noch einmal die Entwicklung der Preise, so können wir uns den Ausführungen von Busch [1] anschließen, wenn er für die Bewegung der Preise drei Vorgänge unterscheidet:

1. Eine im Laufe der Zeit sich vollziehende allmähliche Steigerung der Preise, das bekannte Problem der Wirtschaftswissenschaft, für welche die verschiedensten Ursachen angegeben werden. Mit dieser Preissteigerung geht eine Steigerung von Gehältern und Löhnen und eine Verbesserung der Lebenshaltung Hand in Hand.
2. Preisbewegungen, welche durch sprunghafte Entwicklungsformen, wirtschaftliche Krisen u. dgl. verursacht sind.
3. Gelegentliche Preissteigerungen infolge ungünstiger Ernteverhältnisse.

Von wesentlicher Bedeutung ist nur der erste Vorgang, wie wir auch in unseren Betrachtungen gezeigt haben, besonders auch an der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung. Wir möchten hier nochmals betonen, daß derartige Berechnungen auf Grund der Haushaltungsrechnungen im besten Falle Bewegungstendenzen veranschaulichen können, aber keinen Anspruch auf die Feststellung wirklicher Lebensverhältnisse erheben dürfen [2].

Wir hatten schon früher einmal bei der Betrachtung der Konsumverhältnisse beim Fleisch auf den Zusammenhang der Preisbildung mit der wirtschaftlichen Konjunktur hingewiesen. Die großen Preisbewegungen werden durch einen Konjunkturwechsel eingeleitet, es darf aber nicht vergessen werden, daß die einmal eingeschlagene Richtung auch bei dem Konjunkturwechsel häufig beibehalten wird. Konjunkturwelle und Preiswelle haben gewiß große Strecken gemeinsam, aber die letztere ist doch, im großen und ganzen betrachtet, die größere und umfassendere.

[1] Busch, Lebensmittelpreise in Frankfurt a. M. D.St.C.B. 1913, S. 174.

[2] Vgl. dazu auch D.St.C.B. 1913 S. 161 ff. Besprechung zu Satz 10 der Leitsätze von Busch.

An einigen Beispielen hatten wir gezeigt, daß die Besserung der Einkommensverhältnisse in den letzten Jahrzehnten der zunehmenden Verteuerung der Lebensbedürfnisse Rechnung getragen hat. Die Erhöhung des Nominaleinkommens gibt überhaupt erst die Möglichkeit, die Preise zu steigern. Ohne diese Erhöhung müßte ja die Preissteigerung zu einer Einschränkung des Konsums führen. Eine Einkommenserhöhung muß mit einer Preissteigerung notwendig Hand in Hand gehen. Die Preise gehören eben zu einem komplizierten Mechanismus, bei dem die einzelnen Momente funktionell miteinander verbunden sind.

Wir werden letzten Endes die Preissteigerung kaum als eine vorübergehende Erscheinung, sondern als eine dauernde ansehen müssen. Es ist nun aber klar, daß vor allem der Beginn der Steigerung lebhaft empfunden wird. Es dauert immer längere Zeit, bis ein gewisses Gleichgewicht zwischen Preis und Einkommen sich durchgesetzt hat, bis die Abwälzung der Preissteigerung vollendet ist. Ein stationärer Zustand kann überhaupt nicht geschaffen werden, es kann sich vielmehr stets nur um einen Ausgleich der allzu starken Gegensätze handeln. Es ist immer nur die Gewöhnung an die neue Situation, die so schmerzlich empfunden wird. Aber für andere Klassen bedeuten steigende Preise auch steigenden Gewinn. Starke Preiskämpfe sind die notwendigen Folgen der starken Verschiebungen, die sich durchsetzen. Ist dann das Einkommen dem Preisniveau einmal angepaßt, so vollzieht sich das Wirtschaftsleben in ruhigeren Bahnen auf einer neuen Preislage [1].

[1] Vgl. dazu Eulenburg a. a. O. S. 20, 51 und 80.

Anhang.

I. Gesetzliche Ausbeuteverhältnisse.

Auf Grund der Zollverordnung vom 10. Mai 1880:
100 kg Roggenmehl = 143 kg Roggen,
100 „ Weizenmehl = 125 „ Weizen.

Auf Grund der Zollverordnung vom 14. Mai 1881 sowie nach dem Mühlen- und Mälzereilager-Regulativ vom 27. April 1894, bzw. dem Regulativ für Getreidemühlen und Mälzereien vom 16. Dezember 1897:
100 kg Roggenmehl = 153,85 kg Roggen,
100 „ Weizenmehl = 133,33 „ Weizen.

Nach dem Bundesratsbeschluß vom 15. März 1900, Regulativ für Getreidemühlen und Mälzereien betreffend, ergänzt durch Bundesratsbeschluß vom 21. April 1904 (vgl. dazu Wörterbuch der Volkswirtschaft, Art. Getreidezölle):

Ausbeuteklasse	Ausbeute	Ausbeuteverhältnis
I	0—60 %	100 kg Roggenmehl = 158,33 kg Roggen
II	60—65 „	100 „ „ = 100,00 „ „
III	0—65 „	100 „ „ = 153,85 „ „
I	0—30 „	100 „ Weizenmehl = 160,00 „ Weizen
II	30—70 „	100 „ „ = 117,50 „ „
III	70—75 „	100 „ „ = 100,00 „ „
IV	0—70 „	100 „ „ = 135,71 „ „
V	0—75 „	100 „ „ = 133,33 „ „
		100 „ Malz = 133,33 „ Gerste

Ab 1. Oktober 1909: 100 kg Weizenmehl I. Klasse = 150 „ Weizen

II. Ergebnisse der Viehzählungen im Reich und in Sachsen nach den St.J.f.d.D.R. und V.z.St.d.D.R. und St.J.Kg.S.

Zählung	Rindvieh		Schweine		Schafe	
	Stückzahl absolut	auf je 100 Einw.	Stückzahl absolut	auf je 100 Einw.	Stückzahl absolut	auf je 100 Einw.
Deutsches Reich.						
10. 1. 1873	15 776 702	38,4	7 124 088	17,4	24 999 406	60,9
10. 1. 1883	15 786 764	34,5	9 206 195	20,1	19 189 715	42,0
1. 12. 1892	17 555 834	35,5	12 174 442	24,6	13 589 662	27,5
1. 12. 1897	18 490 772	35,4	14 274 557	27,3	10 866 772	20,8
1. 12. 1900	18 939 692	33,6	16 807 014	29,8	9 692 501	17,2
1. 12. 1904	19 331 568	32,3	18 920 666	31,6	7 907 173	13,2
2. 12. 1907	20 630 544	33,0	22 146 532	35,4	7 703 710	12,3
2. 12. 1912	20 158 738	30,4	21 885 073	33,0	5 787 848	8,7

Zählung	Rindvieh		Schweine		Schafe	
	Stückzahl absolut	Auf je 100 Einw.	Stückzahl absolut	Auf je 100 Einw.	Stückzahl absolut	Auf je 100 Einw.
Königreich Sachsen.						
10. 1. 1873	647 972	24,9	301 369	11,5	206 833	7,9
10. 1. 1883	651 329	21,3	355 550	11,6	149 037	4,9
1. 12. 1892	664 833	18,4	433 800	12,0	105 194	2,9
1. 12. 1897	681 788	18,0	498 523	13,2	79 365	2,1
1. 12. 1900	688 953	16,4	576 953	13,3	74 628	1,8
1. 12. 1904	683 771	15,4	639 818	14,4	61 863	1,4
1. 12. 1906	707 436	15,5	707 365	15,5	63 669	1,4
2. 12. 1907	731 528	15,8	744 517	16,1	66 120	1,4
1. 12. 1908	720 603	15,4	637 748	13,6	64 162	1,4
1. 12. 1909	698 672	14,7	656 113	13,8	58 913	1,2
1. 12. 1910	690 471	14,4	714 705	14,9	58 217	1,2
1. 12. 1911	668 913	13,8	707 046	14,6	52 981	1,1
2. 12. 1912	701 853	14,4	657 026	13,5	55 137	1,1

Bestand an Schweinen nach den Zählungen vom 2. Dez. 1912 und 2. Juni 1913 im Königreich Sachsen:

Zählung	unter 1/2 Jahr alte Schw.	1/2 bis 1 Jahr alte Zuchteber	1/2 bis 1 Jahr alte Zuchtsauen	1/2 bis 1 Jahr alte sonstige Schweine	1 Jahr alte und ältere Zuchteber	1 Jahr alte und ältere Zuchtsauen	1 Jahr alte und ältere sonstige Schweine	Zusammen
2. 12. 1912	376 689		198 316		4 800	46 486	30 735	657 026
2. 6. 1913	397 910	3 443	24 087	186 620	3 112	38 015	8 971	662 158

III. Vieheingang und Schlachtungen nach den J.D.V.S.

Vieheingang bezogen auf die Zahl der Rinder:

	Rinder	Schweine	Schafe	Kälber
1884	1000	4222	1704	2445
1900	1000	5557	1864	1704
1912	1000	5519	1285	1381

Schlachtungen bezogen auf die Zahl der Rinder:

	Rinder	Schweine	Schafe	Kälber
1884	1000	3265	1411	2926
1900	1000	4606	1436	2331
1912	1000	4961	1403	1841

Relativzahlen für den Vieheingang in den Jahren 1884—1900—1912:

	Rinder	Schweine	Schafe	Kälber
1884	100	100	100	100
1900	216	285	237	151
1912	330	431	249	186

Relativzahlen für die Schlachtungen in den Jahren 1884—1900—1912:

	Rinder	Schweine	Schafe	Kälber
1884	100	100	100	100
1900	180	254	183	143,5
1912	271	412	270	170,5

Relativzahlen für den Vieheingang in nebenstehenden Perioden:

Periode	Rinder[1]	Schweine	Schafe	Kälber	Ziegen[2]	Zusammen
1884/88	100	100	100	100	100	100
1889/93	114,2	136,4	118,6	105,0	79,1	122,9
1894/98	131,5	149,5	159,8	108,3	94,7	139,1
1899/1903	160,8	191,6	200,2	130,7	144,2	174,5
1904/08	201,7	247,3	184,7	147,5	222,8	206,5
1909/12	248,4	311,5	202,9	164,2	208,7	248,8

Relativzahlen für die Schlachtungen in nebenstehenden Perioden:

Periode	Rinder[1]	Schweine	Schafe	Kälber	Ziegen[2]	Zusammen	Pferde	Hunde
1884/88	100	100	100	100	100	100	100	100
1889/93	115,8	170,5	121,4	104,3	83,7	134,3	133,8	111,5
1894/98	123,3	167,6	136,7	106,4	97,5	137,1	122,4	108,8
1899/1903	163,0	199,8	179,7	129,2	151,5	168,7	164,9	130,9
1904/08	199,0	262,0	187,0	143,3	235,4	203,3	257,9	254,2
1909/12	247,0	328,1	228,5	156,5	218,4	245,7	385,5	218,5

Außerdem wurden von 1899 bis 1912 noch insgesamt 56 Esel und 6 Bären geschlachtet.

Absolutzahlen für die Schlachtungen in den Jahren 1904—1912:

Jahr	Rinder	Schweine	Schafe	Kälber	Ziegen	Zusammen	Pferde	Hunde	Esel	Bären
1904	14 416	66 405	19 277	31 577	209	131 884	742	338	6	—
1905	15 098	61 777	20 535	31 049	194	128 653	982	611	2	1
1906	15 330	61 426	19 218	30 637	179	126 790	1070	698	5	1
1907	16 134	78 019	19 027	33 402	208	146 790	892	704	2	—
1908	17 024	80 119	19 763	35 513	161	152 580	966	580	1	1
1909	18 896	76 872	21 259	37 080	187	154 294	1157	597	5	—
1910	19 166	81 646	23 639	35 475	161	160 087	1313	496	9	—
1911	20 211	94 770	23 830	33 819	182	172 812	1489	423	3	1
1912	19 181	95 160	26 915	35 307	176	176 739	1604	499	7	—

[1] Eine Differenzierung der Rinder nach den einzelnen Sorten ist infolge mehrfachen Wechsels der Anschreibung nicht möglich.

[2] Die absoluten Zahlen für Ziegen sind zu klein, als daß diesen Relativzahlen irgendwelche nennenswerte Bedeutung zukommen könnte.

IV. Wohnungsfürsorge in Chemnitz.

Chemnitz besitzt eine Wohnungsordnung vom 30. März 1906 und eine Wohnungsinspektion (Wohnungsamt). Die Ergebnisse der Untersuchungen des Wohnungsamtes, auf die wir hier nicht eingehen können, finden sich in den jährlichen Verwaltungsberichten der Stadt Chemnitz.

Der Arbeit von Würzburger, „Zur Statistik der Ergebnisse der öffentlichen und der gemeinnützigen Wohnungsfürsorge“, Sächs. St.L.A.Z. 1906 S. 339, entnehmen wir die folgende auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 ermittelte Darstellung der Wohnungsfürsorge in Chemnitz:

(Die Nachweisungen beruhen auf Mitteilungen des Stat. Amtes der Stadt Chemnitz.)

Besitzer	Bestimmung	Zahl der Häuser	Zahl der Wohnungen
Krenkelstiftung (Stadtgemeinde)	billige Wohnungen für die arme Bevölkerung	6	46
Stiftung „Postheim“ (Stadtgemeinde)	billige Vermietung an Postunterbeamte	2	2
Stiftung „Heim“	gesunde u. billige Wohnungen f. brave Arbeiter d. Sächsischen Maschinenfabrik	42	95
Chemnitzer Spar- und Bauverein	billige Wohnungen für die Mitglieder	11	92
Bauverein „Eigner Herd“	Erbauung kleinerer Wohnungen	6	24
Königlich Sächsische Staatseisenbahn	billige Wohnnngen für eigene Angestellte und Arbeiter	20	221
Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik vormals Zimmermann	desgleichen	5	46
Chemnitzer Aktienspinnerei	desgleichen	5	36
Maschinenfabrik „Germania“	desgleichen	3	13
		Zusammen	575

Von diesen 575 Wohnungen hatten:

1 heizbares Zimmer		1 heizbares Zimmer und		2 heizbare Zimmer und			3 oder mehr heizbare Zimmer
ohne Küche	mit Küche	1 nichtheizbare	2 Zimmer	0 nichtheizbare	1	2 oder mehr Zimmer	
11	—	242	40	109	78	7	88

Der jährliche Mietpreis (einschließlich Nebengebühren) betrug:

	bis 100 Mk.	in 35	Wohnungen
über 100	„ 150 „	„ 139	„
„ 150	„ 200 „	„ 121	„
„ 200	„ 250 „	„ 160	„
„ 250	„ 300 „	„ 101	„
„ 300	„ 350 „	„ 17	„
„ 350	Mk.	„ 2	„
	Zusammen	575	Wohnungen

Dem St.J.Kg.S. 1909 S. 101 entnehmen wir weiter die folgende Darstellung der Wohnungsfürsorge für Arbeiter in Chemnitz im Jahre 1907 (nach den Jahresberichten der Kgl. Sächs. Gewerbeaufsichtsbeamten für 1907):

		von Arbeitgebern errichtete Miethäuser	von Genossenschaften und Vereinen errichtete Miethäuser	von Stiftungen errichtete Miethäuser
Zahl der vorhandenen Häuser für	Familien . . .	41	18	52
	Ledige	2	1	—
Zahl der Familienwohnungen		270	126	144
davon mit .... Räumen (einschließlich Kammern, ausschließlich Küche)	1 Raum	—	—	—
	2 Räumen	144	18	23
	3 „	95	85	68
	4 „	19	23	20
	5 „ u. mehr	12	—	33
davon mit Garten oder Feld		55	102	129
Zahl der Wohnräume für ledige Personen, einschließlich der Schlafräume		8	12	—
Zahl der Ledigen		12	30	—

Auf Anregung der Zentralstelle für Wohnungsfürsorge in Sachsen hat das Königl. Ministerium des Innern unter dem 3. Juni und 19. August 1912 eine Erhebung über den Stand der Wohnungsfürsorge in allen Städten mit über 3000 und in allen Landgemeinden mit über 5000 Einwohnern angeordnet. Die Erhebung sollte sich erstrecken auf die Herstellung der Wohnungen, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot und die wirtschaftlichen Verhältnisse der gemeinnützigen Wohnungsbauten. (Sächs.St.L.A.Z. 1912, S. 429.)

Die Erhebung hat sich auf den Stand vom 15. September 1912 bezogen, die Ergebnisse derselben sind aber bis jetzt noch nicht veröffentlicht worden.

Va. Gliederung der Ausgaben im Durchschnitt der drei Ausgabenstufen und im Durchschnitt aller Wirtschaftsrechnungen.

Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche.

	Stufe I	%	Stufe II	%	Stufe III	%	Zusammen	%
Nahrungs- und Genußmittel	757,87	55,2	990,92	55,3	1275,71	52,3	1004,85	54,3
Kleidung, Wäsche, Reinigung	138,99	10,1	227,11	12,7	328,05	13,5	230,56	12,5
Wohnung und Haushalt	206,12	15,0	212,03	11,8	320,73	13,1	239,70	12,9
Heizung und Beleuchtung	87,49	6,4	94,93	5,3	116,26	4,8	98,67	5,3
Gesundheits- und Körperpflege	14,37	1,0	25,48	1,4	38,14	1,6	25,90	1,4
Unterricht, Schulgeld, Lernmittel	7,75	0,6	13,55	0,8	26,47	1,1	15,47	0,8
Geistige und gesellige Bedürfnisse	42,74	3,1	69,25	3,9	126,80	5,2	77,61	4,2
Staat, Gemeinde, Kirche	25,56	1,9	38,79	2,2	46,63	1,9	37,34	2,0
Vor- und Fürsorge (Versicherung)	20,46	1,5	51,02	2,8	44,16	1,8	40,94	2,2
Verkehrsmittel	8,39	0,6	19,34	1,1	28,82	1,2	18,95	1,0
Sonstige Ausgaben	63,62	4,6	47,71	2,7	86,20	3,5	62,35	3,4
Zusammen	1373,36	100	1790,13	100	2437,97	100	1852,34	100

350 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern.

		%		%		%		%
Nahrungs- und Genußmittel	837,14	56,4	1024,81	57,1	1279,36	55,7	1037,01	56,3
Kleidung, Neuanschaffg., Reparat.	173,27	11,7	141,06	7,9	338,04	14,7	212,21	11,5
Miete, Steuern, Dienstleistung	199,35	13,5	290,14	16,1	313,01	13,6	265,52	14,5
Heizung und Beleuchtung	71,80	4,9	95.89	5,3	107,66	4,7	91,09	4,9
Arzt, Apotheke, Gesundheitspflege	16,74	1,1	16,64	0,9	24,52	1,1	19,08	1,1
Seife, Soda, Waschmittel	16,41	1,1	23,15	1,3	28,75	1,2	22,51	1,2
Schulbedarf, Schulgeld	6,45	0,4	18,31	1,0	20,02	0,9	14,70	0,8
Bildung, Unterhaltung, Zeitungen	32,88	2,2	24,67	1,4	34,11	1,5	30,40	1,7
Versicherungs- und Vereinsbeiträge	89,12	6,0	96,56	5,4	102,42	4,4	95,75	5,2
Fahrgelder	15,51	1,0	13,56	0,8	11,52	0,5	13,62	0,7
Sonstige Ausgaben	25,60	1,7	50,79	2,8	38,75	1,7	38,37	2,1
Zusammen	1484,27	100	1795,58	100	2298,16	100	1840,26	100

Vb. Gliederung der Nahrungsmittelausgaben im Durchschnitt der drei Ausgabenstufen und im Durchschnitt aller Wirtschaftsrechnungen (Vereinigung beider Erhebungen).

	15 Rechnungen	%	20 Rechnungen	%	14 Rechnungen	%	49 Rechnungen	%
Fleisch, Schinken, Speck usw.	111,70	14,0	124,51	12,4	197,36	15,4	141,40	13,9
Wurst	50,57	6,3	55,20	5,5	69,02	5,4	57,73	5,7
Fische	14,10	1,8	15,51	1,6	19,04	1,5	16,09	1,6
Butter	87,60	10,9	135,86	13,5	191,92	15,0	137,10	13,4
Käse	11,00	1,4	11,47	1,1	17,29	1,4	12,99	1,3
Eier	15,87	2,0	19,73	2,0	26,38	2,1	20,45	2,0
Milch	72,22	9,0	72,29	7,2	89,89	7,0	77,30	7,6
Brot und Backwaren	166,95	20,9	233,96	23,3	268,52	21,0	223,32	21,9
Kartoffeln	25,46	3,2	37,08	3,7	33,93	2,7	32,62	3,2
Grünwaren	16,11	2,0	16,41	1,6	25,11	2,0	18,80	1,8
Mehl, Reis, Hülsenfrüchte usw.	34,71	4,3	31,50	3,1	48,69	3,8	37,39	3,7
Obst und Südfrüchte	18,93	2,4	20,17	2,0	29,87	2,3	22,56	2,2
Zucker, Sirup, Honig	19,54	2,4	26,68	2,7	27,44	2,1	24,71	2,4
Schmalz, Margarine, Gewürze usw.	40,47	5,1	45,19	4,5	47,86	3,7	44,51	4,4
Kaffee, Tee, Kakao usw.	28,10	3,5	31,26	3,1	38,04	3,0	32,23	3,1
Sonstige Nahrungsmittel	69,19	8,6	105,17	10,5	129,85	10,2	101,21	9,9
Zigarren und Tabak	17,63	2,2	22,49	2,2	17,33	1,4	19,53	1,9
Zusammen	800,15	100	1004,48	100	1277,54	100	1019,94	100

VIa. Gehaltssätze einiger Gruppen von Beamten der Stadt Chemnitz (nach Mitteilungen des Rates der Stadt Chemnitz):

I. Kanzleibeamte.

Gehälter in Mark.

	bis Ende 1890	1891—1897	1898—1902	1903 bis 1. 10. 1906	1. 10. 1906 bis 1907	1908 bis 1. 5. 1912	ab 1. 5. 1912 bzw. 1. 1. 1913
Gruppe B.							
Registratoren	1350—2160	1350—2600	1400—2600	1500—2600	1500—2700	1800—3000	1600—3300 (Registratoren und Expedienten)
Expedienten	1200—1860	1200—2200	1300—2200	1300—2300	1400—2400	1500—2700	
Kassen-, Rechnungs- und Kanzleibeamte (Sekretäre pp., Aktuare pp.)	Abteilung A—E 1500—2850	I. Klasse 2000—3400; II. Klasse 1500—2800; III. Klasse —	I. Klasse 2000—3400; II. Klasse 1750—3200; III. Klasse 1500—2800	I. Klasse 2100—3500; II. Klasse 1900—3200; III. Klasse 1700—2900	I. Klasse 2400—3600; II. Klasse 2100—3300; III. Klasse 1800—3000	(I. und II. Klasse) 2400—3600; III. Klasse 2100—3300	I. Klasse 2700—4200; II. Klasse 2100—3800; III. Klasse —
Gruppe A.							
Klasse I: Stadthauptbuchhalter, Stadthauptkassierer, Oberrechnungsinspektor	—	—	—	4200—5400	4200—5400	4200—5400	4500—6000
Klasse II: Sparkassenverwalter, Armenamtsvorstand	—	—	—	3600—4800	3600—4800	3600—4800	3900—5400
Klasse III: Standesbeamte, obere Kassen-, Rechnungs- und Kanzleibeamte, Kassierer d. Ortskrankenk.	—	—	—	3000—4200	3000—4200	3000—4200	3300—4800

NB. Die Einteilung in die Gruppen A und B ist erst am 1. Januar 1903 erfolgt; wir haben aber die Gruppe B bis 1890 zurückverfolgt, der zum Teil auch Beamte der späteren Gruppe A angehörten.

Gehaltssätze einiger Gruppen von Beamten der Stadt Chemnitz (nach Mitteilungen des Rates der Stadt Chemnitz) (Fortsetzung).

Gehälter in Mark.

II. Volksschuldirektoren, Lehrer und Lehrerinnen.

	1. 7. 1892 bis 1899	1900 bis 1. 4. 1905	1. 4. bis 1. 7. 1905	1. 7. 1905 bis 1908	ab 1909
Volksschuldirektoren	3600—5000	4000—5400		4200—5700	4600—6400
Ständige Lehrer	1500—3600	1700—3750	1800—3750	1800—4000	1900—4400
Ständige Lehrerinnen	1500—2400	1650—2750	1750—2750	1750—2850	1900—3200
Hilfslehrer und -lehrerinnen a) wahlfähig	1350	1500	1600		1600
Hilfslehrer und -lehrerinnen b) nichtwahlfähig	1000	1300	1300		1400—1600

NB. Bei allen Angaben ist der Wohnungsgeldzuschuß mit einberechnet worden.

III. Schutzmannschaft.

		1900 bis 30. 9. 1906	1. 10. 1906 bis 1907	1908 bis 30. 4. 1912	ab 1. 5. 1912
Polizeiinspektoren	Vor 1900 bestand keine Staffel; die damals im Dienste befindlichen 4 Inspektoren bezogen vorher 2000, 2200, 2700 und 3000 Mk.	2400—3000 einschl. 150 Mk. Bekleid.-Geld	2600—3600 einschl. 150 Mk. Bekleid.-Geld	2600—3600 neben 100 Mk. Bekleid.-Geld	3250—4000 neben 100 Mk. Bekleid.-Geld
Polizeioberwachtmeister	Vor 1900 bestand keine Staffel; die damals im Amte befindlichen Oberwachtmeister bezogen vorher 1650 und 1750 Mk., die Bezirksoberwachtmeister außerdem freie Wohnung pp.	2200 einschl. 150 Mk. Bekleid.-Geld	2300—2500 einschl. 150 Mk. Bekleid.-Geld	2300—2600 neben 100 Mk. Bekleid.-Geld	2750—3100 neben 100 Mk. Bekleid.-Geld
Polizeiwachtmeister	Vor 1900 bezogen die Wachtmeister 1750 Mk.	1900—2000 einschl. 150 Mk. Bekleid.-Geld	2000—2200 einschl. 150 Mk. Bekleid.-Geld	2000—2300 neben 100 Mk. Bekleid.-Geld	2300—2750 neben 100 Mk. Bekleid.-Geld
Schutzleute	1890: I. Kl. 1500 Mk., II. Kl. 1350 Mk., III. Kl. 1200 Mk., außerdem die 10 ältesten Schutzleute der I. Kl. 90 Mk. Dienstalterszulage. — Ab 1. 1. 1893: I. Kl. 1590 Mk., II. Kl. 1500 Mk., III. Kl. 1425 Mk., IV. Kl. 1350 Mk., V. Kl. 1275 Mk., VI. Kl. 1200 Mk., einschließlich 150 Mk. Bekleidungsgeld.	1400—1800 einschl. 150 Mk. Bekleid.-Geld	1400—1900 einschl. 150 Mk. Bekleid.-Geld	1400—2000 neben 100 Mk. Bekleid.-Geld	1600—2300 neben 100 Mk. Bekleid.-Geld

VIb. Gehaltssätze einiger Gruppen von Staats- und Reichsbeamten.

Gehälter in Mark.

I. Reichspost- und Telegraphenbeamte:

	1890	1911	1914[1]
Oberpostdirektoren	7000—9000	8000—12000	
Oberposträte, Posträte, Postbauräte	4200—6000	4200—7200	
Post- und Telegrapheninspektoren	2700—3600	2500—5000	
Bureau- und Rechnungsbeamte I. Klasse	2100—3600	2100—4500	
" " " II. "	1500—2400	1800—3300	1800—3600
Vorsteher von Postämtern, Bahnpostämtern u. Telegraphenämtern I. Klasse	3000—4800	3000—7200	
Desgleichen II. Klasse	1650—3000 + 300 Mk. nicht pensionsfähige Zulage	2100—4500	
Oberpost- und Obertelegraphensekretäre	2100—3600	2100—4500	
Post- und Telegraphensekretäre	1650—3000	1800—4200	
Oberpost- und Obertelegraphenassistenten	1500—2400	1800—3300	1800—3600
Post- und Telegraphenassistenten	1350—1500	1800—3300	1800—3600
Vorsteher von Postämtern III. Klasse Postverwalter	im Durchschnitt 1625 Mk. geht bis zum Meistbetrage von 2000 Mk.	1800—3300	1800—3600
Unterbeamte der Schaffnerklasse	im Durchschnitt 1050 Mk.	1100—1700	1200—1800
Landbriefträger	im Durchschnitt 650 Mk.	1100—1400	

II. Beamte der Königl. Sächsischen Staatseisenbahnen.

	1890/91	1914/15	
Oberbahnhofsvorsteher I. Klasse	2580—4020	4200—5100	
"		3600—4800	
Bahnhofsvorsteher	2256—2940	2700—4200	
Obergütervorsteher	3360—4020	4200—5100	
Gütervorsteher	2460—2940	2700—4200	
Kassenvorsteher	Güterkassierer 2460—2820, Fahrgeldkassierer 1980—2940	2700—4200	
Oberbahnverwalter I. Klasse	2100—2700	4200—5100	
"		3600—4800	
Bahnverwalter	2100—2700	2700—4200	
Heizhausvorsteher I. Klasse	1752—2220	2700—4200	
"		2700—3600	
Bahnmeister I. Klasse	1638—1944	2100—3300	ab 1. 7. 14: 2400—3600 Mk.
"		1800—3000	
Eisenbahnassistent und Stationsverwalter	1200—2100	1800—3000	
Lokomotivführer	1500—2220	2100—3000	
Feuermann I. Klasse	1032—1260	1500—2000	
"	816—924	1200—1800	
Weichenwärter I. Klasse	1128—1224	1500—2100	
"	888—1080	1200—1800	
Wagenmeister (-Revisoren)	1080—1440	1500—2100	

[1] Für 1914 bringen wir nur die Veränderungen gegenüber 1911.

	1890/91	1914/15	
Bahnwärter	756— 888	1000—1500	
Wagenwärter	1026—1170	1500—2100	
Oberschaffner	1332—1740	1800—2400	
Schaffner	888—1128	1200—1800	
Bodenmeister	1260—2010	1800—2400 (together with Schirrmeister)	
Schirrmeister	1260—1860		

III. Justizbeamte.

	1890/91	1914/15	
Landgerichtspräsidenten	7800—10500	9000—11000	
Landgerichtsdirektoren	5400— 7800	6600— 9300	
Selbständige Richter	3600— 7500	3600— 9600	
Staatsanwälte	3600— 7800	3600— 9300	
Direktoren der Gefangenenanstalt	4500— 5000	5400— 6000	
Obere Expeditionsbeamte	3600— 4800	4200— 5100	
Expeditionsbeamte: Sekretäre	2400— 3600[1]	2700— 4200	
Expeditionsbeamte: Aktuare	1600— 2400[1]	1800— 3000	
Expeditionsbeamte: Expedienten	durchschnittlich 1300[1] nicht über 1500	1200— 1800	ab 1. 7. 14: 1300—1900
Hausinspekteure, Gefängnisbeamte, Gerichtsvollzieher, Botenmeister	2100— 3000[1]	2100— 3300	
Hilfsgerichtsvollzieher	1500— 2100[1]	1800— 2400	
Diener 2. Klasse und Gefangenaufseher	900— 1200	1300— 1700	ab 1. 7. 14: 1500—1900
Oberaufseherinnen	1500— 1800	1800— 2600	
Aufseherinnen	900— 1200	1200— 1800	

IV. Verschiedene weitere Beamtengruppen.

	1890/91	1914/15	
Bezirksobergendarme	1800—2100	2400—3000	
Landgendarmen	1500—1620	1700—2100	ab 1. 7. 14: 1700—2300
Amtsstraßenmeister	1500—1800	1800—3000	
Straßen- und Wasserbauinspektoren (Vorstände der Straßen- und Wasserbauämter)	3300—4800	3600—7200	
Straßenwärter	660— 720	1000—1500	

[1] Ausgangsjahr 1892/93 statt 1890/91.

Lebenslauf.

Ich, Hermann Friedrich Hennig, evangelisch-lutherischer Konfession, bin am 12. August 1890 zu Freiberg i. S. geboren. Von Ostern 1897 bis Ostern 1901 besuchte ich die Bürgerschule und von Ostern 1901 bis Ostern 1910 das städtische Realgymnasium zu Freiberg i. S., das ich mit dem Reifezeugnis verließ. Darauf bezog ich die Technische Hochschule zu Dresden und widmete mich hier besonders dem Studium der Mathematik. Den größten Teil meiner Ferien war ich im Statistischen Amte der Stadt Dresden beschäftigt und diese Tätigkeit wurde bestimmend für mein weiteres Studium. Ostern 1912 verließ ich Dresden, um in Leipzig Volkswirtschaft und Statistik zu studieren. Allen meinen akademischen Lehrern fühle ich mich zu großem Danke verpflichtet, ganz besonders Herrn Professor Dr. Schäfer, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Dresden, der mich zu der teilweisen Änderung meines Studiums anregte, und ebenso Herrn Geh. Hofrat Professor Dr. Bücher und Herrn Professor Dr. Ferdinand Schmid, die mir zu meinem weiteren Studium den Weg wiesen und mir jederzeit die größtmögliche Förderung meiner Arbeiten zuteil werden ließen.

END OF
TITLE